

LEHRJAHRE DER CSU

SCHRIFTENREIHE
DER VIERTELJAHRSHEFTE FÜR ZEITGESCHICHTE
NUMMER 48

Im Auftrag des Instituts für Zeitgeschichte
Herausgegeben von Karl Dietrich Bracher und Hans-Peter Schwarz
Redaktion: Wolfgang Benz und Hermann Graml

DEUTSCHE VERLAGS-ANSTALT
STUTT GART

Lehrjahre der CSU

Eine Nachkriegspartei im Spiegel
vertraulicher Berichte
an die amerikanische Militärregierung

Herausgegeben von
Klaus-Dietmar Henke und Hans Woller

DVA (1984)

00001

DEUTSCHE VERLAGS-ANSTALT
STUTT GART

CIP-Kurztitelaufnahme der Deutschen Bibliothek

Lehrjahre der CSU : e. Nachkriegspartei im Spiegel vertraul.
Berichte an d. amerikan. Militärregierung / hrsg. von
Klaus-Dietmar Henke u. Hans Woller. –
Stuttgart : Deutsche Verlags-Anstalt, 1984.
(Schriftenreihe der Vierteljahrshäfte für Zeitgeschichte ; Nr. 48)
ISBN 3-421-06191-2
NE: Henke, Klaus-Dietmar [Hrsg.]; GT

© 1984 Deutsche Verlags-Anstalt GmbH, Stuttgart
Umschlagentwurf: Edgar Dambacher
Satz und Druck: Druckerei Georg Appl, Wemding
Printed in Germany ISBN 3-421-6191-2

Inhalt

EINLEITUNG	7
Die Christlich-Soziale Union 1945–1949	8
Ochsen-Club und Dienstag-Club	21
Die Organisation TURICUM	27
Zur Edition	32
DOKUMENTE	37
Berichte an die amerikanische Militärregierung über die Zusammenkünfte im Ochsen-Club und im Dienstag-Club	
1946 (April–November) Dokument 1–33	37
1947 (Februar–September) Dokument 34–43	111
1948 (Januar) Dokument 44–46	138
ANHANG	145
Auf dem Weg zur Demokratie. Gedanken zur bayerischen Selbstbesinnung von Richard Jaeger (Herbst 1945)	
ABKÜRZUNGSVERZEICHNIS	187
PERSONENREGISTER	188
ORTSREGISTER	191

Einleitung

Oberst Irwin L. Hunt, maßgeblicher Offizier der amerikanischen Militärregierung, beschrieb nach seiner Rückkehr aus Deutschland die Hauptschwäche der Besatzungsverwaltung so: „Die amerikanische Armee begann ihre Aufgaben im besetzten Gebiet nur mit den notdürftigsten Kenntnissen; dies galt für ganz konkrete Situationen und sogar in einem weiteren Sinne, als es z. B. darum ging, eine angemessene und arbeitsfähige Organisation aufzubauen, die in der Lage war, ihre weitreichenden Regierungs- und Verwaltungsbefugnisse umzusetzen“¹. Oberst Hunt, von 1918 bis 1920 bei der amerikanischen Besatzungsarmee im Rheinland für „Angelegenheiten der Zivilbevölkerung“ zuständig, empfahl in seinem Erfahrungsbericht deshalb, die Militärverwaltung fremder Länder in Zukunft sorgfältig vorzubereiten. Die Planer der zweiten Besetzung Deutschlands, die sich schon bald nach Pearl Harbor den Hunt-Bericht vornahm, beherzigten seinen Rat. Viele hundert amerikanische Offiziere besuchten ab 1942 Militärregierungs-Schulen, sorgsam erarbeitete Handbücher und Hintergrundstudien dienten ihrer Orientierung. Kein Zweifel, die amerikanische Armee hatte aus der Rheinlandbesetzung nach dem Ersten Weltkrieg gelernt.

Indes, keine noch so eingehende Vorbereitung konnte vielen Besatzungsoffizieren, als sie dann 1944/45 nach Deutschland kamen, das Gefühl nehmen, in diesem politisch und gesellschaftlich so unüberschaubaren, dazu noch desorganisierten und teilweise zerstörten Land auf verlorenem Posten zu stehen. In einer der ersten, 1948 von Carl J. Friedrich herausgegebenen Bestandsaufnahmen amerikanischer Besatzungspolitik steht zu lesen: „Manchmal schien die Vielschichtigkeit des europäischen politischen Lebens unbegreifbar zu sein für Leute, die vor kurzem noch city engineers in Kansas oder Missouri gewesen waren“².

In dieser Lage war es für die Besatzungsmacht von großem Wert, wenn sie die Mitarbeit von Deutschen gewinnen konnte, die bereit waren, Interna deutscher Politik an die Militärregierung weiterzugeben. In Bayern hatten die Amerikaner das Glück, daß sich eine etwa fünfzehnköpfige, gut organisierte Gruppe liberaler Intellektueller, die sich TURICUM nannte und über glänzende Kontakte zum politischen und gesellschaftlichen München verfügte, jahrelang zu enger Zusammenarbeit bereitfand. Zwischen 1945 und 1949 erhielt die Militärregierung Tausende von Stimmungsberichten und politischen Analysen der T-Unit – so der englische Name der Organisation –, in

¹ Bericht von Oberst Irwin L. Hunt, Officer in Charge of Civil Affairs, Third Army and American Forces in Germany, vom 4. März 1920: American Military Government of Occupied Germany, 1918–1920, Washington 1943, S. 64.

² Robert G. Neumann, Political Intelligence and Its Relation to Military Government, in: Carl J. Friedrich (Hrsg.), American Experiences in Military Government in World War II, New York 1948, S. 76.

denen vom Anklang amerikanischer kulturpolitischer Initiativen bei der Bevölkerung bis zu Struktur und Zielsetzung katholischer Jugendorganisationen kaum ein Thema unerörtert blieb. Viele der Analysen waren allerdings kaum brauchbar. Sie enthielten Platitüden, mehr Vermutungen als Fakten, die Hintergrundinformationen schienen manchmal der Tagespresse zu entstammen³. Trotzdem erlahmte das Interesse der amerikanischen Militärregierung an der Berichterstattung der T-Unit während der gesamten Besatzungszeit nicht, weil TURICUM mit der Spreu immer auch Weizen lieferte. Im Herbst 1946 kam ein Mitarbeiter der Intelligence-Abteilung zu dem Urteil: „Die Organisation TURICUM, ein Ring von Geheiminformanten mit außerordentlich nützlichen verborgenen Drähten zu vielen hochgestellten deutschen Kreisen versorgt ICD (Information Control Division) mit einem beständigen Strom wesentlichen und bedeutsamen Nachrichtenmaterials. Keine der anderen Nachrichtenquellen, die wir haben, ist in der Lage, uns gleichwertige Dienste zu leisten“⁴.

Die Arbeit von TURICUM besaß für die Militärregierung hohen Wert vor allem deshalb, weil ein Mitglied dieser Gruppe die Amerikaner mit vertraulichen Informationen aus der CSU, der dominierenden Landespartei in Bayern, versorgen konnte. Die Besatzungsmacht saß gleichsam mit am Tisch, wenn sich die führenden Politiker der Partei in zwei regelmäßig tagenden internen Gesprächszirkeln trafen, um, vermeintlich unter sich, die politische Lage und die erbitterten innerparteilichen Kontroversen zu besprechen. Im Kreis um den Parteivorsitzenden Josef Müller (in den Berichten der T-Unit Ochsen-Club genannt) und im Dienstag-Club der jungen Generation der CSU wurde kein Blatt vor den Mund genommen und die sonst übliche Courtoisie gegenüber den Amerikanern abgelegt. Hier wurde analysiert, schwadroniert und über Politik in Bayern und Deutschland debattiert. Der Besatzungsmacht erschlossen sich dabei gleichermaßen Anatomie und Weltsicht der Christlich-Sozialen Union.

Die Christlich-Soziale Union 1945–1949

Im Herbst 1945 fragten Mitarbeiter des amerikanischen Geheimdienstes OSS den designierten Vorsitzenden der CSU, Josef Müller⁵, wie er denn selbst die Aussichten

³ Vgl. die Beschwerde der Intelligence Branch der Information Control Division (ICD) der amerikanischen Militärregierung für Bayern (OMGB) vom 16. Dezember 1947 über das „Gequassel“ in vielen TURICUM-Berichten, in: National Archives, Washington (NA), Record Group (RG) 260, 10/91–1/5.

⁴ Internes Memorandum vom 14. September 1946, in: IfZ-Archiv, MA 1479/13.

⁵ Josef Müller (1898–1979), Rechtsanwalt, Mitte der zwanziger Jahre Eintritt in die BVP, gehörte zum Freundeskreis des bayerischen Ministerpräsidenten Held, während des Zweiten Weltkrieges als Angehöriger der Abwehr Ausland unter Leitung von Admiral Canaris Verbindungsmann zwischen der militärischen Opposition und dem Heiligen Stuhl, von 1943 bis Mai 1945 in Gefängnissen und KZ's (Zu Müllers Widerstandstätigkeit vgl. besonders Harold C. Deutsch, Verschwörung gegen den Krieg, München 1969 und Müllers Memoiren, Bis zur letzten Konsequenz, München 1975). Nach 1945 Mitgründer der CSU, 1946–1949 Landesvorsitzender der CSU, 1946–1962 MdL in Bayern, 1947–1952 Justizminister und stellv. Ministerpräsident.

seines Planes, Protestanten und Katholiken in einer Partei zusammenzuführen, beurteile. Müller äußerte sich skeptisch. Er habe die Sorge, so der Bericht über das Gespräch, „die unterschiedlichen Einstellungen der beiden Gruppen würden sich wieder geltend machen, wenn die anfängliche Furcht vor der Linken nachlasse. Die katholischen Separatisten oder die protestantischen Nationalisten oder beide könnten dann von der Union abfallen“⁶.

Wie berechtigt seine Skepsis war, sollte sich schon wenige Monate später zeigen. Einstweilen sah es aber noch so aus, als bestünde kein Anlaß zur Sorge. Denn anders als nach Ende des Ersten Weltkrieges, als vielversprechende Ansätze, *eine christliche Partei der Sammlung* zu schaffen, die „die großen sozialen Aufgaben der Gegenwart meistern, die Trennung nach Klassen überwinden, die Stände und Konfessionen in aufbauender politischer Arbeit zusammenführen“⁷ sollte, schon nach kurzer Zeit erfolglos abgebrochen wurden, entfaltete die Idee einer „christlich-interkonfessionellen Sammlungsbewegung und Massenpartei mit sozialevolutionären Impulsen“⁸ nach dem Ende der NS-Herrschaft eine außerordentliche Attraktivität. Die Widerstände, die dem Sammlungsgedanken in der Weimarer Republik entgegengestanden hatten, schienen nach der Tragödie der ersten deutschen Republik weitgehend obsolet. Die heillose Zersplitterung der bürgerlichen Parteien und deren Unfähigkeit, zwischen den verschiedenen sozialen Gruppen Brücken zu schlagen, hatten in den Augen vieler wesentlich zum Scheitern der Republik beigetragen. Auch die Erfahrung mit den antikirchlichen Maßnahmen und der antichristlichen Ideologie des NS-Regimes, die beide Konfessionen gleichermaßen bedroht hatten, erleichterte die Bildung einer „Einheitsfront aller christlichen Bekenntnisse“⁹. Die in bürgerlich-christlichen Kreisen nach 1945 virulente Furcht vor einem Linksrutsch schließlich tat ein übriges, Katholiken und Protestanten zusammenrücken zu lassen¹⁰. Darüber hinaus begünstigte die amerikanische Militärregierung die Realisierung der Idee einer bürgerlich-konservativen Sammlungspartei. Ihr hatte es die CSU vor allem zu verdanken, daß sie sich nicht mit zu vielen Konkurrenten auseinandersetzen mußte. Die Militärregierung schirmte nämlich das 1945/46 von ihr geschaffene Parteiensystem aus CSU, SPD, KPD, FDP und WAV gegen weitere Gründungsversuche ab¹¹. So untersagte sie die

⁶ Zit. nach Ulrich Borsdorf/Lutz Niethammer (Hrsg.), *Zwischen Befreiung und Besatzung. Analysen des US-Geheimdienstes über Positionen und Strukturen deutscher Politik 1945*, Wuppertal 1976, S.235.

⁷ So der Aufruf der Zentrumspartei vom Juni 1922. Zit. nach Gerhard Schulz, *Die CDU – Merkmale ihres Aufbaus*, in: *Parteien in der Bundesrepublik. Studien zur Entwicklung der deutschen Parteien bis zur Bundestagswahl 1953*, Stuttgart/Düsseldorf 1955, S. 9.

⁸ Alf Mintzel, *Die CSU. Anatomie einer konservativen Partei 1945–1972*, Opladen 1975, S. 83.

⁹ Richard Jaeger, *Auf dem Weg zur Demokratie. Gedanken zur bayerischen Selbstbesinnung*, in: *Privatbesitz Richard Jaeger und Nachlaß Karl Schwend*; Bayerische Staatsbibliothek München (siehe Anhang).

¹⁰ Vgl. Wolf-Dieter Narr, *CDU – SPD. Programm und Praxis seit 1945*, Stuttgart/Berlin 1966, S.73–94; Schulz, *CDU*, S. 3–70; Borsdorf/Niethammer, *Befreiung*, S. 229 ff.

¹¹ Vgl. Hans Woller, *Die Loritz-Partei. Geschichte, Struktur und Politik der Wirtschaftlichen Aufbau-Vereinigung (WAV) 1945–1955*, Stuttgart 1982, S. 32 ff.

Bildung einer Flüchtlings- und Vertriebenenpartei, zögerte die Lizenzierung der Bayerpartei bis 1948 hinaus und verbot die Bayerische Heimat- und Königspartei. Dieser „Vorteil wird sich dahin auswirken“, so der Münchener Stadtpfarrer Emil Muhler¹², der Vorsitzende des kulturpolitischen Ausschusses der CSU, im Mai 1946, „daß wir einen großen Prozentsatz unserer Wähler, die für die Königspartei gestimmt hätten, behalten werden. Unsere Hauptsorge, die Union zusammenhalten zu können, wird also wieder etwas kleiner sein“.

Die Gelegenheit schien so auch in Bayern günstig, zwei Schritte auf einmal zu wagen: die Überwindung der Spaltung des politischen Katholizismus in einen BVP- und einen Bauernbund-Flügel und den politischen Zusammenschluß von Katholiken und Protestanten. Es zeigte sich jedoch bald, daß die unterschiedlichen Milieus in den Traditionszonen Franken und Altbayern die Gleichschaltungs- und Einebnungsversuche während der NS-Zeit fast unbeschadet überstanden hatten und sich dem Sammlungsgedanken heftig widersetzen. Vor allem im katholischen Altbayern wollte man nach 1945 dort anknüpfen, wo man 1933 aufgehört hatte. Der Wunsch, die Bayerische Volkspartei¹³ wieder ins Leben zu rufen, fand hier beinahe ungeteilten Beifall. Das Mißtrauen gegenüber dem Protestantismus war zwar geschwunden, und wie Josef Müller und Adam Stegerwald¹⁴ wollten auch die BVP-Traditionalisten alles daran setzen, der neuen Christlich-Sozialen Union zum Ausbruch aus dem 30-Prozent-Turm zu verhelfen, der der BVP nur selten gelungen war. Die früheren BVP-Politiker Fritz Schäffer¹⁵ und Alois Hundhammer¹⁶ orientierten sich aber doch noch zu sehr an einem Bayernbild, in das Müllers Forderung, die CSU müsse den alten

¹² Emil Muhler (1892–1963), seit 1924 Stadtpfarrer in München, 1930–1933 im Münchener Stadtrat, KZ-Haft Dachau, Gründungsmitglied der CSU, deren Vorstand er später angehörte, ab 1946 Mitglied des Bayerischen Senats. Erklärung von Muhler in einem Bericht von TURICUM an ICD, 13. Mai 1946, in: NA, RG 260, 10/89–1/24. Zur Bayerischen Heimat- und Königspartei vgl. auch NA, RG 260, 10/89–1/13.

¹³ Zur Bayerischen Volkspartei vgl. Klaus Schönhoven, *Der politische Katholizismus in Bayern unter der NS-Herrschaft 1933–1945*, in: Martin Broszat/Hartmut Mehringer (Hrsg.), *Bayern in der NS-Zeit*, Bd. V: *Die Parteien KPD, SPD, BVP in Verfolgung und Widerstand*, München/Wien 1983.

¹⁴ Adam Stegerwald (1874–1945), Zentrumspolitiker, 1919–1929 Vors. des Gesamtverbands der christlichen Gewerkschaften, 1920–1933 MdR, 1929/30 Reichsverkehrsminister, 1930–1932 Reichsarbeitsminister, 1945 als Regierungspräsident von Unterfranken als Ministerpräsident von Bayern im Gespräch. Zu Stegerwald vgl. auch: Interview with Adam Stegerwald, *Regierungspraesident of Mainfranken*, 20. Juli 1945, in: NA, RG 226, XL 14824.

¹⁵ Fritz Schäffer (1888–1967), Jurist, 1920–1933 MdL der BVP, 1929–1933 Vorsitzender der BVP, 1931–1933 mit der Führung des Finanzministeriums im Kabinett Held betraut, nach 1933 mehrmals in Haft bzw. im KZ, 1945 Mitgründer der CSU, von Mai bis September 1945 bayerischer Ministerpräsident, MdB von 1949–1961, 1949–1957 Finanzminister, 1957–1961 Justizminister.

¹⁶ Alois Hundhammer (1900–1974), 1927 stell. Generalsekretär des Christlichen Bauernvereins, 1932/33 MdL der BVP, 1933 im KZ Dachau, 1945 Mitgründer der CSU, 1946 Mitglied der Verfassungsgebenden Landesversammlung, MdL in Bayern von 1946–1970, mehrere Ministerämter in der bayerischen Staatsregierung, 1951–1954 Präsident des Bayerischen Landtags, 1946–1970 Vorsitzender des Bezirksverbandes Oberbayern der CSU.

„Reichsvorbehalt der BVP“¹⁷ überwinden und damit den vorwiegend reichstreu gesinnten Protestanten in Franken entgegenkommen, so gar nicht hineinpassen wollte. In ihren Augen hatte der Nationalsozialismus seine Wurzeln vor allem im preußischen Zentralismus und Militarismus. Deshalb könne das zukünftige Deutschland nur auf betont föderaler Basis aufgebaut werden. Ein starkes Bayern, das seinen in der Weimarer Zeit erlittenen Verlust an „Staatspersönlichkeit“¹⁸ nach 1945 wettgemacht hatte, sollte darin eine führende Rolle spielen. „Der deutsche Süden soll die Führung übernehmen“, so Hundhammer, und „nicht noch einmal sich vom norddeutschen Osten den Weg vorschreiben lassen. Die große deutsche Vergangenheit liegt im Süden und im Westen und auch die deutsche Zukunft liegt in diesen Gauen“¹⁹. Eine „Politik der Öffnung nach Deutschland“²⁰, wie sie Müller propagierte, war für die BVP-Traditionalisten so wenig diskutabel, wie es für die Anhänger Müllers die von Hundhammer proklamierte Politik der Festigung der bayerischen Eigenstaatlichkeit war²¹.

Nicht weniger Zündstoff als die Frage der Stellung Bayerns zu Deutschland bargen die unterschiedlichen Auffassungen über den Charakter der neuen Partei. Für Hundhammer und mehr noch für Schäffer war es ein naheliegender Gedanke, die CSU genauso wie die BVP als eine nur locker organisierte, von bodenständigen Honoratioren und kirchlichen Würdenträgern geführte Partei aufzubauen. Ebenso wie die BVP sollte sie gegenüber den christlichen Parteien in den anderen Teilen Deutschlands auf ihre Eigenständigkeit bedacht sein. Argwöhnisch gegenüber jeglicher Form von Zentralismus lehnten sie die Pläne Josef Müllers ab, der eine den Linksparteien ebenbürtige, schlagkräftige Massenpartei schaffen wollte, die er sich durchaus als bayerischen Landesverband einer „christlichen ‚Reichsunion‘“ vorstellen konnte²². Zugleich sollte die neue Partei Müllers in der Lage sein, ihre konfessionell, politisch und sozial heterogene Anhängerschaft im demokratischen Sinne zu erziehen und sie an die CSU zu binden. In der bayerischen Staatstradition nicht so verwurzelt wie seine Kontrahenten, warnte Müller vor den Konzepten der BVP-Traditionalisten, die das geeignete Instrument gesellschaftlich-politischer Integration und demokratischer Bewußtseinsbildung vor allem im bayerischen Staat und seiner Beamtenschaft erblickten²³.

Vor dem Hintergrund so tiefgreifender Meinungsverschiedenheiten bildeten sich in der CSU zwei Lager heraus: der Hundhammer/Schäffer-Flügel mit seinem großen

¹⁷ Mintzel, CSU, S. 87.

¹⁸ Lutz Niethammer, Die amerikanische Besatzungsmacht zwischen Verwaltungstradition und politischen Parteien in Bayern 1945, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte (VfZ) 15 (1967), S. 187.

¹⁹ So Hundhammer in der Debatte um die Frage eines bayerischen Staatspräsidenten. Zit. nach Peter Jakob Kock, Bayerns Weg in die Bundesrepublik, Stuttgart 1983, S. 231.

²⁰ Mintzel, CSU, S. 86.

²¹ Zu den politischen Auffassungen des Schäffer/Hundhammer-Flügels vgl. Walter Berberich, Die historische Entwicklung der Christlich-Sozialen Union in Bayern bis zum Eintritt in die Bundespolitik, Würzburg 1965, S. 60 ff.

²² Mintzel, CSU, S. 251.

²³ Ebenda, S. 140 und 240.

Anhang im katholischen Altbayern und der Müller-Flügel, der sich auf „reichstreu“ fränkische Kräfte stützte. Durch die Bestimmungen der Parteisatzung erhielten diese allerdings „ein ihrer Mitglieder- und Wählerbasis unangemessenes innerparteiliches Gegengewicht zu den süd- und südost-bayerischen Parteiverbänden“²⁴ und konnten so Josef Müller das Amt des Parteivorsitzenden sichern. Zwischen diesen mehr und mehr erstarrenden Fronten bewegte sich eine Gruppe bäuerlicher Interessenvertreter um Josef Baumgartner, Michael Horlacher und Alois Schlögl²⁵, die sich zwar wie Josef Müller einer Wiederbelebung der BVP-Tradition widersetzte, aber in der Frage der Stellung Bayerns zum Reich an der Seite Hundhammers und Schäffers stand. Der Bruderzwist der Christlich-Sozialen wurde mit scharfen Waffen ausgefochten, die Exponenten beider Flügel begegneten sich mit kaum verhohlener Feindschaft. Schäffer, vor 1933 Vorsitzender der BVP, fühlte sich von Müller um sein Erbe als Führer der christlichen Partei in Bayern gebracht. Außerdem sah er im CSU-Vorsitzenden den Verantwortlichen für die zwei schlimmsten Demütigungen seiner politischen Karriere: den Sturz als bayerischer Ministerpräsident im Herbst 1945²⁶ und das von der Besatzungsmacht verhängte politische Betätigungsverbot vom April 1946, das erst Anfang 1948 wieder aufgehoben wurde. Hundhammer ließ keine Gelegenheit aus, die Verdienste Müllers im Widerstand gegen das NS-Regime herabzusetzen oder in Zweifel zu ziehen. Im kleinen Kreis sprach er aus, was er von Müller hielt: „Ein Spion“²⁷. Müller kam bei den Auseinandersetzungen mit seinen Widersachern die Erfahrung zugute, die er in der deutschen Abwehr unter Admiral Canaris erworben hatte. Parteiarbeit, so schien es wenigstens seinen Gegnern, verwechselte er nicht selten mit Geheimdiensttätigkeit. Der „Ochsensepp“ spielte gern mit verdeckten Kar-

²⁴ Ebenda, S. 87.

²⁵ Josef Baumgartner (1904–1964), Volkswirt, 1929–1933 stellv. Generalsekretär der Bayerischen Bauernvereine, 1945 Mitgründer der CSU, 1945–1948 bayerischer Landwirtschaftsminister, MdL in Bayern 1946–1954, 1948 Übertritt zur Bayernpartei, Vorsitzender der Bayernpartei 1948–1952 und 1953–1957, MdB 1949–1953, 1954–1957 stellv. Ministerpräsident und Landwirtschaftsminister.

Michael Horlacher (1888–1957), 1920–1924 MdL der BVP, 1924–1933 MdR, 1944 KZ Dachau, 1945 Mitgründer der CSU, MdL in Bayern von 1946–1950, Präsident des Bayerischen Landtags, MdB von 1949–1957, 1948/49 stellv. Vorsitzender der CSU, seit 1948 mehrere Funktionen im landwirtschaftlichen Genossenschaftswesen.

Alois Schlögl (1893–1957), Journalist, 1932/33 MdL der BVP, während der NS-Zeit Wirtschafts- und Steuerberater, nach 1945 Mitgründer des Bayerischen Bauernverbandes, bis 1948 dessen Generalsekretär, 1948–1950 bayerischer Landwirtschaftsminister, MdL in Bayern 1946–1957.

²⁶ Den Vorwurf, Müller habe seinen Sturz herbeigeführt, erhob Schäffer bereits in einer internen Versammlung der CSU am 2. Oktober 1945, wie aus einem Bericht von OSS hervorgeht. „In making his charges, Schaeffer again claimed to be the leader of the Union, and this evoked a stormy protest from the left. A note on a motion to settle the question by at once electing the Party's leadership resulted in a 20–20 tie“. Field Intelligence Study: The Formation of the Hoegner Government in Bavaria, 12. Oktober 1945, in: NA, RG 226, OSS, FIS Nr. 30. Zu den Vorgängen beim Sturz Schäffers vgl. auch Niethammer, Besatzungsmacht, in: VfZ 15 (1967), S. 195–207.

²⁷ Delbert Clark, *Again the Goose Step, Indianapolis/New York* 1949, S. 110. Vgl. Lutz Niethammer, *Entnazifizierung in Bayern, Frankfurt* 1972, S. 223 f.

ten, schickte häufig Vertraute für sich ins Gefecht oder ließ seine ausgezeichneten Kontakte zur amerikanischen Militärregierung spielen. So galt er bald als raffinierter Taktiker, der schnell bereit war, die eigenen Prinzipien – so man ihm solche überhaupt zugestand – über Bord zu werfen, wenn es von Vorteil schien. Im Dienstag-Club vom 12. November 1946 klagte ein Mitglied: „Wenn man doch nur wüßte, wann Dr. Müller einmal die Wahrheit sagt.“

Den Höhepunkt erreichten die Richtungskämpfe in der CSU, als in der Verfassunggebenden Landesversammlung im September 1946 darüber zu entscheiden war, ob das Amt eines bayerischen Staatspräsidenten in der Verfassung verankert werden sollte²⁸. Als mit den Stimmen des Müller-Flügels die von Hundhammer befürwortete Einrichtung dieses Amtes zum Zwecke der „Betonung der Selbständigkeit des Staates nach innen wie nach außen“ und als Gegengewicht zum „rein demokratischen und republikanischen Parteistaat“²⁹ abgelehnt wurde, war das für die BVP-Traditionalisten mehr als eine gewöhnliche Abstimmungsniederlage. Sie hatten ihr politisches Prestige für die Einrichtung des Amtes eines Staatspräsidenten verpfändet. Jetzt mußten sie sich das schmerzliche Eingeständnis machen, „daß ein wesentliches Element ihrer politischen Hoffnungen und ihrer politischen Vorstellungswelt in der gegebenen Parteienkonstellation nicht verwirklicht werden konnte“³⁰. Der weiß-blaue Traum war ausgeträumt – und ausgerechnet der CSU-Vorsitzende und seine Anhänger hatten seine Erfüllung vereitelt.

Danach wurde die Einheit der CSU zwar noch oft beschworen, doch es gab sie längst nicht mehr. Die große Schar der BVP-Traditionalisten z. B. wartete nur noch auf ein Signal des zwar kaltgestellten, aber nur „scheintoten“³¹ Fritz Schäffer, um eine katholisch-konservative Partei ins Leben zu rufen. Der Bauernflügel drohte einmal mehr mit der Gründung einer bayerischen Bauernpartei. Die Unzufriedenheit der evangelischen Gruppe in der CSU war ebenfalls nicht mehr zu übersehen. Ihr Sprecher August Haußleiter³² hatte schon im Juli 1946 auf die Gefahr hingewiesen, daß der „zarte Keim ‚Union‘“ allzu früh zu ersticken drohe. Noch einige „Schritte weiter auf diesem Wege“, so warnte er, „und wir erleben das gleiche wie nach 1918, nämlich nach ersten schüchternen Versuchen der interkonfessionellen Zusammenarbeit die Rückbildung zur katholisch-konfessionellen Partei mit einigen Renommier-Protestanten, die sich

²⁸ Zu den Auseinandersetzungen um einen bayerischen Staatspräsidenten vgl. Berberich, *Historische Entwicklung der CSU*, S. 60 ff.

²⁹ Kock, *Bayerns Weg*, S. 227.

³⁰ Ilse Unger, *Die Bayernpartei. Geschichte und Struktur 1945–1957*, Stuttgart 1979, S. 23.

³¹ So Franz Heubl im Dienstag-Club am 18. Juni 1946.

³² August Haußleiter (1905), seit 1946 Mitglied der CSU und „rechte Hand“ Müllers, 1946 Mitglied der Verfassunggebenden Landesversammlung, MdL in Bayern 1946–1949, 1948/49 stellv. Vorsitzender der CSU, 1949 Austritt aus der CSU und Gründung der „Deutschen Gemeinschaft“. Zu Haußleiter vgl. Richard Stöss, *Vom Nationalismus zum Umweltschutz. Die Deutsche Gemeinschaft/Aktionsgemeinschaft Unabhängiger Deutscher im Parteiensystem der Bundesrepublik*, Opladen 1980.

in einer unmöglichen und lächerlichen Lage befinden“³³. Nachdem in der Frage des Staatspräsidenten die Fraktionen innerhalb der CSU so hart aufeinandergeprallt waren, daß eine Beilegung des Konflikts nicht mehr vorstellbar schien, suchten die evangelischen CSU-Abgeordneten Rat beim Landesbischof Hans Meiser³⁴. „Gewisse Kreise der Union, die der alten Bayerischen Volkspartei nahestanden, treiben nunmehr die Sache auf die Spitze“, steht in einem Aktenvermerk vom 19. September 1946 über die Unterredung zu lesen. „Sie hätten mit Spaltung und Neubildung einer eigenen Partei gedroht . . . Praktisch würde die Union von den alten Taktikern der BVP geführt . . . Müller, hauptsächlich von Franken gestützt“, so der Eindruck der evangelischen Abgeordneten, „sei parlamentarisch praktisch ausgeschaltet“. Meiser erkannte, wie kritisch die Lage war, versuchte aber, die Wogen zu glätten. Er betonte mit „großem Nachdruck, die Unzufriedenheit mit der CSU sei in evangelischen Kreisen groß . . . Wenn man den christlichen Namen zu Schanden bringe, müsse die Kirche darunter leiden“. Zugleich warnte er vor überstürzten Aktionen: „Eine Krise [müsse] nicht das Ende bedeuten . . . Die evang. Gruppe dürfe sich nicht aufspalten lassen. Im Falle eines Bruches würde die Sozialdemokratische Partei die stärkste Partei werden“³⁵.

Unzufriedenheit mit der Partei hatte namentlich auch die jüngere Generation erfaßt. Gleichgültig, ob sie sich nun dem Müller- oder eher dem Schäffer/Hundhammer-Flügel zugehörig fühlten, viele junge Leute hatten sich 1945 der CSU nicht zuletzt in der Hoffnung angeschlossen, dort werde ein politischer Neuanfang gemacht, der vor allem solche im Dritten Reich pervertierten Werte wie Aufrichtigkeit, Geradlinigkeit und Gesinnungsfestigkeit wieder in ihr Recht einsetzen werde. „Erneuerung“ auf der Grundlage des „christlichen Sittengesetzes“ und eine „gänzliche Staats- und Gesellschaftsreform“ seien die Erfordernisse der Stunde, so hieß es etwa in der im Herbst 1945 entstandenen Programmschrift Richard Jaegers³⁶, des ersten Vorsitzenden des Dienstag-Clubs. Die neue Partei hatte in den Augen der Jüngeren eine „einmalige Mission zu erfüllen“³⁷.

³³ Haußleiter an Oberkirchenrat Schieder, Nürnberg, 10. Juli 1946: Die Evangelische Gruppe in der Union. Eine Analyse ihrer Stellung nach den Wahlen vom 30. Juni 1946, in: Landeskirchliches Archiv Nürnberg, Bestand: Kreisdekan Nürnberg, Nr. 36–510.

³⁴ Hans Meiser (1881–1956), 1933–1955 erster Landesbischof der Evangelisch-Lutherischen Landeskirche in Bayern, 1949–1955 erster Leitender Bischof der Vereinigten Lutherischen Kirche Deutschlands.

³⁵ Aktenvermerk vom 19. September 1946, in: Landeskirchliches Archiv Nürnberg, Bestand: Evangelisch-Lutherischer Landeskirchenrat, XV 1565 a.

³⁶ Vgl. Anm. 9. Richard Jaeger (1913), Jurist, in den dreißiger Jahren zuerst im Kartellverband der katholischen Studenten-Vereine Deutschlands, dann im Hochschulring des Katholischen Jungmännerverbandes tätig, 1939–1945 Soldat, 1943 zum Amtsgerichtsrat in Weilheim ernannt, 1946 CSU-Mitglied, 1952–1981 Mitglied des Landesvorstandes der CSU, 1947/48 Regierungsrat und persönlicher Referent von Kultusminister Hundhammer, 1948 1. Bürgermeister, 1949 Oberbürgermeister von Eichstätt, MdB 1949–1980, 1965/66 Bundesminister der Justiz, 1953–1965 und 1967–1976 Vizepräsident des Deutschen Bundestages.

³⁷ So Franz Heubl im Dienstag-Club am 25. Juni 1946.

Dieser Kredit war bei der jungen Generation schnell verspielt. Die fortgesetzten Querelen erinnerten die jüngeren Mitglieder bald an die „Parteienwirtschaft“ der Weimarer Republik. „Nirgends sei Idealismus und Genialität zu finden“, so die Klage in der Sitzung des Dienstag-Clubs am 18. Juni 1946, überall stünden Taktik und persönlicher Ehrgeiz im Vordergrund. „Man könne ruhig sagen“, so faßte Richard Jaegers Nachfolger als Vorsitzender des Dienstag-Clubs, Josef Brunner³⁸, den Befund im Oktober 1946 zusammen, „daß mindestens 80% der jungen Generation nicht nur gegen die Union, sondern überhaupt gegen die Parteien eingestellt sei. Und dies nicht nur aus dem natürlichen Gegensatz der Generationen folgend (auf der einen die Jungen, auf der anderen Seite die Alten, die jetzt wieder ihre alte Politik machen), sondern“, fuhr Brunner fort, „einfach, weil einmal die Jungen, die das Kriegserlebnis und den Zusammenbruch hinter sich haben, die Politik der Alten, die nichts Neues zu bringen hätten, nicht mehr verstünden, und weil sie besonders zu den Praktiken der jetzigen Parteien kein Vertrauen hätten“³⁹.

Aber unerfreuliche Streitereien und „alte Politik“ waren es nicht allein, die den Unmut der Jüngeren erregten. Immer wieder waren auch „scharfe Worte der Kritik an der Untätigkeit in der Führung der Union“ zu hören⁴⁰. Der CSU-Nachwuchs von 1945 hatte in der Endphase der Weimarer Republik und dann im Dritten Reich große, straff organisierte Parteien der Rechten und Linken erlebt, die es an Aktivismus gewiß nicht hatten fehlen lassen. Ungeachtet der ideologischen Distanz zu diesen Parteien, hatte ihnen deren massenwirksame Dynamik gleichwohl Eindruck gemacht und prägte ihre Vorstellung von einer neuen Partei, die „bis in die letzte Landgemeinde“⁴¹ hinein organisiert sein sollte. Der mangelnde Schwung der neu gegründeten CSU wirkte so auf viele entmutigend. „Man muß sich bald schämen, vor die Anhänger der Union zu treten“, so Franz Heubl⁴². „Immer redet man von christlich und sozial und bayerisch . . . Und geschehen tut nichts“⁴³. Die Organisation der Wahlkämpfe war mehr als dürftig. „In manchen Bezirken Bayerns“, so führte ein Teilnehmer im Ochsen-Club am 3. Juli 1946 aus, „kamen die Wahlplakate aus München erst zwei, drei Tage vor der Wahl, zum Teil erst am Samstag an und liegen, ohne angeklebt wor-

³⁸ Josef Brunner (1903–1982), bis 1929 Bankkaufmann in München, danach Studium der Wirtschaftswissenschaften in Berlin, ab 1930 dort Vorsitzender des Ortsverbandes Deutscher Zentrumsstudenten, 1933 im Generalsekretariat der Zentrumspartei als Referent für hochschulpolitische und studentische Fragen, Gründungsmitglied der CSU, 1946–1948 Vorsitzender des Dienstag-Clubs, übte als Nachfolger von Franz Josef Strauß 1952–1954 das Amt des Generalsekretärs der CSU aus.

³⁹ Dienstag-Club am 29. Oktober 1946. Vgl. auch die Ausführungen von Richard Jaeger auf der Politischen Tagung der Katholischen Jungen Mannschaft in München am 20. März 1948, in: NA, RG 260, 10/90–3/2.

⁴⁰ Ochsen-Club am 19. Juni 1946.

⁴¹ Richard Jaeger, Auf dem Weg zur Demokratie (siehe Anhang).

⁴² Franz Heubl (1924), Jurist, Gründungsmitglied der CSU, 1952–1955 Stadtrat in München, seit 1953 MdL in Bayern, 1958–1962 Vorsitzender der CSU-Fraktion im Landtag, 1962–1978 Staatsminister für Bundesangelegenheiten, seit 1970 stellv. CSU-Vorsitzender, seit 1978 Präsident des Bayerischen Landtags.

⁴³ Dienstag-Club am 18. Juni 1946.

den zu sein, heute in Stapeln herum.“ Auch der Mangel der Partei an programmatischem Profil wurde von den jungen Mitgliedern schmerzlich empfunden. Das sei „nachgerade ein Skandal“, so einer der Jungen im Dienstag-Club. Man frage sich, ob die „Programmlosigkeit nicht beinahe an Betrug den Wählern gegenüber“⁴⁴ grenze. Die dürre Zehn-Punkte-Erklärung⁴⁵ der CSU vom 31. Dezember 1945 konnte den Jüngeren, die nach Orientierung suchten, kaum genügen. Die Erklärung war nach der Devise Josef Müllers konzipiert worden, wonach „eine große Partei . . . am besten dadurch gebildet werden“ könne, „daß das Programm wenig konkrete Aussagen enthalte“. Zunächst „solle die Partei aufgebaut werden“, so Müller 1945 weiter, „in einem oder in zwei Jahren könne man sich dann um das Programm prügeln“⁴⁶.

Männer wie Schäffer, Hundhammer, Pfeiffer⁴⁷, Horlacher oder Müller galten den Jungen zudem als „belastet“, weil sie schon vor 1933 führende Positionen in der BVP oder der Regierung innegehabt hatten. Hatten sie nicht allesamt versagt? Richard Jaeger formulierte diese Ressentiments am klarsten: „Es wäre für uns alle das Beste, wenn diese ‚alten‘ Männer von 1933, die mit dem Ermächtigungsgesetz belastet sind, endlich einmal in der Union verschwinden würden . . . Tatsache sei, daß diese Männer gegen den Nationalsozialismus gewählt worden seien und dann für den Nationalsozialismus gestimmt hätten! Diese Schuld könne ihnen niemand abnehmen!“⁴⁸ Die CSU war noch gar nicht in der Regierungsverantwortung, da schien sie bei der jungen Generation schon durchgefallen. Die tiefe Enttäuschung führte zuweilen zu vehementen Ausbrüchen. Die Union ist ein „Sauhaufen“, so hieß es, Josef Müller wurde vom jungen Franz Heubl als „typische Schieberfigur“ charakterisiert, Horlacher als „Klotz“ und „Saubauer“⁴⁹.

Angesichts der heftigen innerparteilichen Kämpfe rechneten die meisten politischen Beobachter damit, daß die CSU über kurz oder lang zerbrechen werde. Sie sollten nicht Recht bekommen. Denn ausgerechnet die amerikanische Militärregierung, die mit dem Ministerpräsidenten Fritz Schäffer so unsanft verfahren war, erwies sich in den turbulenten Gründerjahren der CSU als wichtigster Stabilisierungsfaktor. Die Militärregierung war sehr darauf bedacht, nach 1945 Tendenzen zur erneuten Zersplitterung der Parteienlandschaft schon im Keim zu ersticken. Sie forderte deshalb im Herbst 1946 alle im Laufe des Jahres entstandenen Gruppierungen auf Orts-, Kreis- und Bezirksebene, die zwar den Namen einer der fünf lizenzierten Landespar-

⁴⁴ Dienstag-Club am 4. Juni 1946 (Dok. Nr. 8).

⁴⁵ Die Zehn Punkte der Christlich-Sozialen Union vom 31. Dezember 1945, in: Berberich, Historische Entwicklung der CSU, S. 172 f. Zu den Zehn Punkten vgl. auch Alf Mintzel, Geschichte der CSU. Ein Überblick, Opladen 1977, S. 205 ff. Dem Programmdefizit der CSU wurde Ende 1946 mit der Verabschiedung eines Grundsatz-Programms abgeholfen. Vgl. ebenda, S. 209–223.

⁴⁶ Borsdorf/Niethammer, Befreiung, S. 234 f.

⁴⁷ Anton Pfeiffer (1888–1957), Lehrer, 1928–1933 Generalsekretär der BVP und MdL in Bayern, 1945 Mitgründer der CSU und in mehreren Funktionen in der bayerischen Staatsregierung tätig, MdL in Bayern 1946–1950, 1948/49 als Mitglied des Parlamentarischen Rates maßgeblich an der Ausarbeitung des Grundgesetzes beteiligt, 1949–1954 im diplomatischen Dienst.

⁴⁸ Dienstag-Club am 12. November 1946.

⁴⁹ Dienstag-Club am 2. April 1946.

teien trugen, diesen aber organisatorisch nicht angehörten, ultimativ auf, sich den Landesverbänden anzuschließen⁵⁰. Parteigruppierungen, die damit zögerten, wurde von der Militärregierung u. a. mit Entzug der Teilnahmeberechtigung an den Wahlen gedroht. Ohne diesen heilsamen Zwang zur Einigung, so Alf Mintzel, wäre „die CSU vielleicht wegen der Flügel- und Führungskämpfe als geschlossener Landesverband gar nicht mehr entstanden“⁵¹. Letztlich scheuten die dem Hundhammer-Flügel zugehörigen Kreis- und Bezirksverbände, die den Anschluß an den Landesverband lange hinausgezögert hatten, dann doch vor einem Sprung ins Ungewisse zurück.

Die amerikanischen Geburtshelferdienste änderten wenig an der zwiespältig-mißtrauischen Haltung, mit der die meisten Spitzenpolitiker der CSU der Besatzungsmacht begegneten. Lediglich Josef Müller verkehrte häufig bei der Militärregierung in der Tegernseer Landstraße. Er hockte dort mit den Amerikanern zusammen, wie es seine Widersacher nannten, die meist nicht über die Gewandtheit des Ochsensepp verfügten oder die über jeden Verdacht der Liebedienerei erhaben bleiben wollten. Hundhammer, Schäffer und Horlacher fehlte deshalb der oftmals nützliche gute Draht zur Besatzungsmacht. Deren Mentalität und politische Vorstellungswelt blieben ihnen fremd. Zwar sahen Politiker vom Schlage Hundhammers in der Besatzungsmacht den Garanten gegen das „Vordringen des russischen Neuheidentums“⁵², zugleich waren sie aber davon überzeugt, die Militärregierung favorisiere die Sozialdemokratie und lasse nichts unversucht, die CSU als „Hort für viele reaktionäre Elemente“⁵³ abzustempeln und zu benachteiligen. Zeitweise bestand in der Union sogar die ernste Befürchtung, die Militärregierung werde die Partei wegen ihrer wenig entschlossenen Haltung in der Frage der Entnazifizierung und wegen des hohen Prozentsatzes ehemaliger NSDAP-Mitglieder, die sich der CSU angeschlossen hatten⁵⁴, ganz verbieten. Seit die Militärregierung im Frühjahr 1946 der Königspartei – an der viele Monarchisten in der CSU nichts Unrechtes finden konnten – jegliche politische Betätigung untersagt hatte, traute man den Amerikanern alles zu. Stadtpfarrer Muhler klagte: „Niemand weiß bald mehr, was er noch alles tun und sagen darf, ob er es den Amerikanern recht macht, wie er es macht; oder ob nicht auch er eines Tages aufwacht und verboten ist!“⁵⁵

Nach der Ausschaltung Fritz Schäffers und dem zeitweiligen Verbot zweier CSU-Kreisverbände im Sommer⁵⁶ wuchs die Ungewißheit über den nächsten Schritt der

⁵⁰ Vgl. Woller, WAV, S. 20f.

⁵¹ Mintzel, CSU, S. 122.

⁵² So Hundhammer im Dienstag-Club am 30. April 1946.

⁵³ Ochsen-Club am 5. Juni 1946.

⁵⁴ In einem Wochenbericht der Intelligence Division der amerikanischen Militärregierung in Bayern vom 30. August 1946, der z. T. auf Briefzensur beruhte, heißt es: „Briefe aus kleineren Gemeinden scheinen anzudeuten, daß die CSU den früheren Pg's sehr häufig Hilfe und Beistand leistet. In mehreren Briefen wird die CSU deshalb CNSU genannt, d. h. Christlich Nationalsozialistische Union.“ In: NA, RG 260, 10/85–3/1.

⁵⁵ TURICUM an ICD, 13. Mai 1946, in: Ebenda, 10/89–1/24.

⁵⁶ Vgl. dazu Ochsen-Club am 26. Juni 1946 und Dienstag-Club am 4. Juni 1946 (Dok. 9).

Militärregierung ebenso wie die Unsicherheit im Umgang mit ihr. Anschaulich beschrieb Hans Weiß⁵⁷ dies im Herbst 1946 im Dienstag-Club: „An einem Tage kriegst du eine von links übers Ohr, daß du bis in den Keller fällst, nach einigen Wochen oder Monaten packen sie dich am Kragen und stellen dich wieder auf die Beine. Aber du weißt nie, ob du in ein paar weiteren Tagen nicht wieder eine über die Ohren kriegst!“⁵⁸ Die Beziehungen zur Besatzungsmacht entspannten sich erst, als die Amerikaner ab 1947/48 ihre Rolle als Schutzmacht des Westens energisch wahrzunehmen begannen, und als sich zeigte, daß die Sozialisierungswünsche der Linksparteien nicht in ihrem Sinne waren.

Trotz der mit unverminderter Schärfe anhaltenden Richtungskämpfe mit all der Begleitmusik in der Presse errang die CSU in der Wahl zum Bayerischen Landtag am 1. Dezember 1946 einen überwältigenden Erfolg. Sie erreichte beinahe zwei Drittel der Mandate – eine komfortable Mehrheit für eine Alleinregierung. Doch die Gräben zwischen den Flügeln der Partei waren zu tief, als daß man sich auf einen gemeinsamen Kandidaten für das Amt des Ministerpräsidenten hätte einigen können. Josef Müller, der noch wenige Tage vor der Wahl mit großer Mehrheit als Landesvorsitzender bestätigt worden war, erhielt, als er sich um das höchste bayerische Regierungsamt bewarb, die Quittung für sein Verhalten in der Frage des Staatspräsidenten. Die mehrheitlich zum Schäffer/Hundhammer-Flügel gehörende CSU-Fraktion versagte ihm die Unterstützung⁵⁹, Müller fiel durch. In die neue Regierung, die nun der konservative Flügel der CSU zusammen mit SPD und WAV unter der Führung von Hans Ehard⁶⁰ bildeten, wurden überdies nur zwei Anhänger des Ochsensepp als Staatssekretäre aufgenommen. Ein innerparteilicher Ausgleich schien sich Mitte 1947 anzubahnen, als die beiden Koalitionspartner SPD und WAV aus der Regierung ausschieden und die CSU gezwungen war, sich auf ihre eigenen Kräfte zu besinnen. Eine Fortsetzung der Auseinandersetzungen mußte die Regierungsverantwortung kosten. Die Hauptkontrahenten Josef Müller und Alois Hundhammer saßen nun am Kabinetts-tisch und beide hatten die Politik der Regierung Ehard zu vertreten. Die CSU stand vor einer neuen Lage: Der Partei eröffnete sich die Chance, eine durch „weitgehende Verantwortungslosigkeit der Unionsleute“⁶¹ geprägte Zeit ideologisch-taktischer Ge-

⁵⁷ Hans Weiß (1919), Jurist, seit 1952 Oberbürgermeister von Bad Kissingen, 1966–1970 MdL der CSU in Bayern, seit 1972 Mitglied, ab 1982 Präsident des Bayerischen Senats.

⁵⁸ Dienstag-Club am 3. September 1946.

⁵⁹ Die Mehrheitsverhältnisse in der Fraktion spiegelten deutlich wider, daß das Ziel Müllers, eine christlich-interkonfessionelle Massenpartei zu schaffen, noch keineswegs erreicht war. Die CSU war 1946 die „Partei des einheimischen *katholischen Besitzbürgertums* . . . Trotz gezielter Bemühungen hatte sie in den industrialisierten und urbanen Gebieten Bayerns nur wenig Terrain gewinnen können“. Mintzel, CSU, S. 224. Ihre Hochburgen lagen bei der Landtagswahl 1946 in der Oberpfalz, in Niederbayern und im katholischen Unterfranken, wo sie zwischen 60,9 und 64,5% der Stimmen erreichte. In Mittelfranken erzielte sie dagegen mit 38,7% ein schwächeres Ergebnis.

⁶⁰ Hans Ehard (1887–1980), 1924 Anklagevertreter im Hitler-Prozeß, vor 1933 Mitglied der BVP, 1945/46 Staatssekretär im bayerischen Justizministerium, 1946–1954 und 1960–1962 bayerischer Ministerpräsident, danach bis 1966 Justizminister, 1949–1955 Vorsitzender der CSU.

⁶¹ So Willi Anker Müller im Dienstag-Club am 24. Juni 1947.

fechte hinter sich zu lassen und sich in gemeinsamer Regierungsarbeit zu finden⁶². Zeitweilig schien es so, als nutze die Partei diese Chance. „Der Austritt der SPD aus der Koalition hat zu einer Vertagung der inneren Auseinandersetzung geführt“, so beschrieb ein TURICUM-Bericht vom 1. November 1947 die Lage der Union. „Die Entwicklung ist aber einen Schritt weitergegangen. Man gewinnt nämlich immer mehr den Eindruck, daß aus dieser Vertagung wenigstens teilweise ein besseres Einvernehmen und die Einsicht erwachsen sind, daß man sich mit dem Zank nur ins eigene Fleisch geschnitten hat . . . Die Ehrgeize einer ganzen Reihe von Persönlichkeiten, die bisher Unruheherde in der Partei bildeten, sind momentan befriedigt . . . Die ganze Partei macht den Eindruck, als ob sie sich zu einer Art Winterschlaf zusammengerollt hat. Jeder anderen Partei würde das schlecht bekommen. Der Union bekommt das in ihrer inneren Struktur bestimmt gut. War doch die ‚Königlich-Bayerische Bierruhe‘ von jeher ihr eigentliches Programm“⁶³.

Auch dieser Winterschlaf währte nur bis zum Frühjahr. Die CSU Alois Hundhammers und Josef Müllers stand als Regierungspartei vor der Aufgabe, das Flüchtlingsproblem zu lösen und – auch im Zusammenhang hiermit – die Industrialisierung Bayerns zu forcieren. Dabei geriet sie unweigerlich in Konflikt mit ihrer katholisch-konservativen Anhängerschaft in Besitzbürgertum, Handwerk und Landwirtschaft. Auch konnte sich die CSU der zonalen und überzonalen Zusammenarbeit nicht entziehen und mußte allmählich von ihren Eigenständigkeitsträumen Abschied nehmen. Wie sehr sie damit in Gegensatz zu ihrer altbayerischen Anhängerschaft geriet, unterstrich deren Sprecher Carl Lacherbauer⁶⁴ im Dienstag-Club am 25. März 1947, als er das bizonale Verwaltungsamt für Wirtschaft in Minden unter der Leitung des Sozialdemokraten Viktor Agartz⁶⁵ aufs Korn nahm: „Und wenn irgendwo in einem bayerischen Winkel ein Bäuerlein von seiner Mistlachengrube ein Abwasser in einen Bach leiten will, so hat darüber in Zukunft Herr Dr. Agartz zu entscheiden! . . . Wir haben erlebt, was uns der Zentralismus seit Bismarcks Reichsgründung gebracht hat, wir wollen es nicht ein zweites oder drittes Mal erleben! Aber was sich da in Minden angebahnt hat . . . das ist schon jetzt mehr als Zentralismus, das ist Suprazentralismus.“

⁶² Ministerpräsident Ehard rief seine Parteifreunde in einer Fraktionssitzung am 18. September 1947 eigens dazu auf, die alten Streitigkeiten zu begraben und endlich verantwortlich zu handeln. Er wußte aber, wie labil das innere Gleichgewicht der CSU war: „Auch ich bin mir im klaren, daß ich durch irgendwelche Intrigen vielleicht in 3 oder 6 Monaten zurücktreten muß, aber angesichts der großen Notlage sollten doch alle persönlichen Angelegenheiten in den Hintergrund treten.“ Bericht über die Fraktionssitzung, in: NA, RG 260, 10/91–1/4.

⁶³ TURICUM an ICD, 1. November 1947, in: Ebenda, 10/91–1/5.

⁶⁴ Carl Lacherbauer (1902), Jurist, ab Dezember 1945 rechtskundiger Bürgermeister der Stadt München, Mitglied der Verfassunggebenden Landesversammlung, MdL der CSU in Bayern 1946–1958, 1947/48 Staatssekretär im bayerischen Justizministerium, 1953 Übertritt zur Bayernpartei.

⁶⁵ Viktor Agartz (1897–1964), SPD-Mitglied und Gewerkschafter, 1946 Leiter des Zentralamtes für Wirtschaft in der britischen Zone, 1947 Vorsitzender des Verwaltungsrats für Wirtschaft in Minden, 1947 MdL in Nordrhein-Westfalen, wegen seiner marxistischen Einstellung scharfe Konflikte mit SPD und DGB, 1958 Ausschluß aus SPD, 1959 aus der IG Druck und Papier.

1947 war die CSU in einer Sackgasse angekommen. Von den heimatverbundenen Kreisen wurde sie als Verräterin einheimischer Interessen und bayerischer Tradition gebrandmarkt, die fränkisch-reichstreuen Kräfte kreideten ihr an, in der Fixierung auf bayerische Sonderinteressen nationale deutsche Belange zu vernachlässigen; die Flüchtlinge wiederum fanden ihre Interessen von der CSU zu wenig berücksichtigt. Die Konflikte wurden noch verschärft, als Fritz Schäffer die politische Bühne wieder betrat und den alten Kampf mit Josef Müller aufnahm, den Hundhammer nach Ansicht vieler Traditionalisten nicht entschlossen und gewandt genug geführt hatte. Klare Verhältnisse in der CSU schaffen, so lautete Schäffers Devise⁶⁶. Das aber bedeutete nichts anderes, als den interkonfessionellen Gründungsgedanken in den Hintergrund zu rücken, dabei die „Preisgabe der fränkisch-protestantischen Wählerschaft“⁶⁷ zu riskieren und sich auf eine Politik der Sammlung des von der Spaltung bedrohten katholischen Lagers zu besinnen. Denn seit der Zulassung der Bayernpartei als Landespartei im Frühjahr 1948 liefen der CSU die Mitglieder und vor allem die Wähler aus den bäuerlichen und bürgerlichen Schichten Altbayerns in Scharen davon. Bei der Bundestagswahl von 1949 war ihre imponierende absolute Mehrheit aus dem Jahr 1946 bereits auf weniger als 30 Prozent der Stimmen zusammengesmolzen. Die CSU schien allein noch zwischen Auszehrung und Zusammenbruch wählen zu können, während die Bayernpartei, die mit dem ehemaligen CSU-Minister Josef Baumgartner ein populäres Zugpferd gewonnen hatte, alles um sich sammelte, „was vom bayerischen Standpunkt aus unzufrieden ist mit den heutigen Verhältnissen“, und das „sind gar viele“, so schrieb die Süddeutsche Zeitung am 17. Februar 1948: „Die Gefolgschaft stellen nicht nur die Bauern, sondern alle jene, die da fälschlicherweise meinen, daß Bayern als eigener Staat besser fahren würde; dann jene, die man mit dem Hinweis gewinnt, daß die Verhältnisse besser waren, als Bayern noch einen König hatte, und schließlich die große Zahl derer, die von der Doppelzone und ihrer Verwaltung in Frankfurt und noch viel weniger etwas von Berlin wissen wollen.“ Wollte die CSU ihr Kernland Altbayern nicht verlieren, so mußte sie auf den von Schäffer geforderten Kurs gehen, zumal dieser seine Forderung mit der Drohung unterstrich, er werde sonst mit dem hinter ihm stehenden beträchtlichen Teil der CSU zur Bayernpartei überwechseln⁶⁸. Diese Wendung der CSU ließ es der evangelischen Kirche in Bayern, die bis dahin durchaus loyal zur CSU gestanden hatte, im Frühjahr 1948 angeraten erscheinen, mit der SPD Fühlung aufzunehmen. Sie wollte prüfen, „wie weit wir auf beiden Seiten ähnliche Wege gehen, was wir voneinander erwarten dürfen und was nicht“⁶⁹.

Die Zeit für eine interkonfessionelle Sammlungspartei, wie sie Josef Müller anstrebte,

⁶⁶ Mintzel, CSU, S. 225 ff.

⁶⁷ Ebenda, S. 227.

⁶⁸ Ebenda, S. 228.

⁶⁹ So Kirchenrat Mathäus Simon in einem Gespräch mit Vertretern der bayerischen SPD am 31. März 1948 in Fürth. Eine weitere Besprechung fand am 11. Oktober 1948 in Nürnberg statt. Protokolle der Besprechungen in: Landeskirchliches Archiv Nürnberg, Bestand: Evangelisch-Lutherischer Landeskirchenrat, XV 1565 a.

war Ende der vierziger Jahre in Bayern noch nicht reif. Müller war schon vor seinem Sturz als CSU-Vorsitzender im Mai 1949 gescheitert. Zu stark waren die retardierenden Kräfte im katholisch-konservativen Lager. Der Versuch, eine straff organisierte bürgerlich-interkonfessionelle Massenpartei zu schaffen, ist vielleicht auch deshalb nicht im ersten Anlauf geglückt, weil die bürgerlichen Schichten, an die sich Müller nach dem Zusammenbruch des Dritten Reiches wandte, zu stark in Antiparteienres- sentimenten verhaftet waren, sich nur zögernd zu politischem Engagement bereitfan- den und das Feld so weitgehend den alten BVP-Politikern überlassen blieb. Auch war es der Umsetzung von Müllers politischem Konzept gewiß nicht förderlich, als Mann des Widerstandes und Freund der Besatzungsmacht zu gelten, denn Widerstand ge- gen den Nationalsozialismus und Anlehnung an die Besatzungsmacht waren vielen gleichermaßen suspekt.

Ochsen-Club und Dienstag-Club

Die Differenzen in der CSU waren kein Geheimnis. Jedermann wußte, daß die Uni- on in Bayern trotz blendender Wahlergebnisse ein brüchiges Gebilde war. Aber selbst versierten Beobachtern gelang es meist nicht, ein zuverlässiges Bild von den Hinter- gründen und Methoden der Richtungskämpfe in der dominierenden Landespartei zu gewinnen. Die Offiziere der Militärregierung hatten dank der Informationen, die ih- nen schon bald nach der Lizenzierung des Landesverbandes regelmäßig aus zwei wichtigen Gesprächskreisen der CSU zufließen, weniger Mühe, das irrisierende Bild der Partei zu fixieren. Ihr Informant saß in beiden Zirkeln: im Dienstag-Club, einer „politischen Arbeitsgemeinschaft der jungen Generation auf christlich-sozialer Grundlage“⁷⁰, und im Kreis um den Parteivorsitzenden Josef Müller.

Die Gesinnungsfreunde des Ochsensepp trafen sich seit Juli 1945 in der bald schon le- gendären Gedonstraße 4 am Englischen Garten in München („G 4“), wo Josef Müller seit langem wohnte⁷¹. Zu den regelmäßigen „Mittwochsgesprächen“ fand sich die po- litische Prominenz der CSU und die persönliche Entourage des Parteivorsitzenden ein, so z. B. der Münchener Oberbürgermeister Scharnagl⁷², Minister Baumgartner, die Vertreter des Bauernflügels Horlacher und Schlögl, der Wirtschaftsexperte Jo- hannes Semler⁷³, der angesehene Stadtpfarrer Muhler oder Müllers engster Mitarbei-

⁷⁰ So § 1 der Vorläufigen Geschäftsordnung des Dienstag-Clubs vom 27. November 1946, in: Privat- besitz Richard Jaeger.

⁷¹ Vgl. Müller, *Bis zur letzten Konsequenz*, S. 302 ff., und Clark, *Again the Goose Step*, S. 106 ff.

⁷² Karl Scharnagl (1881–1963), ab 1911 MdL, 1925–1933 Erster Bürgermeister von München, wäh- rend der NS-Zeit einige Monate in Haft, 1945–1948 Oberbürgermeister von München, 1948/49 stellv. Oberbürgermeister.

⁷³ Johannes Semler (1898–1973), Mitgründer der CSU, 1947 Direktor der Verwaltung für Wirtschaft des Vereinigten Wirtschaftsgebietes, aus diesem Amt 1948 wegen seiner berühmten Hühnerfutter- Rede entlassen, in der er die Alliierten für die wirtschaftlichen Schwierigkeiten in der Bizone verant- wortlich machte, 1950–1953 MdB.

ter, der frühere deutsche Botschafter in Washington, Friedrich Wilhelm von Prittwitz und Gaffron⁷⁴. Ende 1945 stieß auch der Vorsitzende der Christlich-Sozialen Union in Schongau, Regierungsrat Franz Josef Strauß „in einer alten Wehrmachtsuniform ohne Achselstücke und Hoheitsabzeichen“ zu dem Gesprächskreis⁷⁵. Waren CSU-Politiker aus entfernteren Bezirken mittwochs in München, so versäumten sie es selten, gegen Abend in die Gedonstraße zu kommen. Der Müller-Kreis genöß besondere Privilegien der Besatzungsmacht. Zu einer Zeit, als politische Betätigung noch verboten war, genehmigte sie die regelmäßigen Versammlungen und stellte Off-Limits-Schilder zur Verfügung, „die den Besatzungssoldaten verboten, Büro oder Wohnung zu betreten“⁷⁶. Bis September 1945 saß unter den zwanzig bis dreißig Teilnehmern der Mittwochrunde allerdings meist auch ein Beobachter der Militärregierung. Zwischen Herbst 1945 und Frühjahr 1946 glich die Versammlung bei Josef Müller einer Art Kronrat, wo wichtigste Informationen zu haben waren und wie nebenbei im zwanglosen Gespräch politische Entscheidungen getroffen wurden. Damit und mit der Anwesenheit gewichtiger Persönlichkeiten war die Attraktivität des Ochsen-Club, wie der Mittwoch-Kreis gelegentlich genannt wurde, garantiert. Es wurden keine Einladungen verschickt, es gab weder Satzung noch Geschäftsordnung, nicht einmal ein Protokoll wurde geführt. Auch seinen Gegnern in der Partei verwehrte Müller den Zutritt zur Mittwochrunde nicht. Richard Jaeger, ein Mann des Schäffer-Flügels, war häufiger Gast im Ochsen-Club⁷⁷, und selbst Alois Hundhammer war einmal dort⁷⁸. Mit der Verpflanzung des Müller-Kreises aus der gastlichen Gedonstraße in das Landessekretariat der CSU, Anfang Juni 1946, ging seine Bedeutung zurück. Der Parteivorsitzende fand sich zur Enttäuschung seiner Anhänger und Vertrauten nur noch ab und zu in der Paul Heyse-Straße ein, der Zulauf zu den Mittwochsgesprächen⁷⁹ ließ nach. Nach den Landtagswahlen im Dezember 1946 erlosch das Interesse am Ochsen-Club ganz. Viele CSU-Funktionäre saßen nun im bayerischen Parlament, in der Landesregierung, hatten wichtige Positionen in den Ministerien inne und nahmen aktiv am politischen Entscheidungsprozeß teil. Da zudem der

⁷⁴ Friedrich Wilhelm von Prittwitz und Gaffron (1884–1955), Diplomat und Jurist, 1927–1933 Botschafter in den Vereinigten Staaten, trat im Januar 1933 aus politischen Gründen von diesem Posten zurück, 1945 Mitgründer der CSU, 1946–1954 MdL in Bayern.

⁷⁵ Vgl. Karl Köhler, So begann es damals – 1945, in: Politik. Periodisches Informationsblatt des CSU-Kreisverbandes Starnberg, Heft 3, 1975, S. 3. Eine Schilderung der Mittwoch-Treffen findet sich auch in den Erinnerungen von Karl Köhler (ehemaliger Vorsitzender des CSU-Kreisverbandes Starnberg, 1949 Gründer des „Gautinger Kreises“ zur Unterstützung der politischen Linie Josef Müllers innerhalb der CSU): „Die Mittwochsgespräche in der Gedonstraße 4 zu München“, in: IfZ-Archiv, Ms 343.

⁷⁶ Müller, Bis zur letzten Konsequenz, S. 305. Vgl. auch die Schilderung Karl Köhlers: „Das Vertrauen der Besatzungsmacht ohne Hörigkeit“, in: IfZ-Archiv, Ms 343.

⁷⁷ Richard Jaeger war es auch, der den Informanten der Militärregierung – freilich in Unkenntnis seiner Rolle – im Ochsen-Club einführte. Vgl. Ochsen-Club am 5. Juni 1946.

⁷⁸ Vgl. die Niederschrift Karl Köhlers „Die Mittwochsgespräche“, in: IfZ-Archiv, Ms 343.

⁷⁹ Die letzten Sitzungen des Mittwoch-Kreises fanden donnerstags statt. Vgl. Ochsen-Club am 6. August 1946.

Stern des Ochsensepp zu verblassen begann, wurde auch sein Gesprächskreis, der mit ihm stand und fiel, entbehrlich.

Der Dienstag-Club war das Forum der jüngeren Generation, der CSU-Nachwuchspolitiker. Für sie begann der Weg in die Politik meist aus der Mitte ihrer Gesinnungsfreunde in den katholischen Bünden und Verbänden heraus. In der Zeit der Desorientierung nach dem Zusammenbruch bot das während der NS-Zeit nach und nach verbotene, in den persönlichen Beziehungen seiner Mitglieder aber beinahe unversehrt gebliebene katholische Vereinswesen der aus Krieg und Gefangenschaft heimkehrenden, bewußt christlich eingestellten jüngeren Generation das gewohnte Dach, unter dem man sich sogleich wieder versammeln, persönliche Bekanntschaften erneuern und im Gespräch erste politische Orientierung gewinnen konnte. Für den Zustrom jüngerer Mitglieder zur CSU, ganz wesentlich auch für die Konstituierung des Dienstag-Club, war diese Unversehrtheit des katholischen Milieus von überragender Bedeutung. Zusammenkünfte und Neuorganisationen im kirchlichen Raum genossen zudem ein damals einzigartiges Privileg: sie bedurften nicht der Genehmigung durch die Militärregierung⁸⁰.

Zwischen Mai und September 1945 fanden sich in München die ehemaligen Mitglieder des Bundes Neudeutschland, des Quickborn oder etwa des großen Katholischen Jungmännerverbandes rasch wieder zusammen⁸¹. Eine zentrale Figur und Mentor dieser Art Sammlungsbewegung war Franz Steber⁸², vor 1933 Reichsführer der Sturmchar⁸³, des aktivsten Teils des Jungmännerverbandes. Im Spätsommer 1945 rief er in München die Katholische Junge Mannschaft (KJM), eine Organisation junger Frauen und Männer, ins Leben. Zwar verstand sich die KJM, die (1948) in München mehr Mitglieder hatte als die CSU⁸⁴, vornehmlich als religiöse Gemeinschaft, doch war sie neben ihrer umfangreichen sozialen Tätigkeit auch darauf bedacht, christlichen Grundsätzen in der Politik Gehör zu verschaffen. Nach der Lizenzierung des Kreisverbandes München Anfang Dezember 1945 traten viele aktive junge Katholi-

⁸⁰ Dies hob der Bericht der Strategic Services Unit („Catholic Young Men's Association in Munich“) vom 29. Dezember 1945 besonders hervor, in: NA, RG 226, XL 38 886.

⁸¹ Vgl. den Bericht von TURICUM über die Katholische Junge Mannschaft vom 15. Februar 1948 (NA, RG 260, 10/90–3/2) sowie die Auskünfte von Toni Böck (18. März 1983), Richard Jaeger (9. März 1983) und Gerhard Skrabal (30. März 1983). Zu Struktur und Geschichte der katholischen Jugendorganisationen vgl. Barbara Schellenberger, *Katholische Jugend und Drittes Reich*, Mainz 1975.

⁸² Franz Steber (1904–1983), 1922–1926 Landessekretär der Katholischen Jungmännervereine in Bayern, seit 1926 Mitarbeiter im Jugendhaus Düsseldorf, der Zentrale des Katholischen Jungmännerverbandes, 1937 vom Volksgerichtshof zu fünf Jahren Zuchthaus verurteilt, nach 1945 Mitglied des Landesvorstandes der CSU, Mitbegründer der Jungen Union in Bayern, 1949 Direktor des Bayerischen Jugendsozialwerkes, 1955–1965 Sozialreferent im Jugendhaus Düsseldorf.

⁸³ Zu Selbstverständnis und Rolle der Sturmchar, die 1933 über 20 000 Mitglieder hatte, vgl. neben Schellenberger, *Katholische Jugend*, besonders Günter Plum, *Gesellschaftsstruktur und politisches Bewußtsein in einer katholischen Region 1928–1933*, Stuttgart 1972, S. 107 ff.

⁸⁴ Die Katholische Junge Mannschaft hatte Anfang 1948 in München etwa viertausend, die CSU etwa 2 500 Mitglieder. Vgl. hierzu die Berichte über die KJM in: NA, RG 260, 10/90–3/2 und 10/91–1/2.

ken der Christlich-Sozialen Union bei und hatten schon bald kleine und mittlere Parteifunktionen inne. Mitte Februar 1946 schufen sie sich im Dienstag-Club, dem nur ein Mitglied evangelischer Konfession zugehörte, ihr eigenes Forum. Die Konstituierung des Clubs war keine Neugründung, sondern „organisatorische Festigung“ und Erweiterung eines kleinen Kreises junger Katholiken um den Vorsitzenden der CSU in Münchens 9. Stadtbezirk, Hanns Schinagl⁸⁵, in dem schon seit Juni 1945 politische Bildungsarbeit geleistet wurde. Deshalb wurde der Dienstag-Club bei der amerikanischen Militärregierung auch als „Arbeitskreis der CSU des 9. Stadtbezirks der CSU München“ angemeldet⁸⁶. Die Mitglieder des Dienstag-Clubs gehörten „fast ausnahmslos“⁸⁷ zugleich der Katholischen Jungen Mannschaft an. Mit Toni Böck⁸⁸, dem Sekretär und Leiter des Sozialbüros der KJM, und Richard Jaeger, dem Vorsitzenden des Politischen Werkkreises der Katholischen Jungen Mannschaft⁸⁹, saßen zwei der profiliertesten Mitglieder des Dienstag-Clubs im engeren Führungskreis der KJM um Franz Steber.

Die treibende Kraft, die christlich orientierte jüngere Generation aus den informellen Gesprächszirkeln, katholischen Freundeskreisen, kirchlichen Gruppierungen, aber auch aus der CSU selbst, in einem eigenen Forum zusammenzuführen, war Richard Jaeger, der vor dem Krieg der Katholischen Jugend Münchens angehört hatte. Mit seiner im August 1945 fertiggestellten Programmschrift „Auf dem Weg zur Demokratie“, in der er zur Interpretation der NS-Zeit in Bayern auch sophisticatede Volten nicht scheute, hatte Jaeger sich als scharfer Gegner jeglichen „Preußentums“ und Protagonist eines eigenständigen bayerischen Staates innerhalb eines „Mitteleuropäischen Bundes“ gezeigt und sich damit im Kreise der Katholischen Jungen Mannschaft einen Namen gemacht⁹⁰. Auf der Gründungssitzung des Dienstag-Clubs wähl-

⁸⁵ Hanns Schinagl (1899), Verlagskaufmann, 1913 Katholischer Jugendverein Kolping, 1919 BVP, in den zwanziger Jahren Geschäftsführer des Friedensbundes Deutscher Katholiken in München, 1933 aus seinem Beruf verdrängt, 1945 Vorsitzender der CSU im Münchener 9. Stadtbezirk, tendierte zum Müller-Flügel.

⁸⁶ Zitate aus dem „Arbeitsbericht des Dienstag-Club. Februar bis Juni 1946“ Richard Jaegers vom 25. Juni 1946, in: Privatbesitz Richard Jaeger. Siehe auch die – nicht abgedruckte – einleitende Passage des Berichts vom 25. Juni 1946. Andere Mitglieder des Dienstag-Clubs, wie Gerhard Skrabal und Hans Weiß, die nicht zur Katholischen Jungen Mannschaft gehörten, trafen sich ebenfalls schon seit dem Sommer 1945 regelmäßig mit Freunden und Bekannten zum politischen Meinungsaustausch. Skrabal und Weiß waren Neudeutsche Bundesbrüder; Information Gerhard Skrabal im Gespräch am 30. März 1983.

⁸⁷ So die Beschreibung der Zusammensetzung des Dienstag-Clubs im – nicht abgedruckten – Eingangssatz des Berichts vom 30. April 1946.

⁸⁸ Toni Böck (1915), Kaufmann, 1934 Diözesanführer im Katholischen Jungmännerverband, 1948 Landesleiter der KJM, 1951 Geschäftsführer des Diözesanrates der Katholiken und des Landeskomitees der Katholiken in Bayern, 1949–1984 Stadtrat der CSU in München.

⁸⁹ Zu den Sitzungen des Anfang 1947 gegründeten Werkkreises vgl. die TURICUM-Berichte in: NA, RG 260, 10/91–1/2 und 10/91–1/3.

⁹⁰ Jaeger hatte in der KJM den Auftrag, Kontakt zur „Politik“ zu halten. Angaben Richard Jaegers im Gespräch am 9. März 1983 und im Brief vom 7. Juli 1983.

ten ihn die Anwesenden zu ihrem Vorsitzenden⁹¹. Die Zielsetzung, nämlich die „Sicherung des Einflusses der jungen Generation auf die Gestaltung des öffentlichen Lebens“, führte den Club dazu, gelehrte Erörterungen mehr und mehr zu Gunsten der tagespolitischen Debatte zurückzustellen und „sich aktiv in die Christlich-Soziale Union Münchens einzuschalten“⁹². Das entsprach ganz dem in Jaegers Programmschrift formulierten Anspruch, nunmehr die „unfruchtbare defensive Geisteshaltung“ aufzugeben und für eine Erneuerung „des gesamten privaten und öffentlichen Lebens aus dem Geist des Evangeliums“ heraus zu arbeiten.

Der Gesprächskreis, der fünfundzwanzig feste Mitglieder und etwa die gleiche Anzahl „Freunde des Clubs“ hatte⁹³, war kein Organ der CSU – ihm gehörten auch einige wenige Parteilose an –, doch bald schon ein von der Partei respektiertes Forum. Keiner der Spitzenpolitiker versäumte es, einer Einladung in den Dienstag-Club, „dessen Tradition älter ist als die CSU in Bayern“ – wie im Müller-Kreis einmal gesagt wurde⁹⁴ –, zu folgen, dort seinen politischen Standpunkt vorzutragen und mit den rührigen Nachwuchspolitikern zu debattieren. Wenn der Dienstag-Club in den Berichten an die Militärregierung ein wenig überzeichnet als ein Zirkel der innerparteilichen Opposition gegen die Landesleitung der CSU charakterisiert ist („Die Kritik an ihren führenden Männern, besonders an Dr. Josef Müller ist stets scharf“⁹⁵), so ergab sich die Gegnerschaft zum Müller-Flügel weniger aus einer völligen Übereinstimmung der Jüngeren mit der politischen Linie Schäffers und Hundhammers, als eher schon aus der Tatsache, daß die jungen CSU-Funktionäre im Dienstag-Club als loyale Mitglieder der rebellierenden Kreisverbände München und Oberbayern im Lager der Gegner des Parteivorsitzenden standen. 1948, als sich die Interessen eines Teils der Mitglieder des Dienstag-Clubs mehr auf den Beruf verlagert hatten, andere in der Partei und der Anfang 1947 gegründeten Jungen Union bessere Möglichkeiten der Profilierung und politischen Einflußnahme fanden, schloß der Gesprächskreis ein; die letzten Zusammenkünfte haben im Frühsommer 1948 stattgefunden.

Einen derben Stoß, von dem sich der Dienstag-Club nie mehr ganz erholte, hatte die

⁹¹ Die konstituierende Sitzung fand im Rückgebäude eines Alten-Pensionats statt, das von den Barmherzigen Schwestern vom Hl. Vinzenz von Paul geführt wurde. Es waren elf Personen anwesend, darunter Toni Böck, Franz Gleissner, Franz Heubl, Gerhard Skrabal und Hans Weiß. Zum 2. Vorsitzenden wurde Hanns Schinagl gewählt. Sitzungsgemäß sollte der Vorsitz des Dienstag-Clubs halbjährlich wechseln. Für die zweite Jahreshälfte 1946 wurde Josef Brunner zum Ersten Vorsitzenden gewählt; er blieb es bis zur Auflösung des Clubs 1948. Vgl. das Protokoll der Beschlüsse des Dienstag-Clubs am 12. Februar 1946 (Privatbesitz Richard Jaeger) und Dienstag-Club am 25. Juni 1946.

⁹² Zitate aus der „Vorläufigen Geschäftsordnung des Dienstag-Clubs vom 27. 11. 1946“ und dem „Arbeitsbericht des Dienstag-Club. Februar bis Juni 1946“, in: Privatbesitz Richard Jaeger.

⁹³ Vgl. die einleitende – nicht abgedruckte – Bemerkung zum Dienstag-Club am 25. Juni 1946 und die Einladungsliste vom 18. Juni 1946, in: Privatbesitz Richard Jaeger.

⁹⁴ Vgl. die einleitenden – nicht abgedruckten – Bemerkungen im Bericht über die Sitzung des Ochsen-Clubs am 6. August 1946.

⁹⁵ Einleitende – nicht abgedruckte – Charakterisierung des Clubs im Bericht über das Treffen am 25. Juni 1946. Siehe auch Dienstag-Club am 8. Oktober 1946.

für den Gesprächskreis unabdingliche Vertraulichkeit schon im Jahr zuvor erhalten. Die Militärregierung war nämlich durch den TURICUM-Bericht über die Sitzung des Dienstag-Club am 4. März 1947 alarmiert worden, auf der Landwirtschaftsminister Baumgartner zwei höchst despektierliche Äußerungen getan hatte: „Beinahe die größte Schwierigkeit“, so der Minister, „bedeutet der Umstand, daß – wir sind doch hoffentlich unter uns? – heute fast nur noch die dritte und vierte Garnitur Amerikaner hier in Deutschland ist.“ Ferner war die Besatzungsmacht von der Bemerkung Baumgartners über einen jüdischen Kongreß in Bayern schockiert, dessen einzig erfreulicher Aspekt nach seiner Ansicht die „einstimmig gefaßte Resolution: ‚Raus aus Deutschland!‘“ gewesen sei. General Muller⁹⁶, der amerikanische Militärgouverneur in Bayern, sprach Ministerpräsident Ehard auf die Äußerungen seines Landwirtschaftsministers an. Baumgartner antwortete auf die Vorhaltungen der Amerikaner mit einer umfänglichen Stellungnahme, in der er die Vorwürfe gegen ihn zu widerlegen suchte⁹⁷. Publik wurde die Angelegenheit, als Delbert Clark, ein liberaler Kritiker der amerikanischen Besatzungspolitik, am 3. April 1947 in der New York Times über den Auftritt Baumgartners im „Munich Tuesday Club“ berichtete. Ohne seine Quelle zu nennen, zitierte er wörtlich aus dem Bericht der T-Unit. Dieser Artikel brachte einen gewissen Herman Stern aus Brooklyn, der 1945 beim Einmarsch von Pattons Dritter Armee in Bayern dabeigewesen war, in Harnisch. In einem bitteren Brief⁹⁸ an den Präsidenten der Vereinigten Staaten beschwerte er sich darüber, daß ein Mann, der „derart heftige antiamerikanische Äußerungen“ von sich gebe, noch auf einem Ministersessel und nicht schon längst im Gefängnis sitze. Wohin werde es führen, wenn deutsche Politiker so kurz nach der militärischen Niederlage schon wieder „so offen gegen uns Stellung beziehen“, fragte Mister Stern und verlangte Auskunft über die „gegen diese Person“ unternommenen Schritte. Das Kriegsministerium forderte Bericht von OMGUS, wo man sich wohl bewußt war, daß „die Bedeutung von Dr. Baumgartners Äußerungen im gegenwärtigen Zeitpunkt in Hinblick auf seine Schlüsselstellung in Ernährungsdingen in Bayern nicht übertrieben werden“ konnte⁹⁹. General Clay machte auf der Pressekonferenz am 10. April 1947 aus seinem Mißtrauen gegenüber den Erklärungen des Ministers keinen Hehl. Er wolle einstweilen zwar von Schritten gegen Baumgartner absehen, da dem Minister der genaue Wortlaut seiner Äußerungen im kleinen Kreis nicht mit letzter Sicherheit nachzuweisen sei, fügte aber hinzu, daß er Material in Händen habe, das den Bericht der New York Times bestätige¹⁰⁰.

⁹⁶ Walter J. Muller (1896), Militärakademie West Point, 1919 erhielt er ein Kommando bei den amerikanischen Truppen in Europa (zunächst in Frankreich, dann in Koblenz), mehrere Funktionen in Planungsabteilungen der US-Armee, Stabschef der Dritten Armee General Pattons, 1945–1947 Direktor der amerikanischen Militärregierung für Bayern.

⁹⁷ Vgl. das interne Memorandum für General Muller vom 4. April 1947 und dessen Schreiben an General Clay vom 5. April 1947, in: NA, RG 260, AG 1947, 141/3.

⁹⁸ Schreiben vom 5. April 1947, in: Ebenda.

⁹⁹ Memorandum für General Muller vom 4. April 1947, in: Ebenda.

¹⁰⁰ Wortlaut der Pressekonferenz in: NA, RG 260, AG 1947, 17/2.

Der bayerische Landwirtschaftsminister entging einem ähnlichen Schicksal wie Johannes Semler, CSU-Mitglied und Direktor für Wirtschaft in der Bizone, der im Januar 1948 wegen vergleichbarer Äußerungen entlassen wurde. Es gelang ihm, von zehn Mitgliedern des Dienstag-Clubs eidesstattliche Erklärungen zu beschaffen, in denen beteuert wurde, daß die inkriminierten Äußerungen niemals gefallen seien¹⁰¹. Außerdem erschien es der amerikanischen Militärregierung, obwohl sie ausreichendes Belastungsmaterial besaß, 1947 offenbar politisch inopportun, Baumgartner zu entlassen. Den Minister mit den Unterlagen der T-Unit zu überführen, hätte zudem wohl bedeutet, die wertvolle Informationsquelle innerhalb der CSU preisgeben zu müssen.

Der Informant der Militärregierung hielt die Besatzungsmacht über die Rettungsaktion für Dr. Baumgartner auf dem laufenden, insbesondere schilderte er das Unbehagen, das den Vorsitzenden des Clubs dabei plagte. Im Dienstag-Club wurden hinfür strengste Maßnahmen ergriffen, um die Vertraulichkeit der Ausspracheabende zu sichern. Vergeblich, denn auf den Informanten der Amerikaner, der zu den Gründungsmitgliedern des Clubs zählte, fiel kein Verdacht. Er schrieb nach der Affäre Baumgartner an die Militärregierung: „Ich genieße nach wie vor das unbedingte Vertrauen nicht nur des Clubs, sondern auch zahlreicher führender Unionsleute“¹⁰².

Die Organisation TURICUM

Kurt Heinrich Heizmann, Informant der Militärregierung und Mitglied der Organisation TURICUM¹⁰³, kam Ende 1945 nach München. Da er dem Bund Neudeutschland angehört hatte, fand er bald Zugang zur Katholischen Jungen Mannschaft und lernte dort die Nachwuchspolitiker der CSU kennen. 1946 war er Gründungsmitglied und dann einer der eifrigsten Teilnehmer an den Sitzungen des Dienstag-Clubs. Das machte ihn, der kein Mitglied der Union war, auch im Kreis um Josef Müller unverdächtig.

Heizmann stammte aus dem Badischen, hatte Priester werden wollen, mußte diesen Gedanken aber aufgeben, da ihm körperliche Gebrechen schwer zu schaffen machten. In den dreißiger Jahren verdingte er sich als Hausverwalter und Hauslehrer am Freiburger Schülerheim Burse Markgraf Bernhard von Baden. Nebenher verfaßte er Naturerzählungen und religiöse Gedichte, die hin und wieder auch gedruckt wurden. Im Krieg schrieb er sich an der Universität Freiburg in den Fächern Theologie, Ger-

¹⁰¹ Vgl. eine solche eidesstattliche Erklärung in: NA, RG 260, 10/91–1/2.

¹⁰² Schreiben des Informanten an die Militärregierung über die Hintergründe der Baumgartner-Affäre vom 26. März 1947, in: Ebenda.

¹⁰³ Der Beschreibung von Person und Rolle Heizmanns liegen mündliche Auskünfte von Elmar Basler (18. März 1983), Annemarie Bentz (19. April und 17. Juni 1983), Christian Hallig (20. April und 21. Juli 1983), Antonia Heizmann (18. März 1983), Adolf Miller (30. August 1983), Gerhard Skrabal (30. März 1983) und Valentin Zwosta (19. März 1983) sowie die schriftlichen Unterlagen in: NA, RG 260, 10/73–2/19 und 10/91–1/2 zugrunde.

manistik und Geschichte ein, konnte das Studium aber nicht abschließen. Als er Anfang 1946 aus den Gesprächskreisen der CSU zu berichten begann, war er 34 Jahre alt. Bekannte aus Heizmanns Münchener Zeit beschreiben ihn als einen schwer zugänglichen, von Selbstzweifeln geplagten, leisen, zuweilen leisetretterisch wirkenden Menschen. In der Organisation TURICUM blieb er Außenseiter; daß er dank seiner Berichte über die Christlich-Soziale Union der eigentliche Star der Gruppe war, ist ihm nicht bewußt gewesen. Heizmann war froh, daß er bei TURICUM Unterschlupf gefunden hatte. 1948 faßte er beruflich Fuß und arbeitete – ohne sonderlich hervorzutreten – bei der wiedererscheinenden katholischen Wochenzeitung Michael von Johannes Maaßen mit¹⁰⁴. 1950 ging er nach Freiburg zurück und erlebte mit der Veröffentlichung mehrerer Jugend- und Tierbücher erst in seinen letzten Lebensjahren einen wirklichen Erfolg. Als er 1958 starb, nahm er das Geheimnis seiner Dienste für die amerikanische Besatzungsmacht mit ins Grab; nur der Chef der Organisation TURICUM wußte noch davon.

Heizmann gehörte seit dem Frühsommer 1945 zum TURICUM, dessen Anfänge in das Berlin der dreißiger Jahre zurückreichten. Bald nach der Machtübernahme der Nationalsozialisten kam dort regelmäßig ein kleiner Zirkel deutscher und ausländischer Journalisten und Diplomaten zusammen, die den Kurs der Hitler-Regierung mit wachsender Besorgnis verfolgten. 1940 gab sich die Gruppe ein Programm und nannte sich nach dem lateinischen Namen für Zürich TURICUM¹⁰⁵. Mittelpunkt des Gesprächs- und Freundeskreises waren der aus Zürich stammende Johann Conrad Meyer¹⁰⁶, bis 1940 Wirtschaftskorrespondent des Economist und der Neuen Zürcher Zeitung in Berlin, danach sehr erfolgreicher Mitarbeiter des Schweizer Nachrichtendienstes, und Hans Georg Bentz, der 1933/34 aus politischen Gründen seinen Posten als stellvertretender Chefredakteur der großen, bei Ullstein erscheinenden Berliner

¹⁰⁴ Zur Geschichte der Zeitung vor und nach dem Zweiten Weltkrieg vgl. Klaus Gotto, Die Wochenzeitung Junge Front/Michael. Eine Studie zum katholischen Selbstverständnis und zum Verhalten der jungen Kirche gegenüber dem Nationalsozialismus, Mainz 1970, und den Briefwechsel zwischen Karl Thieme und Johannes Maaßen, in: IfZ-Archiv, Nachlaß Karl Thieme, ED 163, Mappe 54.

¹⁰⁵ Zur Geschichte von TURICUM vgl. besonders eine von Hans G. Bentz stammende Ausarbeitung mit dem Titel: „A Short Story of the TURICUM“, in: NA, RG 260, 10/91–2/1, die Fragebögen der TURICUM-Mitglieder, die in München tätig wurden, in: IfZ-Archiv, MA 1479/8, das Manuskript von Christian Hallig, Operation TURICUM, in: IfZ-Archiv, Ms 345, und die mündlichen Informationen der ehemaligen TURICUM-Mitglieder Christian Hallig (20. April und 21. Juli 1983) und Annemarie Bentz (19. April und 17. Juni 1983). Zum Gründerkreis von TURICUM zählten nach einer Aufstellung aus dem Privatbesitz von Annemarie Bentz u. a. folgende Personen: der Journalist René Prudent, der Regisseur Robert Siodmak, die Journalistinnen Bella Fromm und Sigrid Schultz, das Journalistenehepaar Jan und Lotte Lustig und der Regisseur und Drehbuchautor Jochen Huth.

¹⁰⁶ Johann Conrad Meyer (1907–1966), bis 1940 Wirtschaftskorrespondent der Neuen Zürcher Zeitung in Berlin, danach in Zürich regelmäßiger Mitarbeiter u. a. des Tages-Anzeigers und von Finanz und Wirtschaft, nach dem Krieg Züricher Korrespondent der französischen Nachrichtenagentur Agence France Presse, von Die Welt und U. S. News and World Report. Vgl. Neue Zürcher Zeitung vom 21. Juni und 1. Juli 1966.

Morgenpost verloren hatte und danach in der Lokalredaktion arbeitete. Bentz, der aus einer traditionsreichen, sehr vermögenden großbürgerlichen Familie stammte, war ein reger Geist und hatte eine ausgeprägte schriftstellerische Begabung. Schon mit vierzehn Jahren veröffentlichte er seine erste Erzählung. Dem mondänen jungen Mann, der in linkssozialistischen Gruppen verkehrte und Ende der zwanziger Jahre zum Buddhismus konvertierte, widerstrebte die Ideologie des Nationalsozialismus zutiefst. Wie seine weltoffene Familie orientierte er sich an den großen Demokratien des Westens. Die NS-Repräsentanten galten ihm als Spießbürger und Rabauken; vollends erweckten die terroristischen Züge des Regimes seinen Abscheu¹⁰⁷.

Daß sich die Nationalsozialisten lange würden halten können, glaubte im Kreis um Bentz und Meyer anfangs keiner, doch wich diese Zuversicht Ende der dreißiger Jahre der Erkenntnis, daß die NS-Machthaber fest im Sattel saßen und nur mit Hilfe von außen gestürzt werden konnten. Die Gruppe gab deshalb Informationen aus den politischen und militärischen Kreisen Berlins an die Westmächte weiter, um damit zum Sieg der „großen westlichen Demokratien“¹⁰⁸ beizutragen. Die Nachrichten z. B. über die Sitzungen des allerdings bedeutungslos gebliebenen Ministerrates für die Reichsverteidigung oder die vertraulichen Pressekonferenzen im Reichspropagandaministerium liefen bis 1940 über Meyer selbst, die Berliner Korrespondentin der Chicago Tribune und über den Handelsattaché der Schweizer Botschaft, Dr. Max Graessli¹⁰⁹. Als großen Erfolg sah TURICUM seine Meldungen an London über die deutschen U-Bootstützpunkte an der französischen Atlantikküste und die Raketenversuchsanstalt in Peenemünde an. Meyer, der 1940 aus Berlin ausgewiesen wurde, hat anscheinend sogar dem britischen Premierminister persönlich über die Berliner Informantengruppe berichtet¹¹⁰. Anfang 1943 konnte sich auch Bentz nicht mehr in Berlin halten. Er tauchte unter und begab sich auf eine über ein Jahr währende Odyssee durch Deutschland, die ihn im Herbst 1944 schließlich nach Mittenwald in Oberbayern führte, wo er bei Freunden unterkam. Hier gründete er mit etwa zehn Personen, die sich zumeist erst in Mittenwald zusammengefunden hatten – darunter auch

¹⁰⁷ Zu Hans G. Bentz (1902–1968) vgl. seinen ausführlichen Lebenslauf in: NA, RG 260, 10/73–2/19. Die Jugend- und Kinderbücher, mit denen Bentz in den fünfziger Jahren bekannt wurde, erschienen größtenteils im Sigbert Mohn Verlag, z. B. Zwei gegen fünf, Der Bund der Drei, Alle lieben Peter oder Gute Nacht, Jakob.

¹⁰⁸ Programm der Organisation TURICUM, S. 4, in: IfZ-Archiv, MA 1479/13.

¹⁰⁹ Zur Arbeitsweise von TURICUM vgl. die in Anm. 105 angeführten Dokumente. Max Graessli (1902), Diplomat, 1936–1942 Handelsattaché an der Schweizer Botschaft in Berlin, danach an schweizerischen Vertretungen u. a. in Washington und Tokio, 1957 Botschafter in Schweden, ab 1962 Leiter der Abteilung für Verwaltungsangelegenheiten des Politischen Departements des Bundesrates in Bern.

¹¹⁰ Zu Meyers Nachrichtendienstaktivitäten vgl. Hans Rudolf Kurz, Nachrichtenzentrum Schweiz. Die Schweiz im Nachrichtendienst des zweiten Weltkriegs, Frauenfeld/Stuttgart 1972, S. 72 und S. 121; Kurt Emmenegger, Q. N. wußte Bescheid. Erstaunliche Informationen eines Schweizer Nachrichtenmannes aus den Kulissen des Hitlerkrieges, Zürich 1965 sowie Wilhelm von Schramm, Geheimdienst im Zweiten Weltkrieg, München 1979, S. 100 f. Vgl. auch Briefe von Meyer an Bentz vom 27. August 1945 und 11. April 1946, in: NA, RG 260, 10/91–2/1 und IfZ-Archiv MA 1479/8.

Kurt Heinrich Heizmann –, das TURICUM ein zweites Mal. Die personelle Kontinuität der Gruppe war vor allem in der Person des „Chefs“, wie der weltgewandte Bentz von seinen Leuten zumeist bewundernd genannt wurde, gewahrt. Auch an der Bereitschaft seiner Organisation, die Sache der Westmächte zu ihrer eigenen zu machen, hatte sich nichts geändert. Die Neuauflage von TURICUM stellte sich bei der Einnahme Mittenwalds durch die 10. US-Panzerdivision Ende April 1945 sogleich in den Dienst der Amerikaner. Das Detachment 970/92 des Counter Intelligence Corps wußte die „unschätzbare Hilfe“ der Gruppe um Bentz wohl zu würdigen: „Bei allen Aktivitäten und Informationen hat sich Mr. Bentz in solchem Maße als verlässlich erwiesen, daß ihm in allen CIC-Angelegenheiten in Mittenwald und Umgebung freie Hand“ gelassen wurde. In keinem Falle habe man diese Entscheidung bereuen müssen¹¹¹.

Auch bei ihren Aktivitäten im Dienste der amerikanischen Besatzungsmacht fand sich TURICUM im Einklang mit dem illusionären Programm, das sich die Organisation schon 1940 gegeben hatte. Danach verstand sie sich als eine „internationale Arbeitsgemeinschaft zur Förderung der Demokratie“, die dafür stritt, die westlichen Demokratien als die am weitesten entwickelten demokratischen Staaten „in ihrem Versuch, die Welt neu zu ordnen, in jeder Weise zu unterstützen“. Endziel waren die „United States of the World“ und ein weltumspannendes TURICUM, das die „geistige Elite aus allen Ländern“ vereinen sollte. Unerlässlich sei auch die „wissenschaftliche Erforschung und tiefgreifende Umgestaltung der menschlichen Beziehungen untereinander“. Sie müßten „auf eine Basis gestellt werden, die man allgemein mit den Ausdrücken Fairness und Toleranz umreißen kann“. Nur so könne die Menschheit, deren geistig-moralische Entwicklung weit hinter der technischen zurückgeblieben sei, überleben¹¹².

Ähnlichen, aus dem „Raum der geistigen Unschuld“¹¹³ stammenden Zielen hatten sich nach der NS-Zeit auch andere bürgerliche Gruppen, namentlich intellektuelle Zirkel, verschrieben. Die Organisation von Hans G. Bentz, deren Mitglieder laut Programm den „Inbegriff des ‚chemisch-reinen Demokraten‘“ verkörpern sollten, unterschied sich jedoch in einer Hinsicht wesentlich von den zahlreichen Gruppierungen, die sich bei Kriegsende bildeten: Weder die antifaschistischen Ausschüsse in der Tradition der Arbeiterbewegung, noch die bürgerlichen Selbsthilfeinitiativen in der Umbruchskrise setzten so bedingungslos auf die Besatzungsmacht und stellten sich so bereitwillig in deren Dienst. Auch enthielt sich keine andere Gruppe so weitgehend eines eigenen politischen Gestaltungsanspruches wie TURICUM, das bei der

¹¹¹ Schreiben des CIC vom 24. September 1945, in: NA, RG 260, 10/91–2/1. Zu den Aktivitäten von TURICUM in Mittenwald vgl. auch Monthly Counterintelligence Report Nr. 15, Headquarters, Seventh Army, G-2, vom 22. Mai 1945, in: NA, RG 407, Box 2633 sowie den Hallig-Bericht, Operation TURICUM, in: IfZ-Archiv, Ms 345.

¹¹² TURICUM-Programm, S. 5 (wie Anm. 108) und die von Bentz stammende „kurzgefaßte Beschreibung von TURICUM“ für die Militärregierung, Kap. I, S. 7, in: IfZ-Archiv, MA 1479/13.

¹¹³ So ein bei Hans-Peter Schwarz, Vom Reich zur Bundesrepublik, Stuttgart 1980², S. 361 zitiertes Wort August Haußleiters.

Besatzungsmacht lediglich „Alarm schlagen wollte, sobald sich die geringsten militaristischen und nationalistischen Regungen“ zeigten¹¹⁴.

Im Spätsommer 1945 folgte die Gruppe einem Angebot des Geheimdienstes OSS und übersiedelte von Mittenwald in die bayerische Landeshauptstadt. Neben Annemarie Bentz, der Frau des „Chefs“, die ihrem Mann seit den zwanziger Jahren zur Seite stand, zogen in der achtköpfigen Gruppe Christian Hallig, ehemals Dramaturg bei der Ufa in Berlin, Hermann Wein, nachmaliger Professor für Philosophie in Göttingen und Kurt Heinrich Heizmann mit in den Münchener Villenvorort Solln¹¹⁵, wo die Besatzungsmacht ein 12-Zimmer-Haus für die TURICUM-Gruppe requiriert hatte. Ab Ende 1945, nach der offiziellen Auflösung des OSS, arbeitete die T-Unit für das Counter Intelligence Corps der US-Armee und für die Intelligence-Abteilung der Information Control Division der Militärregierung für Bayern. Hallig hat in seinen Erinnerungen festgehalten, wie Bentz seinen Mitarbeitern ihren Auftrag nahebrachte: „Pfleget die Kontakte mit früheren und neuen Bekannten und hört Euch um. Wir müssen wissen, welche Gruppen am Werk sind – auf der politischen Ebene vor allem. Was ist da im Entstehen oder schon vorhanden, mit welchen Zielen und Tendenzen? Wo bilden sich kulturell angehauchte Zirkel? Wie kommen die Maßnahmen der Besatzer an?“¹¹⁶ Um diesem Auftrag gerecht zu werden, bedienten sich die TURICUM-Mitglieder oft recht unkonventioneller Methoden. Sie gingen ins Schwimmbad, setzten sich an den Biertisch, fuhren mit der Straßenbahn und versuchten dabei den Mann auf der Straße ins Gespräch zu ziehen. Einem gewinnenden Mann wie Bentz und einem geschliffenen Intellektuellen wie Hermann Wein standen zudem in den großbürgerlichen und konservativ-katholischen Kreisen Münchens viele Türen offen. Sie speisten mit der Frau des Ministerpräsidenten Ehard, sprachen mit Bankdirektoren und Hochschullehrern, diskutierten mit Parteiführern. Abends kehrten die TURICUM-Männer in die Sollner Villa, in der die meisten auch wohnten, zurück und besprachen ihren Informationszug. Bentz sichtete das Ergebnis, nahm die Auswahl der Berichte vor und brachte abends und nachts meist noch eigene Analysen zu Papier; auch an den Niederschriften Heizmanns über die Gesprächskreise der CSU hat er wohl stilistisch mitgewirkt. Anderntags nahm die Frau des „Chefs“, die bei ICD angestellt war, die neuesten Nachrichten für die Militärregierung in die Arbeit mit¹¹⁷. Die amerikanische Militärregierung stellte der Gruppe um Bentz neben dem Haus auch Autos, ausreichend Benzin und Lebensmittel zur Verfügung. Mit amerikanischen Zigaretten, Roastbeef und Whisky lebten die Mitglieder der Organisation TURICUM, so Annemarie Bentz, „wie auf einer Insel“¹¹⁸. Das Sollner Eiland erfreute sich bald ei-

¹¹⁴ Kurzgefaßte Beschreibung von TURICUM, Kap. I, S. 7 (wie Anm. 112).

¹¹⁵ Annemarie Bentz (1907), Journalistin und Schriftstellerin. Christian Hallig (1909), Filmdramaturg. Hermann Wein (1912–1981), Philosophieprofessor, 1936 bzw. 1942 Promotion und Habilitation, von 1943 bis 1971 Lehrtätigkeit u. a. in Berlin und Göttingen.

¹¹⁶ Hallig, Operation TURICUM, S. 108, in: IfZ-Archiv, Ms 345.

¹¹⁷ Berichte von TURICUM finden sich beispielsweise in: NA, RG 260, 10/89–1/20, 10/89–1/24 und 10/89–1/27.

¹¹⁸ Mitteilung von Annemarie Bentz vom 19. April 1983.

ner gewissen Beliebtheit, denn donnerstags fand hier meist eine kleine Soirée mit Imbiß statt, zu der Persönlichkeiten des Münchener politischen und kulturellen Lebens und maßgebliche Angehörige der Militärregierung gern hinausfuhren. Thomas Dehler, Otto Bezold, Anton Fingerle, Ernst Müller-Meinungen jr. oder Erich Pfeiffer-Belli¹¹⁹ etwa waren des öfteren Gast in der Villa.

1949, mit dem Ende der Besatzungszeit, war auch die Zeit von TURICUM abgelaufen. Bentz und seine Gruppe hatten keines ihrer hohen Ziele erreicht. TURICUM war keine demokratische Weltelite geworden, der Radius der Organisation reichte nicht über die Region um München hinaus. Soviel Engagement die Mitglieder der T-Unit für eine neue Demokratie auch aufbrachten, Bentz und seine Gruppe sind Informanten geblieben und natürlich nie zu Partnern der Besatzungsmacht geworden. Nachhaltig enttäuscht, als weder die amerikanische Militärregierung, noch die wiedergegründeten deutschen Parteien nach den Grundsätzen einer „chemisch-reinen Demokratie“ verfahren, aus einer diplomatischen Karriere auch nichts wurde¹²⁰, zog sich Bentz aus der politischen Sphäre, die er so gut kannte, aber nie verstanden hatte, zurück. Er schuf sich nun in über zwanzig, millionenfach aufgelegten Tier- und Jugendbüchern selbst eine Welt der Fairness und Toleranz.

Zur Edition

Die vorgelegten Dokumente bilden einen kleinen, aber besonders informationsreichen und homogenen Teil der Unterlagen über die Christlich-Soziale Union in den Akten der amerikanischen Militärregierung. Die Niederschriften geben den Verlauf der Diskussion zuverlässig wieder, wie u. a. die Auswertung von Parallelüberlieferun-

¹¹⁹ Otto Bezold (1899), FDP-Politiker, seit 1930 im bayerischen Justizdienst, zuletzt Senatspräsident am Oberlandesgericht München, 1954–1957 Wirtschafts- und Verkehrsminister, 1957/58 Innenminister in Bayern, 1946–1966 und 1970–1972 MdL in Bayern.

Thomas Dehler (1897–1967), Rechtsanwalt, 1924 Mitbegründer des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold, 1946 Generalstaatsanwalt, 1946–1956 Landesvorsitzender der Freien Demokraten in Bayern, 1949–1953 Bundesjustizminister, 1953–1956 Fraktionsvorsitzender der FDP im Bundestag, 1954–1957 Bundesvorsitzender der FDP, 1960–1967 Vizepräsident des Deutschen Bundestages.

Anton Fingerle (1912–1976), Honorarprofessor für Klassische Philologie an der Universität München, 1945–1976 Stadtschulrat.

Ernst Müller-Meinungen jr. (1908), Publizist und Rechtsanwalt, während des Dritten Reiches Berufsverbot, seit 1946 Kommentator der Süddeutschen Zeitung, 1951–1971 Vorsitzender des Bayerischen Journalistenverbandes, 1966–1979 Mitglied des Bayerischen Senats.

Erich Pfeiffer-Belli (1901), Schriftsteller und Kritiker. Mündliche Mitteilungen über die Gesprächsabende von Müller-Meinungen jr. (25. November 1981) und Pfeiffer-Belli (26. November 1981).

¹²⁰ Bentz meldete Anfang 1950 über seinen guten Bekannten Thomas Dehler sein Interesse an, als Leiter der neu errichteten deutschen diplomatischen Vertretung nach London zu gehen (Mündliche Auskunft von Annemarie Bentz vom 19. April 1983, schriftliche Mitteilung der Friedrich-Naumann-Stiftung vom 29. April 1983.).

gen und ausführliche Befragungen von Zeitzeugen erwiesen haben. Die Dokumente skizzieren Hintergründe, Taktik und Stil der innerparteilichen Auseinandersetzungen sowie den politischen Horizont der CSU selbstverständlich nur in Ausschnitten und Umrissen, sie zeichnen im Sinne eines pars pro toto aber ein durchaus authentisches und wohl auch repräsentatives Bild. Obgleich hier sämtliche überlieferten Niederschriften zu den Gesprächsabenden im Dienstag-Club und im Ochsen-Club vorgelegt werden, ist die Dokumentierung beider Foren lückenhaft. Zum einen, weil Heizmann seine Arbeit für die Militärregierung erst Anfang April 1946 aufnahm, zum anderen, weil er gelegentlich an der Teilnahme verhindert war, so z. B. wegen Krankheit zwischen Mitte November 1946 und Anfang 1947. Der Dienstag-Club hat zweimal auch mehrere Monate pausiert, nämlich zwischen Ende Juni und Mitte September 1947 und von Ende September 1947 bis Ende Januar 1948. Leider war nicht bei allen Lücken der Überlieferung nachweisbar, ob eine Clubsitzung undokumentiert geblieben ist, weil der Informant an der Teilnahme verhindert war, oder ob überhaupt kein Diskussionsabend stattgefunden hat. Alle abgedruckten Berichte finden sich in den OMGUS-Akten, den Unterlagen der amerikanischen Militärregierung für Deutschland, die von den National Archives in Washington in der Record Group 260 verwahrt werden. Die Fundstellen der Dokumente im einzelnen:

Dok. Nr. 1–5	10/89–1/24
Dok. Nr. 6–15, 17–33, 35, 38, 39	10/86–3/4
Dok. Nr. 16	10/89–1/27
Dok. Nr. 34, 36, 37	10/91–1/2
Dok. Nr. 40–46	10/90–3/2

(Auf Angaben zur Mehrfachüberlieferung wurde verzichtet.)

Die abgedruckten Dokumente, die aus den Unterlagen der Militärregierung für Bayern stammen, sind nach der Verfilmung der amerikanischen Akten im Rahmen des vom Institut für Zeitgeschichte initiierten, von deutschen und amerikanischen Archivaren und Historikern gemeinsam durchgeführten OMGUS-Projektes jetzt auch im Archiv des Instituts für Zeitgeschichte und im Bayerischen Hauptstaatsarchiv in München zugänglich.

Die 46 vorliegenden Berichte von ein bis acht DIN-A-4-Seiten Länge sind in deutscher Sprache und mit einer Schreibmaschine offenbar deutschen Fabrikats, meist mit zwei und mehr Durchschriften, verfaßt; einige liegen zugleich in englischer Übersetzung vor. Im Dokumentenkopf tragen die ungezeichneten Niederschriften häufig das, in einigen Fällen gedruckte, Signet „TURICUM to ICD“, bzw. „T-Unit to ICD“, Datum und Ort (München) der Niederschrift. Diese erfolgte zumeist noch am Abend nach den Sitzungen; ganz selten liegt zwischen einem Gesprächsabend und der Abfassung des Berichts mehr als ein Tag. Zu sechs Treffen hat die T-Unit einen, in zwei Fällen zwei zusätzliche Sitzungsberichte nachgereicht. Die Dokumente sind in chronologischer Abfolge nach dem Tag der Sitzung, nicht nach dem Datum ihrer Niederschrift wiedergegeben.

Von dem Prinzip, die Dokumente in voller Länge zu präsentieren, sind die Herausgeber zweimal abgewichen. In zwei Berichten (Dok.Nr.8, Dienstag-Club am 4. Juni

1946 und Dok.Nr. 11, Ochsen-Club am 12. Juni 1946) wurden mit [...] kenntlich gemachte Kürzungen von insgesamt 33 Schreibmaschinenzeilen Länge vorgenommen, die in Fußnoten genau erläutert sind. Wörtlich oder sinngemäß wiederkehrende Charakterisierungen der Gesprächskreise, die den Berichten gewöhnlich vorausgestellt sind, wurden durchgehend weggelassen. Auslassungen von Passagen dieser Art sind, wenn sie einen Bericht einleiten, gar nicht, ansonsten durch [...] kenntlich gemacht. In diesen Passagen enthaltene, zum Verständnis des Charakters beider Foren wesentliche Angaben sind in die Einleitung eingeflossen. Orthographische und Tippfehler, offensichtliche, sinnenstellende grammatikalische Unrichtigkeiten, falsche bzw. wechselnde Schreibweisen wurden korrigiert bzw. vereinheitlicht. Hervorhebungen und Zusätze in runden Klammern finden sich auch im Original.

Zwischen textkritischer und Sachkommentierung wurde nicht unterschieden. Letztere verlangte eine gewisse Ausführlichkeit besonders dort, wo Vorgänge und Personen auch dem Sachkenner nicht ohne weiteres geläufig sein können. So waren etwa zu 150 Personen Angaben zu Lebensweg und Karriere zu erarbeiten, die – wenigstens in Umrissen – soziales Profil und politische Herkunft eines Teils der Gründergeneration der Christlich-Sozialen Union andeuten.

Die im Anhang ungekürzt abgedruckte Denkschrift „Auf dem Weg zur Demokratie. Gedanken zur bayerischen Selbstbesinnung“, die uns ihr Verfasser, Bundesminister a. D. Richard Jaeger, freundlicherweise überlassen hat, war zwar kein offizielles politisches Programm des Dienstag-Clubs, aber für viele der dort versammelten Jüngeren so etwas wie ein geistiges Fundament. Zweierlei hat den gerade aus der Kriegsgefangenschaft zurückgekehrten 32-jährigen Juristen zu dieser Niederschrift bewogen: Er wollte sich selbst Klarheit verschaffen über die Erfordernisse der Zeit und seinen Altersgenossen, die, wie er glaubte, über „wenig klare politische Vorstellungen“ verfügten, die politische Neuorientierung erleichtern helfen. Den Entwurf der Denkschrift diskutierte er mit Familienangehörigen, persönlichen und politischen Freunden wie Franz Steber und Franz Heubl. Die 250 hektographierten Exemplare der 56-seitigen Denkschrift wurden im südbayerischen Raum verbreitet und fanden in katholischen Kreisen, namentlich in der Katholischen Jungen Mannschaft in München, große Beachtung. Beabsichtigt oder nicht, mit der Denkschrift empfahl sich Jaeger zugleich für höhere Aufgaben in der gerade entstehenden CSU. Anfang 1946 wurde er zum Leiter des Rechtsreferats in der Parteizentrale berufen, bald danach wurde er persönlicher Referent von Kultusminister Alois Hundhammer, 1949 Abgeordneter im Deutschen Bundestag, später dessen Vizepräsident; 1965/66 war er Bundesminister der Justiz. Exemplare der Denkschrift befinden sich u. a. im Privatbesitz von Richard Jaeger und Gerhard Skrabal sowie im Nachlaß Schwend (Bayerische Staatsbibliothek).

Die Herausgeber möchten den Mitarbeitern in Behörden und Institutionen, den Zeitzeugen bzw. deren Angehörigen, die uns so bereitwillig Auskunft gegeben haben, aber nicht alle genannt werden können, ebenso herzlich für ihre Mithilfe danken, wie den Kolleginnen und Kollegen im Institut für Zeitgeschichte. Ihre Unterstützung hat die Dokumentation überhaupt erst ermöglicht. In zahlreichen Briefen und Gesprä-

chen haben uns Richard Jaeger und Gerhard Skrabal wertvolle Hinweise gegeben und wichtige Unterlagen zur Verfügung gestellt; Karl Köhler hat uns Aufzeichnungen überlassen. Karl Anzenhofer, Toni Böck, Alfons Gaßner, Franz Heubl, Ernst Holzer, Joseph Koenig, Adolf Miller, Hanns Schinagl und Hans Weiß haben uns geholfen, manche Frage zu klären, die aus den Dokumenten allein nicht zu beantworten gewesen wäre. Annemarie Bentz und Christian Hallig haben ebenfalls schriftliche Unterlagen zur Verfügung gestellt und in längeren Gesprächen aus ihrer TURI-CUM-Zeit erzählt. Karin Hierner besorgte die Reinschrift des Manuskripts, Marlene Müller hat zeitweilig mitrecherchiert; Christoph Boyers überlegte Kritik war auch diesmal ein Gewinn für uns.

Dokumente

Berichte an die amerikanische Militärregierung über die Zusammenkünfte im Ochsen-Club und im Dienstag-Club

1 Dienstag-Club am 2. April 1946

Die [...] Sitzung stand ganz unter dem Eindruck der Ereignisse auf der Tagung des erweiterten Landesausschusses der CSU, die am 30. und 31. März in Bamberg stattgefunden hatte¹. Vier Mitglieder des Clubs waren auf der Tagung anwesend gewesen: Dr. Jaeger, Anton Böck, Franz Heubl und Ernst Holzer². Böck und Holzer berichteten über die denkwürdige Tagung.

Der Tagung ging ein in der Bamberger Zeitung³ erschienener Begrüßungsartikel voraus, der von Dr. Kroll⁴, Bamberg, verfaßt war. In diesem Artikel wurde ganz unverblümt von gewissen Kreisen gesprochen, die die Führung in der Union an sich reißen wollten. (Dr. Kroll ist der Verfasser eines in der CSU offiziellen Charakter tragenden Verfassungsentwurfs für das Land Bayern. Er selber ist Nichtbayer.) Ein Gegenstück zu dieser Attacke gegen den ehemaligen Ministerpräsidenten Dr. Schäffer bildete ein Pamphlet, das zu Beginn der Tagung an die Teilnehmer verteilt wurde, und das scharfe und boshafte Angriffe gegen den Vorsitzenden der CSU, Dr. Müller, enthielt. Der Verfasser und Verteiler dieser Schrift wurde schließlich ermittelt und aus dem Saal verwiesen.

Auf der Tagesordnung stand die Bestätigung der Wahl des vorläufigen Parteivorsitzenden Dr. Josef Müller. Nach den Satzungen der Partei sollte eigentlich die Wahl des endgültigen Parteivorsitzenden auf der im Mai geplanten Landesversammlung

¹ In Bamberg sollte der bisherige, eher improvisierte vorläufige Landesausschuß der CSU – eigentlich kaum mehr als ein Münchener Gründerzirkel – auf eine breitere Legitimationsbasis gestellt werden. Außerdem erwartete man eine Entscheidung über den Führungsstreit. Zur Bamberger Tagung vgl. Mintzel, CSU, S. 103–108 sowie NA, RG 260, 9/112–3/4. Niederschrift über die Sitzung, in: Privatbesitz Karl Köhler.

² Ernst Holzer (1920), Arzt, zum Kreis der Katholischen Hochschulseelsorge gehörig, 1943 als Student aus politischen Gründen verhaftet, KZ Dachau und Buchenwald, nach 1945 Mitbegründer der Katholischen Hochschulgemeinde, Mitglied der Katholischen Jungen Mannschaft, Gründer des Ortsverbandes der CSU in München-Obersendling, 1946–1966 Stadtrat in München.

³ Vgl. Oberfränkisches Volksblatt. Mitteilungsblatt der Christlich-Sozialen Union in Oberfranken vom 30. März 1946, in dem es u. a. hieß: „Gegenüber vielen Persönlichkeiten, die sich heute wieder um die Führung im christlichen Raum bemühen, wohl unter Berufung auf einstige Verdienste und unter Außerachtlassung begangener Fehler in Dienste alter Parteien, hat Dr. Müller nur die eine Belastung aufzuweisen, nämlich die, daß er sein Leben bereits für die Sache gewagt hat“.

⁴ Gerhard Kroll (1910–1963), Nationalökonom, vor 1933 Sozialdemokrat, Gründer der CSU in Bamberg und Verfasser der „Bamberger Denkschrift zur Schaffung einer politischen Einheitsfront aller Christen“, 1946–1948 Landrat in Staffelstein, 1946–1950 MdL in Bayern, 1948/49 Mitglied des Parlamentarischen Rates, 1949–1951 Geschäftsführer/Generalsekretär des heutigen Instituts für Zeitgeschichte in München.

der CSU stattfinden. Am Vortag der Bamberger Tagung aber erbat sich Dr. Müller von Major Vacca⁵ eine Änderung der Satzungen der Partei, um seine vorläufige Wiederwahl in Bamberg schon zu ermöglichen. Dies ermöglicht unter Umständen die Hinausschiebung der endgültigen Wahl des Parteivorsitzenden. Diesen Aufschub aber braucht Dr. Müller, der hofft, daß inzwischen ein Regierungswechsel stattfindet, der ihn auf den Stuhl des Ministerpräsidenten bringen soll.

Indessen war der erweiterte Landesausschuß der CSU nicht unter sich, es waren vielmehr eine ganze Reihe von sogenannten „Gästen“ anwesend, die in hervorragendem Maße den Verlauf der Tagung mitbestimmen sollten. Sie entpuppten sich nämlich als Claqueure und Schreier größten Stils, die die Stütze der „Müller-Richtung“ darstellten und die Reden der Leute aus dem „Schäffer-Kreis“ durch Lärmen, Schreien und Drohen störten.

Aber nicht nur die „Gäste“ der Tagung, von deren „Arbeit auf Bestellung“ die vier oben erwähnten Teilnehmer überzeugt sind, führten sich so unfein auf, auch die Abgesandten der Partei ließen es an nichts fehlen. Am lautesten tat sich einer der Führer des Bauernverbandes, Staatsrat Horlacher, hervor, der beinahe gegen alles und gegen alle laut und grob raisonnerte. Wie die vier Clubmitglieder Jaeger, Böck, Heubl und Holzer einstimmig erklären, gingen die Wogen der Erregung zeitweise so hoch, daß man jeden Augenblick damit rechnen mußte, ein Tintenfaß oder einen Aschenbecher an den Kopf zu kriegen. Und die hinter ihnen als „Gäste“ aufgepflanzten „christlichen Jungmänner aus Bamberg“ sahen so aus, als wollten sie jeden Augenblick die Stühle umkehren und nach alter Vätersitte in die Saalschlacht ziehen. Die erste Frucht dieser tumultuarischen Versammlung war die Schaffung eines Parteischiedsgerichts. Staatsrat Dr. Horlacher erklärte freilich sofort, daß er sich nie diesem Schiedsgericht unterwerfen werde.

Schließlich gelang es den besonnenen Elementen, deren es in dieser Versammlung natürlich auch einige gab, eine EntschlieÙung durchzubringen, daß man sich wenigstens eine einzige Stunde in geschlossener Versammlung zusammenfinden möge, um eine vernünftige Arbeit leisten zu können. Nach dem Versprechen, sich ruhig und gesittet aufzuführen, wurden je zwei Vertreter der Jugendausschüsse der einzelnen Kreise zu dieser geschlossenen Sitzung zugelassen. Diese Vertreter der Jugend gehörten nicht zu den „Gästen“, waren aber auch nicht stimmberechtigt. Des Versprechens, sich „gesittet“ aufzuführen, hätte es freilich gar nicht bedurft, denn, wie jene vier Teilnehmer an der Tagung erzählen, es blieb ihnen angesichts des unmöglichen Verlaufs der Sitzungen mehr als die Sprache weg.

Auf dieser geschlossenen Sitzung wurde dann die Vertrauensfrage für den Parteivorsitzenden gestellt. Mit 41 zu 17 Stimmen wurde Dr. Josef Müller in seinem Amte bestätigt. Diese Wahl aber gibt nach der Meinung der Berichtstatter kein klares Bild. Der Kreis um Schäffer hatte beabsichtigt, den Kreisvorsitzenden von Oberbayern, Dr. Hundhammer, als Gegenkandidaten aufzustellen. Das wurde aber durch die geschickte Art Dr. Müllers, die Wahl in eine Vertrauensfrage für den bisherigen Vorsit-

⁵ Major Peter Vacca, Intelligence-Offizier der amerikanischen Militärregierung in Bayern.

zenden umzubiegen, vereitelt. Im jetzigen Zeitpunkt hätte aber weder Dr. Schäffer oder einer seiner Anhänger Aussicht auf Erfolg gehabt, da Dr. Schäffer durch die in den Wochen vor dieser Tagung gegen ihn gestartete Pressekampagne wenigstens für eine Weile „unmöglich“ wurde⁶.

Während der turbulenten Sitzungen war eine der auffälligsten Gestalten Dr. Georg Pix⁷, der Chefredakteur der „Isar-Post“ in Landshut. Er saß hinter Dr. Horlacher, und was er ihm ständig in die Ohren tuschelte, übertrug dann Horlacher in seine derbe, gewalttätige Sprache. Beim Anblick dieses ohrenblasenden Herrn Pix, der als der erste Generalsekretär der CSU ein treuer Anhänger Dr. Müllers war und heute immer noch ist, ging gewissen Leuten ein großes Licht auf: In der „Isar-Post“ des Herrn Pix nahm die Pressekampagne gegen Dr. Schäffer ihren Ausgang. Und ebenso wie nicht Dr. Pix auf der Bamberger Tagung selber das Wort ergriff, sondern nur den Herrn Horlacher auf Touren brachte, ebenso ließ er in der „Isar-Post“ jene Attacke von einem seiner Mitarbeiter starten. Das heißt, nicht eigentlich er, sondern über ihn Dr. Josef Müller selber, wovon der Club ohne Ausnahme überzeugt ist.

Inzwischen hatte Dr. Müller seinen Rivalen, Dr. Schäffer, aufgefordert, seine Ansicht zur Politik in einem Referat niederzulegen und zugleich die persönlichen Dinge, die er gegen ihn habe, vorzubringen. Daraufhin hielt Dr. Schäffer am Sonntagmorgen ein Referat von fünfviertel Stunden Dauer, in dem er die Grundzüge seiner Politik, wie er sie sich denkt, darlegte. Der Kernpunkt war eine radikale Absage an die Kommunisten, während ein Zusammenarbeiten mit den Sozialdemokraten möglich wäre. Der persönlichen Vorwürfe gegen Dr. Müller waren es vor allem drei: Dr. Müller tendiere zu den Kommunisten. Er lasse Dr. Schäffer nie in der „Bayerischen Post“, dem Parteiorgan der CSU, schreiben, und er habe ihn, Dr. Schäffer, als Ministerpräsidenten gestürzt.

Das Referat Dr. Schäffers war, so berichten die Gewährsleute, glänzend aufgebaut und machte einen starken Eindruck. Auf die Vorwürfe gegen Dr. Müller antwortete

⁶ Zur Pressekampagne gegen Schäffer vgl. etwa die Isar-Post. Zeitung für Landshut und Niederbayern vom 12., 22. und 29. März 1946. In dem mit Dr. G. P. (= Georg Pix) gezeichneten Artikel vom 12. März 1946 wird Schäffer aufgrund seiner Rolle 1932/33 das Recht abgesprochen, innerhalb der CSU einen Führungsanspruch geltend zu machen. U. a. werden folgende Äußerungen Schäffers aus dem Regensburger Anzeiger vom 8. April 1933 zitiert: „Über allem steht für die BVP in ihrer praktischen vaterländischen Betätigung der große Gesichtspunkt, daß ein Scheitern der jetzigen Reichsregierung ein Unglück und eine Gefahr für das gesamte deutsche Volk wäre.“ Jeder Deutsche, „jede deutschgesinnte Partei habe die Pflicht, daß die jetzige Reichsregierung im Innern den nationalen Aufstieg erringen und nach außen deutsches Recht und deutsche Freiheit erkämpfen könne“. Am 22. März 1946 resümierte Pix provokativ, die CSU müsse heute erklären, ob „Staatsrat Schäffer mit seiner Politik vor 1933 eine unerträgliche Belastung für die Christlich-Soziale Union darstellt oder nicht“.

⁷ Georg Pix (1901), Journalist, 1924–1928 Referent in der bayerischen amtlichen Pressestelle in München, 1928–1933 Redakteur am Bayerischen Kurier in München, 1933 aus dem Beruf verdrängt, 1943–1945 Soldat, Mitgründer und Vorstandsmitglied der CSU in Landshut, 1946 bis Ende der vierziger Jahre Mitherausgeber und Chefredakteur der Isar-Post. Erster Landesgeschäftsführer der CSU war allerdings nicht Pix, August Wilhelm Schmidt übte dieses Amt aus. Vgl. Dienstag-Club am 4. Juni 1946 (Dok. 9).

dieser sofort: Dem Vorwurf des Tendierens zur äußersten Linken setze er sein Prinzip der „Elastizität“ gegenüber, mit dessen Hilfe er bedrohliche Entwicklungen besser auffangen könne als durch eine starre Haltung. Den Vorwurf der Fernhaltung von der Parteizeitung übergang er, und zum dritten Vorwurf, er habe Dr. Schäffer gestürzt, erklärte er, daß diese Behauptung eine Verleumdung und eine Lüge sei. Erst nachdem Dr. Schäffer abgetreten war, habe er mit den anderen Parteien und den amerikanischen Behörden verhandelt, um für eine künftige Regierung die entsprechenden Männer zu nominieren. Dem entgegen wurde gestern im Club behauptet, daß Dr. Müller hier wieder gelogen habe, weil nämlich diese vorläufigen Besprechungen, wenn es überhaupt nur solche waren, stattfanden, als Dr. Schäffer noch im Amt war. Schließlich verwahrte sich Dr. Müller gegen einen Vorwurf, den Dr. Schäffer in seiner Rede gar nicht erhoben hatte, nämlich gegen den Vorwurf, er sei ein Spion und Verräter gewesen. Daraufhin entstand einer der größten Tumulte der Tagung. Die „Gäste“ und der Müller-Flügel riefen „Pfui!“, während die „Rechten“, die Anhänger Schäffers, diesen Vorwurf durch Zurufe deutlich bestätigten. Diese Zurufe wurden von der Müllerschen Seite wiederum mit Rufen wie: „Schmeißt sie raus! Hängt sie auf! Totschlagen!“ und so weiter übertönt.

Aber nicht nur mit der Gewalt der Stimmen, sondern auch durch organisatorische Eingriffe wurde der Schäffer-Kreis kleingehalten. So versuchte zum Beispiel Dr. Hundhammer, der Kreisvorsitzende von Oberbayern, vergeblich, zu Wort zu kommen. Dreimal passierte es ihm, daß nach seiner Meldung zum Wort Dr. Müller seine Glocke schwang und den Schluß der Debatte verkündete. Als schließlich bei einer Gelegenheit einer der „Gäste“ sein Loblied auf Dr. Müller gesungen hatte und daraufhin Dr. Hundhammer wiederum vergeblich versuchte, seine Rede anzubringen, platzte ihm der Kragen und er schrie mit zornrotem Gesicht: „Wenn einer, der gar nicht in diese Versammlung gehört und dazu noch, wie er selber sagte, Pg. von 1937 ist, hier reden darf und mir als Kreisvorsitzendem wird das Wort verwehrt, so ist das eine ganz gemeine Schweinerei!“ Ein weiteres Zeichen für den Geist bestimmter Leute dieser Tagung ist die Feststellung der Reporter, daß sie auf der Müllerschen Seite Abgeordnete sahen, die „Nein“-Zettel auf Vorrat hatten und bei Anträgen der Schäffer-Seite diese grundsätzlich verwendeten.

Schließlich nahm auch diese Tagung ein wenn auch unerfreuliches Ende. Das heißt, sie löste sich einfach, als die Omnibusse für die Heimfahrt der einzelnen Gruppen bereitstanden, auf. Als zum Beispiel die Oberbayern, fast ohne Ausnahme Anhänger Schäffers ebenso wie die Niederbayern, vor ihrem Omnibus standen und auf die Abfahrt warteten, kam noch einer aus dem Versammlungshaus gelaufen und lud sie ein, noch für kurze fünf Minuten hereinzukommen, da noch wichtige Entschlüsse zur Frage Bayern – Reich gefaßt würden. So viel ich hörte, war die Heimfahrt aber wichtiger als das Problem Bayern-Reich.

Der Eindruck, den der Bericht über die Bamberger Tagung auf die Mitglieder des Clubs machte, war derselbe wie jener auf die Teilnehmer selbst: vernichtend! Es wurde allen Ernstes überlegt, ob es sich überhaupt lohne, an einem solchen „Sauhaufen“ mitzuarbeiten. Charakteristisch sind die Urteile über einige der Prominenten der

Bamberger Tagung: „Dr. Müller – eine typische Schieberfigur“ (Heubl); „Dr. Kroll – die verkleinerte Schieberausgabe Dr. Müllers“ (Holzer); „Dr. Pix – ein schmieriger Schleicher“ (Holzer); „Dr. Horlacher – ein Klotz und ein Saubauer“ (Heubl).

Den beinahe erheiternden Abschluß dieser ganzen Parteitragikomödie bildete der Zeitungsartikel, den Dr. Joseph Koenig⁸, der Schriftleiter der innerparteilichen Mitteilungen der CSU, für die „Süddeutsche Zeitung“ verfaßt hatte und der in der Ausgabe vom 2. April dort erschien. Ursprünglich sollte die Überschrift lauten: „Union – einig und geschlossen“ mit dem Untertitel: „Dr. Josef Müller, Landesvorsitzender“⁹. Den Haupttitel glaubte der Verfasser des Artikels, der im Clubabend anwesend war, mit der Begründung verteidigen zu können, daß die Union zu mindestens nicht zerplatzt sei. Der Untertitel aber erschien in der „Süddeutschen Zeitung“ mit dem vorgesetzten Wörtchen „von“, so daß also jedermann nun annehmen muß, daß Dr. Müller selber seinen Erfolg beschrieb, was sehr wohl zu seinem anerkannten Ehrgeiz und seiner Eitelkeit passen würde, wie Dr. Jaeger meinte. Es wurde aber sehr laut der Verdacht ausgesprochen, daß hier der Druckfehlerteufel in Gestalt des Herrn Schwingenstein¹⁰, Mitverleger der „Süddeutschen Zeitung“, gehandelt habe und daß auf diese Weise die Rache des Schäffer-Kreises zum erstenmal wieder sichtbar wurde.

2 Dienstag-Club am 9. April 1946

Man war vor der Sitzung übereingekommen, an Dr. Müller Fragen zu richten, um so zu verhindern, wie bei ähnlichen Gelegenheiten eine allgemein gehaltene und verschwommene Rede vorgesetzt zu bekommen. Man war sich übereinstimmend klar darüber, daß das „Frage- und Antwortspiel“ wenig Aussicht auf Erfolg haben würde, weil es fast unmöglich sei, von Dr. Müller auf klare Fragen ebenso klare und bestimmte Antworten je zu bekommen. Man nahm sich auch vor, in den Fragen jede Polemik zu vermeiden, obwohl ohne Ausnahme der Club, der die junge Schicht der CSU Münchens vertritt, scharf sowohl gegen die Person Dr. Müllers wie gegen die von ihm vertretene Politik eingestellt ist. Diese Einstellung hat durch die häßlichen

⁸ Joseph Koenig (1907), Volkswirt und Diplomat, 1924–1927 Mitglied im Bund Neudeutschland, danach im Verband der wissenschaftlichen katholischen Studentenvereine Unitas, 1929–1933 Ortsvorsitzender der Windthorstbünde in Breslau, berufliche Benachteiligung während der NS-Zeit, 1945 Mitglied der CSU, dem Müller-Flügel nahestehend, zeitweise Beauftragter für Flüchtlingsfragen in der CSU-Landesleitung, zwischen 1951 und 1972 an verschiedenen Auslandsvertretungen der Bundesrepublik tätig, zuletzt als Geschäftsträger in Dublin und Botschafter in Nikosia.

⁹ In dem erwähnten Artikel der SZ heißt es u. a., daß „die Union weiterhin den Weg gehen will, den Dr. Müller in einer grundlegenden Rede auf der Bamberger Tagung klar und konstruktiv zum Ausdruck gebracht hat . . . Bamberg, das eine Geburtsstätte des Unionsgedankens ist, hat erwiesen, daß die sich zur Union bekennenden Kräfte diesen Weg einig und geschlossen gehen wollen“.

¹⁰ August Schwingenstein (1881–1964), Journalist, 1919 Mitglied des Bayerischen Bauern- und Mittelstandsbundes, Gründungsmitglied der CSU, 1945–1952 Lizenzträger und Mitherausgeber der Süddeutschen Zeitung, 1946 Mitglied der Verfassungegebenden Landesversammlung, 1946–1948 MdL in Bayern.

Vorgänge auf der Bamberger Tagung des Landesausschusses der CSU noch eine erhebliche Verstärkung erfahren.

Nachdem Dr. Müller mit beinahe einstündiger Verspätung eingetroffen war, trat man gleich in die Diskussion ein. Die erste Frage, von Toni Böck gestellt, lautete: „Wir erfahren gestern und heute durch die Presse (Neue Zeitung und Süddeutsche Zeitung)¹¹, daß in Stuttgart Verhandlungen der CSU mit den entsprechenden Parteien der übrigen amerikanischen Zone und jenen aus der englischen Zone stattgefunden haben und daß diese Verhandlungen zu einer Fusion geführt haben. Was hat diese Fusion zu bedeuten? Ist dadurch zugleich über die künftige Gestaltung Deutschlands im allgemeinen beschlossen worden?“

Anstatt gleich auf die Frage zu antworten, begann Dr. Müller als Einleitung zu seiner Antwort, wie er sagte, einen „kurzen“ Überblick über seine politische Anschauung im allgemeinen zu geben. Dieser kurze Überblick wuchs sich aber, wie man zu Beginn des Abends befürchtet hatte, zu jener „sattsam bekannten Rede aus, die man nun schon unzählige Male vorgesetzt bekam“, wie einige der Clubmitglieder meinten. Hier dieser Überblick in Stichworten: Die Union eine junge Partei; diese Partei darf nicht wie früher die Bayerische Volkspartei und heute auch wieder die SPD und KPD eine starre Haltung zeigen, sie muß beweglich, dynamisch sein; nur so ist sie in der Lage, revolutionäre Entwicklungen in der Zukunft abzufangen oder sich einzuverleiben; die Union ist eine Partei auf breiter Grundlage, sie wird in nächster Zukunft auf noch breitere Basis gestellt werden; schon jetzt stoßen in Franken besonders viele „Jungsozialisten“ zur Union; man kann zum Teil die früheren „Hochburgen“ der SPD in Franken schon jetzt Hochburgen der Union nennen; und so weiter.

Nachdem der „einleitende Überblick“ nun schon 20 Minuten gedauert hatte, wurde Dr. Müller von dem Leiter des Abends, Dr. Gleissner¹² aus Freising, diskret unterbrochen und mit Rücksicht auf die knappe Zeit gebeten, nun zur Frage Stellung zu nehmen.

Dr. Müller sagte dazu kurz folgendes: Es zeige sich immer mehr, daß Deutschland als die Ostfront der westlichen Kultursphäre zu gelten habe. Diese Ostfront gegenüber der kollektivistischen und materialistischen Sphäre Rußlands dürfe aber nicht zerrissen sein. Die zukünftige Gestaltung Deutschlands werde von den Alliierten abhän-

¹¹ Vgl. dazu einen Artikel der SZ vom 9. April 1946, der mit „Erklärung der CSU und der CDU der britischen und amerikanischen Zonen“ überschrieben war. Darin wird auf ein Treffen von Vertretern der CSU, der CDU Württemberg-Badens, Groß-Hessens und der britischen Zone am 3. April 1946 in Stuttgart bezug genommen. Von einer Fusion war allerdings nicht die Rede, es hieß lediglich: „Es wurde beschlossen, beiderseits Schritte für den Zusammenschluß der Union in beiden Zonen zu unternehmen“. Zum Verhältnis der beiden christlichen Schwesterparteien, deren „Arbeitsgemeinschaft der CDU/CSU Deutschlands“ sich im August 1946 vorläufig konstituierte und Anfang 1947 ihre Arbeit aufnahm, vgl. Günter Mächler, CDU-CSU. Das schwierige Bündnis, München 1976, S. 36 ff. Eine Aktennotiz Adenauers über die Stuttgarter Besprechung ist abgedruckt bei Berberich, Historische Entwicklung der CSU, S. 197 f.

¹² Franz Gleissner (1911), Agrarwissenschaftler, 1945 Mitarbeiter des Oberbürgermeisters in Freising, 1948/49 persönlicher Referent des bayerischen Landwirtschaftsministers, 1953–1972 MdB der CSU für den Wahlkreis Miesbach.

gen. Auf der parteipolitischen Seite hingegen müsse man tun, was möglich sei. Die Verhandlungen über die Fusion der christlichen Parteien in Stuttgart seien ein Schritt auch auf dem Weg zur endgültigen politischen Gestaltung Deutschlands, zu dessen Einheit er sich auf der Stuttgarter Tagung bekannt habe, freilich zu einer Einheit auf föderativer Grundlage. Bei einem Besuch von Jakob Kaiser¹³, dem Führer der Christlich-Demokratischen Union Berlins habe er seine Meinung auch diesem gegenüber vertreten, freilich mit der Einschränkung, daß Berlin niemals wieder das Zentrum eines neuen Deutschlands sein könne. Er denke sich die Hauptstadt des neuen Staatsgebildes irgendwo im Rhein-Main-Gebiet.

Auf den Einwand von Hans Weiß, daß die Fusionsverhandlungen in Stuttgart einen Verrat an den bayerischen Unionswählern, denen gegenüber man doch stets die Union als die „bodenständige Partei Bayerns“ darstelle, bedeute, erklärte Dr. Müller, die Bezeichnung „Fusion“ sei irreführend; die Unionsparteien der einzelnen Länder und Zonen blieben in ihrer Selbständigkeit erhalten und stünden in einem ähnlichen Verhältnis zueinander wie etwa die einzelnen Länder in einem zukünftigen deutschen Staatsgebilde. Im übrigen habe ihm der Beifall in Bamberg zu der Entschließung über die Reichseinheit gezeigt, daß die Partei hinter dieser Entscheidung stehe.

Auf den Einwand Ernst Holzers, daß seiner Meinung nach der Beifall in Bamberg nicht ungeteilt gewesen sei und wohl auch nicht die Meinung der gesamten Wählerschaft der Union in Bayern darstellen könne, meinte Dr. Müller nur, er komme sehr viel im Lande herum und glaube behaupten zu können, daß zumindest die überwiegende Mehrzahl der Unionswähler hinter dieser Entschließung stehe. Dies wurde aber in zahlreichen Zurufen heftig bestritten.

Wie Dr. Müller noch erklärte, sei er überzeugt, daß die westlichen Besatzungsmächte jenen Gedanken, daß Deutschland die Ostfront der westlichen Kulturwelt gegenüber dem Osten sei, sich gleichfalls zu eigen gemacht hätten. Er schließe dies aus dem verstärkten Interesse der westlichen Alliierten an den Unionsparteien der verschiedenen Zonen. So habe zum Beispiel Jakob Kaiser aus Berlin berichtet, daß Amerikaner und Engländer mehr als zuvor mit der Union zusammenarbeiteten. In der „Neuen Zeitung“ vom 8. April hätten die Überschriften über Vorgänge in der SPD und in den Unionen geheißen: „Spaltung in der SPD“ und „CSU-Fusion“¹⁴. Allein aus dem nahen Beieinander dieser beiden Titel könne man auf eine wohlwollendere Behandlung der CSU-Angelegenheiten auch in Bayern schließen.

Die zweite Frage wurde von Franz Heubl gestellt: „Woher kommt es, daß die Union so wenig Einfluß in der Öffentlichkeit hat? Wie ist es möglich, daß zum Beispiel die Besetzung der Spruchkammern nicht paritätisch nach der Stärke der Parteien erfolgt, sondern daß je ein Kommunist, ein Sozialdemokrat und ein Unionsmann daran be-

¹³ Jakob Kaiser (1888–1961), 1932/33 MdR des Zentrums, am 20. Juli 1944 beteiligt, Mitgründer der Ost-CDU, 1948/49 Mitglied des Parlamentarischen Rates, 1949–1957 MdB, 1949–1957 Bundesminister für Gesamtdeutsche Fragen.

¹⁴ Die Überschrift in der Neuen Zeitung vom 8. April 1946 lautete: „SPD-Spaltung – CDU-Fusion“.

teilt sind?“¹⁵ Dr. Müller: Man darf nicht vergessen, daß die Union an der Regierung nicht beteiligt ist und deshalb wenig Einfluß auf Stellenbesetzung und so weiter haben kann. Er hält indessen den Versuch der SPD und KPD, möglichst viele ihrer Anhänger mit Posten zu versorgen, nicht für gefährlich. Es wird dann, wenn die Union einmal die Regierung ergreift – dies brauche nicht unbedingt bald zu sein, die Union könne es sich leisten zu warten – eben ein „Aufwaschen“ im großen geben. Im übrigen habe er es gerade jetzt auf einen Konflikt mit der Regierung ankommen lassen. In Karlstadt in Unterfranken sei die Wahl des sozialdemokratischen Bürgermeisters, die durch unreelle Machenschaften zustande gekommen sei, vom Landrat angefochten worden. Der Ministerpräsident Hoegner habe jedoch verfügt, daß der Bürgermeister im Amt zu bleiben habe. Darauf habe er, Müller, die Unionsgemeinderäte angewiesen, von den Gemeinderatssitzungen fern zu bleiben, wodurch der Gemeinderat beschlußunfähig sei. Minister Seifried¹⁶ habe ihn daraufhin zu einer Aussprache gebeten, zu der er sich bereit erklärt habe mit dem Hinweis, daß dann nicht nur der Fall Karlstadt zur Sprache kommen werde. Zu der Zusammensetzung der Spruchkammern betonte Dr. Müller, es sei leider so, daß die Union nicht genügend Leute mit sauberen Fragebogen habe. Die Union sei besonders in den Städten die Partei der bürgerlichen Schicht. Gerade aber diese sei vor allem, zum großen Teil aus wirtschaftlichen Erwägungen, Mitglied der NSDAP oder ihrer Gliederungen gewesen. Darum bereite es große Schwierigkeiten, genügend Leute mit einwandfreien Fragebogen für die Spruchkammern zu nominieren.

Die dritte und wegen der vorgeschrittenen Zeit letzte Frage wurde von Dr. Gleissner gestellt: „Wir jungen Leute sind erschüttert über die Vorgänge, die zu der beschämenden Bamberger Tagung geführt haben. Ist es nicht zu vermeiden, daß zum Beispiel die ‚Isar-Post‘, deren leitender Schriftleiter doch ein führender Unionsmann ist (Dr. Georg Pix), in aller Öffentlichkeit schwere Angriffe gegen andere führende Unionsleute (hier Dr. Schäffer) richten kann?“ Hier wurde ein heikler Punkt berührt. Alle Mitglieder des Clubs sind überzeugt, daß Dr. Georg Pix, der bis zum Januar Generalsekretär der Union war und mit Dr. Müller eng befreundet ist, den Angriff gegen Dr. Schäffer im Einverständnis mit Dr. Müller geführt hat. Dr. Müller erklärte auf die letzte Frage: Vor allem sei die „Isar-Post“ in Landshut keine Unionszeitung, sondern gelte als „freie Zeitung“. Die Haltung des Dr. Pix bedauere er natürlich und er habe in

¹⁵ In Art. 26,2 des „Gesetzes zur Befreiung von Nationalsozialismus und Militarismus“ vom 5. März 1946 hieß es lediglich: „Eine einseitige politische Zusammensetzung der Kammern ist zu vermeiden.“ Befreiungsminister Heinrich Schmitt (KPD) war während des Aufbaus der Spruchkammern bestrebt, eine paritätische Besetzung mit Vertretern aller lizenzierten Parteien durchzusetzen. Die CSU verlangte, bei den personellen Entscheidungen die Ergebnisse der für sie so erfolgreichen Kreistagswahlen zu berücksichtigen. Tatsächlich waren nach einer Übersicht der CSU-Landesleitung von Anfang Mai 1946 die Spruchkammern in etwa paritätisch besetzt. Vgl. Niethammer, Entnazifizierung, S. 358.

¹⁶ Josef Seifried (1892–1962), Journalist und Gewerkschafter, 1919 Leiter der Freigewerkschaftlichen Angestelltenbewegung, vor 1933 MdL der SPD in Bayern, 1945 Stadtrat in München, 1945–1947 bayerischer Innenminister.

Bamberg, wie die im Club anwesenden Teilnehmer an der Bamberger Tagung ja selbst bezeugen könnten, Dr. Pix mehrfach dringlich aufgefordert, seine Angriffe gegen Dr. Schäffer in aller Form zurückzunehmen. Leider habe Dr. Pix sich geweigert, dies zu tun und sich schließlich auf die Freiheit der Presse berufen. Im übrigen habe er, um ähnliche Vorkommnisse wie auf der Bamberger Tagung in Zukunft zu vermeiden, das Parteischiedsgericht geschaffen.

Wie nach der Sitzung aus Gesprächen mit den Herren Böck, Holzer, Heubl und Dr. Jaeger hervorging, sah die „dringliche Aufforderung“ Dr. Müllers an Dr. Pix so aus: „Möchten Sie bitte nicht ...“, „Erfüllen Sie doch meine Bitte ...“ und „Weigern Sie sich doch bitte nicht ...“.

3

Dienstag-Club am 30. April 1946

Zu der [...] Sitzung war Dr. Alois Hundhammer, der Bezirksvorsitzende der CSU für Oberbayern, eingeladen worden [...] Wie bei ähnlichen Gelegenheiten (es waren auch schon Dr. Schäffer und Dr. Josef Müller eingeladen gewesen) wickelte sich der Abend als „Frage- und Antwortspiel“ ab.

Frage: „Die Christlich-Soziale Union ist eine Sammelpartei, aus den verschiedensten Richtungen zusammengesetzt. Es wird sogar die Aufnahme von Freimaurern diskutiert. Wie wird in einer solchen Sammelpartei das ‚christliche‘ Gesicht gewahrt werden können?“ (Toni Böck)

Antwort: Es gab zu Anfang Bestrebungen, das Wort „christlich“ aus dem Parteinaamen zu eliminieren; und nicht nur das Wort allein: aus einer Weltanschauungspartei sollte eine Wirtschaftspartei gemacht werden. Dagegen habe ich (Hundhammer) mich stets leidenschaftlich gewehrt. Das größte Problem ist heute nicht die Wirtschaftsfrage, sondern die Entscheidung zwischen dem christlichen Abendland und dem neuheidnisch russischen Osten. Es gilt, einen Damm gegen das Vordringen des russischen Neuheidentums zu errichten. Nach dem Kampf gegen die „braune Gruppe“ eines neuen Heidentums muß der Kampf gegen die „rote Gruppe“ weitergeführt werden. Der Weltanschauungskampf ist noch nicht zu Ende. Diese Erkenntnis ist auch bei Engländern und Amerikanern da. In der Ausgabe des „New York Herald Tribune“ vom 25. 4. findet sich ein Aufsatz, hinter dem einflußreiche Engländer und Amerikaner stehen sollen: „England fürchtet eine Ausbreitung des Kommunismus gegen Westen. Es muß alles daran gesetzt werden, daß der kommunistische Geist sich nicht auf die westlichen, nicht russisch besetzten Zonen ausbreitet“¹⁷.

Aus dieser Erkenntnis heraus soll in der Christlich-Sozialen Union nur der Aufnahme finden, der sich zum Christentum bekennt oder zumindest ihm nicht feindlich gegenübersteht. Im Kampfe gegen die bolschewistische Zeitgefahr betrachte ich die Sozialdemokratische Partei eindeutig als Bundesgenossen. In diesem Hinblick pflege ich

¹⁷ Hundhammer bezieht sich hier auf den mit „Big 4 to Open Showdown Parley Today“ überschriebenen Artikel.

mit führenden Männern der SPD lebhaftere Verhandlungen. Die SPD ist kein Gegner der CSU, sondern ihr im politischen Kräftespiel notwendiger Gegenspieler.

Frage: „Sie hielten vor kurzem in München-Laim für die CSU eine Rede, die betont ‚bürgerlich‘ war, in Trostberg hingegen sprachen Sie ausschließlich über soziale Probleme. Das eine Mal zeigten Sie ein ‚bürgerliches‘, um Privateigentum und so weiter besorgtes Gesicht, das andere Mal ein ausgesprochen ‚soziales‘ Gesicht. Können Sie das mit dem christlichen Geiste, der in der CSU vorherrschen soll, vereinbaren?“ (Toni Gruber)¹⁸

Antwort: Ich war der Ansicht, daß ich in Laim vor einer eindeutig bürgerlichen Schicht von Zuhörern spreche, die an der Frage des Privateigentums am nächsten interessiert sein werden. In Trostberg sprach ich vor Stickstoffarbeitern. Es war nur natürlich, mit ihnen soziale Probleme vor allem anderen zu besprechen. Im übrigen kann ich für mich in Anspruch nehmen, an sozialen Fragen besonders interessiert zu sein. Ich habe selber 10 Jahre lang Sozialpolitik doziert und trete überall für eine Einflußnahme des Arbeiterstandes auf das ganze Produktionsgebiet ein. Die Sozialpolitik als Ganzes hat aber heute eine ganz besondere Aufgabe, die nicht mehr zwischen Bürgerlichen, Besitzenden oder Arbeitern unterscheidet: die Fürsorge für jene Millionen, die alles verloren haben. Ich sprach heute mit zwei Sudetendeutschen, einem Arbeiter und einem Adligen. Sie standen beide mit dem gleichen „Besitz“ vor mir, nämlich mit nichts.

Frage: „Die CSU will, wie der Name sagt, auch eine ‚soziale‘ Partei sein. Es ist heute aber müßig, zwischen ‚sozial‘ und ‚sozialistisch‘ zu unterscheiden. Darf man aber nun von einem ‚christlichen‘ Sozialismus sprechen oder widersprechen sich die beiden Begriffe und Inhalte nicht?“ (Dr. Max Schnurr)¹⁹

Antwort: Die Antwort hängt davon ab, was man heute unter „Sozialismus“ versteht. Wenn Sozialismus grundsätzlich die Vergesellschaftung aller Produktionsgüter bedeutet, wie es die SPD vor einem Menschenalter noch vertrat, dann wäre es ein Unding, von „christlichem Sozialismus“ zu sprechen. Dieser Sozialismus stünde im Widerspruch zur christlichen Lehre, die ausdrücklich besagt, daß in Übereinstimmung mit dem Naturrecht für den Christen das Privateigentum das Gottgewollte ist. Wenn wir aber Sozialismus heute so verstehen, wie es auch die jetzige SPD tut, nämlich als eine Vergesellschaftung von Produktionsgütern, deren Bedeutung so groß ist, daß sie die Privatinteressen in den Schatten stellen (zum Beispiel Elektrizität, Gruben, Verkehrsmittel, chemische Produkte für die Landwirtschaft und so weiter), dann ist ein „christlicher Sozialismus“ selbstverständlich. Die schwierige Frage ist nur, wo die Grenze liegen wird. Sie wird nicht mit dem Metermaß abzustecken sein, sondern immer eine Frage des Ermessens bleiben. Die Entscheidung über die Notwendigkeit müßte auf demokratischem Wege, etwa mit Hilfe von Abstimmungen, gelöst werden.

¹⁸ Zu Gruber waren keine näheren Angaben zu ermitteln.

¹⁹ Max Schnurr (1911–1973), Kaufmann und Jurist, 1930–1938 hauptamtlicher Diözesansekretär des Katholischen Jungmännerverbandes in München, nach 1945 Treuhänder.

Frage: „Wie steht die CSU zu den Gewerkschaften?“ (Franz Heubl)

Antwort: Es ist sehr schwer, „für die Partei“ zu sprechen, weil kein formuliertes Programm vorhanden ist. Alle Redner, und gehen sie in ihren Ansichten noch so auseinander, nehmen für sich in Anspruch, im Namen der CSU zu sprechen. Meine persönliche Ansicht ist die: Der Arbeiter braucht ein Instrument, mit dessen Hilfe er sich im Staate durchsetzen kann. Die Parteien sind ein ausgleichendes, fürsorgliches Instrument für die Gesamtheit. Der Arbeiter braucht aber für sich als Stand einen Fürsprecher. Dazu sind die Gewerkschaften notwendig. Die Gewerkschaft kann natürlich auch eine Gefahr für den Staat werden, wenn sie übermächtig wird und ihren Aufgabenkreis überschreitet. Diese Gefahr scheint mir bei der neuen Gewerkschaft unter Führung des Stadtrats Schiefer²⁰ (SPD) schon gegeben, weil sie versucht, die Staatsführung entscheidend zu beeinflussen. Eine Parallele hierzu bietet der Bauernverband unter Dr. Horlacher und Dr. Schlögl. Auch hier ist die Tendenz, auf den Tisch zu schlagen und übertriebene Forderungen zu stellen. Auf diese Weise kommen wir zu einer ganz neuen, ungesunden Gestaltung der Kräfte im Staat unter rein berufsegoistischen Gesichtspunkten. Die größte Gefahr sehe ich in der rein materialistischen Weltanschauung der heutigen Gewerkschaftsführung.

Frage: „Wie steht die CSU zur Königsfrage? Wird sie für eine Monarchie oder eine Republik eintreten?“ (Dr. Brunner)

Antwort: Die Union als Partei hat es bisher abgelehnt, wie zu allen anderen Problemen so auch zur Königsfrage, entschieden Stellung zu nehmen. Sie wird aber jetzt, wenn die Königspartei offiziell auftritt, dazu gezwungen werden. Nach meiner Meinung wird die CSU weder zu einer rein positiven noch einer rein negativen Stellung kommen. Positiv deshalb nicht, weil ein beträchtlicher Teil der CSU, besonders in der Führung, gegen die Monarchie ist. Dr. Müller gilt als überzeugter Republikaner. Sie wird sich aber auch nicht gegen die Monarchie entscheiden können, weil in der CSU ebenso viele überzeugte Anhänger der Monarchie sind. Für die beste Lösung halte ich die folgende, für die ich auch eintrete: Die Union soll erklären: Wir haben in unseren Reihen Monarchisten und Republikaner. Die Entscheidung über die Staatsform kann daher nicht von der Parteiführung gefällt werden, sondern sie muß durch ihre Wähler und überhaupt vom ganzen Volk selber getan werden. Daher tritt die CSU für eine Volksabstimmung in dieser Frage ein. Lehnt die CSU eine solche Volksabstimmung ab, wird sie einen großen Teil ihrer Wähler an die Königspartei abgeben müssen.

In einem ähnlichen Dilemma steht übrigens die SPD. Auch dort überschneiden sich die Anhänger und Gegner der Monarchie. Der Kreis der Sozialdemokraten, die in Leutstetten (wo der Kronprinz von Bayern²¹ wohnt) verkehren, ist groß. Dr.

²⁰ Gustav Schiefer (1876–1956), 1918 geschäftsführender Vorsitzender des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, Ortsausschuß München, nach 1933 im Widerstand, ab Mai 1945 Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft Freier Münchner Gewerkschaften, seit 1947 stellv. Vorsitzender des Bayerischen Gewerkschaftsbundes, 1923–1933 und 1945–1952 SPD-Stadtrat in München, 1947–1954 Vizepräsident des Bayerischen Senats.

²¹ Rupprecht, Kronprinz von Bayern (1869–1955), Generalfeldmarschall im Ersten Weltkrieg, genöß nach dem Sturz der Monarchie in Bayern das Ansehen eines „heimlichen Königs“. Er selbst hielt sich

Hoegner und Dr. Roßhaupter²² sind nicht die einzigen Prominenten, die dort verkehren.

Frage: „Könnte sich ein monarchistisches Bayern in einem kommenden deutschen Staatengebilde halten?“ (Dr. Brunner)

Antwort: Ein monarchistisches Bayern würde sich mit anderen republikanischen Ländern in einem neuen Deutschland wohl vertragen, wenn die Neuregelung Deutschlands so erfolgt, wie sie der Kurs Hoegner anstrebt. Ich sage dies auf Grund eingehender Aussprachen mit Vertretern der SPD. Die SPD strebt eine Lösung an, die einem „Bund von Staaten“ ähnlicher sieht als einem „Bundesstaat“²³. Ein Königreich Bayern würde sich nicht vertragen mit republikanischen Ländern, wenn ein Staat zusammenkäme, wie Dr. Josef Müller ihn anstrebt.

Im übrigen gibt es auch in dieser Frage in der SPD Gruppen und Überschneidungen. Zum Beispiel steht dem Hoegner-Kurs ein Schiefer-Kurs gegenüber. Schiefer selbst trete auch für eine sozialistische Einheitspartei ein, während Hoegner nicht einmal den Kurs Schumachers mitmache. Die Vorwürfe der Unionsparteien aus dem Westen (Ruhrgebiet, Pfalz und andere), die bayerische Union übe durch ihren Föderalismus Verrat an ihnen und an Deutschland, lassen jene Leute als weltfremde Romantiker erscheinen. Wer kann heute denn helfen? Was ist heute das „Reich“? Wer heute von „Reich“ spricht, meint zwar nicht das Dritte Reich, aber doch zumindest das Reich Bismarcks. Ein neues Deutschland ist aber heute keine nationale Angelegenheit mehr, sondern ein Anliegen gesamteuropäischer Natur. Im übrigen sprechen über die zukünftige Gestaltung Deutschlands nicht wir Bayern oder die Rheinländer oder die Preußen das letzte Wort, sondern die Alliierten.

von der Tagespolitik fern, vertrat aber stets die Auffassung, die Bevölkerung in Bayern müsse die Möglichkeit erhalten, über die bayerische Staatsform in einer Volksabstimmung zu entscheiden.

²² Wilhelm Hoegner (1887–1980), 1924–1932 MdL der SPD in Bayern, 1930–1933 MdR, 1933–1945 Emigration, 1945/46 und 1954–1957 bayerischer Ministerpräsident. Hoegner hätte gegen Ende der Weimarer Republik eine bayerische Monarchie dem Nationalsozialismus als geringeres Übel vorgezogen. Vgl. Falk Wiesemann, *Die Vorgeschichte der nationalsozialistischen Machtübernahme in Bayern 1932/1933*, Berlin 1975, S. 206 ff.

Albert Roßhaupter (1878–1949), 1907–1933 MdL der SPD in Bayern, 1918 Minister für militärische Angelegenheiten, zwischen 1933 und 1945 mehrmals in Haft, 1945–1947 Staatsminister für Arbeit und Soziale Fürsorge in Bayern, 1948/49 Mitglied des Parlamentarischen Rates.

²³ Innerhalb der bayerischen SPD war die Frage der zukünftigen Gestaltung Deutschlands heftig umstritten. Ministerpräsident Hoegner löste diesen Streit aus, als er am 13. November 1945 in der SZ einen Artikel mit dem Titel „Föderalismus, Unitarismus oder Separatismus“ veröffentlichte, der ihm den Vorwurf eintrug, „separatistische Gelüste“ zu haben. In einem zweiten Artikel in der Neujahrsausgabe 1946 der SZ konkretisierte er seinen Standpunkt. Vgl. dazu Wilhelm Hoegner, *Der schwierige Außenseiter*, München 1959, S. 278 ff.

Auf der [...] Sitzung [...] wurde kurz über die Affaire Schäffer²⁴ gesprochen. Der Club stand der Person Schäffers nahe, vor allem aus Opposition gegen Dr. Müller. Der Club hat denn auch die Wahl Schäffers zum Kreisvorsitzenden von München mit allen Mitteln unterstützt.

Die Aktion der Militärregierung gegen Dr. Schäffer hat im Club ein starkes Ressentiment gegen die Amerikaner hervorgerufen. Als bekannt wurde, daß das Clubmitglied Ernst Holzer (Vorstand einer Münchener Ortsgruppe der Christlich-Sozialen Union), der als überzeugter Anhänger Schäffers und als ebenso überzeugter Gegner Dr. Müllers bekannt war, am vergangenen Freitag bei Dr. Müller eine Erklärung abgab, wurde er heftig getadelt. Holzer hatte erklärt, daß er die Wahl Dr. Schäffers nur deshalb unterstützt habe, weil er nach den damaligen Presseangriffen gegen Dr. Schäffer der Meinung war, es würde von Seiten der Union zu wenig für Schäffer eingetreten.

Dr. Jaeger, der Clubvorsitzende (gleichzeitig im Landessekretariat der CSU), berichtete, daß Dr. Müller eine ehrenwörtliche Erklärung abgegeben habe, daß er mit der Aktion der Militärregierung gegen Schäffer nichts zu tun habe. Man erwarte eine ähnliche Erklärung von Dr. Horlacher und Schlögl (Bauernverband), es sei aber ungewiß, ob Horlacher eine derartige Erklärung abgebe.

Die Ehrlichkeit der „ehrenwörtlichen“ Erklärung Dr. Müllers wurde im Club stark angezweifelt, ebenso wurden Stimmen laut, daß man von einer Erklärung Horlachers, wenn er sie abgeben sollte, nicht viel halten dürfe.

In der [...] Sitzung, die unter dem Vorsitz von Amtsgerichtsrat Dr. Richard Jaeger (gleichzeitig im Landessekretariat der CSU) von 18 Mitgliedern besucht war, sprachen die Clubmitglieder Dr. Max Schnurr und Dr. Joseph Koenig über die Ursachen der Wirtschaftskrisen seit 1920.

Dr. Schnurr stellte sich die Frage, ob die Wirtschaftskrise aus der Wirtschaft selbst oder als Folge sowohl der allgemeinen wie der speziell deutschen Politik entstand. Er kam zu dem Schluß, daß hauptsächlich politische Gründe bestimmend gewesen seien.

Nach der Beendigung der Währungskrise 1923 bestand allgemein die Hoffnung auf

²⁴ Gemeint ist das politische Betätigungsverbot für Fritz Schäffer, das die amerikanische Militärregierung am 24. April 1946 verhängte. Schäffer sei, so hieß es in einem Schreiben der Militärregierung, „als ein mit den Nazis sympathisierender und zusammenarbeitender Mann zu betrachten, ... da er in seiner ganzen politischen Laufbahn ein Vertreter der ultranationalistischen und militaristischen Weltanschauung war ... Fritz Schäffer hat ferner die Ausführung des Besatzungsprogramms der Alliierten behindert, insbesondere hinsichtlich der Entnazifizierung und Entmilitarisierung“. Schreiben abgedruckt in: SZ vom 30. April 1946.

einen wirtschaftlichen wie politischen Aufstieg in Deutschland. Diese Hoffnung wurde durch die unmittelbar folgende Festlegung der Kriegsschulden ziemlich erschüttert. Zur Abzahlung der Reparationen wie zum wirtschaftlichen Aufstieg benötigte Deutschland langfristige Anleihen des Auslandes. Das Ausland gab aber nur kurzfristige Anleihen. Aber diese Anleihen wurden von der deutschen Wirtschaft „langfristig“ und unproduktiv angelegt, das heißt nicht in Produktionsgütern, die auf dem Wege des Außenhandels auch als Reparationszahlungen hätten verwendet werden können, sondern unproduktiv in Repräsentationsbauten wie Verwaltungsgebäuden, Stadien, Schwimmbädern und so weiter. Als Folge trat die immer größer werdende Zahl der Arbeitslosen besonders in den ausgesprochenen Produktionsbetrieben auf. Die damalige Sozialdemokratische Partei wollte das Arbeitslosenproblem durch den Sechsstundentag lösen. Der seinerzeitige Arbeitsminister Stegerwald (Zentrum) lehnte diese Lösung ab, weil er dadurch das Steuereinkommen des Staates gefährdet sah. Durch seinen Widerstand gegen den Sechsstundentag, in dem er offenbar durch großindustrielle Einflüsse bestärkt wurde, hat so Stegerwald, wie Dr. Schnurr betont, mitgeholfen, die arbeitslosen Massen dem braunen Diktator zuzutreiben. Überhaupt sind, nach Dr. Schnurr, dies die beiden größten Fehler, die Zentrum und Bayerische Volkspartei sich leisteten: 1) auf politischem Gebiet: Bei der Reichspräsidentenwahl 1925 stellte sich die Bayerische Volkspartei nicht hinter den Kandidaten von Zentrum und SPD (Dr. Marx)²⁵, sondern wählte den ostelbischen Junker Hindenburg, den „Avantgardisten der Reaktion“ und des Nazismus. 2) auf wirtschaftlichem Gebiet: Unter Berufung auf die Parteidisziplin wurde Dr. Brüning daran gehindert, gegen seinen Arbeitsminister Stegerwald eine notwendige Neuordnung der Arbeitszeit herbeizuführen²⁶.

Die Wirtschaftskrise, sagt Dr. Schnurr, ist nicht nur eine deutsche Angelegenheit gewesen, Deutschland wurde nur in besonderem Maße davon betroffen. Der Engländer Keynes²⁷ hatte als einziger vor dem Unsinn der Reparationszahlungen gewarnt. Nach dem Sturz Brünings versuchte von Papen als erster eine Ausweitung der Währung, also eine inflatorische Maßnahme. Hitler fuhr dann bedenkenlos darin fort. Die Unterbringung der Millionen Arbeitslosen in freilich unproduktiven Arbeiten sowie ein wirtschaftlicher Scheinaufschwung (weil auch volkswirtschaftlich wertvolle Teile in Schwung gesetzt wurden) lösten Bewunderung aus. Dadurch ermuntert, sicherte sich der Staat zuerst durch die Auflösung der Gewerkschaften gegen jede Lohnpolitik der Arbeiter und dann durch die Umbildung des Preiskartells in ein Leistungskartell gegen die Unternehmer. Früher bestimmten Angebot und Nachfrage den Preis und die Leistung, von nun wurde die Leistung „der“ bestimmende Faktor.

²⁵ Wilhelm Marx (1863–1946), Zentrum, 1910–1918 und 1920–1933 MdR, 1923–1925, 1926 und 1927/28 Reichskanzler, unterlag 1925 Hindenburg bei der Wahl zum Reichspräsidenten.

²⁶ Vgl. Die Protokolle der Reichstagsfraktion und des Fraktionsvorstandes der Deutschen Zentrumspartei 1926–1933, bearbeitet von Rudolf Morsey, Mainz 1969, S. 538 und S. 569.

²⁷ John Maynard Keynes (1883–1946), britischer Nationalökonom, 1919 als Vertreter des britischen Schatzkanzlers bei der Versailler Friedenskonferenz wegen des Ausmaßes der Deutschland auferlegten Reparationszahlungen zurückgetreten.

Während in fast allen Ländern der Welt um 1936 die Wirtschaftskrise beendet war, stand Deutschland um dieselbe Zeit vor einer neuen Gefahr, nämlich vor einer neuen Inflation. Nur eine baldige und nachhaltige Vermehrung wirklichen Volksvermögens, also von Kapitalien, hätte die Ausweitung der Währung rechtfertigen können. Die Bestellung eines Preiskommissars und der Preisstopp 1936 war ein Versuch, die zu rasche inflatorische Entwicklung hintanzuhalten. Das Problem wurde akut, als die vorbereitende Kriegswirtschaft zur offenen überging: die Rüstung und der Sold der Soldaten mußten finanziert werden. Die Kosten des kommenden Krieges und der Krieg stellte die deutsche Wirtschaft dann vor unlösbare Aufgaben: 1941 standen dem Bedarf von 95 Milliarden Reichsmark ordentliche Einnahmen von 55 Milliarden RM gegenüber. Im Frühjahr 1942 betrug die Staatsschuld schon 142 Milliarden RM. Die 700 Milliarden RM Staatsschuld, von denen man heute spricht, werden noch nicht einmal der Zahl nach so groß sein, als was die Sieger von uns an Reparationen fordern werden²⁸.

Heute muß die Wirtschaft, meint abschließend Dr. Schnurr, so lange noch von politischen Faktoren bestimmt werden, bis sie wieder auf eigenen Füßen stehen kann. Das hängt aber nicht von unserem eigenen Willen und unseren eigenen Plänen ab. Die Frage der nächsten Jahre wird sein, nicht „wie“ wir leben können, sondern „ob“ wir leben können! Heute bedeutet Wirtschaft vorerst bloße Bedarfsdeckung, der Streit um Privatwirtschaft oder Planwirtschaft hat nur theoretische Bedeutung. Wenn heute für die private Wirtschaftsinitiative einzutreten sei, dann aus rein praktischen und nicht aus weltanschaulichen Erwägungen.

Dr. Joseph Koenig betrachtete in seinem Referat die Wirtschaftskrise von der wirtschaftlichen Seite her. Wohl ergäben Überschwemmungen, Kriege und so weiter immer auch Wirtschaftskrisen. Der Hauptgrund aber liege stets im Wirtschaftlichen selbst. Störungen in der Wirtschaft wiederholten sich immer wieder, ja sie sind fast vorauszurechnen. Der Wirtschaftswissenschaftler spricht vom Konjunkturablauf, ja hält geradezu das Auf und Ab, und nicht die dauernde Prosperität, für das Normale.

6 Dienstag-Club am 14. Mai 1946

Auf der [...] Sitzung [...] sollte als Gast Freiherr Erwein von Aretin²⁹ erscheinen. Auf das Verbot der Königsparthei hin hatte er abgesagt, wobei er erklärte, er habe zuerst

²⁸ Die Gesamtverschuldung des Deutschen Reiches bei Kriegsende belief sich auf etwa 390 Milliarden Reichsmark. Vgl. Wolfgang Zorn, Staatliche Wirtschafts- und Sozialpolitik und öffentliche Finanzen 1800–1970, in: Handbuch der deutschen Wirtschafts- und Sozialgeschichte, hrsg. v. Hermann Aubin und Wolfgang Zorn, Bd. 2: Das 19. und 20. Jahrhundert, Stuttgart 1976, S. 190.

²⁹ Erwein von Aretin (1887–1952), Publizist, vor 1933 politischer Berater des bayerischen Kronprinzen und Vorsitzender des Heimat- und Königsbundes, während der NS-Zeit kurze Zeit in Haft; Aretin wurde 1945 als Berater der bayerischen Regierung nach München geholt, trat diesen Posten jedoch nicht an; Kreisverbandsvorsitzender der Bayernparthei in Niederbayern und Mitglied des Bayerischen Heimat- und Königsbundes.

vorgehabt, dennoch in den Club zu kommen und zu reden. Nachdem aber in der „Neuen Zeitung“ der Ausspruch von ihm, daß wahrscheinlich die Hälfte der Unionswähler für die Königspartei stimmen würden, zu lesen gewesen wäre, habe er es sich doch überlegt; er fürchte, mit einem Auftreten in diesem Club nach dem Verbot seiner Partei, die Union zu sehr zu belasten, ebenso natürlich die verbotene Partei selber, da man ihm eine Rede und Diskussion im Dienstag-Club wohl als Fortsetzung einer nun verbotenen Propaganda auslegen könne.

Der Vorsitzende des Clubs, Amtsgerichtsrat Dr. Richard Jaeger (gleichzeitig im Landessekretariat der CSU), gab einen kurzen Überblick über Ereignisse parteipolitischer Art in der vergangenen Woche:

Am 8. Mai fand im zukünftigen Landessekretariat (Paul-Heyse-Straße) eine Zusammenkunft der Jugendvertreter der CSU aus allen Münchener Bezirken statt. Von den 38 Erschienenen waren nur 4 Protestanten, die übrigen Katholiken; die schwache Vertretung der Protestanten wurde vom Club, der mit einer Ausnahme nur aus Katholiken besteht, stark kritisiert.

Am 13. Mai fand auf einer Sitzung des Münchener Parteiausschusses der CSU die Aufstellung der Kandidaten für die zukünftige Nationalversammlung Bayerns³⁰ statt. Die Münchener CSU kann dafür 10 Kandidaten nominieren. An der Spitze stehen Oberbürgermeister Dr. Scharnagl und Bürgermeister Dr. Lacherbauer. Eine Reihe von Parteigrößen, die nicht im öffentlichen, parteipolitischen Leben stehen, sollen gleichsam an andere Wahlkreise „ausgeliehen“ werden. So sollen zum Beispiel die nichtbayerischen Mitglieder des Landesausschusses der CSU, Dr. Semler (Leiter des Wirtschaftsausschusses der CSU) und Baron von Prittwitz (Leiter des Ausschusses für zwischenstaatliche Beziehungen), in fränkischen Wahlkreisen gewählt werden.

Schließlich wurde auch der Fall Schäffer weiter diskutiert. Dr. Jaeger betonte, daß nach seinem Wissen Dr. Schäffer im Lande ungeheuer an Sympathie gewonnen habe. Die Amerikaner hätten ihn zum „Märtyrer“ gemacht. Auf jeden Fall werde er, wenn seine Zeit wieder gekommen sei – und sie komme wieder! –, die Hände reiben und sagen können: „An der schweren und dunklen Zeit, die jetzt hinter uns liegt, bin ich nun ganz unschuldig, denn ich habe ja kein Wort dazu sagen und schreiben dürfen!“ Er wird also wenigstens dann für die Zeit seiner „Stilllegung“ unbelastet sein.

Im übrigen sei die Reaktion einiger seiner bisherigen Gegner in der Partei bemerkenswert, die übereinstimmend erklärten: „Dieses Ende Schäffers haben wir nicht gewollt!“

Auf einer Sitzung der Parteiführung der CSU in der vergangenen Woche hat Dr. Müller, Landesvorsitzender, betont, daß der Parteiname *Christlich*-Soziale Union für ihn bedeute, daß jeder, der die christliche Kultur anerkenne, in der Partei aufgenommen werden könne. Dr. Alois Hundhammer forderte demgegenüber die eindeutige

³⁰ Die Verfassungsgebende Landesversammlung, der 109 Abgeordnete der CSU, 51 Abgeordnete der SPD, je 8 Abgeordnete der KPD und WAV sowie 4 Abgeordnete der FDP angehörten, wurde am 30. Juni 1946 gewählt und konstituierte sich am 15. Juli 1946.

Betonung des Bekenntnisses zum christlichen Glauben, wenn anders der christliche Name der Partei nicht ein Mäntelchen sein solle, das um die Politik gehängt sei.

Im Club wurde an der Auslegung Dr. Josef Müllers scharfe Kritik geübt und deutlich ausgesprochen, daß dies ganz der übrigen verwaschenen Ansicht Dr. Müllers entspreche.

Für die Haltung des Clubs gegenüber Dr. Müller ist ferner bezeichnend, daß man ihn trotz aller gegenteiligen Erklärungen nicht nur für mitbeteiligt hält an der Aktion der Militärregierung gegen Dr. Schäffer, sondern auch für mitverantwortlich an der Auflösung der Königspartei.

Die Auflösung der Königspartei selber wurde als Erleichterung empfunden. Dr. Jaeger sagte unter der Zustimmung aller: „Wir können uns ja nicht ausdenken, was mit der CSU geschehen wäre, wenn die Königspartei hätte kandidieren dürfen. Mindestens 50% der Unionswähler in München hätten für die Königspartei gestimmt!“

Zum Schluß berichtete der Bezirksvorsitzende Hans Weiß, daß auf einer Jugendversammlung der Kommunistischen Partei in einem Münchener Bezirk nur 23 Teilnehmer erschienen waren, während auf einer ordentlichen KPD-Versammlung in Laim in der vergangenen Woche nur 32 Anwesende gezählt wurden.

7 Dienstag-Club am 14. Mai 1946 (Zusatzbericht)

Der Vorsitzende des „Dienstag-Clubs“, Amtsgerichtsrat Dr. Richard Jaeger (zugleich Mitarbeiter im Landessekretariat der Christlich-Sozialen Union), hatte seinerzeit auf Anregung von Dr. Schäffer, als er noch in der Partei in Amt und Würden war, einen Entwurf für die zukünftige Verfassung ausgearbeitet³¹. Auf der letzten Sitzung des „Dienstag-Clubs“ begann man, diesen Entwurf in freier Aussprache zu besprechen.

Punkt I handelte von dem Umfang des zukünftigen Staates Bayern. Jaeger denkt sich darunter das Bayern von 1919, also das rechtsrheinische Bayern mit dem 1919 durch Volksabstimmung zu Bayern gekommenen thüringischen Coburg, ferner die Pfalz und die beiden Saargebietskreise St. Ingbert und Homburg. (Dies alles natürlich vorerst ohne Rücksicht auf Entscheidungen der Alliierten im Hinblick auf diese Gebiete!)

Bei der Erwähnung der Saar-Kreise St. Ingbert und Homburg wurde von verschiedenen Clubmitgliedern kritisiert, daß die katholische Volkspartei und die Sozialdemokratische Partei des Saargebietes an die französische Regierung den Wunsch gerichtet

³¹ Richard Jaeger nahm zwar an den Beratungen des Verfassungsausschusses der CSU unter Leitung von Professor Apelt teil, hat jedoch keinen Verfassungsentwurf erstellt, sondern ein staatspolitisches Grundsatzprogramm der CSU entworfen, das aber „über das Stadium eines Entwurfs nicht hinausgediehen“ ist (Schriftliche und mündliche Mitteilungen von Richard Jaeger vom 7. September und 18. Oktober 1983). Diesen Entwurf leitete er Hundhammer und Schäffer zu. Der Entwurf befindet sich im Privatbesitz Richard Jaegers.

habe, mit Frankreich eine Wirtschaftseinheit bilden zu können³². Nachdem das Saargebiet 1935 unter den Augen und unter dem Schutz alliierter Soldaten, also keineswegs gezwungen, für den Anschluß an Hitler-Deutschland gestimmt habe, sei jetzt diese Hinwendung zu Frankreich wohl nichts anderes als ein kläglicher Opportunismus.

Dr. Jaeger nahm die Saarländer wie folgt in Schutz: Die Saar steht vor einer klaren Wahl. Besteht sie darauf, bei einem zukünftigen Deutschland zu bleiben, so darf sie sicher sein, daß die Franzosen ihr jede Möglichkeit zu leben nehmen, das heißt Industrie, Gruben und so weiter entweder nach Frankreich schaffen oder in französischen Besitz nehmen. Wünschen jene beiden Parteien aber jetzt klugerweise einen wirtschaftlichen Anschluß an Frankreich, so werden sie einmal zu leben haben und ferner auch die Möglichkeit haben, wie es die Erfahrung unter französischer Besetzung zeigt, ihr deutsches Volkstum zu bewahren.

Es gelte jetzt vor allem, die nächsten 10, 15 Jahre durchzustehen. Wer weiß, wie dann, oder schon vorher, die politische Lage aussieht! Man könne die Haltung der Saarländer also keineswegs als Verrat an Deutschland bezeichnen, sondern nur als nüchterne, vorsorgliche Betrachtung der Verhältnisse, wie sie nun einmal sind.

8

Dienstag-Club am 4. Juni 1946

Zu der Sitzung [...] war Oberbürgermeister Dr. Scharnagl eingeladen worden [...]. Zu Beginn des Abends, der vor allem Fragen kommunaler Art besprach, sprach der Vorsitzende, Amtsgerichtsrat Dr. Richard Jaeger (Landessekretariat der Christlich-Sozialen Union), sein Bedauern aus über die eine Stimme, die zur absoluten Mehrheit im Münchener Stadtparlament für die Union fehle³³. Dr. Scharnagl widersprach dem sofort und führte aus, daß die Wahl für ihn gar keine Enttäuschung bedeute, im Gegenteil! Er sei nicht gewillt, München einzig und allein von der Union geführt zu sehen und dadurch die Sozialdemokratie in die ausschließliche Opposition zu setzen. Die Wahl des Stadtoberhauptes werde zeigen, daß die beiden Stimmen der Splitterparteien keineswegs das Zünglein an der Waage bilden würden, man brauche sie gar nicht, weil man sich mit der SPD von vornherein einigen würde.

Scharnagl führte den Abend in einem herzlichen, jovialen, man kann fast sagen „stadtväterlichen“ Ton, wozu sicher viel beitrug, daß er eine ganze Reihe der Anwesenden, die in der Münchener Union und in der Landesführung der Union tätig sind, persönlich kannte.

Die ersten Fragen und Antworten bezogen sich ausschließlich auf spezielle Fragen

³² Die Christliche Volkspartei des Saarlandes, die Sozialdemokratische Partei des Saarlandes und die dortige Einheitsgewerkschaft verfaßten am 27. April 1946 ein gemeinsames Telegramm an den Rat der Außenminister, in dem die wirtschaftliche Vereinigung der Saar mit Frankreich gefordert wurde. Vgl. Jacques Freymond, *Die Saar 1945–1955*, München 1961, S. 50.

³³ Aus den Stadtratswahlen vom 26. Mai 1946 war die CSU mit 20 Mandaten als stärkste Partei hervorgegangen. Die SPD erreichte 17, die KPD zwei, WAV und Parteilose je einen Sitz.

des Wiederaufbaus von München, z. B. ob Wiederaufbau um jeden Preis, d. h. mit von den Bauherrn schwarz herbeigeschafften Materialien und so weiter, ob Wohnblock- oder Einzelsiedlung, Wiederaufbau der Innenstadt und Stadtrandsiedlungen.

Frage: Wie wird sich der 1. Juni, das heißt ein Termin für die Übergabe von Verwaltungsbereichen in deutsche Hände, für die Stadtverwaltung München auswirken?

Antwort: Es wird keine großen Auswirkungen geben können, weil nämlich im allgemeinen schon eine große Freiheit vorhanden war, mit Ausnahme von bestimmten Auflagen in der Entnazifizierungsfrage und in der Wohnungsfrage. Freilich müsse man sagen, daß es innerhalb dieser Freiheit viele „Wünsche“ der Amerikaner gab, die im Grunde natürlich wie „Befehle“ oder Auflagen durchzuführen waren. Es wäre im Zusammenhang mit dem 1. Juni wünschenswert, wenn zum Beispiel die Verfügung über die beschlagnahmten Vermögen in deutsche Hände überginge, aber die geplante Übergabe der „Property Control“ sei verschoben worden³⁴.

Dr. Max Schnurr betonte dazu, daß es zu bedauern wäre, wenn die Property Control in deutsche Hände überginge. Es wären dann sicher dieselben Korruptionserscheinungen zu beobachten wie in anderen Gebieten der Verwaltungen, wovon er als Treuhänder einer großen Firma ein Lied singen könne. Scharnagl erbitet vertraulich genaue Angaben!

Frage: Im Entwurf zur bayerischen Verfassung haben die Kommunisten Bestimmungen über Planwirtschaft, Sozialisierungen und so weiter untergebracht. Wie stellt sich die Union zu dieser Frage, die doch selber in dem Ausschuß für den Verfassungsentwurf vertreten war³⁵?

Antwort: Festgelegt ist überhaupt noch nichts worden. Der Ausschuß von neun Mann, dem von der Union außer mir (Scharnagl) auch Staatssekretär Krehle³⁶ und Pfeiffer angehörten, hat bisher sehr wenig Praktisches niedergelegt. Zu einer Abstimmung ist es eigentlich nie gekommen. Die Wahlen werden aber eine entscheidende Veränderung in der Zusammensetzung dieses vorbereitenden Ausschusses bringen

³⁴ Nach der Besetzung Deutschlands wurden in der US-Zone bestimmte Vermögen von der Militärregierung, Property Control Branch, unter Kontrolle gestellt. Im Mai 1946 übertrug die Militärregierung die Vollmacht und Verantwortung für die Durchführung der Vermögenskontrolle den Ministerpräsidenten der Länder der US-Zone. In Bayern wurde aus diesem Anlaß das Bayerische Landesamt für Vermögensverwaltung und Wiedergutmachung (BLVW) errichtet, das am 22. Juli 1946 offiziell seine Tätigkeit aufnahm. Vgl. dazu den Jahresbericht des BLVW vom 23. Oktober 1947, in: Bayerisches Hauptstaatsarchiv, Wirtschaftsministerium 9611.

³⁵ Dem Vorbereitenden Verfassungsausschuß, der von Ministerpräsident Hoegner einberufen worden und am 8. März 1946 zu seiner ersten Sitzung zusammengetreten war, gehörten vier Sozialdemokraten, ein Kommunist, drei Vertreter der CSU und ein Parteilooser an. Der Ausschuß hielt bis zum 24. Juni 1946 15 Sitzungen ab. Vgl. Walter Siegel, Bayerns Staatswerdung und Verfassungsentstehung 1945/46, Bamberg 1978, S. 72 ff. Krehle, der dem Ausschuß nicht angehörte, vertrat dort gelegentlich Minister Roßhaupter.

³⁶ Heinrich Krehle (1892–1969), 1930 Landessekretär der Christlichen Gewerkschaften Bayerns, 1945 Gründungsmitglied der CSU und des Bayerischen Gewerkschaftsbundes, 1945–1954 Minister und Staatssekretär im Ministerium für Arbeit und Soziale Fürsorge, 1946 Mitglied der Verfassunggebenden Landesversammlung, 1946–1958 MdL der CSU in Bayern.

und somit auch eine entscheidende Veränderung der Vorschläge! Bisher unterlagen die Verhandlungen und Protokolle der Geheimhaltung, jetzt aber wird man offen darüber sprechen können.

Scharnagl legte dann kurz seine eigenen Ansichten zur neuen bayerischen Verfassung dar, z. B. die Einführung einer gleichsam „regulierenden“ Ersten Kammer, um zu verhindern, daß die Demokratie eine reine Parteienwirtschaft werde. Diese Erste Kammer solle zu einem Drittel vom Landtag, also von den Parteien gewählt werden, zu einem Drittel von Organisationen der Öffentlichkeit (Kirchen, Städten, Bauernvereinigungen, Gewerkschaften und so weiter) beschickt werden, und zu einem Drittel vom Staatspräsidenten ernannt werden, gleichsam als Vertrauensleute des Staatspräsidenten³⁷, als Sicherheit seiner Stellung, die nicht eine repräsentative Stellung sein dürfe. Ein Staatsoberhaupt sei wichtig zur Betonung der Staatspersönlichkeit. Dr. Jaeger betonte hierzu, daß man sich in der Führung der Union zwar klar sei über die Notwendigkeit eines Zweikammersystems, daß aber die Frage eines Staatspräsidenten ganz offen sei. Gewisse Leute (es ist darunter unter anderem Dr. Josef Müller zu verstehen) seien der Meinung, daß ein Staatsoberhaupt die Bildung eines deutschen Bundesstaates erschweren, wenn nicht unmöglich machen könne, wegen der Abgrenzung der Kompetenzen und so weiter. Scharnagl: Daß es einmal schon möglich war, haben wir ja im Bismarckschen Reiche erlebt, wo ein Bundesstaat sogar mit Königen möglich war! Gewisse Leute ham halt doch verflixt wenig dazug'lernt! (Beifall!)

Frage: Die Programmlosigkeit der Union sei nachgerade ein Skandal. Jeder Wähler erhoffe die Erfüllung seiner eigenen Wünsche. Dies werde aber nicht möglich sein. Grenze daher die Programmlosigkeit nicht beinahe an Betrug den Wählern gegenüber?

Antwort: Es kommt darauf an, was man unter „Programm“ versteht. Ein detailliertes Programm zu haben, wird heute überhaupt nicht möglich sein. Aber über gewisse Grundprinzipien herrsche doch Übereinstimmung, z. B. in der Frage des Privateigentums. Leider sei in einer so wichtigen Frage wie der des Staatsaufbaus keine Einigkeit vorhanden.

Frage: Kann man nicht von einer Vorliebe der Militärregierung für die SPD und von einer Abneigung gegen die Union sprechen?

Antwort: Die Vorliebe der Amerikaner für die SPD ist ein offenes Geheimnis. Die Sozialdemokraten sind für die Amerikaner die zuverlässigsten Antifaschisten. Die Union aber ist stets im Verdacht, Unterschlupf für reaktionäre Elemente zu sein. Dazu trägt viel bei die Kritik der Union an der Entnazifizierung³⁸. Die radikale Haltung der Amerikaner besonders in dieser Frage wird uns zweifellos in neues Unglück stürzen!

³⁷ Zur Auseinandersetzung um die Staatspräsidentenfrage vgl. Einleitung, S. 13. Kontrovers war auch die Frage einer Zweiten Kammer. Vgl. dazu Ernst Deuerlein und Wolf D. Gruner, Die politische Entwicklung Bayerns 1945 bis 1972, in: Max Spindler (Hrsg.), Bayerische Geschichte im 19. und 20. Jahrhundert 1800–1970, 1. Teilband: Staat und Politik, München 1974/75, S. 574.

³⁸ Zur Haltung der CSU zur Entnazifizierung vgl. Niethammer, Entnazifizierung, S. 219 ff. und 420 ff.

Ein Grund für die Haltung der Amerikaner gegenüber der Union liege in einem gewissen Unverständnis für „kontinentale“ und besonders deutsche Verhältnisse. Ein Amerikaner, der sehr viel Sympathie der Union entgegenbringe und ein guter Katholik sei, habe ihm kürzlich gesagt, daß es Amerika einfach unverständlich sei, daß sich die Politik immer wieder mit Religion koppele und daß sich die Union zum Beispiel „christlich“ nenne und so weiter. Er habe sich auch nicht überzeugen lassen, als er ihm erklärte, daß im Grunde die Kirche mit der Politik nichts zu tun habe und daß die Union die „christliche Haltung“ von den einzelnen Mitgliedern fordere.

Man könne nicht eigentlich sagen, daß die Amerikaner einen Kampf gegen die Kirche begonnen hätten, wie man in Unionskreisen immer wieder höre. Obwohl er zugebe, daß gerade zur jetzigen Zeit viele kirchenfeindlich eingestellte Leute, Freimaurer, Juden und so weiter, die Oberhand hätten. So sei zum Beispiel der frühere Gouverneur von München, ein hervorragender Katholik, an diesen Elementen gescheitert³⁹. [. . .]⁴⁰

Frage: In der „Frankenpost“⁴¹ stand vor kurzem zu lesen, daß Sie, Herr Oberbürgermeister, als Kandidat für den Ministerpräsidentenposten gelten würden?

Antwort: Ich habe der Frankenpost heute einen Brief⁴² geschrieben. Es wäre für Männer im öffentlichen Leben immer ein Grund zum Danken, wenn die Presse für sie Propaganda mache, selbst wenn es in diesem Falle keine freundliche Presse sei. Leider aber müsse er ihr eine Enttäuschung bereiten. Selbst wenn ihm der Posten angetragen würde, dürfte die Frankenpost beruhigt sein: er würde ihn nicht annehmen. Was ihre weitere Behauptung, er halte in seinem Hause „Bankette“ mit „SPD-Hauskapellen“ ab, angehe, so könne er ihr dazu folgendes sagen: Es sei zwar anerkennenswert, daß man heutzutage das ziemlich dürftige Leben mit einigen großen Worten schönere, aber es ginge doch nicht, bei einer Einladung zu einer Tasse gleich von einem Bankett zu reden und ein Quartett, das man hierbei habe aus der Taufe heben wollen, so ohne weiteres als SPD-Hauskapelle zu bezeichnen.

Zum Schluß gab Dr. Scharnagl noch einen Bericht über einen Besuch aus Hamburg, der ihm von dortigen Zuständen erzählt habe: Es herrsche dort noch ein größeres Durcheinander der einzelnen Stellen und Kompetenzen als hier bei den Amerikanern. Die schwere Ernährungslage führte im Verein mit einigen ungeschickten Maßnahmen der Engländer, die an sich vernünftig seien, aber ohne jeden Kommentar und

³⁹ Gemeint ist Charles E. Keegan, ein irisch-katholischer Stadtverordneter aus New York, der im Sommer 1945 wegen angeblicher „Entnazifizierungsmängel“ in Bayern als Chef der Militärregierung entlassen wurde. Vgl. ebenda, S. 196.

⁴⁰ In dieser 14-zeiligen Passage äußerte sich Scharnagl über Führungsprobleme und Personalfragen beim Bayerischen Roten Kreuz.

⁴¹ Vgl. dazu Frankenpost vom 8. Mai 1946, in der es u. a. hieß: „Im Zusammenhang mit der Ministerpräsidenten-Auswahl wird immer öfter der Münchener Oberbürgermeister, Dr. Karl Scharnagl, genannt, der in seiner Wohnung kürzlich ein großes Vorbereitungs-Bankett für etwa 60 Gäste gab, bei dem auffällig viele SPD-Angehörige, einschließlich der Mitglieder einer SPD-Hauskapelle, vertreten waren.“

⁴² Scharnagls Dementi war schon in der Frankenpost vom 1. Juni 1946 erschienen.

ohne jede erklärende Worte einfach erlassen würden, zu einem richtigen Haßgefühl gegen die englische Besatzungsmacht. Sage man die Wahrheit, verteidige man die Maßnahmen der Engländer, so gelte man als Verräter, als Mitarbeiter mit den Alliierten und dies nicht nur in den Augen von Nazis. Ein Hauptteil an der immer größer werdenden Verbitterung trage freilich die katastrophale Ernährungslage. In Presse, Rundfunk und Anschlägen werden die Leute aufgefordert, als Ersatz und zum Ausgleich langsam zu gehen, viel zu liegen und lange zu schlafen. Die Bergarbeiter würden nur noch drei Tage in der Woche arbeiten. Wir könnten Gott danken, daß wir hier im Süden unter amerikanischer Besatzung lebten!

9 Dienstag-Club am 4. Juni 1946 (Zusatzbericht)

Auf der [...] Sitzung [...] wurde von dem Verbot der Christlich-Sozialen Union für Würzburg-Stadt und Würzburg-Land berichtet. Die Aufregung war groß. Die erste Version war folgende:

Der Vorsitzende der Würzburger Union, Dr. Dürr, habe einen Stadtratskandidaten, der seit 1933 Parteigenosse sei, aufstellen lassen. Auch nach Beanstandung durch die Besatzungsbehörden und nachdem die Union durch die anderen Parteien deutlich gewarnt worden sei, habe er auf einer Vertreterversammlung der Union diesen Kandidaten wieder durchgesetzt. Daraufhin sei das Verbot der Partei erfolgt.

Als dann Dr. Max Schnurr im Club erzählte, was er soeben auf dem „Hellstreifen“ im Rundfunk gesehen habe, kam die Sache noch peinlicher heraus: Der Vorsitzende von Würzburg für die Union, Dr. Dürr, sei Parteigenosse seit 1933 gewesen, einer seiner bedeutendsten Mitarbeiter ebenfalls Pg seit 1933 und SA-Mann seit 1937. Trotz Maßnahmen der Militärregierung habe eine Vertreterversammlung Dr. Dürr in seinem Amte bestätigt. Daraufhin sei das Verbot der Partei für Würzburg erfolgt⁴³.

Die Wirkung dieser Nachricht im Club war bemerkenswert! Einer sagte, da könnten die Amerikaner ruhig die Union im ganzen Land auflösen! Ein anderer: Jetzt hammer wieder einmal Gelegenheit, im Landessekretariat zu „schießen“. (Der Generalsekretär der CSU, Schmidt⁴⁴, ein unbedingter Steigbügelhalter Dr. Josef Müllers, und

⁴³ Der CSU-Kreisverband des Stadt- und Landkreises Würzburg wurde zeitweilig verboten, weil angeblich mehrere ehemalige Nationalsozialisten in die Partei aufgenommen worden waren und die Satzung undemokratisch gehandhabt wurde. Etwa zur selben Zeit warf die Militärregierung der CSU allgemein vor, die politische Säuberung zu verzögern und sich zu einem Auffangbecken für ehemalige Pg's zu entwickeln. Vgl. Mintzel, CSU, 110 ff. Der Vorsitzende der Würzburger CSU war Kaspar Dürr (1891–1967). Dürr war in der Weimarer Zeit Sekretär des Volksvereins für das katholische Deutschland gewesen. Nach 1945 war er Gründungsmitglied der CSU und von 1952 bis 1966 Mitglied des Stadtrats in Würzburg.

⁴⁴ Wilhelm August Schmidt (1902), Versicherungskaufmann, seit Dezember 1945 Landesgeschäftsführer der CSU, wurde im Sommer 1946 – weil er noch nicht entnazifiziert war – entlassen. Seine Entlassung wurde vom oberbayerischen Bezirksverband anscheinend mit „Anzeigen bei der U.S.-Militärregierung“ forciert. Vgl. Mintzel, CSU, S. 153.

darum ebenso wie dieser im Club wie fast bei allen Jüngeren unbeliebt, ja fast verhaßt, war Parteianwärter und steht schon lange auf der Liste der „Abzuschießenden“.)

Dr. Scharnagl [. . .] sagte: Ich höre jetzt erst Genaueres über diesen Fall. Ich muß sagen, wenn die Dinge so liegen, muß man die Haltung der Amerikaner voll und ganz unterschreiben! Unverständlich ist mir nur, wie in der Landesführung der Union so etwas unbekannt sein konnte. Und wenn es bekannt war, wie man dies dann dulden konnte! (Beifall!)

10

Ochsen-Club am 5. Juni 1946

Durch Dr. R. Jaeger, den Vorsitzenden des „Dienstag-Clubs“, der zugleich Mitarbeiter im Landessekretariat der Christlich-Sozialen Union (CSU) ist, wurde ich zu dem „Mittwoch-Nachmittag-Aussprache-Kreis“ der CSU eingeladen. Dieser Kreis ist der sogenannte „Ochsen-Club“, ein Kreis, der sich bisher immer in der Wohnung des Landesvorsitzenden Dr. Josef Müller, Gedonstraße 4, zusammenfand. Er findet von nun an regelmäßig im Landessekretariat in der Paul-Heyse-Straße 2 statt.

Unter den Mitgliedern des „Ochsen-Clubs“, der gestern 37 Teilnehmer, zum Teil von auswärts, zählte, kannte ich unter anderen Dr. Eichhorn und Franz Steber vom Landesausschuß der Union; Botschafter a. D. von Prittwitz, den Leiter des Ausschusses für zwischenstaatliche Beziehungen; Dr. Thierfelder; Dr. Münchner, Regierungsdirektor im Wirtschaftsministerium, und Staatsrat Dr. Michael Horlacher, einen der Führer des Bauernverbandes⁴⁵.

Die Versammlung wartete ungeduldig auf das Erscheinen Dr. Müllers, der am Tag zuvor in Würzburg war, um wegen des Verbots der Union nach dem Rechten zu sehen, und der gerade noch wegen Besprechungen dieser Art auf der Militärregierung war. Dr. Müller kam indessen während der ganzen Sitzung nicht mehr an.

Den Bericht über Würzburg sollte Dr. Müller persönlich geben. Herr Willke⁴⁶, der mit in Würzburg war, berichtet nur kurz über die Folgen: Die Vorstandschaft der Union in Würzburg-Stadt und -Land ist abgesetzt, die Partei selber „suspendiert“, das Parteibüro versiegelt. Nach der möglichst bald erhofften Bereinigung der Angelegenheit muß die Union in Würzburg einen vollständig neuen Antrag auf Zulassung stellen und wird sich auch neue Räume für die Parteiverwaltung suchen müssen. Die-

⁴⁵ Wilhelm Eichhorn, Bankdirektor, 1946/47 Präsident der Landessynode der Evangelisch-Lutherischen Landeskirche in Bayern, 1947–1950 Mitglied der Landessynode.

Franz Thierfelder (1896–1963), Redakteur und Germanist, 1931 bis zu seinem Rücktritt aus politischen Gründen 1937 Generalsekretär der Deutschen Akademie in München, 1945 Syndikus der Universität München, 1946 Abgeordneter der CSU in der Verfassungsgebenden Landesversammlung, 1949 Referent im hessischen Kultusministerium, ab 1951 Generalsekretär des Instituts für Auslandsbeziehungen in Stuttgart. Nähere Angaben zu Dr. Münchner waren nicht zu ermitteln.

⁴⁶ Jochen Willke (1913), Journalist, 1931 Volontariat bei der Vossischen Zeitung in Berlin, von Mai bis Dezember 1945 Chefredakteur bei Radio Munich, Station of the Military Government, ab Sommer 1945 im engeren Kreis um Josef Müller, 1946 kurzzeitig stellv. Generalsekretär des Bayerischen Bauernverbandes, ab 1948 Kommentator der Münchener Abendzeitung („Voluntas“), ab 1954 Chefredakteur bei größeren Illustrierten und Verlagen.

se Maßnahmen vor allem wurden im „Ochsen-Club“ allgemein als ausgesprochene Schikane angesprochen. Einer der Anwesenden meinte: Nachdem die Union die stärkste Partei geworden ist, zugleich bei den Amerikanern aber als Hort für viele reaktionäre Elemente gilt, wurde dieser Zwischenfall gestartet, der den anderen Parteien wirkungsvolle Wahlkampfpropaganda liefern wird.

Die Behauptung im Rundfunk, nach der der Vorsitzende der Union in Würzburg, Dr. Dürr, selber Parteigenosse seit 1933 war, ist unwahr. Fast ohne Ausnahme war der Club aber der Meinung, daß der Rundfunk wohl keine Berichtigung seiner Falschmeldung bringen wird!

Eine ziemlich lebhafte Aussprache kam zu der Frage der Spruchkammern zustande. Es kam zum Ausdruck, daß vor allen anderen Bedenken die Furcht vor den Nazis viele abhielte, Mitglieder in den Spruchkammern zu werden. Es wurde aber auch betont, daß die Arbeit in den Spruchkammern die beste Gelegenheit für die Union sei, den Amerikanern zu beweisen, daß die Union es ernst meine.

Herr Brand⁴⁷, der Vorsitzende des Kreistages von Aichach, sagte hierzu: Die Union könne sich durch Mitwirkung in der Entnazifizierung die größten Verdienste erwerben, ja in den Augen des Volkes zu einem Wohltäter werden. Er versuchte dies höchst merkwürdig zu beweisen. In seinem Kreis müssen etwa 1500 Leute entnazifiziert werden. Davon fallen etwa nur zwei oder drei unter die Gruppe 2, alle übrigen aber unter die Mitläufer und Entlasteten⁴⁸. (Wohltäter in den Augen des Volkes dürfte demnach nur heißen: Wohltäter in den Augen der entnazifizierten Nazis!)

Zur Frage der Entnazifizierung wurde jedoch von mehreren Seiten noch betont, daß die Amerikaner nicht mehr lange zusehen würden, daß es so langsam oder überhaupt nicht vorwärts geht⁴⁹.

Im Zusammenhang mit den Spruchkammern wurde heftig Kritik am Ministerium für Sonderaufgaben geübt, das vor allem an der Verschleppung der Entnazifizierung schuld sei, weil es überhaupt keine Richtlinien zu geben im Stande sei. Einer der Anwesenden, der Mitglied des Beirates im Ministerium für Sonderaufgaben ist, erzählte, daß dieser Beirat schon seit mehreren Monaten bestehe, daß er aber noch kein einziges Mal zusammengetreten sei. Aber seine Mitglieder hätten wenigstens einen Ausweis, auf dem zu lesen stünde: Der Besitzer dieses . . . ist Mitglied des Beirats . . . er ist

⁴⁷ Ludwig Brand, 1946 bereits im Pensionsalter, war Gründer und kurzzeitig auch Geschäftsführer des CSU-Kreisverbandes Aichach; dem Kreistag hat er nicht angehört.

⁴⁸ In Gruppe II wurden alle Personen angeklagt, die nach ihrer Belastung laut Gesetz zur Befreiung von Nationalsozialismus und Militarismus vom 5. März 1946 als Aktivisten bzw. Belastete galten. Vgl. Gesetz zur Befreiung von Nationalsozialismus und Militarismus, herausgegeben von Erich Schullze, München 1948.

⁴⁹ Ministerpräsident Hoegner informierte seine Kabinettskollegen im Juni 1946, daß General Clay über den Stand der Entnazifizierung in Bayern bestürzt sei. Vgl. dazu Hoegner, Außenseiter, S. 234. Am 5. November 1946 nutzte Clay eine Sitzung des Länderrats der amerikanischen Zone in Stuttgart zu einem eindringlichen Appell an die Ministerpräsidenten. Vgl. Akten zur Vorgeschichte der Bundesrepublik Deutschland 1945–1949, hrsg. von Bundesarchiv und Institut für Zeitgeschichte, Bd. 1: September 1945 – Dezember 1946, bearbeitet von Walter Vogel und Christoph Weisz, München/Wien 1976, S. 1016 f.

nicht berechtigt, irgendwelche Amtshandlungen vorzunehmen. Im übrigen sei das Ministerium für Sonderaufgaben bald nichts anderes mehr als ein kommunistischer Privatbetrieb⁵⁰.

Der zweite Teil der Diskussion befaßte sich mit der Vorbereitung des Wahlkampfes zu der Verfassungsgebenden Nationalversammlung. Einer der Anwesenden, der einen Aufriß einer Rede zur Verfassungsfrage entworfen hatte, erklärte, man müsse mindestens einige klare, feste und neue Gesichtspunkte haben: Wir erlebten nun schon die vierte Wahl⁵¹, das Interesse würde gewiß immer geringer, und nur mit den alten Parolen von „christlich“ und „sozial“ würde man bald keinen Hund mehr hinter dem Ofen vorlocken. Unter diesen Gesichtspunkten rechnete er „eine feste Regierung im Sinne der schweizer oder amerikanischen Verfassung“, eine „Zweite Kammer“ und das „Mehrheitswahlrecht“, um die Splitterparteien auszuschalten.

Dr. Horlacher widersprach der Parole von einer „Zweiten Kammer“. Ehe man davon rede, müsse man doch wohl wissen, wie sie überhaupt beschaffen sein solle und welche Zuständigkeit ihr zugewilligt werden solle. Die Union müsse alles vermeiden, was als Rückfall in alte, vergangene Zeiten erscheine. Man dürfe nicht vergessen, die Union führe nicht nur einen Kampf gegen die anderen Parteien, sondern auch gegen die Besatzungsmacht! Im übrigen hätten wir schon längst eine zweite oder auch erste Kammer, nämlich die Amerikaner!

11 Ochsens-Club am 12. Juni 1946

Dr. Josef Müller war verhindert. Den Vorsitz führte ein Herr Funke, bis 1933 Staatssekretär im Arbeitsministerium für Bayern⁵².

Das Gespräch drehte sich fast ausschließlich um die Frage der Entnazifizierung und der Spruchkammern. Die Vorwürfe, daß die Union die Denazifizierung sabotiere und zum mindesten verzögere, bringen allmählich eine beträchtliche Unruhe in die Union.

Dr. Jaeger berichtete kurz von der Eröffnungssitzung der jüngsten Tagung des vorbereitenden Landesausschusses⁵³ am gestrigen Vormittag. Dr. Hoegner habe in einer

⁵⁰ Sonderminister für politische Befreiung war von Oktober 1945 bis Juli 1946 Heinrich Schmitt (KPD), der großen Wert darauf legte, den Säuberungsapparat mit Parteifreunden zu besetzen. Ihm folgte Anton Pfeiffer (CSU), der das Amt bis Dezember 1946 inne hatte. Zur Ära Schmitt vgl. Niethammer, Entnazifizierung, S. 338–375.

⁵¹ Am 27. Januar 1946 fanden in Bayern die Gemeindevahlen statt, am 28. April die Kreistagswahlen, am 26. Mai die Stadtkreiswahlen und am 30. Juni 1946 – als vierte Wahl – die Wahlen zur Verfassungsgebenden Landesversammlung.

⁵² Linus Funke (1877–1961), ab 1906 Leiter des Sekretariats des Gesamtverbandes der Christlichen Gewerkschaften Deutschlands in Bayern, 1919–1933 MdL der BVP, 1929–1933 Staatssekretär im bayerischen Arbeitsministerium, aus politischen Gründen entlassen.

⁵³ Gemeint ist wohl der Beratende Landesausschuß – eine Art Vorparlament –, der am 26. Februar 1946 erstmals zusammengetreten war. Er bestand aus 128 Vertretern, die teils von den politischen Parteien benannt, teils von der Regierung berufen wurden. Vgl. Hoegner, Außenseiter, S. 243 f.

Erklärung auf dieser Sitzung die große Enttäuschung und die allgemeine Mißstimmung über das Säuberungsgesetz und seine Handhabung zum Ausdruck gebracht. Es beginne sich eine große Gefahr abzuzeichnen: Würde das Gesetz nicht schleunigst und gründlich durchgeführt, so wäre die erste Folge ein berechtigtes Mißtrauen der Amerikaner in die Fähigkeit der Deutschen zur Selbstverwaltung. Die schlimmere Folge dieses Mißtrauens aber wäre, daß im November unter Umständen dann keine Wahlen zu einem Landtag stattfinden dürften und damit auf unabsehbare Zeit eine wahrhaft demokratische Landesregierung für Bayern unmöglich sei⁵⁴.

Dazu bemerkte Staatssekretär Funke, daß dies wohl Herrn Hoegner nicht unbedingt peinlich sein dürfte, weil er damit doch sowohl für seine Person als auch für seine Partei auf ebenso unabsehbare Zeit an der Regierung bleiben dürfte.

Funke kritisierte dann die amerikanische Kritik an der langsamen Denazifizierung: Wenn man die Zustände in den Internierungslagern für SS-Leute und politische Gefangene betrachte, dann müßte die Unzufriedenheit über mangelnde Energie und Tempo bei der deutschen Säuberung eigentlich wunder nehmen: So habe er zum Beispiel in Altomünster erlebt, daß SS-Gefangene mit ihrer polnischen MP-Bewachung unter der Bevölkerung gegen Bohnenkaffee und Zigaretten Kartoffeln eintauschten. Kartoffeln seien nämlich das einzige, woran die Lager knapp seien. Wenn die Amerikaner, unter deren Leitung diese Lager stünden, solche Zustände duldeten, bräuchten sie über die Spruchkammern nicht eigentlich unzufrieden zu sein⁵⁵.

Professor Gerathewohl⁵⁶, der Leiter der „Redner-Schule“ der CSU, erzählte: Vor kurzem habe auf einer Zusammenkunft der Parteiführer und der Militärregierung in Fragen der Denazifizierung Ministerpräsident Hoegner Dr. Müller den Vorwurf gemacht, daß die Union das Säuberungsgesetz ablehne. Dr. Müller habe aber betont, daß er das Gesetz nur für besserungsbedürftig halte. Die Militärregierung habe daraufhin von der Union Reformvorschläge verlangt, die jetzt ausgearbeitet würden. Der Hauptvorschlag Müllers gehe dahin, die ganze Säuberung von ordentlichen Gerichten vornehmen zu lassen, wobei Amtsrichter in der Rolle des Anklägers und die Besitzer gleichsam als Schöffen fungierten. Dadurch wäre wohl die größte Neutralität und Gerechtigkeit in der Behandlung der zu Entnazifizierenden gewährleistet.

⁵⁴ Die Entscheidung, im Herbst 1946 die Wahlen zu den Landtagen der Länder der amerikanischen Zone durchzuführen, hatte die Militärregierung bereits im Februar 1946 getroffen. Vgl. Conrad F. Latour und Thilo Vogelsang, *Okkupation und Wiederaufbau*, Stuttgart 1973, S. 115.

⁵⁵ In der US-Zone waren bis Ende September 1945 vom Counter Intelligence Corps der Besatzungsarmee rund 82 000 aus politischen oder Sicherheitsgründen verdächtige Personen verhaftet und in Internierungslager eingewiesen worden. Im Laufe des Jahres 1946 ist ungefähr die Hälfte der Internierten entlassen worden, außerdem wurden die Lager im Sommer 1946 den Landesverwaltungen übergeben. Die bayerischen Internierungslager dürften im Herbst 1946 noch ca. 20 000 Insassen gehabt haben. Die hier angeprangerten „Zustände“ haben sich nach der Übergabe an die deutschen Stellen noch verschlimmert. Vgl. Niethammer, *Entnazifizierung*, S. 460 f.

⁵⁶ Fritz Gerathewohl (1896–1956), seit 1930 Lektor für Sprechkunde und Rhetorik an der Universität München, Verfasser zahlreicher „sprechkundlicher Übungsbücher“ und „psychologisch-rhetorischer Anleitungen“, leitete den Redner-Dienst der CSU, zu dem etwa 330 politische Redner gehörten.

Inzwischen habe Staatsminister Schmitt einen Schritt zur Beschleunigung in dieser Sache getan, wie Gerathewohl weiter mitteilte: Durch einen „Sühnebefehl“⁵⁷ könnten Mitläufer durch Zahlung von Bußen zwischen 50,- und 2000,- RM entlastet werden! Herr Schmitt habe aber auch ein sogenanntes „Ermittlungsverfahren“⁵⁸ eingeführt, das natürlich ganz in kommunistischen Händen liege, die zum Teil auf haarsträubende Weise vorgingen. Diese „Ermittlungen“ müßten eigentlich durch die Polizei vorgenommen werden. Nur so könne man vor einseitigen, in diesem Fall kommunistischen Urteilen der Ermittlungsverfahren bewahrt bleiben.

Gerathewohl sagte abschließend: Man werfe der Union immer wieder vor, der Hort der Reaktion zu sein. Es lohne sich aber, in diesem Sinne sich einmal die Liberaldemokratische Partei anzusehen, von der man sagen könne, daß in ihren Reihen sich immer mehr reaktionäre Elemente ausgesprochen deutschnationaler und militaristischer Richtung zusammenfänden⁵⁹!

Herr Gronwald⁶⁰, Angestellter im Landessekretariat der CSU, berichtete: Sozialdemokratie und KPD wetteiferten immer mehr im „Abschießen“ von Unionsleuten, die in öffentlichen Ämtern oder Anwärter dafür seien. Dr. Müller werde bei der Militärregierung um Schutz gegen diese Art des politischen Kampfes nachsuchen. Müller sei zwar nach wie vor entschlossen, der SPD die Hand zu reichen und mit ihr zusammen zu gegebener Zeit eine Regierung zu bilden, aber die Einstellung der SPD mache ihm diese Haltung immer schwerer. Er bittet daher, daß man in der Union ein Auge auch auf die SPD hat und ihm ähnliche Fälle, wie sie Leuten der Union zum Vorwurf gemacht werden, in der SPD zu melden, um zu gegebener Zeit damit zurückschlagen zu können.

⁵⁷ In Abänderung von Art. 33,5 des Gesetzes zur Befreiung von Nationalsozialismus und Militarismus vom 5. März 1946 wurde das Entnazifizierungsverfahren gegen Mitläufer (Gruppe IV) durch die 6. Durchführungsverordnung über Sühnemaßnahmen gegen Mitläufer vom 30. April 1946 geregelt. Danach konnte der Vorsitzende der Spruchkammer die Einstufung eines Betroffenen in die Gruppe IV und die Festsetzung des Sühnegeldes (von mindestens RM 50,- und höchstens RM 2000,-) durch schriftlichen „Sühnebescheid“ vornehmen.

⁵⁸ Befreiungsminister Schmitt (KPD) verfolgte während des Aufbaus der Entnazifizierungsbürokratie im Frühjahr 1946 in der Tat die Tendenz, wichtige Positionen mit Parteifreunden zu besetzen. Hier ist der allerdings gescheiterte Versuch von Max Holy (Chef der Personalabteilung im Sonderministerium und Mitglied des bayerischen KPD-Landesvorstandes) gemeint, im Ministerium einen zentralen Ermittlungsdienst einzurichten. Die Entnazifizierungsabteilung der Militärregierung sah darin den Versuch, einen „zentralisierten kommunistischen Nachrichtendienst“ aufzubauen. Vgl. Niethammer, Entnazifizierung, S. 361.

⁵⁹ Vgl. hierzu Bertold Mauch, Die bayerische FDP. Portrait einer Landespartei 1945–1949, München 1981, S. 19 ff.

⁶⁰ Karl Gronwald (1906), Volkswirt, 1928/29 im evangelischen Konsistorium der Kirchenprovinz Schlesien tätig, 1929–1933 Sozialreferent beim DNVP-Landesverband Pommern, 1934–1939 in wechselnden Positionen der privaten Wirtschaft, im Krieg in der Wehrmachtsverwaltung im Range eines Hauptmanns, 1945/46 Angestellter in der Landesleitung der CSU, enger Mitarbeiter Josef Müllers, mit der Ausarbeitung von Parteiprogramm und -statut befaßt, 1946/47 im Zentralamt für Wirtschaft in Minden, 1948/49 in der Verwaltung für Wirtschaft des Vereinigten Wirtschaftsgebietes in Frankfurt, 1949–1971 im Bundesministerium für Wirtschaft tätig.

Gronwald berichtete, daß in eben diesen Tagen ein Landrat in Mittelfranken, der Unionsmann sei, beanstandet werde, weil er 1933/34 für sieben Monate SA-Anwärter gewesen sei. Er habe dann freilich das große Grausen bekommen und sich bekannterweise von da an stets gegen den Nationalsozialismus gestellt.

Auf der anderen Seite aber sei nun der Union bekannt, daß ein SPD-Mann Leiter eines Ernährungsamtes sei und in dieser Stellung von der Militärregierung bestätigt sei, obwohl er es zwischen 1933 und 1945 bis zum SA-Scharführer gebracht habe. Er sage freilich, er sei nur aus Gründen der Tarnung in die SA gegangen!

Ebenso gebe es einen SPD-Oberbürgermeister⁶¹, der sogar in dem gerade tagenden bayerischen Vorparlament sitze, der zwar vor 1933 SPD-Mann gewesen und auch kurz in Haft war, dann aber in die SA eintrat und es gleichfalls bis zum Scharführer gebracht habe. Daneben sei er Mitarbeiter im Franz-Eher-Verlag gewesen⁶²!

Stadtrat Haselbeck⁶³ betonte, daß draußen in der Union viele den Mut und den Glauben an die Partei verlören, weil nichts gegen die sich mehrenden Angriffe gegen die Union erfolge und weil man nicht mit gleichen Waffen zurückschlage. Niemand wisse, ob dies nur aus taktischen Gründen oder aber aus schlechtem Gewissen geschehe. Wenn hier nicht bald eine Änderung eintrete, dann würden wohl viele, die man mit großer Propaganda und beinahe Gewalt in die Union hereinziehe, scharenweise hinten wieder hinauslaufen. Im übrigen könne er selber ein Lied vom „Abschießen“ singen. SPD und KPD versuchten, ihm seinen Stadtratsposten streitig zu machen, nicht weil er etwa in der Partei gewesen sei – dafür könne er jederzeit den Gegenbeweis antreten –, sondern weil er einmal einen Kurs für Reserve-Offiziersanwärter mitgemacht habe!

[...]⁶⁴

12

Dienstag-Club am 18. Juni 1946

Dr. Jaeger erzählte, daß man soeben in der Landesleitung in der Paul-Heyse-Straße 2 ein Wahlplakat für die Wahlen zur Nationalversammlung fertiggestellt habe, das unter anderem die Forderung nach einem Staatspräsidenten stelle. Am Schluß sei alles so rasch gegangen, daß wahrscheinlich nicht jedem klar sei, daß in dem Plakat der Ruf nach einem Staatspräsidenten stehe. Und das sei gut so, sonst wäre dieser Satz wohl

⁶¹ Gemeint ist vermutlich Georg Hagen (1887–1958), vor 1933 Stadtrat und Vorsitzender der SPD in Kulmbach, nach 1945 Oberbürgermeister in Kulmbach, 1946–1958 MdL in Bayern, Vizepräsident des Landtages. Er war 1946 von der Militärregierung für einige Monate von seinem Amt suspendiert worden. Vgl. Hoegner, Außenseiter, S. 261 f.

⁶² Im 1901 gegründeten Franz-Eher-Verlag, der 1920 von den Nationalsozialisten aufgekauft und dann in Zentralverlag der NSDAP Franz Eher Nachf. GmbH umbenannt wurde, erschien parteiamtliche und sonstige nationalsozialistische Literatur, u. a. auch der Völkische Beobachter.

⁶³ Sebastian Haselbeck (1897–1972), von 1945–1948 Stadtrat der CSU in München.

⁶⁴ Stadtrat Haselbeck äußerte sich in dieser 19-zeiligen Passage über Personalquerelen beim Bayerischen Roten Kreuz.

wieder gestrichen worden. Womit Dr. Jaeger die Unstimmigkeit innerhalb der Führung der Union auch in so grundsätzlichen Fragen herausstellte.

Dr. Jaeger berichtete ferner, daß ein Verfassungsausschuß gegründet worden sei, der aber nicht offiziell als Ausschuß der Union gelte, sondern nur für die Union arbeite. In diesem von der Landesleitung der CSU bestellten Ausschuß ist Univ.-Professor Dr. Apelt Vorsitzender, sein nächster Mitarbeiter ist der Oberrechtsrat der Stadt München, Dr. Keim, ferner gehören ihm an Kroll (Bamberg), Hertrich, Meinzolt⁶⁵ (dieser ist nicht Mitglied der CSU) und Dr. Hundhammer. Der letztere sei mit Mühe durchgesetzt worden. (Außer Hundhammer dürften alle anderen Mitglieder dieses Ausschusses Anhänger Dr. Müllers, des Vorsitzenden der Union, sein.)

Die Tatsache, daß Dr. Lacherbauer, der bisherige rechtskundige Bürgermeister der Stadt München, nicht in diesen Ausschuß genommen wurde, wurde von Hans Weiß zum Anlaß heftiger Vorwürfe gegen die Landesleitung genommen. Er erzählte hierbei, daß die Leitung des Kreises München der Union von sich aus gleichfalls einen Verfassungsausschuß bestellt habe, weil sie mit der Haltung der Landesleitung nicht zufrieden sei. Dies sei ausdrücklich vom Kreisvorsitzenden der CSU für München, Staatssekretär Krehle, ausgesprochen worden. Diesem Ausschuß gehört Dr. Lacherbauer an.

Zu diesem „Protestausschuß“ bemerkte Dr. Jaeger: „Mir scheint, daß Herr Krehle Euch (damit ist die Münchener Vorstandschaft gemeint) weniger im Sinne Dr. Müllers beeinflusst, als daß Ihr ihn vielmehr im antimüllerschen Sinne beeinflusst!“ Krehle wurde nach dem Abgang Schäffers zum Vorsitzenden des Kreises München der CSU an die Stelle Schäffers gebracht, wodurch gleichsam der alte Kurs, der im Sinne Schäffers gegen Müller eingestellt war, aufhören sollte. Wie man sieht, mit wenig Erfolg.

Von Dr. Schäffer konnte Dr. Jaeger erzählen, Schäffer habe ihm mitgeteilt, daß er zu seiner Rehabilitierung nichts anderes unternehmen werde, als den Antrag zu stellen, daß sein Fall vor einer Spruchkammer verhandelt werde⁶⁶. Nachdem er zwar nicht in der Partei gewesen sei, von den Amerikanern aber nazistischer Haltung beschuldigt werde, will er sich nun gleichsam „dem Spruch des Volkes“ stellen!

⁶⁵ Willibald Apelt (1877–1965), 1923 bis zu seiner Entlassung 1933 Professor des öffentlichen Rechts an der Universität Leipzig, von 1927–1929 Sächsischer Staatsminister des Innern, ab 1946 Professor an der Universität München. Zum Verfassungsausschuß vgl. seine Lebenserinnerungen, Jurist im Wandel der Staatsformen, Tübingen 1965, S. 272 f.

Walter Keim (1911–1981), Jurist und Betriebswirt, 1945–1947 Oberrechtsrat in der Kulturabteilung des Direktoriums der Stadt München, 1947–1979 im bayerischen Staatsministerium für Unterricht und Kultus tätig.

Hans Meinzolt (1887–1967), seit 1920 im bayerischen Kultusministerium, 1933–1945 Oberkirchenrat und Vizepräsident des Evangelisch-Lutherischen Landeskirchenrates in München, 1945/1946 und 1954–1957 Staatssekretär im Kultusministerium, 1947–1959 Präsident der Landessynode der Evangelisch-Lutherischen Landeskirche Bayerns. – Zu Hertrich ließen sich keine näheren Angaben ermitteln.

⁶⁶ Nachdem Schäffer von der Militärregierung mit politischem Betätigungsverbot belegt worden war, beantragte er gegen sich selbst ein Entnazifizierungsverfahren, in dem er im Frühjahr 1947 als vom Befreiungsgesetz nicht betroffen eingestuft wurde.

Gestern war, wie Dr. Jaeger mitteilte, in der Landesleitung eine interne Sitzung, in der durch Dr. Hundhammer ein Vorstoß gegen den Generalsekretär der Union, Schmidt, und einen weiteren führenden Mann der Partei unternommen wurde. Schmidt war Parteianwärter der NSDAP. Der Vorstoß war aber ohne Erfolg. Es wurde beschlossen, die beiden beanstandeten Leute in ihrem Ämtern zu belassen, bis die Spruchkammern über sie geurteilt hätten. Erst wenn diese sich gegen die beiden aussprechen würden, müßten sie abtreten⁶⁷.

Zum Schluß gab Franz Heubl, lebhaft sekundiert von Hans Weiß, sein und vieler junger Unionsmitglieder nun schon bekanntes Lied zum besten: das Klagelied über die Union. Heubl sagte: Nach den Wahlen zur Nationalversammlung trete ich wieder einmal aus der Union aus! Man muß sich bald schämen, vor die Anhänger der Union zu treten. Immer redet man von christlich und sozial und bayerisch. Ich kann das schon bald nimmer hören. Und geschehen tut nichts. So ein Mann wie Hoegner kann im Rundfunk und in der Presse immer wieder behaupten, die Union sabotiere die Entnazifizierung. Niemand wagt etwas dagegen zu sagen. Die ganze Partei tanzt eben nach der Pfeife des Ochsensepp (Dr. Müller). Keiner hätte in den führenden Ämtern Substanz, es seien halt ausgesprochene „Flachköpfe“. Nirgends sei Idealismus und Genialität zu finden.

Dr. Jaeger dagegen: Zum mindesten hat doch Hundhammer eine Idee! Heubl: Das stimmt, aber kannst Du mir außer dem „scheintoten“ Dr. Schäffer auch nur noch drei andere nennen? Dr. Jaeger mußte das verneinen und gab Heubl recht.

Zu den Aussichten der CSU bei den Wahlen zur Nationalversammlung waren sich Dr. Jaeger, Heubl und Weiß darin einig, daß man befürchten müsse, daß die Union in München keinen einzigen Kandidaten durchbringen werde. Dr. Jaeger meinte, wenn es möglich gewesen wäre, mehrere Wahlbezirke auf einen Kandidaten zu vereinen, so dürfte mehr Aussicht gewesen sein. Dagegen Weiß: Wir haben auf der Sitzung der Union München-Stadt aus 27 Anwärtern 10 Kandidaten ausgewählt. Das war schon eine Heidenarbeit, weil jeder dabei sein wollte! Hätte man nun noch einmal drei oder vier streichen wollen, so hätten alle 27 Anwärter uns dafür Verantwortliche wohl totgeschlagen!

13

Ochsen-Club am 19. Juni 1946

Es war schon vorher bekannt, daß Dr. Josef Müller, der Landesvorsitzende der Union, nicht anwesend sein würde, da er in Berlin bei der Landestagung der Christlich-Demokratischen Union der russischen Zone⁶⁸ weilte.

Dementsprechend war der Besuch! Die Sitzung sollte um vier Uhr beginnen. Um ½ 6 waren außer mir selber noch drei Personen anwesend, darunter zwei von auswärts, die anscheinend zum ersten Mal bei dem Club sein sollten. Der einzige Bekannte war Professor Gerathewohl, der aber auch mehr im Zimmer des Generalsekretärs

⁶⁷ Vgl. Ochsen-Club am 17. Juli 1946.

⁶⁸ Vgl. Dienstag-Club am 2. Juli 1946.

Schmidt war, als im Clubraum. Um ½ 6 verließ ich wieder das Haus (Paul-Heyse-Straße 2–4, Landesleitung der CSU für Bayern).

Das mangelnde Interesse, das sich hier zeigte, steht nicht für sich allein da (obwohl natürlich die Abwesenheit Dr. Müllers, als des Kopfes des Clubs, manches erklärte!). Im sogenannten „Dienstag-Club“, der die junge, politisch sonst stark interessierte Schicht innerhalb der Union vereinigt, waren auf der letzten Sitzung am 18. Juni gleichfalls nur vier Personen anwesend. Hier wie dort konnte man aber von den wenigen Anwesenden scharfe Worte der Kritik an der Untätigkeit in der Führung der Union, an der Plan- und Programmlosigkeit der ganzen Partei im Gegensatz zu anderen Parteien und an den durch die Verbote der Militärregierung erst sichtbar werdenden Zuständen innerhalb der Union hören.

14

Dienstag-Club am 25. Juni 1946

[Heute] wurde der neue Vorstand des Clubs gewählt. Der bisherige Vorstand mit Amtsgerichtsrat Richard Jaeger an der Spitze (Jaeger ist gleichzeitig hauptberuflicher Mitarbeiter im Landessekretariat der CSU) trat satzungsgemäß zurück. Als Erster Vorstand wurde neu gewählt Rechtsanwalt Brunner, als Zweiter Vorstand Syndikus Dr. Koenig, als Sekretär Steuerinspektor Skrabal⁶⁹. Brunner hatte erst Bedenken angemeldet. Er war lange in Berlin (er selbst ist Bayer) und dort als Geschäftsführer des früheren Reichsverbandes deutscher Zentrumsstudenten tätig. Er befürchtete, diese Tätigkeit im „Norden“ könne dem Club von der Landesleitung übel ausgelegt werden. Diese Bedenken wurden beschwichtigt mit dem Bemerkten: „Alles, was gegen die Landesleitung der CSU gehen könnte, kann für unseren Club nie belastend sein, das ist nur eine Empfehlung!“ (Amtsgerichtsrat Jaeger). Jaeger sagte weiter dazu: „Für Ihre bayerische Einstellung bürge ich vor der Landesleitung! Bayerischer als ich selber kann niemand sein; wer es wäre, der wäre dann schon Separatist!“

Als gefragt wurde, wer etwas gegen den neuen zweiten Vorsitzenden einzuwenden habe, bemerkte der neben Dr. Koenig sitzende Kreissekretär der CSU München, Hans Weiß: „Daß er a PreiB is!“ (Dr. Koenig ist Westfale und war einer der Führer der „Windthorstjugend“, der Jugendorganisation des früheren Zentrums.)

Der neue Sekretär Gerhard Skrabal nahm die Wahl nur unter der Bedingung an, daß er nicht Mitglied der CSU zu werden brauche. Das wurde ihm bereitwilligst zugestanden.

Es wurde dann noch ein „Beirat“, zur Unterstützung des Vorstandes, gewählt: Anzenhofer, als Kandidat der CSU zur Nationalversammlung; Heubl, als Vertreter des Jugendausschusses des CSU; Holzer als Stadtrat von München; Weiß als Kreissekre-

⁶⁹ Gerhard (Zierler-) Skrabal (1914), Steuerinspektor, Heimatforscher und Verfasser religiöser Lyrik, vor allem für die von den Nationalsozialisten im Krieg verbotene Münchener Katholische Kirchenzeitung, ab 1924 Mitglied der katholischen Bündischen Jugendbewegung, 1946 Mitgründer des Dienstag-Clubs, 1947 dessen 2. Vorsitzender.

tär der CSU München; Merz als Vertreter der Arbeiter; Lechner als Vertreter der protestantischen Jugend⁷⁰.

Der Mitarbeiter im Bayerischen Roten Kreuz, Molitor⁷¹, meldete seine Bedenken gegen eine Unterstellung des Clubs unter die CSU an. Er selber werde nie Mitglied der Union werden, da er mit den Praktiken ihrer Leitung nicht einverstanden sein könne. Worauf fast einstimmig der Ruf erscholl: „Das sind wir alle nicht!“ Molitor: „Was geschieht mit dem Club, wenn die Union auch in München einmal verboten wird?“ „Dann machen wir uns selbständig!“ Die Möglichkeit eines Verbotes der Union in München wurde übrigens ganz ernsthaft diskutiert. Demnach dürften Gründe dafür vorliegen!

Franz Heubl benutzte die Diskussion über die Möglichkeit eines Verbotes der Union in München zu einem seiner häufigen Angriffe gegen die Landesleitung: „Mich eckelt es bald vor der Union! Sie ist ein Sauhaufen! Dr. Müller ist der Ruin der ganzen Partei, die eine einmalige Mission zu erfüllen hätte, wenn sie in rechten Händen wäre! Daß Dr. Müller Leute wie den Landessekretär Schmidt (er war Parteianwärter) und den Herrn Panter⁷² im Landessekretariat hält, ist bezeichnend für ihn.“ (Panter war Oberstleutnant und soll seit 1934 Parteimitglied gewesen sein!).

Die mißtrauische Einstellung Dr. Josef Müllers gegenüber dem Club kam dann treffend zum Ausdruck in einem Bericht des bisherigen 1. Vorsitzenden Jaeger. Müller fragte ihn vor kurzem: „Wie geht’s denn eigentlich in Ihrem Club?“ „Oh danke, wir arbeiten!“ „Ja, aber gegen wen?“ – „Und wie geht es Ihrem Freund Holzer?“ (Holzer galt als einer der aktivsten Gegner Müllers, der ihn in Bamberg und in München schon des öfteren scharf angriff.) Jaeger: „Oh, der ist sehr aktiv!“ Und zum zweiten Mal die Frage Müllers: „Ja, aber gegen wen?“

15

Ochsen-Club am 26. Juni 1946

Dr. Josef Müller, der Landesvorsitzende der CSU, war am Erscheinen verhindert. Er fehlte nun schon dreimal hintereinander in seinem ureigenen Club, was von einigen Anwesenden, die eben ihn hören wollen und von ihm Auskunft haben wollen, unzufrieden bemerkt wurde.

Professor Gerathewohl, der Leiter der Rednerschule der CSU, leitete den Kreis. Im Anschluß an das Verbot und die Wiedenzulassung der Union in Würzburg und Viech-

⁷⁰ Karl Anzenhofer (1909), Elektroingenieur und Berufsschullehrer, 1930–1936 Bezirksleiter und stellv. Diözesanleiter des Katholischen Jungmännerverbandes, 1945 im Führungskreis der Katholischen Jungen Mannschaft, 1946 zusammen mit Heinrich Pflüger Gründung des CSU-Ortvereins im „roten“ München-Milbertshofen, 1946 Kandidat bei den Kommunal- und Landtagswahlen. Nähere Angaben zu Lechner – einziges Mitglied evangelischer Konfession im Dienstag-Club –, der aus der evangelischen Jugendbewegung kam, und zu Merz, ließen sich nicht ermitteln.

⁷¹ Georg Molitor (1912–1976), Geschäftsinhaber, 1945 zum Landesstellenleiter des Bayerischen Roten Kreuzes für Oberbayern berufen, 1945–1972 Vorsitzender des BRK-Kreisverbandes München.

⁷² Nähere Angaben zu Panter waren nicht zu ermitteln.

tach⁷³ meinte er, daß zur Zeit ein starkes Mißtrauen der Militärregierung gegen die Union bestehe. Der größte Fehler der Union sei eben, daß sie zu stark sei! Die Amerikaner fürchteten wohl, sie könne einen Staat im Staate bilden und betrachteten sie gleichzeitig als Hort der „Reaktion“. Reaktion sei es aber doch auch, wenn die anderen Parteien wieder in den häßlichen Parteienkampf der Weimarer Zeit zurückfielen. Die CSU erstrebe nach wie vor ein loyales Zusammenarbeiten mit der Militärregierung, sei aber auch auf keinen Fall zu einer Liebedienerei, wie sie von anderen gezeigt werde, zu bringen. Dies grenze an Würdelosigkeit, und die stehe unserem Volke nach allem, was wir schon zu tragen haben, nicht an!

Zu den Wahlen am Sonntag meinte Gerathewohl, daß man wohl mit einem Rückgang der Wahlbeteiligung rechnen müsse, der am meisten die Union treffen werde. Trotzdem dürfe die Union einen großen Erfolg erwarten. Nach dem bisherigen Kräfteverhältnis der Parteien brauche die CSU nur noch fünf Abgeordnete, um die Zweidrittelmehrheit zu haben! Man müsse bedenken, was das bedeuten könne. Man wäre dann in der Lage, eine ausgesprochene Unionsverfassung durchzubringen. Man wäre aber auch mit der gesamten Verantwortung belastet. Darum gäbe es auch Stimmen in der Landesleitung der Union, die sagen: Hoffentlich bekommen wir nicht die Zweidrittelmehrheit!⁷⁴

Zu der Frage einer Regierungsumbildung⁷⁵ sagte Gerathewohl folgendes: Hoegner habe Müller vor kurzem eine Umbildung angeboten. Die Amerikaner wollen aber die Regierung Hoegner zumindest bis zu den Landtagswahlen im Dezember halten. Würde Dr. Müller das Ministerpräsidium angeboten, so könne er zwar keine Forderungen an die Amerikaner stellen, aber einige Zusicherungen werde er doch verlangen müssen: daß wir im Winter etwas zu essen haben, daß wir Kohlen haben und daß einige Aussicht auf ein Vorwärtskommen bestehe. Denn eine Regierung zu übernehmen, wenn alles kurz vor dem Bankrott stünde, locke ihn nicht. Es würde auch eine Katastrophe für die Union bedeuten!

Gerathewohl befaßte sich dann eingehend mit dem Vorstand der Wirtschaftlichen Aufbau-Vereinigung, Herrn Dr. Loritz⁷⁶. Man dürfe diesen Mann, wenn seine Partei

⁷³ Zum Verbot der CSU in Würzburg vgl. Dienstag-Club am 4. Juni 1946 (Dok. 9). Im niederbayerischen Viechtach war die CSU u. a. deshalb verboten worden, weil sie einen Kandidaten für das Amt des Landrats aufstellte, der zu SS und SA gehört hatte. Nachdem die örtliche Parteiführung neu gewählt war, wurde die CSU in Viechtach wieder zugelassen. Vgl. SZ vom 25. Juni 1946 und 2. Juli 1946 sowie NA, RG 84, 748/28.

⁷⁴ Aus der Wahl zur Verfassungsgebenden Landesversammlung vom 30. Juni 1946 ging die CSU mit 52,3% der Stimmen als stärkste Partei hervor.

⁷⁵ Hoegner, der von der Besatzungsmacht eingesetzte Ministerpräsident, hatte der Militärregierung nach den Wahlerfolgen der CSU im Frühjahr 1946 schon am 29. Mai 1946 seinen Rücktritt angeboten. Die Militärregierung war der Auffassung, der Ministerpräsident sei nur ihr verantwortlich und lehnte das Gesuch ab.

⁷⁶ Alfred Loritz (1902–1979), Jurist, 1928–1932 Reichspartei des deutschen Mittelstandes, 1939–1945 Emigration in der Schweiz, 1945 Gründer und Vorsitzender der Wirtschaftlichen Aufbau-Vereinigung (WAV), 1946–1950 MdL in Bayern, 1949–1953 MdB, 1946/47 Minister für politische Befreiung in Bayern.

auch klein sei, nicht unterschätzen. Er drohe eine Gefahr zu werden. Zumindest werde er, der ein Demagoge übelster Art sei, mit der Zeit alle Unzufriedenen, die mit keiner Partei zufrieden seien, um sich sammeln.

Woher Loritz komme und wohin er gehe, sei ungewiß. Merkwürdig sei, daß er in seiner Rundfunkansprache am Dienstag alle Parteien mit Ausnahme der Kommunisten angriff! Es sei leicht möglich, daß Loritz nichts anderes sei als ein vorgeschobener Posten der Kommunisten, die ihn als Spaltpilz in den anderen Parteien gebrauchten. Man müsse sich fragen, woher die winzige Aufbau-Vereinigung auch das Geld zu ihrer aufgeblasenen Propaganda nehme. Sie habe jetzt zum Beispiel fünfmal so viel Plakate angeschlagen wie die Union anzubringen gedenkt. Man könne nicht glauben, daß die Partei des Herrn Loritz so viele begeisterte Anhänger habe, die diesen Aufwand finanzierten. Die Vermutung, daß ihre Propaganda von den Kommunisten finanziert werde, sei wahrscheinlich nicht falsch.

Im Anschluß daran wurde von zahlreichen Anwesenden die schlechte Propaganda der Union zu den Wahlen am Sonntag gerügt. In einigen Stadtbezirken sei bis heute noch kein einziges Plakat und kein einziger Zettel der Union angeklebt gewesen. In Fürstenfeldbruck fürchte sich die Union, überhaupt Versammlungen abzuhalten! Und zwar wegen der Gerüchte, die Union würde demnächst doch für ganz Bayern verboten!

Gerathewohl sagte weiter, die Verbote der Union in Würzburg und Viechtach haben der Partei sowohl geschadet als genützt. Viele würden jetzt sagen: nun erst recht! Von den Amerikanern verboten zu werden, sei in manchen Kreisen ja auch eine Empfehlung. Doch an den Stimmen dieser Leute würde der Union im Grunde nichts liegen. Denn sie wolle nun einmal, wenn man es ihr auch immer wieder vorwirft, kein Sammelbecken reaktionärer Elemente sein!

Dr. Joseph Koenig erzählte, er habe in einer deutschsprachigen Zeitung aus Amerika gelesen, eine amerikanische Kommission, die beauftragt gewesen sei, den Beitrag der Kirchen im Kampf gegen den Nazismus zu erforschen, sei plötzlich wieder aufgelöst worden und habe ihr gesamtes, wertvolles Material vernichten müssen.

Daran wurde die Bemerkung geknüpft, daß unter den Amerikanern das freimaurerische und antikirchliche Element doch auch sehr stark sei!

Es wurde zuerst die Wahl vom vergangenen Sonntag besprochen⁷⁷. Natürlich war eine große Befriedigung festzustellen, wenn auch ein gewisser Rückgang für die Union zu verzeichnen ist. Da zu Beschlüssen nur die absolute Mehrheit in der Landesversammlung notwendig ist, ist die Union in der Lage, eine Verfassung ganz nach ihren Wünschen durchzubringen. In der Landesleitung ist jedoch beabsichtigt, mit der Sozialdemokratie so eng wie möglich zusammenzuarbeiten.

⁷⁷ In Bayern fand am 30. Juni 1946 die Wahl zur Verfassunggebenden Landesversammlung statt.

Der einzige Vertreter der jungen Schicht, das Clubmitglied Karl Anzenhofer, der in einem Münchener Wahlbezirk aufgestellt war, brachte nicht die genügende Stimmenanzahl auf, obwohl er in seinem Bezirk die meisten Stimmen hatte. Es wurde stark kritisiert, daß nicht gesorgt worden war durch die Aufstellung Anzenhofers in mehreren Wahlbezirken, ihn als Vertreter der Jugend durchzubringen. Ebenso ist auch die einzige Frau, die für den Wahlkreis München-Oberbayern aufgestellt war, Frau Lang-Brumann⁷⁸, durchgefallen.

Neben dem Wetter, das vor allem viele Münchener ins Freie gelockt hatte, wurde für den Rückgang der Unionsstimmen die mangelnde Propaganda verantwortlich gemacht.

Aus einigen Bezirken Münchens wurde gemeldet, daß am Vortag der Wahl und am Wahltag selber einige geschickte Mundpropaganden durchgegeben wurden, die der SPD zur Last gelegt werden. Zum Beispiel: „Was hat es für einen Wert, zur Wahl zu gehen, wenn die Militärregierung doch die Regierung Hoegner im Amt läßt?“

Der Nutznießer des Unionsverlustes ist nach der Meinung der meisten Clubmitglieder die Wirtschaftliche Aufbau-Vereinigung, über deren verschwenderische Propaganda noch einmal viel geredet wurde. Franz Steber erzählte, daß einige Leute aus dem Sekretariat der Münchener Aufbau-Vereinigung mit der Union Verhandlungen wegen ihrer Übernahme in die Union aufgenommen hätten. Diese Leute hätten übereinstimmend ausgesagt, daß der Parteivorsitzende eifersüchtig die Parteikasse hüte und jede Einsicht und Auskunft darüber verweigere!

17 Dienstag-Club am 2. Juli 1946 (Zusatzbericht)

Auf dem [...] Sprechabend [...] erzählte Franz Steber, Mitglied der Landesleitung der Christlich-Sozialen Union und Schriftleiter der „Bayerischen Rundschau“, von seinen Eindrücken auf dem Besuch der Tagung der Christlich-Demokratischen Union im russischen Sektor⁷⁹.

Steber war mit dem Landesvorsitzenden der CSU, Dr. Josef Müller, und Baron von Prittwitz-Gaffron und Gerhard Kroll (Bamberg) als Vertreter der bayerischen Union in Berlin. Mit ihnen waren auch Vertreter aus Württemberg-Baden anwesend. Die englische Zone hatte allein 56 Vertreter geschickt.

Der äußere Rahmen war sehr großartig aufgezogen, vor allem mit Hilfe der Russen, die sich sehr an der Parteitagung interessiert zeigten. Die Sitzungen fanden im Parteisekretariat in der Jägerstraße (das Sekretariat zählt 60 Angestellte und Mitarbeiter),

⁷⁸ Thusnelda Lang-Brumann (1880–1953), Rektorin, vor 1933 Reichstagsabgeordnete der BVP, 1948–1949 Abgeordnete der CSU im Wirtschaftsrat des Vereinigten Wirtschaftsgebietes, Mitinitiatorin der Arbeitsgemeinschaft der Frauen in der CSU.

⁷⁹ Der erste Parteitag der CDU in der sowjetischen Besatzungszone fand am 16./17. Juni 1946 in Berlin statt. Wegen der zahlreichen Gäste aus den anderen Besatzungszonen trug er den Charakter eines gesamtdeutschen Parteitags. Vgl. dazu Johann B. Gradl, Anfang unter dem Sowjetstern. Die CDU 1945–1948 in der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands, Köln 1981, S. 65 ff.

in der Krolloper und im Theater am Schiffbauerdamm statt. Die Amerikaner, die Engländer und die Russen gaben je einen Empfang. Auch hier versuchten die Russen, ihre westlichen Kollegen auszustechen. Sie überreichten zum Beispiel jedem Teilnehmer an dem Parteitag sieben Bücher, unter denen neben kommunistischen auch Werke von Dostojewskij, Tolstoi und so weiter waren. Auf dem russischen Empfang wurden nach jeder Tischrede, die sehr zahlreich waren, die Schnapsgläser „ex“ getrunken, wobei der Landesvorsitzende der bayerischen Union, Dr. Müller, am längsten aushielt!

Die Franzosen hatten aus ihrem Besatzungsgebiet keinem Unionsmann erlaubt, nach Berlin zu der Parteitagung zu fahren. So kam es, daß nur zwei „Illegale“ nach Berlin gekommen waren. (In diesem Zusammenhang wies Steber darauf hin, daß die Franzosen grundsätzlich alles, was nach einer Einigung aussehen könnte, hintertreiben. So erlauben sie nicht einmal den verschiedenen Unionsparteien in Südbaden, Saar, Pfalz und so weiter einen gemeinsamen Namen⁸⁰.)

Die Berliner Unionsleute seien sehr überrascht gewesen, daß im Gegensatz zu ihren Befürchtungen die Unionsparteien der anderen Zonen doch nicht so „separatistisch“ seien, wie sie befürchteten. Doch wurde ihnen klar bedeutet, daß Berlin als Mittelpunkt einer neuen Reichseinheit nicht mehr in Frage komme, was sie nicht leicht verschmerzten. Den größten Beifall auf allen Kundgebungen habe Dr. Josef Müller bekommen, der bei einer Sitzung in der Krolloper 15 Minuten gesprochen habe. Er habe nach seiner Art sehr zum „Gemüt“ der Berliner gesprochen und fleißig auf die Tränendrüsen gedrückt. („Auf die Reichsdrüsen wohl!“, meinte Dr. Jaeger!)

Aus persönlichen Gesprächen gab Franz Steber noch folgendes bekannt: Der Vizepräsident der Wirtschaftsverwaltung für die russische Zone, Steidle⁸¹, erzählte ihm von den guten Erfahrungen mit der Aufteilung von 10 000 Großgrundbesitzern unter 37 000 Bauern und von der tatkräftigen Mithilfe der Russen zum Beispiel bei der letzten Feldbestellung⁸². Steidle stammt aus einer gut katholischen Familie Bayerns. Sein Bruder ist der in katholischen Kreisen gut bekannte Benediktinerpater Robert Steidle⁸³. Dieser Steidle, der jetzt bei den Russen in Berlin die oben genannte hohe Funkti-

⁸⁰ Die Namensgebung der Parteien in der französischen Zone war einerseits Reflex der Kontroversen in den Gründungszirkeln, andererseits zurückzuführen auf das in den einzelnen Ländern unterschiedlich gehandhabte Verbot, „im Parteinamen das Wort Deutschland zu führen.“ Vgl. Paul-Ludwig Weinacht/Tilman Mayer (Hrsg.), Ursprung und Entfaltung christlicher Demokratie in Südbaden, Sigmaringen 1982, S. 35.

⁸¹ Luitpold Steidle (1898), Berufsoffizier, Vizepräsident des Bundes Deutscher Offiziere, nach 1945 Vizepräsident der Deutschen Zentralverwaltung für Land- und Forstwirtschaft der SBZ, ab 1948 im Vorstand der Ost-CDU, 1949–1971 Mitglied der Volkskammer, 1949 Minister für Arbeit und Gesundheit, 1950–1958 Minister für Gesundheitswesen, 1960–1969 Oberbürgermeister von Weimar.

⁸² Zur Bodenreform in der SBZ vgl. Siegfried Suckut, Der Konflikt um die Bodenreformpolitik in der Ost-CDU 1945, in: Deutschland Archiv 15 (1982), S. 1080–1095.

⁸³ Robert Steidle (1896–1979), seit 1920 Mitglied des Quickborn, 1927–1935 Arzt bei der bayerischen Landespolizei, aus politischen Gründen ausgeschieden, während der NS-Zeit fand in seinem Haus eine politisch-kulturelle Gesprächsrunde statt, an der u. a. Werner Bergengruen, Pater Alfred Delp und Professor Kurt Huber teilnahmen, 1945–1948 Landesarzt des Bayerischen Roten Kreuzes.

on innehat, war als Oberstleutnant in Stalingrad in Gefangenschaft geraten und trat dann dem bekannten „Freiheitsausschuß“ unter General Seydlitz⁸⁴ bei. Steidle kommt aus der katholischen Jugendbewegung „Quickborn“.

Steber erfuhr weiter, die ehemaligen Konzentrationslager im russischen Sektor seien alle wieder gefüllt. Man könne zwar nicht von grausamer Behandlung reden, aber die Verpflegung sei so schlecht, daß die Todesfälle Legion seien.

Die Russen hätten zum Beispiel 36 Mitglieder des Reichsgerichts in cumulo in eines jener Lager verbracht⁸⁵. Nur noch wenige seien am Leben. Unter diesen Inhaftierten befinde sich auch der Bruder des Kölner Kardinals Frings.

Es wurde Steber erzählt, daß die Russen im allgemeinen eine loyale Haltung zeigten. Doch komme es immer wieder vor, daß man zum „Wendenschloß“⁸⁶ in Tempelhof befohlen werde, wovon nicht alle zurückkehrten!

Die Christlich-Demokratische Union Sachsens sei gleichsam „gezwungen worden“, ihre Unterschrift unter das Gesetz zur Enteignung von Betrieben und so weiter zu geben⁸⁷. Die Union sei natürlich dagegen gewesen und habe, als es nicht mehr anders ging, sich lieber auflösen wollen, die Auflösung sei aber von den Russen verboten worden.

18 Dienstag-Club am 2. Juli 1946 (Zusatzbericht)

Auf der [...] Sitzung [...] berichtete Franz Steber von Gesprächen mit Vertretern der Union aus Hamburg auf dem Berliner Parteitag der Union in der russischen Zone.

In Schleswig bestehe ein „Dänischer Verein“, der immer mehr Mitglieder zähle. In dem kleinen Städtchen Husum bestehe der „Dänische Verein“, der für den Anschluß an Dänemark wirbt, aus 2000 eingeschriebenen Mitgliedern, in Flensburg habe er über 5000. Die Werbung sei zu Beginn auch sehr zugkräftig gewesen. Die Dänen hätten den Mitgliedern des Vereins Butter und Speck zugewiesen. Als darauf die Mitgliederzahl zu sehr in die Höhe schnellte, wurde dieses Lockmittel eingestellt, weil sonst wohl die Dänen ihre überflüssige Butter alle losgeworden wären. (Bemerkung von Kreissekretär Weiß: O Deutschland hoch in Ehren, Du schönstes Land der Treu'! Und Dr. Jaeger: Mit Speck fängt man (deutsche) Mäuse!)

⁸⁴ Walther Kurt von Seydlitz (1888–1976), General, Präsident des in sowjetischer Kriegsgefangenschaft gegründeten Bundes deutscher Offiziere, der sich dem Nationalkomitee Freies Deutschland anschloß, 1950 verhaftet und zum Tode verurteilt, dann zu 25 Jahren Haft begnadigt, 1955 freigelassen.

⁸⁵ Die sowjetische Militärregierung richtete nach Kriegsende in den ehemaligen Konzentrationslagern Buchenwald und Sachsenhausen Internierungslager ein, in denen vor allem NS-Verbrecher, aber auch politisch Mißliebige inhaftiert wurden.

⁸⁶ Gemeint ist das am Langer See (Berlin-Ost) gelegene Wendenschloß, in dem einige Abteilungen der sowjetischen Militäradministration untergebracht waren.

⁸⁷ Zur Haltung der sächsischen CDU vgl. Gradl, Anfang unter dem Sowjetstern, S. 71 ff.

Eine ähnliche Werbung betreiben die Franzosen im Saargebiet. Vor einiger Zeit sei in Saarlouis ein „Französischer Tag“ gefeiert worden. Die Franzosen berichteten, es seien 180 000 Menschen dabei gewesen. Es waren aber nur 60 000. 60 000 Einwohner zähle Saarlouis, die habe man einfach dazugezählt und die restlichen 60 000 seien gleichfalls hineingerutscht. Bemerkenswert aber war, daß die Teilnehmer mit Lebensmitteln „entlohnt“ und herbeigelockt wurden, ferner seien große Mengen Benzin zur Verfügung gestellt worden. Die Lebensmittel seien aber erst gegen Mittag, nach dem Aufmarsch, und als dann doch viele wieder wegiefen, erst am Abend verteilt worden.

Die Christliche Volkspartei im Saargebiet, die ungefähr der Union entspräche, ohne mit ihr indirekt oder direkt in Verbindung zu stehen, habe große Schwierigkeiten, zu bestehen. Der aus der Saarabstimmung bekannte Hoffmann⁸⁸, der für den damaligen Status-quo eingetreten sei, habe von den Franzosen die Lizenz für die Gründung einer eigenen Partei bekommen; darauf ging er zur Christlichen Volkspartei und verlangte, daß man ihm eine führende Stellung in der Partei gebe, andernfalls er seine ihm von den Franzosen gewährte Partei aufstelle, womit die Lizenz der Christlichen Volkspartei erlösche. Er wurde darauf zum 1. Vorsitzenden der Christlichen Volkspartei gemacht.

Auffällig sei, daß in der Christlichen Volkspartei, die für einen (vorerst) wirtschaftlichen Anschluß an Frankreich sei, schon mehr als 100 Geistliche trotz des Verbotes des Erzbischofs von Trier eingeschrieben seien.

19

Ochsen-Club am 3. Juli 1946

Es wurde zuerst die Wahl vom letzten Sonntag besprochen. Der Rückgang an Unionsstimmen wurde der miserablen Propaganda der Union, dem schönen Wetter – auf dem Lande waren die Bauern vielfach beim Heuen – und dem plötzlich angesetzten frühen Schluß der Wahlzeit zugeschrieben. An der mangelnden Propaganda wurde heftig Kritik geübt. In manchen Bezirken Bayerns kamen die Wahlplakate aus München erst zwei, drei Tage vor der Wahl, zum Teil erst am Samstag an und liegen, ohne angeklebt worden zu sein, heute in Stapeln herum! Der Wanderredner Gerstner⁸⁹ berichtete von seiner Wahlreise durch das Coburger Land. Er habe dort oft ausschließlich vor oberschlesischen Flüchtlingen gesprochen. In Münchberg sei er drei Stunden durch die Stadt gegangen und hätte sich die Wahlpropaganda angesehen. Er habe 400 Plakate der KPD und über 400 der SPD gezählt, daneben aber nur fünf mit Blau-
stift geschriebene Ankündigungen seiner eigenen Versammlung am Abend; daß er dann doch vor 80 Personen gesprochen habe, erstaunte ihn am meisten.

⁸⁸ Johannes Hoffmann (1890–1967), Journalist, hatte sich nach der NS-Machtergreifung von einem Befürworter zu einem Gegner der Rückkehr der Saar nach Deutschland 1935 gewandelt. Nach seiner Rückkehr aus der Emigration war er Gründer und von 1946 bis 1956 Landesvorsitzender der Christlichen Volkspartei, von 1947 bis 1955 Ministerpräsident des Saarlandes.

⁸⁹ Zu Gerstner ließen sich keine näheren Angaben ermitteln.

Professor Gerathewohl erzählte von den Bauern des Dorfes, in dem er wohnt. Von 12 Befragten wußten vier, daß überhaupt am Sonntag gewählt wurde, davon meinten zwei, es würde nur in München gewählt. Von einem Bauern, den er aufforderte, doch zur Wahl zu gehen – der Bauer fuhr gerade aufs Feld zum Heuen –, bekam er zur Antwort: Ich kann doch nicht im Arbeitskleid ins Wahllokal gehen, zum Umziehen hab ich keine Zeit!

Professor Gerathewohl schlug dann vor, die nächste Zeit besonders zur Mitgliederwerbung zu benutzen. Einmal brauche die Union Geld und zum anderen einen mächtigen Grundstock. Die Mitgliederzahl der Union, der KPD und der Aufbau-Vereinigung sei in München ungefähr gleich!

Dr. Jahn⁹⁰, der Kreisvorsitzende von Sonthofen, berichtete, daß von den 12 von der Union gewählten Gemeinderäten in Oberstdorf nur 4 Mitglieder der Union seien. Gerathewohl meinte, es gäbe sogar „Unions“-Bürgermeister, die nicht Mitglieder der Union seien. Das wäre natürlich ein unhaltbarer Zustand, denn mit Recht würden dann soundsoviele Unionswähler sagen, dann brauchen wir auch nicht Mitglieder werden. Überhaupt sei eine direkte Angst festzustellen, in die Partei zu gehen. Viele Leute sagten, man wüßte nicht, ob man dann nicht auch einmal so wie heute die Nazi deswegen hingehängt würde.

Dr. Koenig erzählte, daß ungefähr 80 Prozent der Flüchtlinge, die wählen durften, für die SPD gewählt hätten. Im November würden wahrscheinlich etwa 500 000 Ostflüchtlinge wählen, es könnte dann leicht sein, daß der Stand der Union und der SPD nur noch halb und halb sei!

Der Landrat von Eichstätt⁹¹ erzählte von einer Besprechung der verschiedenen Parteien mit einem Offizier der Militärregierung. Der Offizier fragte den SPD-Vertreter, warum die SPD den Ankläger aus der Spruchkammer zurückgezogen habe und erhielt zur Antwort: „Ich habe Weisung von oben!“

Gerathewohl erzählte von Gerüchten, daß die Landesleitung der KPD die Parole herausgegeben habe, ihre Mitglieder aus den Spruchkammern zurückzunehmen und keine neuen mehr aufzustellen⁹².

Inzwischen erscheint der Landesvorsitzende der Union, Dr. Josef Müller. Er wird gebeten, zu dem Rücktritt des Säuberungsministers Schmitt Stellung zu nehmen⁹³.

Dr. Müller berichtete, er habe gestern und heute mit Ministerpräsident Hoegner Ver-

⁹⁰ Walter Jahn (1886–1959), Wirtschaftsprüfer, Mitgründer der CSU im Landkreis Sonthofen, mit dem Aufbau der Partei in Schwaben beauftragt, 1948–1952 Kreisvorsitzender der CSU im Landkreis Sonthofen.

⁹¹ Otto Betz (1882–1968), erster Rechtskundiger Bürgermeister von Eichstätt 1919–1934, 1945–1948 Landrat des Landkreises Eichstätt.

⁹² Der Auszug der KPD aus den Spruchkammern erfolgte erst nach der Niederlage der KPD bei den Landtagswahlen vom 1. Dezember 1946. Danach gab die KPD-Landesleitung die Devise aus, solange in den Spruchkammern zu bleiben, wie eine erträgliche Zusammenarbeit mit den Mitgliedern der anderen Parteien möglich sei. Denazification Field Inspection Report, Det. Ansbach, 12. Februar 1947, in: NA, RG 260, 15/119–1/7.

⁹³ Zum Rücktritt Schmitts als Säuberungsminister vgl. Niethammer, Entnazifizierung, S. 362–375.

handlungen in dieser Frage gehabt. Noch könne er nichts Bestimmtes sagen, bevor er sich am Freitag und Samstag mit dem Landesausschuß der Union besprochen habe. Was er heute schon sage, müsse höchst vertraulich behandelt werden.

Der Rücktritt Schmitts sei im Radio etwas voreilig bekanntgegeben worden. Die Kommunisten seien angehalten gewesen, vorerst noch nichts zu veröffentlichen. Hoegner habe schon vor Beginn der Verhandlungen mit der Union Schmitt bedeutet, daß der Wahlausgang eine Veränderung notwendig mache. Darum sei die Behauptung Schmitts, er müsse dem Druck der Reaktion weichen, eine Unwahrheit!

Hoegner zeigte dann eine Weisung der Kommunisten an ihre Mitglieder, in der diese aufgefordert würden, aus den Spruchkammern auszutreten. Daraus könne man ersehen, wie ernst es die KPD eigentlich mit der Entnazifizierung meine, sagte Dr. Müller. Dabei habe gerade die KPD gegen die Union die größten Vorwürfe wegen der Entnazifizierung erhoben.

Müller erzählte, daß die Verhandlungen mit Dr. Hoegner überaus herzlich seien. Man berate ernsthaft und loyal. Über viele schwebende Fragen seien sie sich schon einig. Hoegner habe der Union das Säuberungsministerium angeboten und noch einige andere Ämter. (Wie mir Franz Steber dann mitteilte, handelt es sich um das Innen- und Kultusministerium!) Müller wird darauf bestehen, daß die Union aber nicht nur die politische Verantwortung in Gestalt der Ministerposten bekommt, sondern auch entsprechende Schlüsselpositionen, die wirklich Einfluß hätten (Staatssekretariate und so weiter!). Er werde sich am Wochenende mit dem Landesausschuß der Union beraten und dann am Montag mit Herrn Hoegner weiter verhandeln⁹⁴.

Im Laufe der Gespräche fragte Dr. Müller Herrn Hoegner, ob nicht auch von der SPD Anweisungen ausgegangen seien, die Mitglieder der SPD aus den Spruchkammern zurückzuziehen. Hoegner: Das ist ganz unmöglich! Müller: Vielleicht kann ich aber den Beweis dafür antreten! Darauf telefonierte Hoegner mit dem Parteisekretär Albert⁹⁵ und mußte erfahren, daß tatsächlich der Bezirksvorsitzende der SPD in Franken eine derartige Anordnung gegeben habe. Hoegner war überaus bestürzt und äußerte zu Dr. Müller die Befürchtung, das könne unter Umständen ein Verbot seiner Partei in jenem Bezirk bedeuten. Müller tröstete ihn mit den Worten: Es wird auch bei den Amerikanern mit Wasser gekocht!

Dann erzählte Dr. Müller von der Berliner Tagung der Union in der russischen Zone. Er sei höchst beeindruckt gewesen von der glänzenden Organisation der Tagung und von der Unterstützung von seiten der Alliierten. Er habe viele Gespräche mit verschie-

⁹⁴ Vgl. dazu Ochsen-Club am 26. Juni 1946. Eine Regierungsumbildung größeren Stils kam auch nach den CSU-Erfolgen in der Wahl zur Verfassunggebenden Landesversammlung nicht zustande. Lediglich das Säuberungsministerium wurde ab 3. Juli 1946 von Anton Pfeiffer (CSU) geleitet.

⁹⁵ Vgl. Walter L. Dorn, Inspektionsreisen in der US-Zone. Notizen, Denkschriften und Erinnerungen aus dem Nachlaß übersetzt und herausgegeben von Lutz Niethammer, Stuttgart 1973, S.98. Martin Albert (1909), vor 1933 Vorsitzender der Sozialistischen Arbeiterjugend Mittelfranken, nach 1945 SPD-Vorsitzender von Nürnberg West I und stellv. Vorsitzender des Ortsvereins Nürnberg, 1946–1958 MdL in Bayern, 1946–1949 Landessekretär, seit 1980 Beauftragter der SPD für Seniorenfragen und der Arbeitsgemeinschaft verfolgter Sozialdemokraten.

denen alliierten hohen Offizieren gehabt, darunter auch zahlreiche mit seinen – er scheue sich nicht, das öffentlich zu sagen; es sei auch besser, er sage es selber, ehe es andere sagten – mit seinen russischen Freunden! Wer nicht verstehen könne, daß er seit seiner Konzentrationslagerzeit herzliche Freundschaft mit einigen Russen pflege, dem könne er einfach nicht helfen. Er sei in Buchenwald neben dem Neffen Molotows gelegen, der, nachdem er mit dem Sohn Stalins einen Fluchtversuch unternommen hatte, nach dem der Sohn Stalins erschossen worden sein soll, wie Müller selber lange Zeit gefesselt gewesen sei. Er habe in Flossenbürg mit einem russischen General, der gesehen habe, wie man ihn, Müller, in den Hinrichtungshof geführt habe, eine herzliche Freundschaft angeknüpft und so weiter. Diese Freundschaften bestünden auch heute noch. Zu dieser Freundschaft gehöre es auch, daß man den Russen beim Trinken nichts abschlagen dürfe. So habe er auf dem russischen Empfang in anderthalb Stunden drei Flaschen Whisky getrunken. Er habe aber neben sich einen Bekannten sitzen gehabt, der für ihn nüchtern bleiben sollte, es sei aber nicht notwendig gewesen, er habe alles gut ausgehalten. Am Tage darauf seien ihm bei einem Besuch bei russischen Generalen alle Russen sieben Gläser Whisky schuldig geblieben. Aber er habe nicht nur mit ihnen getrunken. Er habe ihnen unter anderem auch klarmachen wollen, daß die Zonengrenzen nicht nur für den Frieden in Deutschland, sondern auch für den Frieden Europas und der Welt hinderlich seien. Im Grunde sperrten sich nur noch die Franzosen. Die erste Frucht der dauernden Zonengrenzen sei aber ein neuer Nationalismus, den die Demokraten in Deutschland ebenso wie die Alliierten ablehnen würden.

Bei einer Großkundgebung habe er nach dem Leiter der Union im russischen Sektor, Jakob Kaiser, eine Viertelstunde gesprochen. Er fürchte, daß er dabei etwas zu sehr auf die Tränendrüsen gedrückt habe. Er habe seine Ansprache so angefangen: Verehrte Damen und Herren! Liebe Freunde aus dem Norden! Und als Münchener darf ich sagen: Meine lieben Berliner! Worauf über zwei Minuten tosender Beifall zu hören war. Er habe dann weiter gesagt: Dieses Land habe in der Vergangenheit einen Namen und werde ihn auch in aller Zukunft haben, und dieser Name sei: Deutschland! Darauf vier Minuten tosender Beifall, mit Händen und Füßen und mit nassen Augen! Er habe weiter gesagt: Das deutsche Volk sei eine große Familie. In jeder Familie gebe es Reibereien und Spannungen, so auch bei uns zwischen Süd und Nord. Aber eines gelte auch in jeder Familie: In Zeiten der Not stehe sie zusammen wie ein Mann! Langer Beifall.

Im Laufe von Gesprächen habe Jakob Kaiser einmal erklärt: Ich bin im Grunde kein Föderalist. Aber aus den gegebenen Umständen muß ich anerkennen, daß für Deutschland nur eine föderalistische Lösung möglich ist. Diese Erklärung war auf das Drängen Dr. Müllers zurückzuführen. Die Preußen möchten doch auch einmal von sich aus einen Schritt tun und nicht immer nur vom Süden und Westen Beteuerungen zur Einheit hören. Müller hat dann feierlich erklärt: Bayern war nie separatistisch und wird es nie sein.

Wegen dieser Äußerungen werde er, Müller, nun schon wieder in Unionskreisen angegriffen. (Dr. Horlacher schrieb im neuesten „Landwirtschaftlichen Wochendienst“

und Dr. Schlögl über Dr. Pix in der „Isarpost“ gegen die Haltung Müllers in Berlin⁹⁶.) Über diese Leute, die nichts verstehen wollen, kann ich nur sagen, sie mögen gehen, wohin sie wollen und wo es ihnen am besten gefällt!

Wie mir Franz Steber, Schriftleiter der „Bayerischen Rundschau“, der auch in Berlin dabei war, noch erzählte, hatte Dr. Müller auch eine lange Unterredung mit Mr. Murphy⁹⁷ in Berlin.

20

Ochsen-Club am 10. Juli 1946

Nach anderthalb Stunden erschien Dr. Müller persönlich. Die erste Hälfte war mit innerparteilichen Angelegenheiten ausgefüllt.

Der Mitarbeiter im Landessekretariat, Liedig⁹⁸, rief zuerst, wie es schon in mehreren vergangenen Sitzungen von anderen der Fall war, zur eifrigen Mitgliederwerbung auf. Einmal bräuchte die Union eine große Zahl von festen Mitgliedern aus finanziellen Gründen, zum anderen aber auch, um bei nötigen Vorschlägen und Demarchen bei der Militärregierung einen besonderen Rückhalt zu haben. Der Amerikaner messe nämlich die Parteien nicht nur an der großen Wählerzahl, sondern auch an der festen Mitgliederzahl. Und die stehe nun bei der Union in einem geradezu lächerlichen Verhältnis zu der Wählerzahl⁹⁹.

Ein Vertreter aus der Oberpfalz berichtete, daß sich in einer Ortschaft der Oberpfalz der kuriose Fall ereignete, daß die kommunistische Partei mehr Mitglieder als Wähler gehabt habe und zwar erheblich mehr! Das sei wohl auf die weitgehende Flüsterpropaganda der Kommunisten zurückzuführen, daß die Russen ja doch bald ins Land kommen würden. Erfolg: Zahlreiche verängstigte Gemüter treten in die KPD ein, um dann, wenn der Russe wirklich kommen sollte, mit der Mitgliedskarte der KPD schön dazustehen.

Der Mitarbeiter im Landessekretariat, Liedig, erzählte, es häuften sich die Anfragen von kürzlich „gewählten“ Landräten, die der CSU angehören, wann sie denn nun endlich ihr Amt antreten könnten. Nun seien sie schon seit über 8 Wochen gewählt,

⁹⁶ Vgl. Isar-Post vom 18. Juni 1946. U. a. hieß es, Jakob Kaiser habe sich auf der Berliner Tagung der CDU „als Gegner des Föderalismus“ bekannt. Er habe aber betont, „daß er unter den gegebenen Verhältnissen einer föderalistischen Lösung zustimme“. Josef Müller „soll daraufhin erklärt haben, daß bisher die Frage des Föderalismus zwischen CSU und CDU trennend gestanden habe, daß aber jetzt nichts Trennendes mehr zwischen den beiden Parteien stünde“. Eine Rückkehr zum „Schein“-Föderalismus der Weimarer Zeit käme einer Katastrophe gleich: „Soweit wir die Dinge überblicken, würde gegen eine solche Lösung das bayerische Volk einfach *revoltieren*“.

⁹⁷ Robert D. Murphy (1894–1978), amerikanischer Diplomat, seit 1917 im diplomatischen Dienst, 1944–1949 politischer Berater der Militärregierung in Deutschland.

⁹⁸ Franz Liedig (1900–1967), Jurist und Berufsoffizier, zuletzt Fregattenkapitän, im Krieg zunächst Marineattaché in Sophia und Athen, 1943 im Führerhauptquartier tätig, 1944 in Gestapo-Haft, 1945 als Mitgründer der CSU am Aufbau der Landesleitung führend beteiligt.

⁹⁹ Im Jahr 1946 waren von 100 CSU-Wählern ca. vier Mitglieder der Partei. Vgl. Mintzel, CSU, S. 169. Im August 1946 hatte die CSU ca. 66 000 Mitglieder. Vgl. NA, RG 260, 13/150–1/21.

aber noch nicht von der Militärregierung bestätigt, und so lange blieben die „abgesetzten“ kommissarischen Landräte im Amt.

Liedig gab dazu bekannt, daß daran auch eine gewisse Partei, der viele der bisherigen Landräte angehören würden, Schuld trüge. So sei zum Beispiel aus Ansbach bekannt, daß die dortige Regierungsbehörde alle betreffenden Akten, mit Ausnahme einiger weniger von Landräten, die jener Partei angehörten (es kann sich nur um die SPD handeln), schon längere Zeit bei sich liegen habe. Sie liefere die Unterlagen aber noch nicht an die Amerikaner ab, weil sie noch nicht vollzählig seien. Auf diese Weise blieben die alten Landräte noch lange munter im Amt!

Bei Gesprächen bezüglich der neuen Verfassung meinte der Mitarbeiter im Landessekretariat, Willke, es sei einmal ernsthaft die Frage zu prüfen, ob die Verfassung, die jetzt beraten und beschlossen werden soll, überhaupt sinnvoll in Kraft treten könne oder nicht! Denn wenn man nun eine Verfassung beschließe, die die persönliche Freiheit garantiere und so weiter, und dann würde man nach wie vor munter von CIC, MP, Constabulary¹⁰⁰ und so weiter verhaftet oder aus den Wohnungen gesetzt, so sei das dann doch ein wenig zum lachen!

Schließlich erscheint Dr. Josef Müller. Wie immer betont er, daß er von wichtigen Besprechungen komme. Heute habe er zum Beispiel einen Amerikaner bei sich zuhause gehabt. Das Gespräch habe aber zum Teil sehr vertraulichen Charakter gehabt, drum könne er nicht viel darüber sagen. Von einem Teil der Anwesenden werden solche Intimitäten mit Amerikanern stets mit ehrfürchtig offenem Munde angehört, andere wieder machen ein Gesicht, dem man ansieht, daß es ihnen lieber wäre, Müller würde nicht so viel mit den Amerikanern „zusammenhocken“.

Dr. Müller berichtete kurz über die Landesausschußsitzung vom vergangenen Samstag. Das Kernstück sei die Abstimmung über einen Antrag von ihm gewesen: Ob der Landesausschuß die Haltung der Unionsmänner in der Regierung billige und ob der Landesausschuß bestätigen wolle, daß die Union der Regierung Hoegner tolerant gegenüberstehe. Der erste Teil sei einstimmig angenommen worden; der zweite mit seiner, Müllers Stimmenthaltung, ebenso einstimmig abgelehnt worden.

Zu der kommenden Verfassung äußerte sich Müller, daß in den drei strittigen Punkten sehr wohl eine Einigung zwischen CSU und SPD zustande kommen werde. (Ein Kompromiß wäre eigentlich gar nicht nötig, da die Union mit ihrer absoluten Mehrheit die Verfassung selber machen könnte, aber er halte es für besser, wenn die Verfassung mit 90 als mit 60% der Stimmen durchginge!) In der Frage der Zweiten Kammer und in der Frage des Wahlrechts werde man sich wohl ohne Schwierigkeit einigen. In der Frage des Staatspräsidenten gingen die Meinungen innerhalb der Union selber

¹⁰⁰ Zu den Aufgaben des CIC (Counter Intelligence Corps), des Abschirm- und Sicherheitsdienstes der US-Armee, gehörte u. a. die Verhaftung von Personen, die aus politischen oder Sicherheitsgründen als verdächtig galten. Die MP (Military Police) hatte in erster Linie polizeiliche Aufgaben innerhalb der Armee und gegenüber Armeeingehörigen wahrzunehmen. Das US Constabulary war eine Anfang 1946 aufgestellte, ca. 30 000 Mann starke mobile Eliteformation, der Kontroll- und Sicherungsfunktionen für die amerikanische Zone übertragen waren. Die Einheit wurde 1952 aufgelöst.

weit auseinander. Die Union werde in dieser Frage keinen Fraktionszwang ausüben, weil das heißen würde, einer Minderheit die Majorität zuzugestehen.

Zu den Verhandlungen mit Dr. Hoegner bemerkte Müller noch, daß der Umbau der Regierung noch nicht abgeschlossen sei. Er hoffe, daß die Amerikaner schließlich doch noch aus den Wahlen die Konsequenzen ziehen würden, die man im Volk erwarte. Er jedenfalls würde nicht besonders mehr darauf drängen, kommen werde es ja doch einmal.

Die oft in Zweifel gezogene „Kirchenfreundlichkeit“ Hoegners sei unbedingt ernst zu nehmen. Man müsse hier auch gerecht sein und was wahr sei, auch als wahr gelten lassen. Wahrscheinlich aber werde Dr. Hoegner auf diese Weise in nicht allzu ferner Zeit in Konflikt mit seiner Partei kommen, wo schon vielerorts die alten kirchenfeindlichen Tendenzen sich zeigen würden. Besonders in Mittelfranken, wo überhaupt die Gegensätze aufeinanderprallen würden, viel mehr als in Oberbayern und München, zeige sich diese Tendenz, die sich auch in der Ausprägung eines ausgesprochenen „Linksblocks“ zeige. Auf der anderen Seite habe gerade in Franken die Union Zuzug aus Kreisen von Jungsozialisten. Auch in München machten sich starke „Konversionsbewegungen“ innerhalb der SPD zur Union bemerkbar. Es frage sich nur, ob der Zeitpunkt für die Übernahme solcher Leute günstig sei. Die Union sei bekanntermaßen ein Gebilde mit weit auseinanderstehenden Flügeln. Unter Umständen sei es nicht gut, noch ehe die Union sich endgültig konsolidiert habe, den einen oder anderen Flügel in der Union zu stärken oder zu schwächen.

Zur Frage der Gewerkschaften äußerte sich Dr. Müller wie folgt: Zur Zeit besteht eine einzige Gewerkschaft, die „Freie Gewerkschaft“. Unter den jetzigen Umständen halte ich sie für die günstigste Lösung, überdies wünschen sie die Amerikaner¹⁰¹. Wir müssen nur danach trachten, das marxistische Element, so weit es möglich ist, zu neutralisieren. Ich befürchte, daß das auf die Dauer nicht möglich sein wird. Ich werde aber dann unbedingt dafür sein, daß wir eine Gegenbewegung, ähnlich der früheren „christlichen Gewerkschaften“ aufziehen werden. Ich habe dieser Tage mit einem Amerikaner, der aus Berlin hierher kam, auch über diese Frage gesprochen. Wie gesagt, ist die Freie Gewerkschaft der Wunsch der Amerikaner. Und der Gast aus Berlin sagte mir auch wieder, wir sollten wenigstens erst *alles* versuchen, ehe wir uns entschließen würden, aus der Freien Gewerkschaft auszutreten.

Zum Abschluß fügte Dr. Müller hinzu: Die jetzige Leitung der Freien Gewerkschaft unter Stadtrat Schiefer macht es uns freilich schwer, noch lange Geduld zu haben. Schiefer schwimmt noch ganz im alten marxistischen Fahrwasser und hat nichts dazugelernt. Seine Reden vor den Wahlen, die von Ausdrücken wie „Pfaffen“ und „Kommunionsbankrutschern“ strotzten, sind gerade keine Ermunterung für christlich denkende Menschen, in die von ihm geführte Gewerkschaft einzutreten!

¹⁰¹ Zur Gewerkschaftspolitik der amerikanischen Besatzungsmacht vgl. Michael Fichter, Besatzungsmacht und Gewerkschaften. Zur Entwicklung und Anwendung der US-Gewerkschaftspolitik in Deutschland 1944–1948, Opladen 1982.

Dr. Müller selber war nicht anwesend. Das wurde von einigen Anwesenden als Anlaß zu der Bemerkung genommen, daß, seit der Club in der Paul-Heyse-Straße tage und nicht mehr wie früher in der Wohnung Dr. Müllers in der Gedonstraße, das Interesse merklich nachgelassen habe.

Vor Beginn der Sitzung erfuhr ich aus vertraulichen Mitteilungen von Dr. Jahn, dem Kreisvorsitzenden des Kreises Sonthofen, und von Franz Steber, dem Leiter der „Katholischen Jungen Mannschaft“, daß die bisherigen Mitarbeiter in der Landesleitung Landessekretär Schmidt und Panter in Urlaub gegangen bzw. entlassen seien. Beide waren belastet¹⁰². Panter war Oberstleutnant und Parteigenosse, der Landessekretär der Union Schmidt war Parteianwärter. Auf der letzten Sitzung des Landesausschusses am Samstag vor acht Tagen hatte Dr. Hundhammer einen Vorstoß gegen diese beiden Männer unternommen und war auch durchgedrungen. Besonders der „Dienstag-Club“, der die junge Schicht umfaßt, hatte immer wieder gegen diese belasteten Männer in der Landesleitung der Union Stellung genommen. Schmidt nahm seinen „Urlaub“ so ernst, daß er auch gleich sein Namensschild an seinem Geschäftszimmer in der Landesleitung abmontierte. Seine Geschäfte führt zur Zeit ein gewisser Herr Liedig.

Das Gespräch auf der heutigen Sitzung drehte sich ausschließlich um Flüchtlingsfragen. Dr. Joseph Koenig, einer der Leiter des Flüchtlingsausschusses der CSU, berichtete über das sogenannte Flüchtlingsgesetz. Im März dieses Jahres war von Hessen ein Entwurf zu einem Flüchtlingsgesetz nach Bayern gekommen. Der Ausschuß der Union nahm dazu Stellung und überarbeitete den Entwurf. Zu gleicher Zeit arbeitete ein Ausschuß der SPD einen Entwurf für ein Flüchtlingsgesetz aus. Schließlich setzten sich die Ausschüsse der Union und der SPD zusammen und arbeiteten gemeinsam. Zuletzt legten sie dem Flüchtlingskommissar für Bayern, Jaenicke¹⁰³, der bisher nur den hessischen Entwurf kannte, ihre Ausarbeitungen vor. Man einigte sich auf einen Kompromiß und brachte einen Entwurf für ein bayerisches Flüchtlingsgesetz zusammen. (Unter „Flüchtlingen“ sind hier immer nur die Ausgewiesenen aus dem Sudetenland und der Tschechoslowakei verstanden!) Der Entwurf sah unter anderem vor, daß den Flüchtlingen nach der Seßhaftmachung an einem Ort nach den Bestimmungen des Bürgerlichen Gesetzbuches auch die bürgerlichen Rechte zu verleihen seien. Diesen Entwurf legte dann der Flüchtlingskommissar Jaenicke schließlich dem Innenminister Seifried (SPD) vor. Seifried verhielt sich aber diesem Entwurf gegen-

¹⁰² Zu den Hintergründen der sogenannten Entnazifizierung des CSU-Parteiparates Mitte des Jahres 1946 vgl. Mintzel, CSU, S. 153 f.

¹⁰³ Wolfgang Jaenicke (1881–1968), 1919–1926 Reichskommissar für die Durchführung des Friedensvertrages in den an Polen abzutretenden Gebieten von Posen und Schlesien, 1930–1932 MdR der Deutschen Staatspartei, nach 1945 Staatskommissar, dann Staatssekretär für das Flüchtlingswesen in Bayern, 1952–1957 Botschafter. Zu den Auseinandersetzungen um das bayerische Flüchtlingsgesetz vom 19. Februar 1947 vgl. Franz J. Bauer, Flüchtlinge und Flüchtlingspolitik in Bayern 1945–1950, Stuttgart 1982, S. 301–322.

über vollkommen ablehnend. Besonders der Verleihung der Staatsbürgerrechte nach der Seßhaftmachung widersprach er¹⁰⁴. Auf der letzten Länderratssitzung in Stuttgart sollte nun Jaenicke über den bayerischen Entwurf eines Flüchtlingsgesetzes referieren. Schon als er auf der Fahrt nach Stuttgart war, schickte ihm Seifried einen Kurier nach; Seifried schrieb, daß auf einer Kabinettsitzung einmütig beschlossen worden sei, den bayerischen Entwurf zurückzuziehen. Jaenicke wurde ferner angewiesen, darüber also nicht auf dem Länderrat zu referieren. Als nun auf der Stuttgarter Tagung gemäß dem Programm aufgefordert wurde, über den Entwurf zu sprechen, stand Jaenicke auf und las den Brief des bayerischen Innenministers vor. Darüber großes Erstaunen und Kopfschütteln, besonders bei dem Vertreter der amerikanischen Militärregierung¹⁰⁵.

Inzwischen war eine sozialdemokratische Abordnung des SPD-Flüchtlingsausschusses zu Hoegner gegangen und hatte ihn um Aufklärung gebeten. Hoegner erklärte, daß eine diesbezügliche Kabinettsitzung gar nicht stattgefunden habe. Hoegner mußte also seinen eigenen Innenminister und Parteifreund desavouieren. Darüber großes Erstaunen und Kopfschütteln bei dem SPD-Flüchtlingsausschuß.

Nun fand ein erneutes Zusammentreffen der Ausschüsse der SPD und der CSU und des Kommissars Jaenicke statt. Es wurde beschlossen, gemeinsam gegen den Innenminister Seifried vorzugehen. Und zwar soll Seifried sowohl von seinen eigenen Parteileuten innerhalb der Partei angeschossen und ferner über die CSU in Artikeln und Veröffentlichungen angegriffen werden. Ferner schlug man Hoegner vor, den Flüchtlingskommissar für Bayern als Staatssekretär direkt unter sich zu stellen. Hoegner versprach, das zu erwägen, sagte aber auch, daß er dann dafür einen neuen Mann habe! Also dürfte dann Jaenicke für den Abgang reif sein.

Dr. Koenig referierte weiter, daß Jaenicke nicht der SPD angehöre, wie vielfach gemeint würde, sondern im Gegenteil sehr der CSU zuneige. In persönlichen Gesprächen mit Jaenicke habe dieser ihm erzählt, daß er sehr auf die Hilfe der Parteien und besonders der CSU rechne in seinem Kampf gegen den Innenminister Seifried.

Professor Gerathewohl betonte dann, daß man sich unbedingt mehr als bisher den Flüchtlingsfragen zuwenden müsse. Man müsse vor allem alles vermeiden in Reden und Schriften, womit man bei den Flüchtlingen anstoßen könne. Wenn man sich nicht in der rechten Weise um sie sorge, würden sie unweigerlich der Radikalisierung verfallen. Ein typisches Beispiel sei dafür vor kurzem zustande gekommen, als die Kommunisten auf einen einzigen Anlauf hin 5 000 (fünftausend) Mitgliedserklärungen von Flüchtlingen eingeheimst hätten. Wenn man dazu bedenke, daß jetzt schon etwa 80% der Ostflüchtlinge für die SPD gewählt hätten und diese Entwicklung sicher noch anhalte, so könne sich die Union ungefähr ein Bild machen, wie die Zukunft für ihre Partei aussähe.

Man sprach dann noch über einige neuerdings aus dem Ausland aufgetauchte Pläne,

¹⁰⁴ Zur Position des sozialdemokratischen Innenministers vgl. ebenda, S. 306 ff.

¹⁰⁵ Vermutlich bezog sich Koenig bei seinen Ausführungen auf Tagungen des Flüchtlingsausschusses des Länderrats. Zum Kurier von Seifried vgl. ebenda, S. 308 f.

die Flüchtlinge durch Auswanderung nach südamerikanischen Staaten unterzubringen. Man sprach dafür und dagegen. Dafür sprach, daß die Ausgewiesenen dann am ehesten wieder Fuß fassen könnten, während dies in dem zerstörten und verarmten Deutschland mit Schwierigkeiten verbunden wäre. Dagegen sprach aber, daß mit einer Auswanderung dann gleichsam der Anspruch auf die Heimat der Ausgewiesenen – hier handelt es sich dann nur um die Schlesier, denn die Ausweisung der Sudetendeutschen sei ja wohl endgültig! – aufgegeben werde. Derselbe Anspruch würde aber auch aufgegeben, wenn man diesen Schlesiern das bayerische Bürgerrecht gebe! Nach den Potsdamer Beschlüssen sei nämlich das deutsche Gebiet ostwärts der Neisse und so weiter noch keinesfalls für immer vom Reiche getrennt! Es sei nur in polnische Verwaltung übergegangen und es würde auch erst auf der Friedenskonferenz, Deutschland betreffend, darüber entschieden. Gerathewohl bemerkte, daß bis heute zwar alle möglichen Leute sich zum Ruhrgebiet, zum Rheinland und zum Saargebiet bekannt hätten, daß aber noch niemand sich auf gleiche Weise zum Anwalt der schlesischen Gebiete gemacht habe. Wenn Dr. Müller nun nur ein einziges Mal auf einer Versammlung auf die schlesischen Gebiete gleichsam Anspruch erhebe und sich dieses Landes annehme, so würde er in dieser Frage alle anderen Parteien schlagen und wohl die Mehrzahl der ausgewiesenen Schlesier für die CSU gewinnen. (Im russischen Sektor hat sich übrigens die CDU schon mehrfach für den Verbleib der schlesischen Gebiete beim Reich ausgesprochen!)

Gerathewohl empfahl, sich darum auch in Bayern noch keinesfalls endgültig mit den Ausgewiesenen zu befassen, sondern mit allem Nachdruck nur dafür zu sorgen, daß die Flüchtlinge für die nächste Zeit ein erträgliches Dasein hätten.

Dr. Koenig referierte zum Schluß noch darüber, daß die Ausweisung aus der Tschechei wohl endgültig sei, weil die Tschechen die Sudetendeutschen als Landesverräter ansähen, wiewohl die jüngste Rede Beneš¹⁰⁶, in der er von den schweren wirtschaftlichen Folgen der Ausweisungen für die Tschechei sprach (mit den Ausgewiesenen sind natürlich auch ganze Industriezweige ausgewandert!), eine gewisse Hoffnung auf Milderung bedeuten könne. Auf der anderen Seite würden die Deutschen, die aus schlesischem Gebiet, zum Beispiel der Grafschaft Glatz und dem Hultschiner Ländchen nach der Tschechei kämen, von den Tschechen gut aufgenommen und hätten Gelegenheit, Berufe auszuüben und so weiter. Das würde aber von der Tschechei sicher nur so gehandhabt, weil sie den Polen gegenüber auf diese Gebiete Anspruch erhöhen!

¹⁰⁶ Eduard Beneš (1884–1948), 1918–1935 Außenminister, 1935 Staatspräsident, ab 1940 Präsident der tschechoslowakischen Exilregierung, versuchte die Sowjetisierung des Landes aufzuhalten, nach dem Staatsstreich vom Februar 1948 legte er im Juni 1948 sein Amt nieder.

Die heutige Aussprache drehte sich um die Fraktion der Union in der Verfassungsgebenden Versammlung und um sich daran anschließende Probleme.

Dr. Josef Müller erklärte zu Beginn, daß er mit der Zusammensetzung der Unionsfraktion nicht zufrieden sei, da sie vor allem kein getreues Abbild der Union sei. Der Bauernflügel unter der Führung Horlachers und Schlögl's sei viel zu stark. Die Arbeiter seien mit zehn Vertretern viel zu schwach vertreten. Das komme daher, weil in den ländlichen Wahlkreisen eben fast ausnahmslos Bauernvertreter aufgestellt worden seien. Mit der Wahl Horlachers zum Präsidenten der Nationalversammlung ist Dr. Müller nicht zufrieden. Horlacher sollte zuerst nur Fraktionsvorsitzender der Union werden. Da fiel er aber durch. Daraufhin wurde er vom Bauernflügel der Union als Kandidat für den Vorsitzenden der Nationalversammlung aufgestellt und von der Mehrheit der Versammlung gewählt.

Der Altersdurchschnitt der Unionsfraktion betrage 52,8 Jahre. Das sei natürlich viel zu hoch. Nur drei Abgeordnete sind unter 40 Jahre alt. Die Amerikaner hätten ihm auch schon bedeutet, daß diese Vergreisung doch etwas bedenklich sei. Noch bedenklicher erscheine ihm, Müller, aber, daß die Amerikaner im Laufe eines einzigen Morgens zweimal den Namen der Union falsch ausgesprochen hätten: sie hätten die Union nämlich mit der „Bayerischen Volkspartei“ „verwechselt“! Nun müsse er sagen, daß die „Bayerische Volkspartei“ tatsächlich im Vordergrund stehe! Mit Dr. Pfeiffer sei ein Exponent der alten BVP Minister geworden. In Dr. Kraus¹⁰⁷ sei ein BVP-Exponent Staatssekretär bei Dr. Hoegner geworden. (Übrigens gegen den Willen Müllers und gegen die Absprache mit Hoegner: Eigentlich sollte der Nachfolger Pfeiffers erst nach der Unionslandesausschußsitzung ernannt werden. Hoegner aber berief dennoch sofort Dr. Kraus zum Nachfolger Pfeiffers in die Staatskanzlei.) Mit Dr. Horlacher sei ein bekannter BVP-Mann Landesversammlungspräsident geworden, Dr. Hundhammer, der Fraktionsvorsitzende der Union, sei ein alter BVP-Mann. Und so weiter!

Gegen diesen „Vorwurf“ der Überalterung und der „Vorherrschaft“ der Bayerischen Volkspartei erhob Staatssekretär a. D. Funke lauten Protest: Man dürfe nicht vergessen, daß ungefähr 15 Jahre lang nicht mehr Politik getrieben worden sei und daß eben den mittleren und jungen Jahrgängen die Erfahrung fehle. Daß in der Hauptsache nur alte Veteranen jetzt im Vordergrund stünden, wäre natürlich ein Notstand, aber man dürfe doch der Union daraus keinen Vorwurf machen.

Was den Anteil der „Bayerischen Volkspartei“ angehe, so müsse man den Amerikanern eben einmal beibringen, daß das doch nichts Schlechtes sei. Es zeichne sich da nach seiner Meinung eine bedrohliche Entwicklung ab: Im Sommer 1945 sei beinahe jedermann verdächtig gewesen, der nicht im Konzentrationslager gewesen sei. Heute

¹⁰⁷ Hans Kraus (1879–1952), CSU-Politiker, schon vor dem Ersten Weltkrieg in der bayerischen Finanzverwaltung, 1946/47 Staatssekretär in der bayerischen Staatskanzlei, danach bis 1950 Finanzminister.

sei es so, daß jedermann, der der Bayerischen Volkspartei angehörte, schon verdächtig sei. Vielleicht sei in einem halben Jahr dann auch jeder, der noch zur Kirche geht und so weiter, den Amerikanern verdächtig!

Müller: „Lieber Linus! Du kannst Dir gar nicht vorstellen, wie schwer es ist, den Amerikanern in Sachen der Bayerischen Volkspartei etwas ‚beizubringen‘. Es ist fast ganz unmöglich. Vor allem deshalb, weil sich eben eine nicht kleine Menge von belastenden Dingen vorfindet! Was ich den Amerikanern immer beizubringen suche, ist einzig das: Die Union ist eine neue Partei, sie will mit den alten, aus denen sie sich zusammensetzt, und darunter besonders mit der BVP, nichts mehr zu tun haben! Glaubts uns! Vertraut uns!“

Dr. Müller berichtete dann kurz über die strittigen Fragen, über die in der Unionsfraktion nicht unbedingte Klarheit und Einheitlichkeit herrschte: Er sei überrascht, daß sich die Fraktion so geschlossen hinter das Verhältniswahlrecht stelle, nachdem doch bisher der weitaus größte Teil hinter dem Mehrheitswahlrecht zu stehen schien. In der Frage des Zweikammersystems sei man sich auch im großen und ganzen einig. Hingegen werde die Frage des Staatspräsidenten noch einige Schwierigkeiten machen (darüber wird am nächsten Montag beraten!). Die Union werde in dieser Frage keinen Fraktionszwang einführen. Er, Müller, sei gegen einen Staatspräsidenten, weil er sich sage, daß wohl nicht mit Unrecht in Bayern die Stelle eines Staatspräsidenten mit der Hoffnung auf eine monarchische Spitze im Laufe der Zeit verknüpft werde!

Große Sorge mache ihm, Müller, eine andere Angelegenheit: Man werde wohl bald wieder davon hören, daß die Union demnächst auseinanderplatzen werde! So schlimm sei es nun gerade nicht, aber es seien Spannungen genug da. Diesmal wären es nicht einmal die „autonomistischen“ Bestrebungen des Bauernverbandes und des Bauernflügels in der Union unter Horlacher und Genossen, sondern es handle sich um eine tiefe Unzufriedenheit des protestantischen Flügels in der Union über die Entwicklung in der Partei, wo jetzt auch hier die Vorherrschaft der BVP und damit eines ausgesprochen katholischen Flügels, eine Rolle spiele. Der protestantische Flügel beklage sich nämlich, und wie er, Müller, meine, nicht zu Unrecht, daß er bei der Verteilung der Ämter und einflußreichen Stellen in Ausschüssen, Verwaltungen und so weiter sehr zu kurz käme. Er, Müller, hätte zum Beispiel gerne den Botschafter a. D. von Prittwitz-Gaffron als Präsidenten der Nationalversammlung gewünscht. Prittwitz wäre zudem ein Mann gewesen, der bei den Amerikanern und auch sonst im Ausland gern gesehen und in keiner Weise belastet sei. Aber sein Vorschlag sei vom Bauernflügel der Union schon des „Namens“ wegen, der freilich gar nicht bayerisch sei, vereitelt worden!

Er müsse sagen, daß zwar die Gefahr einer Spaltung für die Union nicht direkt bestehe, aber daß die Spannungen und die Unzufriedenheit des protestantischen Teiles sehr groß und tief seien!

Eine weitere Sorge bereite ihm die Frage der „politisierenden Geistlichen“. Die Union sei doch grundsätzlich der Meinung, daß die Geistlichen sich aus der Politik herauszuhalten hätten. Nun seien aber in Bayern schon drei katholische Geistliche Landrä-

te, was wiederum zu Protesten der protestantischen Seite geführt hätte. Er, Müller, sei früher einmal anderer Ansicht gewesen. Aber während der Nazizeit und besonders während des Krieges sei er bekehrt worden. Er habe besonders in der Slowakei die unheilvolle Rolle der politisierenden Geistlichen studieren können. 1941 habe er mit Tiso¹⁰⁸ in der Slowakei gesprochen und ihn beschworen, zurückzutreten. Tiso habe es abgelehnt. Tiso sei auch in Rom persona ingrata geworden. Er habe einmal um eine Aussprache mit dem Vatikan nachgesucht. Diese sei abgelehnt worden. Dann habe er versucht, mit einem offiziellen Pilgerzug nach Rom zu kommen. Es wurde ihm bedeutet, der Pilgerzug sei willkommen, aber ohne Tiso. Und schließlich wisse er genau, daß die Russen seine Auslieferung als Kriegsverbrecher nicht verlangt hätten, wenn nicht Tiso gegen das Ende zu von Hitler eine besondere Besatzung, die in Gestalt der SS ins Land gekommen sei, verlangt hätte. Er wisse dies von einem früheren tschechoslowakischen Minister und tschechischen Generalstabsoffizieren, die mit ihm seit Dachau zusammengewesen wären. Der Prozeß Tiso werde natürlich in der ganzen Welt diskutiert werden und nicht mit Unrecht werde der Anteil der Geistlichkeit an der Politik hervorgehoben werden.

Etwas anderes sei es, wenn in der zukünftigen ersten Kammer die Geistlichkeit beider Konfessionen offiziell vertreten sei. Im übrigen seien mit Ausnahme des Regensburger Bischofs alle Bischöfe Bayerns sich darin einig, daß die Geistlichen sich aus der Politik herauszuhalten hätten.

Diesen Ausführungen widersprach Dr. Emil Muhler, Stadtpfarrer von St. Andreas München und Vorsitzender des Kulturausschusses der Union, sehr lebhaft. Er sagte ungefähr: Ich sehe nicht ein, daß die Geistlichen Staatsbürger zweiter Klasse sein sollen! Wozu jeder andere das Recht hat, nämlich Politik zu treiben und seine Meinung zu vertreten, dazu sollte doch auch der Geistliche das Recht haben! Auf jeden Fall sehe ich dann nicht ein, daß man die Geistlichen von der Union dazu hernimmt, Wahlreden zu halten! Aus ganz Bayern bekam ich zum Beispiel Aufforderungen, Wahlreden zu halten! Das läßt sich schlecht mit Deiner (Müllers) Auffassung zusammen tun! Ich bin jedenfalls nun entschlossen, noch bis zur Landtagswahl mein Amt im Kulturausschuß zu führen, aber dann mache ich endgültig Schluß! Im übrigen, wenn ich mit dem Kardinal rede, sagt der: Eigentlich sehe ich keinen Grund, warum die Geistlichen keine Politik treiben sollten! Der Bischof von Bamberg, der Bischof von Eichstätt und der Bischof von Augsburg haben mir in Gesprächen das gleiche gesagt. Von einer einheitlichen Auffassung der Bischöfe, daß sie gegen die politisierenden Geistlichen seien, kann also keine Rede sein! Ich weiß natürlich und Du, Müller, weißt es auch: Wenn einer zum Kardinal kommt und sagt ihm, die Pfarrer sollten keine Politik treiben, dann bekommt man zur Antwort: Sie haben eigentlich recht!

¹⁰⁸ Jozef Tiso (1887–1947, hingerichtet), slowakischer Politiker, Mitbegründer, dann Vorsitzender der Slowakischen Volkspartei, proklamierte im Zusammenhang mit Hitlers Zerschlagung der Tschechoslowakei 1939 die slowakische Autonomie, 1938 Ministerpräsident, 1939–1945 Staatspräsident der Slowakei. Zu Tisos Rolle vgl. Yeshayahu Jelinek, *The Parish Republic: Hlinka's Slovak People's Party*, New York 1976.

Dagegen Müller: Lieber Emil, wir haben darüber aber schriftliche Unterlagen. In einem Schreiben des Generalvikars – Muhler: Siehst Du, das ist es! Der Generalvikar ist allein der Mann, der das alles proklamiert. Der ist der alleinige Vertreter der Meinung, daß die Geistlichen nicht politisieren dürften!

Müller: Du weißt ganz genau, Muhler, daß meine Ausführungen nicht gegen Dich gerichtet sind. Ich habe Dich mit Absicht zum Leiter des Kulturausschusses gemacht, weil Du einmal so lange im KZ gesessen bist und weil Du das Vertrauen aller Parteien genießt. Aber grundsätzlich werde ich doch bei meiner Anschauung bleiben!

Muhler: Gut, daß Du das KZ angeführt hast! Da gibt es noch einmal etwas zu bedenken: Von den Kommunisten und Sozialdemokraten sind die meisten im KZ gewesen, einfach weil sie Exponenten dieser Parteien waren, ohne noch etwas besonderes während der Nazizeit dazuzutun. Die Geistlichen aber sind fast alle erst ins KZ gekommen, weil sie sich während der Nazizeit aktiv gegen jenes System gestellt haben! Und jetzt sollen sie auf einmal nichts mehr zu sagen und zu bedeuten haben!

Dieses Thema wurde von Stadtrat Hanfstaengl¹⁰⁹ abgeschlossen (der sich immer sehr gespreizt und gestelzt ausdrückt): Lieber Freund Muhler! Ich erhebe feierlichen Protest gegen Ihre Meinung, Sie wären nur mehr ein Bürger zweiter Klasse. Im Gegenteil! Wir haben eine so hohe Auffassung von den Pflichten und der Würde des geistlichen Berufes, daß wir gerade aus diesem Grunde wünschen, die Geistlichen sollten sich aus den Niederungen der Politik heraushalten. Wir wünschen in der Union ja besonders, daß die christlichen Ideen wieder zur Herrschaft kommen sollen. Das wird aber um so eher möglich sein, wenn die berufenen Vertreter des Christentums, die Geistlichen, sich aus der Politik heraushalten. Zudem würden Christen anderer Parteien, deren es ja Gott sei Dank auch viele gibt, durch die auf eine bestimmte Partei festgelegten Geistlichen nur abgestoßen werden. Sie werden also im Gegenteil nicht Bürger zweiter Klasse sein, sie werden sogar noch mehr als Bürger erster Klasse sein, wenn sie über und nicht in der Politik stehen werden.

Zum Schluß meinte Dr. Müller noch, die politisierenden Geistlichen wären zudem das gefundene Fressen für die Freien Demokraten, die sich den Antiklerikalismus zumindest unsichtbar auf ihr Banner geschrieben hätten. Eine wirksamere Propaganda als den politisierenden Geistlichen könne er sich für die Freien Demokraten denn auch gar nicht denken!

23

Ochsen-Club am 31. Juli 1946

Das erste Gespräch drehte sich natürlicherweise um die beiden letzten großen Kundgebungen in München: die der Kommunisten auf dem Königsplatz und die der Wirtschaftlichen Aufbau-Vereinigung im Cirkus Krone.

¹⁰⁹ Edgar Hanfstaengl (1883–1958), 1919 Gründungsmitglied der Deutschen Demokratischen Partei, 1932 bei den bayerischen Landtagswahlen Kandidat der Deutschen Staatspartei, 1945–1952 Stadtrat in München.

Professor Gerathewohl: Ich war bei der Kundgebung auf dem Königsplatz. Ich habe den Eindruck, daß diese Veranstaltung nicht gefährlich wird. Hingegen habe ich wegen der Kundgebung der WAV im Cirkus Krone die größten Sorgen (Von den im Club Anwesenden war niemand im Cirkus Krone gewesen!). Es muß unbedingt etwas dagegen geschehen! Wir müssen in allernächster Zeit eine Gegenkundgebung starten. Die Wähler merken allmählich, daß die Union nur noch in der Defensive ist. Vor kurzem sagte mir ein Parteifreund: „Die Union kommt mir vor wie Hitler mit seinen Geheimwaffen! Immer hieß es, gleich kommen sie und so weiter! Und in der Zwischenzeit ging er ein!“ (Lebhafte Zustimmung fast aller Anwesenden!)

Staatssekretär Funke: Wenn nicht bald eine große Aktivität entfaltet wird, sehe ich ganz schwarz für die Union. Mit lauter Rücksichtnahme und aller öffentlichen Verkündigung des „fairen“ Kampfes werden wir an die Wand gedrückt!

Hatzinger¹¹⁰ (Bezirksvereinsvorsitzender): Gegen Loritz muß baldigst etwas geschehen! Auf seine Rede hin laufen uns jetzt schon Wähler weg, sogar Mitglieder der Union, die sagen: Wenn es so mit Euch steht, kann man ja nicht mehr bei Euch bleiben!

Hanfstaengl: Der Fall liegt doch etwas schwieriger: Die kleinen Parteien tun sich leichter; sie haben nichts zu verlieren. Die Union aber wird einmal an die Verantwortung müssen: Darum kann sie sich nicht wilde, aufpeitschende Kundgebungen leisten, in denen nur die Nerven gekitzelt werden und alles und nichts versprochen wird. Alles, was die Union sagt, wird sie einmal einlösen müssen! Im übrigen braucht die Union nicht jeden Dreck, den die anderen werfen, aufzuheben und sich die Finger wie die anderen schmutzig machen!

Es wurde dann heftig Kritik geübt an dem zahmen Ton der Mitteilungsblätter der Union, die im Vergleich zu dem forschen und aggressiven Ton der Blätter der SPD und KPD sich wie religiöse Erbauungsblätter ausnahmen. Es wurde der Schriftleiter der Mitteilungsblätter und der „Bayerischen Rundschau“ herbeigeholt¹¹¹, der sich gegen die Vorwürfe zu verteidigen versuchte: Wir müssen auch auf die Amerikaner Rücksicht nehmen, erst vor kurzem wurde ich vor den CIC der Publication Section¹¹² zitiert, wo mir wegen des „aggressiven“ Tones der Mitteilungsblätter Vorhaltungen gemacht wurden (Protestierende Zurufe: ausgerechnet uns!). Er habe dann bemerkt, daß doch die Kommunisten zum Beispiel viel lärmender in ihrem Blatte seien. Antwort: Dafür sind sie ja auch verboten worden!

Dies nahm Dr. Gottwald¹¹³ zum Anlaß folgender Bemerkungen: Ich komme jetzt gerade von einer Reise aus der englischen Zone. Was mir dort auffiel, wäre auch einmal hier zu bedenken: Wir sollten bei unserer Politik weniger auf die Amerikaner schauen und alles mit Rücksicht auf sie machen. Wir sollten vielmehr eine bewußtere deutsche

¹¹⁰ Max Hatzinger (1904–1982), Sozialreferent beim Bayerischen Roten Kreuz, Diözesansekretär der katholischen Arbeiterbewegung, 1947/48 und 1955–1966 Stadtrat der CSU in München.

¹¹¹ Gemeint ist Franz Steber. Zu Steber vgl. Einleitung, S. 23.

¹¹² Für die Mitteilungsblätter der Parteien war die Press Control Branch der Information Control Division von OMGB zuständig. Ein „Counter Intelligence Corps der Publication Section“ hat es nicht gegeben.

¹¹³ Zu Gottwald waren keine näheren Angaben zu ermitteln.

Politik treiben, so wie wir meinen, sie verantworten zu können und zu müssen. Was den Amerikanern dann nicht gefällt, werden sie uns schon sagen. Wenn wir aber immer mit einem Auge oder gar mit beiden nach der Seite schielen, was wohl die Amerikaner dazu sagen, werden wir erst recht aus lauter Vorsicht und Unentschlossenheit über alles Mögliche stolpern.

Hanfstaengl: Wir stolpern ja nicht über alles Mögliche in der Zukunft, sondern wir stolpern immer wieder über Dinge der Vergangenheit! Die Bayerische Volkspartei ist wirklich unser „Pfahl im Fleische“! Ich schätze Herrn Schäffer persönlich sehr hoch, aber ich habe ihm seinerzeit, als er Ministerpräsident werden sollte, gesagt: Tun Sie's nicht! Ihre Zeit ist noch nicht gekommen! Und sie war wirklich nicht da! Hätte er ein, zwei Jahre warten können, wäre er vielleicht *der* Mann geworden, den wir gebraucht hätten!

Liedig: Dr. Josef Müller erklärte auf der Fraktionssitzung der CSU zu der Loritz-Rede¹¹⁴: Die Union braucht sich nicht zu rechtfertigen wegen der Haltung der Bayerischen Volkspartei im Jahre 1933, sie hat mit jener Vergangenheit nichts zu tun. Sie will eine neue Partei sein mit dem Blick nach vorne und nicht nach hinten! Wer sich also rechtfertigen will, soll es nur für seine Person tun, aber nicht im Namen der Union. Dr. Horlacher habe dann bekannt gegeben, daß er für sich und für die BVP sich in der Presse revanchieren werde!

Schließlich kam die Rede auf das Spruchkammerurteil gegen den Kommunisten Dr. Kroth¹¹⁵, der sein hohes Amt in der Partei bis 1945 angeblich im Auftrage der KPD innegehabt haben soll. Das Urteil wurde als ein Skandal bezeichnet! Stellungnahme in den Mitteilungsblättern wurde dazu gefordert!

Der Schriftleiter der Mitteilungsblätter sagte hierzu, daß er einen „geharnischten Artikel“ gegen das Urteil in Sachen Kroth in der Schublade liegen habe, daß er aber auf höchsten Befehl hin nicht veröffentlicht werden dürfe. Auf fragende Blicke einer Anwesenden hin bemerkte Staatssekretär Funke hämisch: Natürlich vom Landesvorsitzenden aus!

Einer der Anwesenden (sein Name ist mir unbekannt, kann aber leicht ermittelt werden) gab zu der Frage der Spruchkammern zwei bezeichnende „Anekdoten“ zum besten: Es wurde ihm bekannt, daß ein sogenannter „Ermittler“ (vom ehemaligen Minister Schmitt eingesetzt, ausschließlich Kommunisten; die „Ermittler“ wurden

¹¹⁴ Die WAV hatte auf einer Kundgebung im Münchener Cirkus Krone die CSU schwer angegriffen. Die Parteien, namentlich das Zentrum und die BVP, hätten 1933 total versagt. Die Politiker aus der damaligen Zeit trügen heute wieder die Verantwortung und so sei es kein Wunder, daß es in Deutschland nicht aufwärtsgehe. Zu dieser mit vielen persönlichen Anschuldigungen gespickten Kundgebung vgl. SZ vom 30. Juli 1946.

¹¹⁵ Alfred Kroth (1912), KPD-Politiker und Jurist, war allem Anschein nach von der KPD in die NSDAP geschickt worden mit dem Auftrag, Informationen aus der Umgebung des nationalsozialistischen Oberbürgermeisters von München zu bekommen. Er wurde im Sommer 1946 von der Münchener Spruchkammer entlastet. Vgl. SZ vom 5. Juli 1946. Kroth gehörte 1948/49 dem Wirtschaftsrat des Vereinigten Wirtschaftsgebietes an.

inzwischen von Pfeiffer¹¹⁶ wieder abgeschafft) bei drei Belasteten versucht hat, Geld zu bekommen unter dem Versprechen, ihrer Sache vor der Spruchkammer dann dienlich zu sein. In zwei Fällen bekam er 100,- und 150,- RM. Der dritte ging zu dem Erzähler dieser Geschichte. Dieser macht einen Bericht, gibt ihn dem Spruchkammervorsitzenden, dieser gibt ihn weiter an das zuständige Amt in der Wagemüllerstraße. Der dortige Beamte läßt den „Ermittler“ vorladen und gibt ihm sämtliche belastenden Schreiben in die Hand, damit er ja auch die Namen aller Beteiligten lesen kann. Worauf der „Ermittler“ wie ein Rasender zu den drei Belasteten, die die Aussagen machten, und dem Berichterstatter lief und ihnen Vorwürfe machte. Also ein vollendeter Fall von Mißbrauch des Amtsgeheimnisses.

Ein anderer Fall: Ein schwer Belasteter Geschäftsinhaber sucht seinen Fall zu beschleunigen. Schließlich erfährt er, wo seine Akten liegen. Er geht hin, und nach einigem Hin- und Herreden bekommt er seine Akten persönlich ausgehändigt und geht mit seinen ihn belastenden Papieren unterm Arm zur Spruchkammer! Ob er unterwegs nicht einige der Papiere verloren hat, dürfte schwer festzustellen sein! Das Amt, von dem er seine Akten bekam, ist in der Königinstraße¹¹⁷.

Dr. Gottwald gab dann einen kurzen Bericht über seine Eindrücke auf der Reise in die englische Zone, wo er die dortigen Unionsverbände besuchte. Auffällig sei vor allem die „unsichtbare Besatzungsmacht“ gewesen. Noch auffälliger die hohe Zahl der Mitglieder, die die einzelnen Verbände der Union in Hannover (150 000), Westfalen (175 000), Hamburg (allein in der Stadt 25 000) und so fort hatten. Am auffälligsten aber sei die hohe Meinung aller in Hessen, Hannover, Westfalen, Hamburg und so weiter von der Union in Bayern gewesen: Dort gelte die Union in Bayern als das große Vorbild (runde Augen der Anwesenden!), als der geschlossene Block (leises Gekicher!), als die Verkörperung des Begriffes der Union (lautes Gelächter!).

In diesem Augenblick kam Dr. Josef Müller. Gottwald hörte auf zu reden. Hanfstaengl raunte ihm zu: Machen Sie doch weiter! Gottwald: Müller weiß es doch schon! Hanfstaengl: Das macht nichts! Wir möchten sein Gesicht dabei sehen! Also fuhr Gottwald in der merkwürdigen Reisegeschichte fort. Dr. Müller saß still dabei, ließ nur seine Äuglein von einem zum anderen laufen (wahrscheinlich wollte er seinerseits die Gesichter der Anwesenden während dieses Berichtes studieren!) und lächelte nur maliziös! Als dann Professor Gerathewohl den Vorschlag machte, diese hohe Meinung der Unionen der anderen Zonen zu drucken und der Fraktion der Union in der Landesversammlung vorzulegen zum eingehenden Studium und zur Ermunterung, die hohe Meinung der anderen nicht zu enttäuschen, meinte Dr. Müller nur: Diesen Vorschlag wollte ich gerade auch machen! – womit er die Situation wieder beherrschte.

¹¹⁶ Anton Pfeiffer, als Nachfolger von Schmitt (KPD) von Juli bis Dezember 1946 Entnazifizierungsminister, schaffte die Ermittler nicht ab, sondern beendete durch organisatorische und personalpolitische Maßnahmen den von seinem Vorgänger unternommenen Versuch, im Befreiungsministerium einen stark mit Kommunisten durchsetzten Ermittlungsdienst aufzubauen, dem alle Ermittler im Lande unterstellt sein sollten. Vgl. Niethammer, Entnazifizierung, S. 376 ff.

¹¹⁷ In der Münchener Königinstraße befand sich das Staatsministerium für Sonderaufgaben.

Dr. Müller gab dann noch kurz einige Mitteilungen über die Arbeit in der Fraktion der Union in der Nationalversammlung. In der Frage des Staatspräsidenten sei sich die Versammlung absolut uneinig und zwar in einem solchen Verhältnis, daß zusammen mit den ablehnenden Stimmen der SPD, KPD und WAV der Staatspräsident wohl nicht durchgehe! Er selber sei ja wie bekannt schon immer gegen den Staatspräsidenten gewesen. Er meine: Wenn man, „um stabile Verhältnisse zu schaffen“, die Regierung auf vier Jahre wähle, wenn man aus dem selben Grund eine Zweite Kammer, die wahrscheinlich durchgehen werde, aufstelle, dann dürfte wohl mit einem Staatspräsidenten, der auf 10 Jahre gewählt werden würde, die Lage so „stabil“ geworden sein, daß überhaupt alles nur noch stabil und vollkommen unbeweglich geworden sei.

Übrigens habe ihm auf der wöchentlichen Sitzung der Parteiführer bei der Militärregierung am Dienstagmorgen Dr. Hoegner plötzlich den Vorschlag gemacht: Die SPD würde den Staatspräsidenten auch befürworten, wenn man sich teilen wolle: Die Union stellt den Staatspräsidenten und die SPD den Ministerpräsidenten¹¹⁸.

Dr. Müller abschließend: So einfach würde ich es mir auch wünschen! Wenn ich noch nicht gegen den Staatspräsidenten gewesen wäre, wäre dieser Vorschlag ein Grund, dagegen zu sein.

24 Ochsens-Club am 6. August 1946

Am Ende der Ochsens-Clubsitzung der vergangenen Woche war der Sitzungstag auf den Dienstag verlegt worden. Auf der heutigen Sitzung, zu der nur acht Teilnehmer gekommen waren, wurde von den Vertretern der jungen Generation beantragt, in Zukunft an den Donnerstagen zusammenzukommen, weil am Dienstag schon seit langem der sogenannte „Dienstag-Club“ – „dessen Tradition älter ist als die CSU in Bayern“ – tage. Der Antrag wurde angenommen. In Zukunft wird der „Ochsens-Club“ also am Donnerstag zusammenkommen. Die nächste Sitzung findet am 22. August statt [...]

Auf der vorletzten Sitzung hatte sich auch ein bisher Unbekannter an der Diskussion beteiligt und hatte dabei verraten, daß er Bürgermeister einer kleinen Gemeinde in der Nähe von München und von Sozialdemokraten und Kommunisten gewählt worden sei. Damals hatte sich sofort ein teils erstauntes, teils peinliches Flüstern um den Tisch erhoben, wer wohl dieser mysteriöse Unbekannte sei und wie er überhaupt in diesen intimen Club Dr. Müllers hineingerate. Auf der heutigen Sitzung tauchte er wieder auf. Dr. Müller machte, mit deutlichen Blicken auf den Fremden, den Vorschlag, in Zukunft besonders einzuladen, um die Gewähr zu haben, nur vertrauenswürdige Personen in seinem Zirkel zu wissen. Der Antrag wurde angenommen. Der Unbekannte blieb aber hier.

¹¹⁸ Nach der Erinnerung von Richard Jaeger, der an der Sitzung teilnahm, sollte Hoegner Staatspräsident und Müller Ministerpräsident werden. Schriftliche Mitteilung Richard Jaegers vom 17. März 1983.

Die geringe Teilnehmerzahl war wohl die Ursache, daß heute nicht wie üblich verhandelt wurde. Es entwickelte sich vielmehr ein kleines Gespräch mit zum Teil harmlosem Inhalt.

Im Laufe des Gesprächs brachte Hanfstaengl die Rede auf Schwarzhandel, Währungsfragen und so weiter. Er meinte, es müsse hier wohl bald einmal energisch durchgegriffen werden, wenn man verhüten wolle, daß schließlich auch der kleinste Mann im Volke vom Schwarzhandel angekränkelt und das Übel überhaupt unausrottbar geworden sei. Er halte dafür das beste Mittel die Abstempelung des Geldes, selbst wenn es vorerst nur im amerikanischen Sektor durchgeführt würde. Auf diese Weise würde das überschüssige Geld dem freien Markt und dem Schwarzmarkt entzogen. Wer Zehntausende und Hunderttausende zum Abstempeln bringe, müsse einmal nachweisen, wie und wann er es erworben habe. Es müsse ihm dann, wenn er es rechtmäßig erworben oder schon lange besessen habe, ja nicht genommen werden, aber der Staat wisse ja dann, wo er Steuern einheben könne!

Dr. Josef Müller wandte dagegen ein, eine Währungsreform ließe sich wohl nicht nur im amerikanischen Sektor durchführen. – (Zwischenruf Hanfstaengls: Mein Vorschlag bedeutet ja keine Währungs-, sondern nur eine Zahlungsmittelreform!) Solange die Russen sich nicht mit einer Währungsreform einverstanden erklärten, seien alle Versuche zum Scheitern verurteilt. Die Voraussetzung für eine erfolgreiche Währungsreform sei eben nun einmal die Wirtschaftseinheit Deutschlands. Im übrigen hätten ihrerseits die Russen schon eine gewisse Reform vorgenommen, in dem sie ihre Hand auf die öffentlichen Banken und sonstigen Geldgeschäfte gelegt und damit den Geldverkehr geregelt hätten. Jene aber, die zuhause ihren Koffer mit Banknoten stehen hätten, seien auch dadurch nicht erfaßt worden.

Hier entschuldigte sich Dr. Müller mit den Worten: Ich muß leider gleich wieder weg, ich habe nämlich eine wichtige Besprechung mit dem Rabbiner von München¹¹⁹. Ich kann Ihnen heute sagen, daß sich schon seit einigen Wochen eine herzliche Freundschaft zwischen dem Rabbiner und mir und damit mit der Union angebahnt hat. Wir sind uns einig geworden, daß für einen anständigen Juden in der Union ebenso gut Platz ist wie für einen Katholiken und Protestanten. Sie können sich denken, daß sich das nach einer gewissen Seite hin für die Union sehr gut auswirken wird. (Heftiges Kopfnicken und beifällige Zurufe der Anwesenden, wobei aber nicht sicher ist, ob alle wußten, nach welcher Richtung sich diese Ehe Judentum-CSU auswirken könne.)

Nach dem Weggang Dr. Müllers ging das Gespräch über Schwarzhandel und Steuern weiter. Herr Kastelmaier¹²⁰ erzählte von einer Tagung in Berlin, wo die Teilnehmer am Ende mit Amerikanern zusammen gespeist hätten. Der Preis für das Gedeck habe ungefähr 250,- RM betragen. Beim Verabschieden habe jeder von den Amerikanern ein Päckchen Zigaretten bekommen mit den Worten: Ihre Unkosten sollen nicht allzuhoch sein. Verkaufen Sie diese Schachtel am Bahnhof. Sie werden RM 200,- zu-

¹¹⁹ Oberrabbiner von München war seit Oktober 1945 Aaron Ohrenstein (1909), 1935–1938 Rabbiner in Berlin, während des Krieges in Zwangsarbeitslagern, 1947–1955 Landesrabbiner von Bayern.

¹²⁰ Zu Kastelmaier waren keine näheren Angaben zu ermitteln.

rückbekommen! Stadtrat Hanfstaengl erzählte dann von einem Gespräch, das er kürzlich mit einem Amerikaner über die hohen Einkommen- und Lohnsteuern geführt habe¹²¹. Er habe ihm klargemacht, daß ein Mann, der im Jahr 24 000 RM zur Verfügung haben wolle, mehrere Hunderttausend verdienen müsse. Eine gefährliche Folge der hohen Steuern sei, daß die Geschäftsleute nur gerade so viel Handel treiben und Ware umtreiben werden, als sie zum Leben nötig haben. Von einem Aufschwung dürfe man dann nicht allzuviel erwarten. Ein Arzt, um ein anderes Beispiel zu nennen, bekomme sonst normalerweise für einen Nachtbesuch RM 10,-. Nach den Steuern bleiben ihm davon heute noch RM -,50. Glauben Sie, daß dieser Arzt heute noch viel Nachtbesuche macht? Die Folge der unsinnigen Steuerpolitik sei hier wie bei den Geschäftsleuten wie in allen Berufen ein Nachlassen der Berufsmoral. Der beinahe schon alltägliche Weg der Zahlung sei heute nicht mehr der über die öffentlichen Banken und durch die Geschäftsbücher, sondern der von der einen Hand in die andere, um sich um die Steuern drücken zu können. So sei die neue Steuergesetzgebung der beste Weg, um auch noch die restlichen „anständigen“ Geschäftsleute auf den schiefen Weg zu bringen.

Zum Schluß habe er dem Amerikaner gesagt: Ein Gutes habe die neue Steuergesetzgebung des Kontrollrates: Sie sei so abgrundtief dumm und ungeschickt, daß man eigentlich schon längst gemerkt haben müßte, daß es so nicht geht!

Nach einem wortreichen Lamento Hanfstaengls über seine Erfahrungen mit amerikanischen Behörden [sagte er], er sei heute in der Angelegenheit seines Geschäfts (Kunsthandel) nach zahllosen Besuchen bei amerikanischen Stellen und ebenso zahllosen Besuchen von Amerikanern bei ihm und ebenso viel Versprechungen gerade so weit wie vor einem Jahr.

Es muß aber hinzugefügt werden, daß Hanfstaengl diese Bemerkungen in keineswegs feindseliger Weise gegen die Amerikaner geäußert hat. Er ist vielmehr einer der wenigen, die auf den Sitzungen Worte des Verständnisses sowohl für die Mentalität der Amerikaner wie für die Schwierigkeiten ihrerseits finden, ohne dabei aber viel Verständnis bei den Anwesenden der Clubsitzungen zu finden.

25 Ochsens-Club am 22. August 1946

Es hatten sich nur vier Personen eingefunden. Als schließlich mit großer Verspätung Professor Gerathewohl erschien, betrachtete er enttäuscht die kleine Versammlung und sagte: „Das ist so recht ein Bild des Zustandes in der CSU! So sieht's auch darin aus!“ (Zur selben Zeit fand im Rathaus eine Bezirksversammlung der CSU-München statt, auf der Dr. Hundhammer über die Politik der CSU-Fraktion in der Verfassung-

¹²¹ Zur Steuerpolitik der Alliierten siehe Kontrollratgesetz Nr. 12 über die Änderung der Gesetzgebung in Bezug auf Einkommensteuer, Körperschaftsteuer und Gewinnabführung vom 11. Februar 1946, das die aus der NS-Zeit stammenden Steuersätze teilweise drastisch erhöhte. Vgl. Akten zur Vorgeschichte der Bundesrepublik, Bd. 1, S. 433 f.

gebenden Versammlung Bericht erstattete. Dies dürfte ein Grund für den dürftigen Besuch der „Ochsen-Club“-Sitzung sein.)

Zufällig war im Landessekretariat ein Vertreter der CDU aus Berlin anwesend: Dr. Lenz¹²², Mitbegründer und Vorstandsmitglied der CDU in der russischen Zone. Den Inhalt des Gesprächs, den das kleine Häuflein des Ochsen-Clubs mit ihm hatte, ist hier kurz wiedergegeben:

Wie beurteilen Sie die Aussichten der CDU in den kommenden Wahlen in der russischen Zone?

Es ist schwer, eine Voraussage zu treffen. Die Sozialistische Einheitspartei (SED) hat den großen Vorteil, daß sie die volle Unterstützung der russischen Besatzungsbehörden hat. Sie hat zudem den Vorteil einer großen Presse: Die Auflage der SED-Zeitungen beträgt etwa 2,5 Millionen, während die CDU-Zeitung „Die Neue Zeit“ nur 250 000 hat (in Berlin). Der größte Vorteil für die SED aber ist ein psychologischer Umstand: Obwohl im russischen Sektor jeder sich politisch betätigen kann, wie er will, ist praktisch die SED „die“ Partei, weil die vergangenen 12 Jahre im Deutschen fast völlig die starke charakterliche Haltung, die „Zivilcourage“, zerstört haben. Und im russischen Sektor gehört nun einmal Zivilcourage dazu, sich zu einer anderen Partei als der SED zu bekennen! Natürlich könnte sich bei einer geheimen Wahl aller Furcht zum Trotz die persönliche Meinung nach Belieben dokumentieren. Aber gerade die Besorgnis, ob die Wahl auch wirklich geheim und frei, geheimer und freier als in der Nazizeit sein wird, ist weit verbreitet. Es wird ungemein interessant und aufschlußreich sein, die Wahlergebnisse in den einzelnen Zonen Berlins zu vergleichen, wo unter anderem in den nicht russisch besetzten Teilen auch die Sozialdemokratische Partei mitspielen wird¹²³.

Was halten Sie von dem Nutzen der Bodenreform in der russischen Zone und von der Enteignung von Industriebetrieben? Die Bodenreform in der russischen Zone wird in der nächsten Zeit noch nicht den Erfolg bringen, den man sich versprochen hat. Man darf dieses Jahr nur eine 50%ige Ernte erwarten. Der Grund liegt freilich nicht in der Bodenreform an sich, sondern darin, daß fast kein Kunstdünger, keine Geräte und kein Zugvieh vorhanden ist.

Die CDU hat immer wieder versucht, die Enteignung von Industriebetrieben, wie sie in den sächsischen Gebieten vor sich ging, in günstigem Sinne zu beeinflussen. Zuerst sollten allgemein alle Betriebe, die für den Krieg gearbeitet haben, enteignet werden. Das hätte natürlich eine vollständige Verstaatlichung bedeutet, denn welcher Betrieb hat nicht auf irgendeine Weise „für den Krieg“ gearbeitet! Schließlich ließen sich die

¹²² Otto Lenz (1903–1957), Rechtsanwalt, seit 1928 im preußischen bzw. Reichsjustizministerium, wegen Beteiligung am 20. Juli 1944 zu vier Jahren Zuchthaus verurteilt, Mitgründer der CDU in Berlin, seit 1948 zusammen mit Josef Müller in der gleichen Anwaltskanzlei, Staatssekretär im Bundeskanzleramt 1951–1953.

¹²³ Die SPD errang in der Stadtverordnetenwahl in West-Berlin vom 20. Oktober 1946 mit 51,7% die meisten Stimmen. Die SED konnte nur 13,7% der Stimmen auf sich vereinigen. Dazu und zu den Wahlergebnissen in der SBZ vgl. Richard Schachtner, Die deutschen Nachkriegswahlen, München 1956, S. 35 und S. 77.

Russen nach Vorstellungen dazu herbei, nur solche Betriebe, die ausgesprochenes Kriegsmaterial hergestellt hatten, der Enteignung für den Staat zu unterwerfen. Aber die Wirklichkeit ging dann doch wieder auch über diese Beschränkung hinaus.

Dies ist überhaupt typisch für die Russen: Man kann ohne große Schwierigkeiten von ihnen eine Milderung von Bestimmungen erreichen. Die Russen gestehen solche Milderung beinahe lächelnd und überaus freundlich zu. Die praktische Ausführung der Bestimmungen hingegen komme dann doch den ursprünglichen Verordnungen gleich.

Ein zweites besonderes Merkmal: Die Russen verhandeln mit Vorliebe mit dem „Mann aus dem Volke“! Darum hat Jakob Kaiser, der Leiter der CDU in der russischen Zone, der aus der Gewerkschaftsbewegung kommt, bei den Russen ein so großes Ansehen. Kommt hingegen er (Dr. Lenz) zu Verhandlungen, so bekommt er immer wieder, freilich äußerst freundlich, den Einwand zu hören: „Du sein Jurist, du willst mit Paragraphen und so weiter alles verdrehen!“

26 Dienstag-Club am 3. September 1946

Der Sekretär des Kreises München der CSU, Hans Weiß, gab einen kurzen Überblick über Ereignisse in der Union während der jüngsten Zeit.

Als das Bemerkenswerteste bezeichnete er starke Spannungen innerhalb der Union, die erneut aufgetreten seien. Es seien Bestrebungen von führenden Leuten der Union vorhanden, eine eigene Arbeiter- und Bauernpartei zu gründen. Demnach könne es sich bei diesen „führenden Leuten“ nur um Horlacher, Schlögl und Genossen handeln. Ein anderer Kreis innerhalb der Union trüge sich mit dem Gedanken, wieder eine ausgesprochene katholische Partei aufzumachen.

Wie Weiß weiter mitteilte, stehe die Lizenzierung eines bayerischen Heimat- und Königsbundes¹²⁴ unmittelbar bevor. Es dürfte sich um eine mehr oder weniger gut getarnte Neubildung der seinerzeit verbotenen Königspartei handeln. Die führenden Leute sowohl in der Königspartei wie im Heimat- und Königsbund seien fast ausnahmslos dieselben.

Bei dieser Gelegenheit erinnerte der Clubvorsitzende Rechtsanwalt Brunner an ein Gespräch, das er bald nach dem Verbot der Königspartei mit Baron Redwitz¹²⁵, dem Leiter des Privatkabinetts Rupprechts, gehabt habe. Damals habe ihm Redwitz mitgeteilt, ein hoher amerikanischer Offizier hätte den Leitern der soeben aufgelösten Königspartei empfohlen, mit der Abwicklung der Geschäfte sich nicht sonderlich zu ei-

¹²⁴ Nachdem im Frühjahr 1946 die bayerische Königspartei von der amerikanischen Militärregierung verboten worden war, setzten bald Versuche zur Wiedergründung des 1933 verbotenen Bayerischen Heimat- und Königsbundes ein. Zunächst scheiterten alle Bemühungen. Erst am 10. Dezember 1949 gelang dem ehemaligen Bayernparteimitglied Anton Berr die Wiedergründung. Zu den monarchistischen Organisationen in Bayern nach 1945 vgl. Unger, Bayernpartei, S. 172 ff.

¹²⁵ Franz Freiherr von Redwitz (1888–1963), vormals Kabinettschef und Chef der Hof- und Vermögensverwaltung des Kronprinzen Rupprecht, nach 1945 Mitinitiator der im Frühjahr 1946 verbotenen Königspartei.

len. Schon damals habe sich die Königsparthei große Hoffnungen gemacht, eines Tages, wenn auch in anderer Form, wieder aufzuerstehen.

Amtsgerichtsrat Jaeger, der bisherige Clubvorsitzende, meinte dazu, ebensogut werde auch Staatsrat Schäffer eines Tages vom „Scheintod“ erwachen. Seine Abservierung sei nicht von der hiesigen Militärregierung, sondern auf besondere Weisung Washingtons erfolgt.

Kreissekretär Weiß: Das ist alles typisch für die Amerikaner. An einem Tage kriegst du eine von links übers Ohr, daß du bis in den Keller fällst, nach einigen Wochen oder Monaten packen sie dich am Kragen und stellen dich wieder auf die Beine. Aber du weißt nie, ob du in ein paar weiteren Tagen nicht wieder eine über die Ohren kriegst!

Weiß berichtete weiter: Am Donnerstag war wieder eine Fraktionssitzung der CSU in der Landesversammlung. Es wurde wieder einmal über den Staatspräsidenten „zur Probe“ abgestimmt. Von 80 anwesenden Abgeordneten (im ganzen sind es 108) stimmten 73 für den Staatspräsidenten, eine Stimme war dagegen, die übrigen enthielten sich der Stimme. Vor der Abstimmung hatte sich der Landesvorsitzende der CSU, Dr. Josef Müller, gegen den Staatspräsidenten ausgesprochen, gleichfalls der Abgeordnete Hausleiter. Die Stimme „dagegen“ stammte von dem Vertreter des Abgeordneten aus Wunsiedel (Busch)¹²⁶. Die sich der Stimme Enthaltenden (Dr. Müller, Hausleiter und so weiter) stammen fast ausnahmslos aus der ober- und mittelfränkischen Gegend. Diese Minderheit würde auch, wie Weiß betonte, in der Landesleitung der Union zusammen mit Norddeutschen die beherrschende Rolle spielen. (Dr. Josef Müller ist selber Franke, aus Ochsenfurt (daher der „Ochsensepp“), Liedig, Gronwald, Gerathewohl und zahlreiche andere in der Landesleitung sind keine „Altbayern“!)

Allgemeine Heiterkeit rief die Tatsache hervor, daß auf der letzten Probeabstimmung Dr. Horlacher für den Staatspräsidenten stimmte, während er genau eine Woche zuvor dagegen gestimmt hatte! Wie Dr. Hundhammer, der Fraktionsvorsitzende vertraulich zu Weiß geäußert hat, sei es noch gar nicht sicher, ob der Staatspräsident „durchginge“. Dann trete der immerhin einzigartige Fall ein, daß die Union alle drei großen Wahlparolen (Staatspräsident, Zweite Kammer, Mehrheitswahlrecht) schließlich und endlich geopfert habe. Wie sie dies vor den Wählern verantworten wolle, sei ihm nicht klar.

Amtsgerichtsrat Jaeger gab dann noch einige Einzelheiten zu der neuen Verfassung bekannt. Er kritisierte besonders das Nachgeben der Union in der Frage der Zweiten Kammer, die die Union den Sozialdemokraten zuliebe geopfert habe. Dafür habe man nun einen gänzlich einflußlosen, nur beratenden „Senat“ eingetauscht. Er könne nicht verstehen, daß Dr. Josef Müller immer wehleidig erkläre, der Staatspräsident käme Bayern zu teuer, man müsse sparen; warum sei er dann für einen einflußlosen

¹²⁶ Abgeordneter aus Wunsiedel war Hans Schwägerl (1901–1973), Kaufmann, 1946 Vorsitzender der CSU im Landkreis Wunsiedel, 1946–1973 Stadtrat in Marktredwitz. Zu Busch ließen sich keine näheren Angaben ermitteln.

Senat, der dem Staat wahrscheinlich mehr kosten werde als ein Staatspräsident mit-samt einigen dazugehörigen Beamten? Aber wahrscheinlich wolle Müller lieber für vier Jahre Ministerpräsident mit beinahe absoluter Gewalt werden (nach der Verfassung kann der Ministerpräsident durch kein Mißtrauensvotum gestürzt werden, er regiert die vier Jahre durch, für die er gewählt wurde), als hinter einem Staatspräsidenten der zweite sein¹²⁷.

27 Dienstag-Club am 10. September 1946

Es waren 11 Mitglieder anwesend. Ursprünglich war Professor Nawiasky¹²⁸ zu einem Referat geladen, er hatte jedoch um eine Verlegung gebeten. So wurde der Abend auch diesmal wieder zu einem lockeren Aussprachekreis.

Der Anstoß zu dem gestrigen Gespräch kam von dem früheren Regierungsrat und Dipl.-Volkswirt Dr. Gleissner aus Freising, der jetzt von der Freisinger Spruchkammer wegen aktiven Widerstandes gegen die Nazis in die Gruppe der Entlasteten eingereiht wurde, aber dennoch nicht in seinen früheren Beruf zurückkehren kann bis zu einer Regelung durch ein kommendes Beamtengesetz (Dr. Gleissner war in der SA).

In Freising sei, so erzählte Gleissner, die Stimmung der Bevölkerung (damit meinte er die früheren Nazis!) auf einen Siedepunkt gelangt durch die Beschlagnahmungen von Wohnungen und Wohnungseinrichtungsgegenständen durch die amerikanische Besatzungstruppe. Die Stärke der Besatzung von 18 000 Mann, die einen Dienstpersonalapparat von weiteren 17 000 Menschen benötigten, laste schwer auf der kleinen Stadt.

Noch größer sei die Erregung wegen der Denazifizierung. Zuerst habe man sich gesagt, die Säuberung sei eine persönliche Rache der Kommunisten und erhoffte sich von der Übernahme des Säuberungsministeriums durch Pfeiffer manche Besserung. Statt dessen seien Verschärfungen eingetreten, die jetzt der CSU zur Last gelegt werden. Großes Aufsehen bei den Nichtnazis habe jene bekannte Verhandlung vor der Erdinger Spruchkammer gemacht, wo ein Kriegsgewinnler (er hatte es während des Krieges von fast nichts zu 150 000 RM gebracht) zu einem Jahr Arbeitslager und zum

¹²⁷ Im Verfassungsentwurf von Hoegner, der der Verfassungsgebenden Landesversammlung als Diskussionsgrundlage diente, war die Stellung des Ministerpräsidenten noch sehr stark gewesen. Auf Initiative von Hans Nawiasky wurde in der Verfassungsgebenden Landesversammlung vom 28. August 1946 mit Art. 44 die Position des Ministerpräsidenten erheblich geschwächt: „Der Ministerpräsident kann jederzeit von seinem Amt zurücktreten. Er muß zurücktreten, wenn die politischen Verhältnisse ein vertrauensvolles Zusammenarbeiten zwischen ihm und dem Landtag unmöglich machen“. Vgl. Hoegner, Außenseiter, S. 250 f.

¹²⁸ Hans Nawiasky (1880–1961), Staatsrechtler, Mitarbeit an der Verfassungsurkunde des Freistaates Bayern vom 14. August 1919 und an der Bayerischen Verfassung vom 2. Dezember 1946, 1933 Emigration in die Schweiz, wo er an der Handelshochschule St. Gallen lehrte, zählte in der Schweiz zum engeren Kreis um Hoegner.

Einzug von 50% seines Vermögens verurteilt wurde. Darauf gingen während der Verhandlung die jetzigen Arbeitnehmer des Verurteilten, meistens Kommunisten, an zu randalieren und tötlich zu werden. Der Saal mußte geräumt werden, aber die Verurteilung wurde zunächst einmal ausgesetzt.

Auf der anderen Seite äußere sich die Erregung der schon verurteilten oder noch zu beurteilenden Nazis ungefähr folgendermaßen (wie Gleissner zum Teil aus Gesprächen, zum Teil aus dritter Hand gehört hat): „Wenn nur die Russen bald kämen, damit wir uns an den Amerikanern (denen die erste Schuld bei der Denazifizierung in die Schuhe geschoben wird!) rächen könnten!“ Oder die „verbitterten“ Nazis sagen ganz offen in Gesprächen: „Der und der und jener (gemeint sind Mitarbeiter bei den Spruchkammern!) wird auch bald abgestochen!“

28

Dienstag-Club am 24. September 1946

Als Sprecher war der Präsident des Verfassunggebenden Landtages geladen. Da er nicht versprechen konnte, pünktlich zu erscheinen, hatte er den Abgeordneten der CSU, Rechtsanwalt Schefbeck¹²⁹, gebeten, bis zu seiner Ankunft zu sprechen.

Schefbeck begann sein Referat über die Bayerische Verfassung damit, daß er mit lahmmer, eintöniger Stimme die einzelnen Punkte der Verfassung herunterbetete. Gleich nach Beginn erhob sich Widerstand gegen diese Form einer Aufklärung über die Probleme der Verfassung. Vorerst kam es jedoch nur zu leisen Zwischenrufen wie: „Das können wir ja alles in der Zeitung lesen!“ und „Wir wollen über die Hintergründe der Unions-Verfassungspolitik etwas hören!“ und so weiter. Herr Schefbeck ließ sich aber dadurch nicht beeindrucken. Schließlich sagte Franz Heubl, einer der Münchener Bezirksvereinsvorsitzenden der CSU (23 Jahre alt!): „Jetzt laß ich diesen müden Knecht noch fünf Minuten reden, dann fangen wir an zu sprechen!“ Als die fünf Minuten um waren, erschien gerade zur rechten Zeit der Landtagspräsident Dr. Michael Horlacher, wie gewöhnlich etwas nachlässig und schlampig angezogen und frisirt.

Während der kleinen Pause der Begrüßung charakterisierte das Clubmitglied Regierungsrat Gleissner aus Freising den Abgeordneten Schefbeck folgendermaßen: „Arm im Geiste!“ Heubl ergänzte dazu: „Aber einer der größten Ehrgeizlinge der Union!“ Und Toni Böck, der Sekretär der „Katholischen Jungen Mannschaft“ meinte abschließend: „Nach dem, was die Union aus der Verfassung gemacht hat, könnte man meinen, daß die anderen Abgeordneten der Union sich von Schefbeck kaum unterscheiden!“

Der Clubvorsitzende, Rechtsanwalt Brunner, bat Dr. Horlacher, gleich in die Diskussion der für die junge Generation brennenden Verfassungsfragen und der in der Union darin angewandten Methoden zu treten.

Toni Böck stellte die erste Frage: „Wie ist es dazu gekommen, daß die Union sich von

¹²⁹ Otto Schefbeck (1900–1972), Rechtsanwalt, Mitgründer der CSU, 1946 Mitglied der Verfassunggebenden Landesversammlung, 1946–1950 MdL in Bayern.

ihren im Wahlkampf proklamierten Verfassungsgrundsätzen wie Zweite Kammer, Mehrheitswahlrecht und Staatspräsident abwenden konnte?“

Dr. Horlacher umging aber geschickt das Wesen dieser Frage und begann, sich über den Nutzen und die Vorzüge der nun verabschiedeten Verfassung auszulassen¹³⁰. Zum Problem der Zweiten Kammer meinte er u. a.: Eine Zweite Kammer, die nach denselben Grundsätzen zustande gekommen wäre wie der eigentliche Landtag, wäre zu sehr ein Abklatsch der anderen Kammer geworden. Ein Ausgleich zum Landtag wäre sie nicht geworden. Es hätten sich in ihr wohl dieselben parteipolitischen Kämpfe abgespielt. Der Senat aber, der nun an die Stelle der abgelehnten Zweiten Kammer getreten sei, sei wohl imstande, die wahre Gliederung des bayerischen Volkes, unabhängig von parteilichen Gesichtspunkten, darzustellen. Es kämen nun im Senat zum Beispiel auch die freien Berufe, die Wissenschaften und so weiter zum Ausdruck und zur Geltung, die in der reinen Parteienvertretung wohl immer zu kurz kommen würden. Außerdem sei es im Senat nun auch den Kirchen möglich, unabhängig von den Parteien ihre Stimme zu erheben. Was das vermißte Vetorecht angehe, so habe der Senat doch auch zumindest eine aufschiebende Wirkung, der Landtag müsse die von ihm beanstandeten Gesetzentwürfe noch einmal gründlich durcharbeiten¹³¹.

Rechtsanwalt Brunner und Treuhänder Max Schnurr betonten dem entgegen, daß der Senat wohl sehr bald der allgemeinen Lächerlichkeit verfallen würde, wenn der Landtag nur zwei- oder dreimal über die Bedenken des Senats einfach hinweggegangen sei. Dr. Horlacher meinte, daß er die Gefahr der Lächerlichkeit nicht sehen könne, schließlich bestünden die Senatoren doch aus lauter erfahrenen Männern und Sachkennern, deren Bedenken im Landtag sicher Rechnung getragen würde.

Zur Frage des abgelehnten Mehrheitswahlrechtes sagte Dr. Horlacher: Durch das Mehrheitswahlrecht hätte die Union bei der nächsten Wahl, bei entsprechenden Bedingungen wie bei der letzten Wahl natürlich, ungefähr 140 statt 108 Abgeordnete zu erwarten, während die SPD nur auf ungefähr 25 gekommen wäre. Dagegen war natürlich ein ungeheurer Widerstand der anderen Parteien zu erwarten!

Zuruf: „Aber die Union hatte doch die absolute Mehrheit!“ Dr. Horlacher: Mit dem Mehrheitswahlrecht hätte es in allen großen Städten sozialistische Mehrheiten gegeben!

Als die Frage des Staatspräsidenten zur Sprache kommen sollte, meldete sich der Student Drexl¹³² zu Wort und bedauerte, daß es zur Ablehnung des Staatspräsidenten gekommen sei. Ziemlich abrupt kam er vom Staatspräsidenten auf den Mythos zu

¹³⁰ Der in der Verfassungsgebenden Landesversammlung ausgearbeitete Entwurf wurde am 20. September 1946 mit 134:18 Stimmen verabschiedet. Die Gegenstimmen kamen aus den Reihen der kleineren Parteien KPD, WAV und FDP. Der Entwurf wurde in dem mit der Wahl zum Landtag verbundenen Volksentscheid am 1. Dezember 1946 mit klarer Mehrheit angenommen.

¹³¹ Der Bayerische Senat erhielt auf Betreiben der SPD nur die Rechte einer beratenden und begutachtenden Kammer. Ihm gehören 60 Mitglieder an. Er soll laut Art. 34 der Verfassung die „Vertretung der sozialen, wirtschaftlichen, kulturellen und gemeindlichen Körperschaften des Landes“ sein.

¹³² Herbert Drexl (1915), Student der Theologie, Geschichte und Kunstgeschichte, später Buchhändler, 1930 Mitglied im Bund Neudeutschland, 1947 CSU-Mitglied.

sprechen und meinte, man habe bisher nur die alten Mythen zerstört, aber keinen neuen an seine Stelle gesetzt!

Das führte zu heftigen Widersprüchen von seiten der Clubmitglieder selber. Die vielen protestierenden Zurufe faßte der Vorsitzende Brunner ungefähr so zusammen: „Vom Mythos haben wir alle genug! Was wir heute brauchen, ist kein neuer Mythos, sondern eine ganz nüchterne Realpolitik!“

Vom Mythos kam dann im Verlauf der ziemlich lauten und etwas ungeordneten Diskussion die Rede auf die Preußen, worauf die Wogen noch höher gingen. Max Schnurr meinte, nach der ersten Verpreußung nach 1918 und der zweiten während des Dritten Reiches geschehe zur Zeit die dritte und endgültige Verpreußung: auf dem Wege über das Beamtentum, aber auch in der Union selber. Es sei unglaublich, wieviel Norddeutsche auf allen Ministerien und Verwaltungen herumsitzen würden. Sie hätten natürlich alle ungefähr weiße Fragebogen, weil sie in ihrer Heimat nicht nachgeprüft würden. Und in der Union sehe es ähnlich katastrophal aus. In der Führung säßen bald mehr Preußen als Einheimische. Das führe schließlich so weit, daß zum Beispiel in einem oberfränkischen Wahlkreise, einem uralten bayerischen Land, eine Norddeutsche für die CSU aufgestellt und gewählt wurde, und diese Frau habe dann in der Nationalversammlung gegen den Staatspräsidenten gestimmt. So hätte also eine Preußin mitbestimmen dürfen, ob in Bayern ein Staatspräsident sein solle oder nicht¹³³. Dieses Beispiel könne man beliebig wiederholen.

In dieses Horn blies dann plötzlich auch Dr. Horlacher selber: „Jetzt, da die Zonengrenzen zwischen englischer und amerikanischer Zone offen sind, müßten wir eigentlich verlangen, daß auch in der englischen Zone dieselben Entnazifizierungsmethoden wie in unserer Zone angewandt würden. Zum mindesten müsse man verlangen, daß diejenigen aus der englischen Zone, die herunter kämen, um hier Handel zu treiben, sich der amerikanischen Säuberungsmaschine zu unterziehen hätten!“ Lebhafter Beifall!¹³⁴

Schließlich bat Dr. Brunner, durch Zurufe aufgefordert, wieder zur Sache zu kommen. Franz Heubl betonte, daß das Gebaren der Nationalversammlung einen sehr schlechten Eindruck auf die junge Generation gemacht habe. Dr. Horlacher bestritt energisch, daß ein schlechter Ton geherrscht habe – „das hätte ich als Präsident nicht zugelassen!“ Was freilich auf den Gängen vor sich gegangen sei, davon wisse er nichts!

Nur einigemal sei er richtig erschrocken, weil Dinge gesagt worden seien, die man heute einfach noch nicht sagen dürfte. Darin habe sich besonders der Führer der Liberaldemokraten, Dr. Dehler, hervorgetan. Er habe einmal zu Dehler sagen müssen:

¹³³ Gemeint ist Maria Deku (1901), die zum Müller-Flügel zählende Abgeordnete der CSU für den Wahlbezirk Niederbayern/Oberpfalz. Sie stammte aus Düsseldorf und war mit ihrem Mann im letzten Kriegsjahr nach Sulzbach-Rosenberg gekommen. Rudolf Deku (1896) war dort 1946/47 Landrat.

¹³⁴ Ein knapper Überblick zur Säuberungspraxis in den vier Zonen bei Klaus-Dietmar Henke, Politische Säuberung unter französischer Besatzung. Die Entnazifizierung in Württemberg-Hohenzollern, Stuttgart 1981, S. 12 ff.

Sie müßten als Generalstaatsanwalt doch eigentlich wissen, wie weit Sie gehen können. Sie werden noch einmal mitten aus dem Saal heraus verhaftet werden!

Als aber schließlich noch das Stichwort „Loritz“ fiel, geriet Horlacher erst richtig in Rage, wohl in Erinnerung an die peinlichen Situationen¹³⁵, in die ihn Loritz mehrfach gebracht hatte. Horlacher bekam seinen nun schon überall bekannten roten Kopf und steigerte sich bei der Erwähnung der bekannten Loritzschen Forderung (Volksabstimmungen usw.) in einen einzigen Satz: „Das ist ja Blödsinn! Heller Blödsinn ist das! Jawohl, ein hellichter Blödsinn!“ Dieser Ausbruch Horlachers wurde im Club mit einigem Schmunzeln aufgenommen. Ein ziemlich unvermittelt ausgesprochenes Loblied auf die junge Generation, die sich in Erinnerung an ihre Fronterlebnisse zusammentun und für ihre Anschauungen kämpfen solle, von seiten Horlachers („In jeder meiner Reden betone ich, daß unsere Söhne wie Helden gekämpft haben!“) wurde von Rechtsanwalt Brunner in seinem Schlußwort ungefähr so zurückgewiesen: „Ebensowenig wie wir heute etwas von Mythos und ähnlichem hören wollen, ebenso wenig wollen wir etwas von Kriegervereinen und ähnlichem hören. Mit Mythos und Kriegervereinen hat es schon einmal angefangen! In den Kriegervereinigungen hätten wir zudem nichts anderes zu tun als uns daran zu erinnern, wie schmähsch wir in diesem Kriege mißbraucht wurden. Das wäre noch der einzige Sinn, den ein Zusammenschluß aufgrund des ziemlich fragwürdigen ‚Fronterlebnisses‘ haben könnte!“

29

Dienstag-Club am 8. Oktober 1946¹³⁶

Der Abend war ein zwangloses Gespräch über interne Angelegenheiten der Union. Adolf Miller¹³⁷ erzählte von der vor vierzehn Tagen stattgefundenen Hochzeit des in der Union wohlbekannten Heinrich Pflüger¹³⁸. Pflüger gehörte dem Fackler¹³⁹-Kreis

¹³⁵ Loritz erinnerte Horlacher in der Verfassungsgebenden Landesversammlung beispielsweise mehrmals daran, daß er 1933 als Mitglied des Reichstages dem Ermächtigungsgesetz zugestimmt hatte und provozierte damit heftige Reaktionen Horlachers. Vgl. Stenografische Berichte der Verhandlungen der Bayerischen Verfassungsgebenden Landesversammlung, 2. Sitzung vom 13. August 1946, S. 21.

¹³⁶ Die Sitzung des Dienstag-Clubs am 1. Oktober 1946 fiel aus. Vgl. den – nicht abgedruckten – Eingangssatz des Berichts über die Sitzung am 8. Oktober 1946.

¹³⁷ Adolf Miller (1918), Volkswirt, seit 1934 Mitglied im Bund Neudeutschland, 1945 Mitglied der Katholischen Jungen Mannschaft, 1946–1951 Geschäftsführer des Bezirksverbandes München der CSU, 1960–1982 im Bayerischen Statistischen Landesamt tätig, Stellvertreter des Landeswahlleiters und Leiter des Wahlbüros.

¹³⁸ Heinrich Pflüger (1908–1968), seit 1922 in der katholischen Jugend, danach in der christlichen Gewerkschaft tätig, als Mitglied des monarchistischen Widerstands in Bayern 1939 verhaftet und 1944 vom Volksgerichtshof zu fünf Jahren Zuchthaus verurteilt, 1949–1952 Vizepräsident im bayerischen Landesentschädigungsamt, 1946/47 Mitglied des Landesvorstandes der CSU, 1953 Geschäftsführer im Bezirksverband München, 1958–1968 MdL.

¹³⁹ Franz Xaver Fackler (1895–1963), im Kaiserreich und in der Weimarer Republik in der Christlichen Gewerkschaftsbewegung tätig, nach 1933 des öfteren kurzzeitig verhaftet, ab Sommer 1939 Untersuchungshaft wegen Betätigung im monarchistischen Widerstand, 1944 vom Volksgerichts-

an und ist in der KZ-Betreuungsstelle tätig. Sein Name wurde in der Union in letzter Zeit besonders genannt durch seine Teilnahme an dem „Komplott“ Facklers gegen den Landesvorsitzenden der CSU, Dr. Josef Müller. Seine persönliche und sachliche Gegnerschaft gegen Dr. Müller war seit langem bekannt. Um so mehr Aufsehen erregte es, als bei der Hochzeit plötzlich auch Dr. Josef Müller erschien. Adolf Miller erzählte: „Als der Ochsen-sepp kam, ging ein Rauschen durch die Kirche!“ Auch während der nachfolgenden weltlichen Feier blieb Müller anwesend. Bei Gelegenheit rief er den Angestellten im Kreissekretariat Adolf Miller zu sich, legte ihm „väterlich“ den Arm um die Schulter, rief auch gleich den in der Nähe stehenden Hans Weiß, den Mitarbeiter im Kreissekretariat der Union München-Land und Oberbayern, der viel mit Dr. Hundhammer zusammenarbeitet, zu sich und sagte zu beiden in lächelnd vorwurfsvollem Tone: „Ihr macht mir große Sorgen! Ihr arbeitet zu wenig und treibt mir zu viel Politik!“ Unter „Ihr“ meinte er die Führung der Kreisverbände München-Stadt und -Land und Oberbayern, die fast restlos gegen Dr. Müller eingestellt sind, und mit der zu viel getriebenen „Politik“ meinte er die Politik gegen ihn, Dr. Müller, selber.

Die beiden Gerügten, Miller und Weiß, die beide Mitglieder des „Dienstag-Clubs“ sind, der gleichfalls bekanntermaßen zu der mit Dr. Müllers Richtung unzufriedenen Opposition gehört, nahmen die Gelegenheit wahr, um ihm seine unglückliche Handhabung in der Personalpolitik in der Landesleitung vorzuwerfen. Sie wetterten gegen die vielen Preußen und gegen die Belasteten in der Landesleitung (Paul-Heyse-Straße 2–4). Adolf Miller bezeichnete es als einen Erfolg jener Unterredung, daß jetzt der bisher in der Landesleitung an führender Stelle tätige Dr. Gronwald, der als der Vertreter Dr. Müllers in der Paul-Heyse-Straße galt, ausgebootet wurde. Gronwald war früher, wie schon einmal berichtet wurde¹⁴⁰, Sekretär der Deutschnationalen Partei in Mecklenburg.

Mit Unbehagen vernahmten alle Anwesenden im Club von dem immer intensiveren Treiben des früheren Präsidenten des Bayerischen Roten Kreuzes, Dr. Stürmann¹⁴¹, der sich in der Union mit aller Kraft nach „vorne“ arbeitet. Er sitzt jetzt zum Beispiel schon im Bezirksausschuß der Union von München-Stadt. Bei jener oben erwähnten Hochzeitsfeier des Heini Pflüger war auch Dr. Stürmann geladen (Stürmann ist ja bekanntlich auch mit im „Fackler-Komplott“!). Als Dr. Josef Müller sich mit Weiß und Miller unterhielt, gesellte sich auch ungerufen Dr. Stürmann dazu und beteiligte sich an den Vorwürfen wegen Dr. Müllers Personalpolitik. Dabei sagte Dr. Stürmann

hof zu 4½ Jahren Gefängnis verurteilt, nach 1945 Mitgründer der CSU, 1945/46 Beisitzer im Vorstand des CSU-Bezirksverbandes München. Fackler gehörte dem Schäffer/Hundhammer-Flügel der CSU an.

¹⁴⁰ Vgl. Dienstag-Club am 3. September 1946.

¹⁴¹ Josef Stürmann (1906–1959), Philosophieprofessor, Mitglied des monarchistischen Widerstands in Bayern, Juni 1945–Juni 1946 geschäftsführender Präsident des Bayerischen Roten Kreuzes, 1948–1950 MdL der CSU in Bayern. Zu Stürmann vgl. Neue Zeitung vom 8. März 1946 und Hoegner, Außenseiter, S. 245 f.

zu Dr. Müller: „Warum sind Sie zum Beispiel nie auf mich gekommen?“ Dr. Müller: „Wie soll ich wissen, daß Sie mit mir zusammenarbeiten wollen?“ Stürmann: „Soll ich vielleicht ins Landessekretariat kommen und sagen, ich möchte auch einen Posten?“ (Was er ja in Wirklichkeit auch will!) Abschließend fügte Stürmann boshaft hinzu (wahrscheinlich, weil er sich klar ist, daß Dr. Müller ihn, der zu seinen Gegenspielern gehört, nie in seinen engeren Kreis nehmen würde): „Ich möchte ja auch nur in die Landesleitung, um gegen Sie arbeiten zu können!“ (Dies berichtete alles Adolf Miller, Mitarbeiter im Kreissekretariat München-Stadt der CSU.)

Auf der anderen Seite berichtete Amtsgerichtsrat Jaeger von einem „Erfolg“ der Müllerschen Seite in Fragen der Personalpolitik. Er, Jaeger, war längere Zeit in der Landesleitung tätig und war eigentlich zum zukünftigen Landessekretär prädestiniert. Jaeger war gleichzeitig im ersten Halbjahr 1946 Vorsitzender des „Dienstag-Clubs“, der bekanntlich Müller ein Dorn im Auge ist. Jaeger, der heute ungefähr 34 Jahre ist, fing 1934 an zu studieren und wurde damals auf dem Wege über den „Universitätssport“ wie viele andere in die SA überführt. Er ist noch nicht vor der Spruchkammer gewesen. Vor einiger Zeit nun wurde ihm von Dr. Müller bedeutet, daß er wegen seiner „Belastung“ für die Landesleitung nicht tragbar sei. Um schließlich nicht entlassen zu werden, trat er selber sofort aus der Landesleitung aus. Wenn man bedenkt, daß Leute wie Dr. Gronwald, Gerathewohl und so weiter gehalten werden oder zum Teil bis zu Vorstößen der Opposition gehalten wurden, mutet die puritanische Haltung Müllers und des Landessekretärs Liedig gegenüber Jaeger wie ein schlechter Witz an.

Dr. Jaeger berichtete weiter: Der Kreis Landshut der CSU hat einen Antrag an die in Kürze einzuberufende Landesversammlung der Union gestellt, daß Dr. Josef Müller als Landesvorsitzender abzutreten habe. Im Kreise Landshut ist einer der führenden Figuren jener Dr. Georg Pix, Redakteur der „Isar-Post“, der schon durch seine Angriffe gegen Müller auf der Bamberger Tagung der Union im Frühjahr 1946 bekannt wurde und der dann aber auch die Aktion gegen Dr. Schäffer unterstützte. Pix war der erste Landessekretär der Union.

Dr. Alois Schlögl, der Generalsekretär des Bauernverbandes, war zu den Wahlen für die Nationalversammlung noch mit Unterstützung des Landesvorsitzenden Dr. Müller als Kandidat aufgestellt worden. Dr. Jaeger war selber im Auftrag der Landesleitung damals in Landshut gewesen und hat die Kandidatur Schlögls beim dortigen Kreisverband durchgedrückt. Inzwischen haben sich die Beziehungen Müllers und Schlögls grundlegend geändert (Besonders gut waren sie nie gewesen!). Das zeigt sich jetzt an einem Protest Schlögls: Schlögl war vor kurzem in Landshut gewesen, um die Fühler für seine Wiederaufstellung zu den Landtagswahlen auszustrecken. Kurz darauf fuhr Dr. Josef Müller gleichfalls nach Landshut und hat gegen die Aufstellung Schlögls gesprochen. Schlögl sagt nun, was das für eine demokratische Haltung sei, wenn der Landesvorsitzende einer Partei seinen Kandidaten nachfährt und sie schlecht macht!

Zur Frage des Staatspräsidenten meinte Dr. Jaeger noch, daß die Ablehnung des Präsidenten in Bayern weittragende Folgen habe. Von einem Herrn aus der Umgebung

Hoegners habe er erfahren, daß Dr. Hilpert¹⁴², großhessischer Minister und Vorsitzender der Union in Hessen, gesagt habe, man habe in Hessen nur darauf gewartet, bis in Bayern der Staatspräsident angenommen würde, um dann dort gleichfalls für die Aufstellung eines Präsidenten mit Erfolg zu arbeiten. Und gleichfalls habe Dr. Kopf¹⁴³, Ministerpräsident in Hannover, Sozialdemokrat, aber als betonter Christ bekannt, verlauten lassen, man habe die Schaffung eines Landespräsidenten erwogen, aber nach der Ablehnung in Bayern, das ein Präzedenzfall sein sollte, den Plan jetzt wieder fallen gelassen.

Es wurde dann noch heftig gegen die Art polemisiert, in der die „Mitteilungen der Union“ das bekannte Gespräch Hoegner-Dehler¹⁴⁴ berichteten. Dr. Brunner meinte unter der Zustimmung der anderen, es sei grundfalsch, auf diese Weise Dr. Hoegner noch mehr zu mißkreditieren, während man doch mehr die SPD angreifen könnte. Dr. Hoegner sei jedenfalls in Bayern der einzige führende Kopf, der Charakter und Ideen habe. Wozu Dr. Jaeger abschließend meinte: „Im Gegensatz zu Dr. Müller! Ob der Charakter hat, daran kann man wohl zweifeln, Ideen aber hat er auf jeden Fall keine!“

30

Dienstag-Club am 15. Oktober 1946

Vor Beginn des Referates von Staatssekretär Müller¹⁴⁵ vom Finanzministerium wurde im Club kurz über interne Angelegenheiten in der Union gesprochen. Thema: Aufstellung von Kandidaten für den Bayerischen Landtag.

Parteisekretär Miller gab bekannt, daß die Aufstellung von Kandidaten für den Landtag innerhalb der Union zu starken Spannungen führen werde. Es sei so, daß für München kein Protestant, keine Frau und kein Arbeiter in aussichtsreichen Wahlkreisen aufgestellt würde. Die Aufstellung von Handwerkskammerpräsident Schmid¹⁴⁶ in der Innenstadt fand die allgemeine Billigung des Clubs. Im Wahlkreis II (ein für die

¹⁴² Werner Hilpert (1897–1957), vor 1933 Landesvorsitzender des Zentrums in Sachsen, 1939–1945 KZ Buchenwald, nach 1945 als CDU-Mitglied in verschiedenen Ministerämtern in Hessen, u. a. 1947–1950 stellv. Ministerpräsident und Finanzminister.

¹⁴³ Hinrich Wilhelm Kopf (1893–1961), SPD, 1946–1955 und 1959–1961 Ministerpräsident von Niedersachsen. Vgl. Thilo Vogelsang, Hinrich Wilhelm Kopf und Niedersachsen, Hannover 1963.

¹⁴⁴ Vgl. Mitteilungen der Christlichsozialen Union vom 5. Oktober 1946, die unter Berufung auf Presseberichte folgenden Wortwechsel in der Verfassunggebenden Landesversammlung abdruckten: „Dr. Dehler zu Hoegner: ‚Sie sind doch ein Feigling, wenn Sie der Abstimmung fernbleiben!‘ Hoegner: ‚Seien Sie still, oder ich lasse Sie abführen!‘ Dehler: ‚Hören Sie alle, meine Herren, der bayerische Ministerpräsident will mich abführen lassen!‘“

¹⁴⁵ Hans Müller (1884–1961), Staatsrat und CSU-Politiker, seit 1913 in der Justizverwaltung, 1927 Präsident bei der Oberfinanzdirektion Karlsruhe, 1933–1945 Reichsrichter beim Reichsfinanzhof, ab 1945 Staatssekretär im bayerischen Finanzministerium, für kurze Zeit von der Militärregierung entlassen, aber auf Drängen Hoegners wieder eingesetzt, 1951–1955 Präsident des Bundesfinanzhofes.

¹⁴⁶ Karl Schmid (1883–1958), vor 1933 Mitglied der BVP, 1930–1933 im Stadtrat von München, 1933 MdL in Bayern, nach 1933 zeitweilig in Schutzhaft bzw. im KZ, seit 1945 in der CSU tätig, 1946–1950 MdL in Bayern, Präsident der Handwerkskammer von Oberbayern.

Union gleichfalls aussichtsreicher Wahlkreis) sollte ursprünglich ein Protestant aufgestellt werden. Der Landesbischof von Bayern hatte darauf besonderen Wert gelegt. An seiner Stelle ist jetzt der vom Bayerischen Roten Kreuz her bekannte Dr. Stürmann aufgestellt. Rechtsanwalt Dr. Lacherbauer habe schon drei Münchener Wahlkreise „bereist“, um sich als Kandidat aufstellen zu lassen. Hier setzte heftige Kritik ein: Es zeige sich, daß viele Unionsleute in führender Stellung nie genug bekämen; drei weitere Stadträte hätten sich um Aufstellung als Landtagskandidaten beworben. Franz Heubl, Bezirksvorsitzender der Union für Obermenzing, meinte dazu, diese Leute würden nicht von der Verantwortung getrieben, sondern wegen der Diäten und wegen des Ehrgeizes.

Als einziger Vertreter der jungen Generation ist in München als Kandidat aufgestellt – Anton von Aretin¹⁴⁷, der Sohn des bekannten Monarchistenführers Erwein von Aretin. Dieser Kandidat fand im Club die schärfste Kritik. Abgesehen von seiner persönlichen Untauglichkeit bedeute schon sein Name eine unnötige, schwere Belastung für die Union. Der Clubvorsitzende Rechtsanwalt Brunner erklärte unter lebhafter Zustimmung der Anwesenden, daß die Union immer wieder alles tue, um Kritik und Vorwürfe herauszufordern.

Franz Heubl lud mich zu der Sitzung des Bezirksverbandes München ein, die am Donnerstag, den 17. Oktober, im Rathaus stattfindet und wo über die Kandidatenaufstellung endgültig beraten wird. „Da kannst was erleben! Dagegen wird die Wies'n (wo das Oktoberfest stattfand) der friedlichste Garten sein! Wie sie dort geschrien haben ‚I hau den Lukas!‘, so schreien sie am Donnerstag: ‚I will Kandidat werden!‘“ Heubl sagte voraus, daß es auf der Sitzung zu den schärfsten Attacken gegen bestimmte Praktiken bei der Aufstellung der Kandidaten kommen werde!

31 Dienstag-Club am 15. Oktober 1946 (Zusatzbericht)

Staatssekretär Müller gab einen umfassenden Überblick über die Finanzlage des Deutschen Reiches seit 1925; erhellte an Hand von eindrucksvollen Zahlen die verbrecherische, auf den Krieg zielende Finanzpolitik des Dritten Reiches und beleuchtete, wieder mit eindrucksvollen Zahlen, die gegenwärtige Finanzlage Bayerns und die Aufgaben, die dem Finanzministerium gestellt sind. Besonderen Eindruck machten Zahlen aus dem Haushalt 1946/47, die Staatssekretär Müller „vertraulich“ mitteilte: 650 Mill. RM für Besatzungskosten, 100 Mill. RM für Verschleppte, 300 Mill. RM für Flüchtlinge, wovon an die Flüchtlinge bis jetzt schon 280 Mill. RM aufgewendet worden seien¹⁴⁸.

¹⁴⁷ Anton Freiherr von Aretin (1918–1981), Jurist, nach 1945 zunächst Mitglied der CSU, 1947 Übertritt zur Bayernpartei, wo er dem Landesvorstand angehörte, nach 1948 Kreisvorsitzender der Bayernpartei in Niederbayern, 1949–1953 MdB.

¹⁴⁸ Vgl. dazu die Durchführungsbestimmungen zum Staatshaushaltsplan für das Rechnungsjahr 1946, in: Amtsblatt des Bayerischen Staatsministeriums der Finanzen vom 30. November 1946, S. 70 f.

Staatssekretär Müller betonte, daß die Amerikaner ständig bemüht seien, die Besatzungskosten zu verringern. Er verteidigte ferner die Steuerpolitik des Kontrollrates und hob den ehrlichen Willen der Amerikaner hervor, die Finanzen Bayerns und Deutschlands auf die beste Weise wieder in Ordnung zu bringen. Müller hob besonders den festen Willen der Amerikaner hervor, es unter keinen Umständen zu einer Inflation kommen zu lassen.

Es war meines Wissens das erste Mal, daß die Amerikaner im „Dienstag-Club“ so sehr gelobt wurden.

In der Diskussion wurde der Redner besonders nach einer Währungsreform befragt. Müller entgegnete, daß da alles noch im Fluß sei, es lägen etwa ein Dutzend Vorschläge vor. Und zudem, selbst wenn er etwas Sicheres über die Frage wüßte, könnte er es natürlich nicht sagen. Das eine nur könne er sagen, daß eine Währungsreform zwar nicht rasch kommen werde, daß sie aber bitterhart sein würde!

Der als Gast anwesende Student Leeb (ein Verwandter des Generals Ritter von Leeb¹⁴⁹) befragte Müller in einer besonderen Sache: Unter seinen Verwandten seien mehrere alte Damen, Witwen von Offizieren aus dem Ersten Weltkrieg und noch früher, die jetzt ohne einen Pfennig Pension dastehen würden. Müller entgegnete, daß ihm diese Fälle bekannt seien und daß man dabei sei, etwas dagegen zu unternehmen. Man könne wohl nicht die Offiziere vor 1914 und während des Ersten Weltkrieges in dem Sinne zu den Militaristen rechnen, wie sie heute angeprangert würden. Im schlimmsten Falle würden diese Leute eben von der öffentlichen Fürsorge versorgt.

32

Dienstag-Club am 29. Oktober 1946

Für diesen Abend war kein besonderer Redner eingeladen (während auf der nächsten Sitzung Dr. Josef Müller sprechen soll!), so daß sich ein ganz persönlicher Ausspracheabend entwickelte.

Der Sekretär des Bezirksverbandes München-Stadt, Miller, gab zuerst bekannt, daß am Donnerstag, den 31. Oktober, der erweiterte Landesausschuß der CSU tagt, wo über die Neubildung des Parteivorstandes und über eine etwaige kommende Regierungsbildung von seiten der CSU beraten werden soll. Miller erzählte, daß Dr. Josef Müller sich bereit erklärt habe, auf den alleinigen Vorsitz in der Partei zu verzichten und ein dreiköpfiges Direktorium zu bilden, das mit der Führung der Union betraut werden soll¹⁵⁰. Diese Tatsache wurde von fast allen Anwesenden als Beweis dafür angesehen, wie unsicher die Position Dr. Müllers durch die Affaire Müller-Loritz in der

¹⁴⁹ Wilhelm Ritter von Leeb (1876–1956), vor 1933 Landeskommandant in Bayern, Oberbefehlshaber der Heeresgruppe C im Frankreichfeldzug, Oberbefehlshaber der Heeresgruppe Nord im Rußlandfeldzug, 1942 aus der Wehrmacht ausgeschieden, 1948 in Nürnberg zu drei Jahren Gefängnis verurteilt.

¹⁵⁰ Der Gedanke, ein Direktorium mit der Führung der Partei zu beauftragen, war schon im Frühjahr 1946 lanciert worden. Nach Mintzel wehrte Müller diese Versuche ab. Vgl. Mintzel, CSU, S. 110–118. Vgl. auch Dienstag-Club am 12. November 1946.

Partei geworden sei¹⁵¹. Fast jeder der Anwesenden konnte auch erzählen, daß die Stimmung in der Bevölkerung, soweit sie insbesondere für die CSU in Frage kam, ungewöhnlich stark gegen Dr. Müller und zum Teil auch stark gegen die Union eingestellt sei. Man müsse daraus Rückschlüsse auf das Ergebnis der kommenden Landtagswahl ziehen, wo mit einem starken Rückgang der Unionsstimmen zu rechnen sei, weil viele frühere Unionswähler entweder andere Parteien wählen, weiße Stimmzettel abgeben oder überhaupt nicht zur Wahl gehen würden. Demgegenüber meinte der Parteisekretär Miller, daß man in führenden Unionskreisen mit einem Ergebnis von 50–60% für die Union rechne.

Der Parteisekretär Miesgang¹⁵², Mitarbeiter Dr. Hundhammers im Bezirksverband Oberbayern der CSU, so erzählte Miller weiter, werde seine Mitarbeit aufgeben, weil ihm der ganze Betrieb der Union nicht mehr zusage. Im Anschluß daran betonte Rechtsanwalt Brunner, man könne ruhig sagen, daß mindestens 80% der jungen Generation nicht nur gegen die Union, sondern überhaupt gegen die Parteien eingestellt sei. Und dies nicht nur aus dem natürlichen Gegensatz der Generationen folgend (auf der einen die Jungen, auf der anderen Seite die „Alten“, die jetzt wieder ihre alte Politik machen), sondern einfach, weil einmal die Jungen, die das Kriegserlebnis und den Zusammenbruch hinter sich haben, die Politik der Alten, die nichts Neues zu bringen hätten, nicht mehr verstünden, und weil sie besonders zu den Praktiken der jetzigen Parteien kein Vertrauen hätten.

Der Student Pauer¹⁵³, der zum zweiten Mal im Club war, brachte dann die Rede auf den Angriff des Rundfunkkommentators Herbert Gessner auf Staatsminister Pfeiffer¹⁵⁴. Er meinte in heftigem Tone, daß man einen Mann wie Gessner eigentlich davonjagen müßte! Dem widersprach ebenso heftig der Musiker Dunz¹⁵⁵, der sagte, aus den peinlich genauen Angaben Gessners könne man nur entnehmen, daß er recht habe. Und damit sei es eigentlich an der Zeit, daß Dr. Pfeiffer die Konsequenzen ziehe, ebenso wie Müller die Konsequenzen ziehen müßte nach dem Ausgang seines Prozesses gegen Loritz. Dem Herbert Gessner würde der Stoff zu seinen Kommentaren zur Zeit gleichsam haufenweise ins Haus getragen. Es könne sein, daß in der al-

¹⁵¹ Die Auseinandersetzungen zwischen Loritz und Müller gingen im Herbst 1946 wochenlang durch die Presse. Besondere Aufmerksamkeit erregte der Vorwurf von Loritz, Müller habe 1938 bei einer Arisierung mitgewirkt und sich dabei persönlich bereichert. Vor Gericht stellten sich diese Vorwürfe als demagogische Verdrehung heraus, Müllers Ruf wurde dennoch schwer angeschlagen. Vgl. Woller, WAV, S. 46.

¹⁵² Georg Miesgang (1920), Jurist, 1946 Bezirksgeschäftsführer der CSU in Oberbayern, 1952–1966 Rechtsanwalt in München und Burghausen, seit 1966 1. Bürgermeister von Burghausen.

¹⁵³ Zu Pauer waren nähere Angaben nicht zu ermitteln.

¹⁵⁴ Herbert Gessner, ein der KPD nahestehender Kommentator im Militärregierungssender Radio München, griff im Herbst 1946 die Entnazifizierungspolitik der bayerischen Regierung vehement an. Sonderminister Pfeiffer warf er u. a. vor, „daß sein Bruder bei seinem Amtsantritt plötzlich aus dem Internierungslager entlassen worden sei, daß er dem in Nürnberg freigesprochenen Schacht einen Freibrief ausgestellt habe“. Niethammer, Entnazifizierung, S. 401. Vgl. die Rede Gessners und eine Postauswertungsanalyse von ICD vom 18. November 1946, in: NA, RG 260, 10/90–1/18.

¹⁵⁵ Paul Dunz (1906–1976), Bankkaufmann, Komponist.

lernächsten Zeit von Gessner eine Sache vorgetragen würde, in der Dr. Gerngroß seine schmutzigen Finger drin habe und in die auch Kardinal Faulhaber¹⁵⁶ verwickelt sei. Das Material habe Gessner bereits. Und er, Dunz, könne nur sagen, daß dieses Material absolut einwandfrei sei!

Darauf entgegnete Rechtsanwalt Brunner, daß Dr. Müller ohne Zweifel auch starke Positionen bei den Amerikanern habe. Er sei vor kurzem auf einer Gesellschaft von Juristen gewesen, auf der auch ein amerikanischer Offizier, der mit den Rechtsangelegenheiten betraut sei, anwesend war. Dieser habe ihm gesagt, daß die Art und Weise, wie das Gericht die Klage Müllers behandelt habe, eigentlich ein Hohn sei. Überhaupt sei eines der gefährlichsten Dinge, die es zur Zeit in Deutschland gäbe, das Denunzieren, das Abschießen von führenden Leuten!

33

Dienstag-Club am 12. November 1946

Die Rede kam natürlich sogleich auf den Angriff gegen den Landesvorsitzenden der CSU in Bayern, Dr. Josef Müller, der in der gestrigen „Süddeutschen Zeitung“ veröffentlicht wurde. Die allgemeine Meinung war die, daß nun endlich nichts mehr im Wege stünde, Dr. Josef Müller endlich zu stürzen. Es wurden die Folgen, die diese jüngste Attacke gegen Dr. Müller für die Union haben werden, lebhaft diskutiert. Alle waren sich klar, daß Dr. Müller sowohl in seiner Person wie in seiner Politik die größte Gefahr für die Union darstelle¹⁵⁷.

Auf die Frage, warum denn eigentlich trotz der angeblichen Bereitschaft Dr. Müllers kein Parteidirektorium gebildet worden sei, erklärte der Parteisekretär A. Müller: „Der Ochsensepp hat das hintertrieben! Schon vor ungefähr drei Wochen hatte Dr. Hundhammer verlangt, daß zum mindesten ein zweiter und dritter Parteivorsitzender gewählt würde. Das wurde von der Mehrheit des Landesausschusses der CSU, die ganz unter Müllers Einfluß steht, abgelehnt. Schließlich erklärte sich Dr. Müller

¹⁵⁶ Rupprecht Gerngroß (1915), Studium der Rechtswissenschaft, 1941 Chef der Dolmetscher-Kompanie im Wehrkreis Kommando VII, 1945 Führer der Widerstandsgruppe Freiheitsaktion Bayern, später Mitglied der Bayernpartei.

Michael von Faulhaber (1869–1952), 1911 Bischof von Speyer, ab 1917 Erzbischof von München-Freising, 1921 Kardinal.

¹⁵⁷ Vgl. dazu SZ vom 12. November 1946, die mit der Schlagzeile erschien: „Enthüllungen über den Landesvorsitzenden der CSU: Dr. Josef Müller – Koalitionspartner Hitlers. Aus den Akten der Bayerischen Politischen Polizei. ‚Ich bejahe die nationalsozialistische Bewegung‘“. Dem Artikel zufolge soll Müller 1933 Verhandlungen über eine Koalition zwischen Nationalsozialisten und BVP geführt haben. In einem mit gg (= Edmund Goldschagg) gezeichneten Kommentar äußerte sich die Süddeutsche Zeitung so: „Aufgabe der CSU wird es sein, so rasch wie möglich eine Entscheidung darüber herbeizuführen, ob die leitenden Männer und die Mitglieder dieser Partei es für möglich erachten, daß Herr Dr. Müller nach dem Bekanntwerden dieser seiner politischen Einstellung in den Jahren nach der Machtergreifung Hitlers noch weiterhin an der Spitze der Partei verbleiben kann“. Eine Erwiderung Müllers, in: NA, RG 260, 10/91–1/17; vgl. auch eine Erklärung der CSU, in: SZ vom 16. November 1946.

bereit, ein Direktorium als Spitze der Partei zuzugestehen. Dieses Direktorium sollte auf der Landesausschußsitzung vom 31. Oktober aufgestellt werden. Auf der Tagesordnung jener Sitzung stand aber auch die Aussprache über das Programm der Partei. Dr. Müller redete nun so lange über das Parteiprogramm, daß keine Zeit mehr blieb, um das Hauptthema des Tages, nämlich das Direktorium zu behandeln. Darüber kam es zu erregten Auseinandersetzungen, in deren Verlauf Dr. Michael Horlacher seine sämtlichen Ämter in der Union zur Verfügung stellte und mit dem Ausruf: „Mich seht Ihr hier nicht wieder!“ und seinem nun schon historisch gewordenen roten Kopf den Saal verließ. Dieses Gegners ledig, sah sich Dr. Müller lächelnd im Kreise um und sagte freundlich: „Nun, was wollt Ihr jetzt tun?“ Es wurde nichts getan, und Dr. Müller blieb nach wie vor alleiniger Vorsitzender der CSU in Bayern¹⁵⁸. Inzwischen war der Clubvorsitzende, Rechtsanwalt Brunner, gekommen und brachte das Gespräch wieder auf den Angriff der „Süddeutschen Zeitung“ gegen Müller. Brunner erklärte ungefähr:

„Ganz gleich, wie wir hier zu Dr. Müller stehen (der Club steht ganz scharf gegen Müller!), die Art und Weise, wie dieser Angriff vorgebracht wird, ist einfach schamlos. Zuerst einmal sollte die ‚Süddeutsche Zeitung‘ darauf verzichten, sich eine überparteiliche Zeitung zu nennen. Sie könnte viel besser ‚Zeitung der Sozialdemokratie‘ heißen! Zweitens ist dieser Angriff als ein Stück des Kampfes um den zukünftigen Ministerpräsidenten zu werten. Die Sozialdemokratie kämpft eben darum, daß Dr. Hoegner, und damit die SPD, am Ruder bleibt. Drittens zeigt diese Attacke dieselben Symptome, wie der seinerzeitige Angriff auf Dr. Schäffer. Die Quellen sind dieselben: Jener Zeitungsverlag in Regensburg, der vor 1933 sozialdemokratisch war, dann von den Nazis übernommen wurde und nun wieder der SPD¹⁵⁹ untersteht. In den Kellern dieser Zeitung lagern die alten Nummern, aus welchen jetzt im Fall Schäffer wie im Fall Müller zitiert wird. Damit dürfte sich auch der Verdacht erledigen, Dr. Müller habe seinerzeit den Angriff auf Dr. Schäffer lanciert, um sich eines Nebenbuhlers zu entledigen.“

Überdies, sagte Rechtsanwalt Brunner weiter, hat Dr. Müller bereits eine Entgegnung über die DANA¹⁶⁰ gehen lassen. Danach hat Dr. Müller die Äußerungen, die ihm nun zur Last gelegt werden, nicht im Zusammenhang mit dem fraglichen Zeitungsverlag gemacht, sondern während eines Verhöres durch die Vorgängerin der Gestapo. Niemand, meinte Brunner, wird aber nun, wenn er vor der Gestapo verhört wurde, etwas gesagt haben, was ihm schaden könnte, im Gegenteil, er wird alles mögliche getan haben, um für einen guten Patrioten zu gelten!

Eines aber sei sicher: 1932 wurden Koalitionsverhandlungen zwischen der alten

¹⁵⁸ Vgl. dazu Mintzel, CSU, S. 114 ff.

¹⁵⁹ Gemeint ist der Verlag der SPD „Volkswacht für Oberpfalz und Niederbayern“. Nach der Besetzung des Verlagsgebäudes 1933 erschien dort die Zeitung des Gaues „Die Ostmark“ bzw. „Die Ostwacht“, nach 1945 erschien in der Oberpfälzisch-Niederbayerischen Verlagsdruckerei GmbH das SPD-Organ Regensburger Woche, herausgegeben vom langjährigen Regensburger Stadtrat und zeitweiligen Bürgermeister Josef Rothenner.

¹⁶⁰ Deutsche Allgemeine Nachrichten-Agentur.

Bayerischen Volkspartei und den Nazis¹⁶¹ geführt. Die BVP hoffte, durch ein Zusammengehen den Nationalsozialismus weitgehend zu neutralisieren. Dieses Bestreben habe sich auch in der Sphäre des Einzelnen gezeigt. Er, Brunner, war bis zur Auflösung des Zentrums in Berlin Führer der Zentrumsstudenten. Er kenne viele seiner Leute, die damals, 1933, im besten Willen, so gut als möglich den Geist des Nazismus zu neutralisieren, in die SA gegangen seien. Ein ähnliches Ziel habe ja übrigens auch die KPD verfolgt, getreu der aus Moskau ergangenen Losung: „Hinein in die Partiformationen!“

Auf jeden Fall könne man, meinte Brunner, die Äußerungen Dr. Müllers nicht so nehmen, wie sie in der „Süddeutschen Zeitung“ stehen, wenn er sie wirklich während eines Verhörs durch die Polizei gemacht hat. Er, Brunner, sei während des Krieges auch einmal vor den Ortsgruppenleiter zitiert worden, der ihm vorwarf, daß er sich nirgends beteilige, weder bei Lumpensammlungen noch bei anderen Sammlungen. Natürlich habe er, Brunner, dem Ortsgruppenleiter nicht gesagt: „Ihr alle könnt mich“ (Götz von Berlichingen), sondern er sagte natürlich: „Ich würde sehr gern mithelfen, aber ich habe so viel Arbeit, daß ich mit dem besten Willen keine Zeit übrig habe.“ Wenn ihm nun heute jemand übel wolle, könne man ganz leicht behaupten: „Der Brunner hätte auch mit den Nazis mitgemacht, wenn er nur Zeit gehabt hätte!“

Rechtsanwalt Brunner war natürlich weit davon entfernt, Dr. Müller irgendwie in Schutz zu nehmen. Er verwahrte sich nur gegen die Art des Angriffs und gegen die Methode des Abschießens von politischen Gegnern überhaupt, die oft auch nur unter ständigem Schielen nach der Besatzungsmacht und um sich dort eine gute Nummer zu machen, diskriminiert würden.

Der frühere Clubvorsitzende, Amtsgerichtsrat Richard Jaeger, sagte zu dem ganzen Problem: Es wäre für uns alle das Beste, wenn diese „alten“ Männer von 1933, die mit dem Ermächtigungsgesetz belastet sind, endlich einmal in der Union verschwinden würden, zumindest von den führenden Posten. Daran ist kein Zweifel, daß diese alten Abgeordneten und Politiker von 1933 schmachlich versagt haben, ob aus Feigheit oder Dummheit, sei dahin gestellt. Tatsache sei, daß diese Männer gegen den Nationalsozialismus gewählt worden seien und dann für den Nationalsozialismus gestimmt hätten! Diese Schuld könne ihnen niemand abnehmen!

Ein Clubmitglied war am Nachmittag wegen der Affaire Müller bei Dr. Lacherbauer: „Es wird uns nichts anderes übrig bleiben“, meinte Dr. Lacherbauer, „als Dr. Müller gegen diesen Angriff in Schutz zu nehmen, so leid es uns auch tut. Denn es geht schließlich um die Union!“

Ein anderes Clubmitglied behauptete, diese ganze Angelegenheit sei schon seit Frühjahr bei der CIC bekannt, diese hätte aber nichts unternommen. Man könne doch diese Tatsache auch als Beweis dafür nehmen, daß die Sache nicht so liege, wie sie die „Süddeutsche Zeitung“ behauptet!

¹⁶¹ Vgl. Wiesemann, Vorgeschichte der NS-Machtergreifung, S. 127 ff.

ren erkennen konnte, kam nicht einmal ein richtiges Gespräch zustande und die Versammlung löste sich gleich wieder auf.

Einer der Anwesenden erzählte, er sei vor kurzem gefragt worden, wie viele sich bekämpfende Richtungen es eigentlich in der CSU gebe. Ehrlich gestanden, habe er darauf keine rechte Antwort geben können.

Einer der Sekretäre des Kreisverbandes München der CSU, Adolf Miller, klärte ihn darüber auf: Wir unterscheiden in der Union vor allem drei Gruppen: Die Gruppe Hundhammer (früher Schäffer), die Gruppe Dr. Müller und der sogenannte Bauernflügel (Horlacher, Schlögl). Für den gefährlichsten halten wir den Bauernflügel. Ihm ist es seinerzeit, unter tätiger Mithilfe von Dr. Müller, gelungen, Dr. Fritz Schäffer umzulegen. Jetzt hat der Ochsenpapp selber die Macht der Bauerngruppe verspüren müssen. Und niemand weiß, wann sie nun wieder zur Abwechslung über Hundhammer oder über sämtliche CSU-Minister herfallen wird.

Miller meinte weiter, es sei bedauerlich, daß sich Dr. Müller und Dr. Hundhammer so sehr bekämpften: Der Unterschied zwischen beider Auffassungen sei kurz folgender: Hundhammer tritt für einen Staatenbund ein mit möglichst großer Selbständigkeit Bayerns. Dr. Müller denke zentralistisch, er fahre „im Eilzug“ ins Reich, mit dem nicht mehr zu verbergenden Ehrgeiz, der erste Kanzler des Vierten Reiches zu werden!

35

Dienstag-Club am 11. Februar 1947

Referent des Abends war Dr. Semler, der Vorsitzende des Wirtschaftspolitischen Ausschusses der CSU. Semler soll der Müller-Richtung in der CSU angehören. Bei einem Sieg der Müller-Gruppe war er für den Posten eines Staatssekretärs im Wirtschaftsministerium vorgesehen.

Dr. Semler knüpfte seine Ausführungen an einen Artikel in der Zeitschrift „Der Ruf“¹⁶⁵, in dem von der Hoffnungslosigkeit und der Ungeduld der jungen Generation die Rede war. Er verglich die heutige Situation mit der nach dem Ersten Weltkrieg, da die jungen Menschen vor einer ähnlichen Lage gestanden hätten. Nur sei die Aussichtslosigkeit und die Not – die materielle wie die geistige – heute um vieles größer. Er hoffe, daß bei den in Kürze zu erwartenden Verhandlungen über eine deutsche Verfassung die Fehler, die nach 1918 gemacht worden seien, vermieden würden. Er, als geborener Hamburger, könne nur zu gut die Tendenzen in Bayern verstehen, die auf möglichst weitgehende Selbständigkeit Bayerns hinausliefen. Er denke in dieser Hinsicht vielleicht noch „separatistischer“ als die wildesten Bayern. So sei er zum Beispiel auf der kürzlich stattgefundenen Tagung in Königstein, wo zum erstenmal

¹⁶⁵ Vgl. z. B. die Beiträge von Hans Werner Richter, Warum schweigt die junge Generation? Heft 2, 1. September 1946, oder von Alfred Andersch, Aktion oder Passivität? Heft 12, 1. Februar 1947, beide in: Der Ruf. Eine deutsche Nachkriegszeitung, hrsg. von Hans Schwab-Felisch, München 1962, S. 29 ff. und S. 132 ff.

Vertreter der Union aus allen vier Besatzungszonen zusammengekommen seien¹⁶⁶, der einzige gewesen, der die Interessen Bayerns scharf vertreten hätte. Nicht nur zum Erstaunen der mit ihm dorthin abgeordneten Bayern, sondern auch der übrigen Tagungsteilnehmer. Aber das hänge eben mit seiner Heimat Hamburg zusammen, die für so lange Zeit ein eigenständiges Dasein geführt habe.

Semler betonte auf der anderen Seite aber auch, daß es notwendig sei, die Stimmen vor allem aus dem ehemaligen Preußen zu verstehen, die heute so laut nach einem eigenen Deutschland riefen. Im Gegensatz zu Bayern oder dem Rheinland oder Hamburg, wo sich die Leute immer ihrer Eigenständigkeit bewußt geblieben seien, könne man heute etwa von den Bewohnern Hannovers oder Braunschweigs oder der Provinz Sachsen nicht verlangen, daß sie nun plötzlich Hannover oder Lippe-Detmold oder die Provinz Sachsen als ihr Vaterland betrachten. Nachdem das staatliche Gebilde, in dem sie bisher lebten, nämlich Preußen, zerschlagen sei¹⁶⁷, bliebe ihnen wirklich nichts als die Berufung auf ihr größeres Vaterland, nämlich auf Deutschland.

Dr. Semler erklärte weiter: Über eines müssen sich die Bayern freilich klar sein – mag die zukünftige staatliche Neuformung Deutschlands aussehen wie sie will: Auf dem wirtschaftlichen Gebiet würde Bayern nie für sich leben können. Zumindest der wirtschaftliche Sektor muß einheitlich und zentral für ganz Deutschland gelenkt werden. Wir werden da auch nicht – wenigstens für die erste Zeit – um eine Wirtschaftsplanung herumkommen.

Zu den aktuellen Wirtschaftsfragen Bayerns gehören, wie Dr. Semler weiter ausführte, die Errichtung neuer Industrien und die Wiederbelebung der Fremdenindustrie. Nach der Auslöschung der Textilindustrie in der russischen Zone habe zum Beispiel Augsburg die einzigartige Chance, *die* führende Stadt der Textilindustrie zu werden. Dazu müßten unter Umständen andere Fragen zurückstehen. Es könnte notwendig werden, daß z. B. der Wiederaufbau Münchens noch fünf oder mehr Jahre zurückgestellt werden müsse, damit Augsburg um so eher hergestellt werden könne und Unterkünfte für die Arbeiter der Textilindustrie beschafft werden könnten. Dies zwänge unter Umständen das Wirtschaftsministerium zu unpopulären Maßnahmen – in diesem Fall für die Münchener. Aber wenn diese Maßnahmen in der Öffentlichkeit begründet würden, würden sie vielleicht auch eingesehen. Ähnlich stehe es mit der Frage des Fremdenverkehrs. Es sei zwar angesichts der Flüchtlingsnot beinahe ungeheuerlich, so zu sprechen, aber es müßten mit aller Energie alle Möglichkeiten für die Wiederbelebung des Fremdenverkehrs in Bayern ausgeschöpft werden. Wenn man bedenke, daß früher die Bruttoeinnahmen des Fremdenverkehrs in Bayern RM 300 Millionen im Jahr ausgemacht hätten und daß davon ein großer Teil in Devisen bestanden hätte, so sei die Notwendigkeit drastischer Maßnahmen auf diesem Gebiet wohl begründet. Besonders lebhaft wandte sich Dr. Semler dann den Fragen

¹⁶⁶ Gemeint ist die 2. Königsteiner Tagung der Unionsparteien am 5./6. Februar 1947. Vgl. dazu Bruno Dörpinghaus, Die Arbeitsgemeinschaft der CDU/CSU Deutschlands, in: Politisches Jahrbuch der CDU/CSU, 1 (1950).

¹⁶⁷ Die „Auflösung des Staates Preußen“ erfolgte durch Kontrollratsgesetz Nr. 46 am 25. Februar 1947.

der Landwirtschaft zu. Er betonte, daß er es bisher nie an Mahnungen an den Bauernflügel in der Union habe fehlen lassen, sich nicht zu sehr auf den Reichtum Bayerns und auf eine eventuelle Autarkie auf dem Gebiet der Versorgung zu verlassen. Er rate immer wieder, alles mögliche zu tun, um es auf dem Gebiet der Ernährung nicht nur zu Leistungssteigerungen, sondern vor allem zu Veredelungen zu bringen. Es dürfte wohl nicht allzu lange mehr dauern, daß der deutsche Markt von einem Überangebot billiger ausländischer Lebensmittel überschwemmt werde, und zwar unter Bedingungen, mit denen der bayerische oder der deutsche Bauer nicht mehr konkurrieren könne. Er könne nur eines dann tun, landwirtschaftliche Erzeugnisse so sehr zu veredeln und zu vervollkommen, daß sie im Export welthandelsfähig würden. Man dürfe auch nicht vergessen, daß auch hier die Konkurrenz groß sein würde: So seien zum Beispiel auf dem Gebiet der Käsewirtschaft die Schweiz, Tirol und Vorarlberg schon sehr weit vorgeschritten und dürften einmal in schwerster Konkurrenz mit dem Allgäuer Käse liegen.

Wenn einmal die billigen Lebensmittel auf dem deutschen Markt aus dem Ausland erscheinen würden, dürfte wohl auch, wie Dr. Semler meinte, das Liebäugeln und Bemuttern der SPD den Bauern gegenüber aufhören. Die SPD könne ja gar nicht anders, als die Interessen der arbeitenden Massen in den großen Städten vertreten: Wer aber könne von diesen verlangen, teure deutsche Erzeugnisse zu kaufen, wenn ihnen zum Beispiel billiges Gefrierfleisch aus Argentinien oder billiger Weizen aus USA oder Kanada angeboten würden?

In der folgenden Aussprache fragte der Vorsitzende des Dienstag-Clubs, Rechtsanwalt Brunner, wieso es dazu gekommen sei, daß man das für Bayern doch so wichtige Wirtschaftsministerium einem Sozialdemokraten¹⁶⁸ übertragen habe. Dr. Semler antwortete, das hinge mit dem Besuch Dr. Schumachers im Dezember 1946 in München zusammen. Schumacher habe ein Interesse daran gehabt, für den Wirtschaftsausschuß in Minden¹⁶⁹ möglichst Einmütigkeit zu erzielen. (Bekanntlich sind alle fünf Wirtschaftsminister der englischen und US-Zone Sozialdemokraten.) Nach dem Gesetz bedürften einstimmig gefaßte Beschlüsse auf diesem Ausschuß keiner weiteren Genehmigung durch die Okkupationsmächte. Im übrigen sei der bayerische Wirtschaftsminister an die Beschlüsse der bayerischen Regierung gebunden und sei so schon nicht imstande, nur einseitig parteipolitische Haltungen zu vertreten. Und des weiteren stünde man ja kurz vor Wahlen in der englischen Zone, wo man einen Sieg der Union erwarten dürfe. Es sei nicht ausgeschlossen, daß ein erhöhter Einfluß der CDU in der englischen Zone Veränderungen auch im bayerischen Kabinett zur Folge haben würde¹⁷⁰.

¹⁶⁸ Wirtschaftsminister im ersten Kabinett von Hans Ehard, das von einer Koalition aus CSU, SPD und WAV getragen wurde, war der Sozialdemokrat Rudolf Zorn (1893–1966). Zorn war vor 1933 Regierungspräsident von Oppau, 1933 entlassen, nach seiner Tätigkeit als Wirtschaftsminister Wirtschaftsminister in München und von 1949–1964 Präsident des Bayerischen Sparkassen- und Giroverbandes, 1950/51 Finanzminister in Bayern.

¹⁶⁹ Vgl. Anm. 193.

¹⁷⁰ Die Landtagswahlen in den Ländern der britischen Zone fanden am 20. April 1947 statt. Die CDU

Der Musiker Dunz nahm Bezug auf ein Interview des Ministerpräsidenten von Schleswig-Holstein, Dr. Steltzer¹⁷¹ (CDU), in dem dieser sich beklagte, daß z. B. gegen eine Tonne Kohle eine Tonne kanadischen Weizens eingetauscht würde, während, wenn man uns Gelegenheit gäbe, Kunstdünger und so weiter herzustellen, wir aus einer Tonne Kohle fünf Tonnen Weizen zaubern könnten. Dr. Semler entgegnete, daß natürlich die Ausfuhr von Kohle oder Holz als den wichtigsten Rohmaterialien ein Verbrechen oder Wahnsinn sei, aber wir dürften nie vergessen, daß wir den Krieg verloren haben und diese Dinge, so hart sie erscheinen, einfach in Kauf nehmen müssen. Im übrigen käme es immer darauf an, wer ein solches Interview gebe. In diesem Fall sei es Dr. Steltzer, der durch seine Vergangenheit wohl ein Recht habe, ein offenes Wort zu sprechen. Zudem sei es ja auch die Aufgabe verantwortlicher Deutscher, die Besatzungsmächte aufzuklären und ihnen in ihrem Bemühen um den Wiederaufbau Deutschlands, an dem er, Semler, nicht im geringsten zweifle, zu helfen. Es sei nicht seine kleinste Aufgabe, den Amerikanern mit Hinweisen und Ratschlägen zu helfen, und er könne ruhig sagen, daß er stets aufnahmebereite und hilfswillige Ohren bei den Amerikanern finde!

36 Dienstag-Club am 25. Februar 1947

Der Clubvorsitzende Rechtsanwalt Brunner referierte über die jüngst in Königstein im Taunus stattgefundene Tagung der Christlich-Sozialen Unionen aller deutschen Länder und Zonen. Er hatte zu diesem Zweck vorher eine Besprechung mit dem Landesvorsitzenden Dr. Josef Müller. Die Angaben des Brunnerschen Referates stammen sämtlich von Dr. Müller.

In Königstein im Taunus hatten sich die Vertreter der Unionen aller Zonen zusammengefunden, um sich zum erstenmal gemeinsam über die Bildung einer „Reichsunion“ (die Formulierung stammt von Dr. Müller), die zukünftige deutsche Verfassung und den Friedensvertrag auszusprechen. Als Ergebnis wurden 8 Ausschüsse gebildet. Im Verfassungsausschuß z. B. sitzen der Ministerpräsident von Schleswig-Holstein, Dr. Steltzer, und der Rechtskundige Dr. Peters¹⁷² aus Berlin. (Dr. Peters ist bekannt geworden durch seine Haltung während des Verfassungsstreites Preußen-Reich 1932 unter Papen, wo er die Belange Preußens gegen die von dem Staatsrechtler Dr. Carl Schmitt-Diatich¹⁷³ vertretenen Belange des Reiches vertrat.) Ebenso ist der bayerische

errang in Nordrhein-Westfalen 37,5%, in Niedersachsen 19,9% und in Schleswig-Holstein 34% der Stimmen. Sie war damit nur in Nordrhein-Westfalen die stärkste Partei.

¹⁷¹ Theodor Steltzer (1885–1967), ab 1920 Landrat von Rendsburg, nach 1933 mehrmals inhaftiert, 1945 zum Tode verurteilt, 1945–1947 Oberpräsident der Provinz, dann Ministerpräsident des Landes Schleswig-Holstein, 1945 Mitgründer der CDU.

¹⁷² Hans Peters (1896–1966), deutscher Staatsrechtslehrer, ab 1925 Professor in Breslau, 1932–1949 in Berlin, dann Köln, zählte zur Widerstandsgruppe Kreisauer Kreis.

¹⁷³ Gemeint ist der Staatsrechtler Carl Schmitt (1888), der manchmal den Namenszusatz „Dorotič“ führte. Dorotič war der Name seiner ersten Ehefrau.

Landtagsabgeordnete Dr. Haußleiter (ein blinder Gefolgsmann Dr. Müllers) darin vertreten, ebenso wie auch im Kulturausschuß.

Eine Panne gab es bei der Bildung des Außenpolitischen Ausschusses. Jakob Kaiser beanspruchte die Leitung dieses Ausschusses und wollte seinen Sitz in Berlin haben. Trotz der Würdigung seiner Gründe (Rückhalt für die CDU in der russischen Zone und so weiter) wurde Kaisers Anspruch indessen abgelehnt: Man wollte verhindern, daß bei den Erörterungen über die zukünftige Außenpolitik dann Berlin gleichsam das Sprachrohr für die Welt würde. So kam es überhaupt nicht zur Bildung des Außenpolitischen Ausschusses, sondern nur zur Bildung einer Arbeitsstelle für außenpolitische Fragen, deren Geschäftsführer der bayerische Abgeordnete Dr. von Prittwitz-Gaffron wurde¹⁷⁴.

Zu diesem Namen bemerkte Rechtsanwalt Brunner: Ich sehe nicht ein, warum man zu einem solchen Posten immer einen Mann mit möglichst uraltem Adelsnamen und möglichst vielen Beziehungen nehmen muß. Sämtliche alten Adelsgeschlechter und sämtliche guten Beziehungen dieser Diplomaten haben es nicht verhindern können, daß Deutschland zweimal in einen Weltkrieg marschiert ist!

Zu einer ziemlich erregten Aussprache kam es zwischen Jakob Kaiser und Dr. Adenauer bei der Behandlung der sozialen Frage. Doch kam es nach einer Erläuterung Kaisers, was die CDU in der Ostzone überhaupt unter „Christlichem Sozialismus“ verstehe, zu einer Angleichung der beiden Anschauungen¹⁷⁵.

In einer großen Rede auf der Tagung legte Dr. Josef Müller ein eindeutiges Bekenntnis zu einem föderalistischen Deutschland ab. (Rechtsanwalt Brunner: Hätte Dr. Müller vor einem Jahr in Bayern ebenso eindeutig gesprochen, wäre der Union in Bayern manches erspart geblieben!)

Eine ziemlich heftige Debatte entstand auch über die Frage, wo die künftige Hauptstadt Deutschlands sein werde. Kaiser plädierte natürlich für Berlin, wurde aber weit überstimmt. Man schlug Wiesbaden oder Bamberg vor: Die künftige Hauptstadt sollte möglichst von großen Städten und den Sitzen der Länderparlamente weg liegen!

Wie Dr. Brunner weiter berichtete, erzählte ihm Dr. Müller von seinem Plan, die Union demnächst zu „entflügeln“, d. h. die verschiedenen Flügel in der Union durch einen Neubau zu paralysieren. Müller beabsichtigt einen Neuaufbau der Union in Gestalt von 8 „Säulen“: Diese Säulen sollten nach Berufsgruppen und Ständen gegliedert sein. Neben einer Bauern-, Arbeiter-, Handwerker-, Jugend-, Frauensäule soll auch eine eigene Flüchtlingssäule gebildet werden.

Hieran wurde im Club heftige Kritik geübt. Nachdem man es schon seinerzeit nicht

¹⁷⁴ Die Frage der Besetzung des Vorsizes für den außenpolitischen Ausschuß führte in Königstein zu heftigen Auseinandersetzungen, die sich auch aus der Rivalität Adenauers und Kaisers ergaben. Als sich die Meinungsverschiedenheiten nicht beilegen ließen, verzichtete man auf die Schaffung dieses Ausschusses. Stattdessen wurde in München eine Außenpolitische Informationsstelle eingerichtet, als deren Leiter Prittwitz-Gaffron fungierte. Zu den Auseinandersetzungen vgl. Werner Conze, Jakob Kaiser. Politiker zwischen Ost und West 1945–1949, Stuttgart 1969, S. 124–133.

¹⁷⁵ Zu Kaisers Anschauungen vgl. Rudolf Uertz, Christentum und Sozialismus in der frühen CDU, Stuttgart 1981, S. 67 ff.

für richtig angesehen hatte, daß eine eigene Flüchtlingspartei gebildet wurde, welche nur die erschwerte Eingliederung der Ausgewiesenen in das bayerische Volk bedeutet hätte, hält man es für einen Unsinn, innerhalb der Union wieder eine eigene Flüchtlingsorganisation zu planen.

Zu dem ganzen Komplex der verschiedenen Flügel in der Union bemerkte Amtsgerichtsrat Richard Jaeger, daß man immerhin eine gewisse Entspannung in der Union feststellen könne, mit Ausnahme des ziemlich ungebärdigen Bauernflügels unter Schlögl und Horlacher, deren Liebäugeln mit SPD und Gewerkschaften Jaeger als „wilde Ehe“ bezeichnete.

Es wurde noch einmal die Frage „Wirtschaftsminister Zorn“ diskutiert. Dr. Jaeger betonte, man habe es einigermaßen schwer, heute weiten Kreisen der Union klarzumachen, wieso man einen Sozialisten als Wirtschaftsminister in das Kabinett genommen habe. Immer wieder höre man: Nun spreche man immer von den beiden bedeutenden sozialpolitischen Enzykliken von Rom („Rerum novarum“ und „Quadragesimo anno“), nach denen man das soziale Leben neu aufbauen könnte im christlichen Geiste, und dann setze man – obwohl man es anders hätte machen können – einen sozialdemokratischen Mann an diese Stelle!

Dr. Brunner bemerkte dazu, daß man auf der anderen Seite froh sein könne, daß ein Sozialdemokrat diesen Posten innehatte: Innerhalb der kürzesten Zeit gäbe es wahrscheinlich einen vollkommenen Zusammenbruch der Wirtschaft, und die Union könne dann froh sein, wenn nicht einer ihrer Männer mit diesem Zusammenbruch verknüpft sei! (Brunner gab dazu einige interessante Zahlen: In der bayerischen Exportmenge bestehen mindestens 60% noch aus Beständen vor 1945. Von den restlichen 35–40% wurden bis zu 80% noch aus Rohstoffen der Zeit vor 1945 hergestellt. Also gehe der Vorrat an Rohstoffen rasch und sicher zu Ende!)

Zu der Frage der Koalition bemerkte Dr. Brunner, daß man sie sehr wohl aus bestimmten Gründen auch verstehen könne. Der Einfluß Dr. Schumachers auf die bayerische SPD sei inzwischen so groß, daß Hoegner, der bekannterweise einen konservativeren Kurs gegen Dr. Schumacher steuere, immer mehr in den Hintergrund gedrängt werde¹⁷⁶. In dieser Hinsicht sei es nur zu begrüßen, wenn durch die Koalition der bayerischen SPD unter Hoegner gegenüber Schumacher der Rücken gesteuert würde und zugleich die SPD in die Verpflichtung gegenüber der CSU genommen würde. Denn es sei klar, daß Dr. Schumacher, sobald er es für gut finde, die bayerische Koalition zu sprengen versuchen werde.

Der Student Huber¹⁷⁷ schließlich gab bekannt, daß Dr. Schumacher unter den Studenten, ebenso wie Dr. Dehler, immer mehr Sympathie gewinne wegen seines „deutschen“, beinahe „nationalistischen“ Tones.

¹⁷⁶ Hoegners Differenzen mit Schumacher gingen vor allem auf die betont föderalistische Politik des bayerischen SPD-Landesvorsitzenden und auf seine Bereitschaft, mit der CSU zusammenzuarbeiten, zurück. Am 9./10. Mai 1947 wurde Waldemar von Knoeringen an Stelle des zurückgetretenen Hoegner als Landesvorsitzender gewählt.

¹⁷⁷ Zu Huber waren keine näheren Angaben zu ermitteln.

Dr. Jaeger meinte zum Schluß, daß man sich wohl bald auf einen erbitterten Kampf zwischen der SPD unter Dr. Schumachers Führung gegen die Unionen gefaßt machen müsse, wobei die SPD zufolge ihrer straffen Organisation und der unbedingten „Gefolgschaftstreue“ ihrer Anhänger die weit größeren Chancen habe, während die Unionen noch zu wenig in sich geschlossen seien und der einheitlichen Führung entbehrten.

37

Dienstag-Club am 4. März 1947

Auf der heutigen Sitzung des „Dienstag-Clubs“ sprach Landwirtschaftsminister Dr. Baumgartner. Zu dem Abend waren 37 Mitglieder erschienen. Dr. Baumgartner sprach lebendig und urwüchsig und gewann sich gleich die Sympathie seiner Zuhörer. Im folgenden, kurz zusammengefaßt, seine Ausführungen und die Diskussion.

„Meine lieben Freunde! Am letzten Sonntag hat im Cirkus Krone der Herr Scheringer¹⁷⁸ von der KPD wieder einmal eine Stunde lang über mich geschimpft! Und er hat zum wiederholten Male verkündigt, daß er schon längst beinahe vollkommene Pläne hat, um die Ernährungskrise zu beheben! Und die Münchener haben ihm wieder zugejubelt, wie sie auch jederzeit Herrn Loritz zujubeln, wenn er zu ihnen spricht! Da haben wir gleich den grundlegenden Unterschied zwischen der KPD und der Union: Die KPD, wie auch die WAV, beruft große Massenversammlungen ein, redet und trommelt ohne Unterlaß, die brave Union aber sitzt in so kleinen Kreisen wie wir hier zusammen und läßt es dabei gut sein! Wenn das nicht anders wird, wenn die Union nicht aktiv wird und ebenso wie die anderen auf die Straße geht, dann hat die Union alle Aussicht, in kurzer Zeit derselbe schlappschwänzige Verein zu werden, der die Bayerische Volkspartei vor 1933 war! (Beifall!)

Also der Scheringer hat wieder einmal über mich geschimpft! Aber der Mann hat ja keine Ahnung! Oder aber er hat sie doch – eigentlich müßte man es ihm zutrauen – und er führt nur zu Propagandazwecken seine Leute mit einer ausgesprochenen Unwahrheit an der Nase herum. Was dabei strafbarer wäre, seine Dummheit oder seine verbrecherische Propaganda, kann sich jeder selber überlegen!

Wie Sie alle wissen, krankt unsere Ernährungslage an dem Mangel an Brotgetreide und vor allem Fett! In Friedenszeiten konnten wir uns in Deutschland auch nur zu ungefähr 75% ernähren. Von diesen 75% lieferten allein die jetzt vorerst verlorenen Ostgebiete 25%. Wenn wir diese Ostgebiete nicht mehr zur Verfügung bekommen, ist Deutschland auf unabsehbare Zeit von einer Hungerkrise bedroht. Aber die Katastrophe kommt wahrscheinlich auch ohnedies! Und zwar von der Seite der Fettversorgung. Aus Amerika können wir vorderhand mit Fettzuschüssen nicht rechnen. Die

¹⁷⁸ Richard Scheringer (1904), Berufsoffizier, 1930 wegen nationalsozialistischer Zersetzung der Reichswehr und Vorbereitung zum Hochverrat zu 1½ Jahren Festungshaft verurteilt, dort Hinwendung zum Kommunismus, 1946 Abgeordneter der KPD in der Verfassungebenden Landesversammlung.

hauptsächlichen Fettlieferanten, wie Mandschurei (Sojabohne), Java, Sumatra und so weiter sind vorerst für uns wie für die andere Welt verschlossen! Mit den 200 g Fett aber ist es auf die Dauer unmöglich, zu arbeiten oder überhaupt noch recht zu leben. Ich sehe hier in nicht allzuferner Zeit eine regelrechte Katastrophe, einen vollständigen Zusammenbruch unserer Ernährung voraus! Und ich sehe mich außerstande, diesen Zusammenbruch aufzuhalten!

Am meisten zu schaffen macht uns hier in Bayern der Zusammenschluß der beiden Zonen, der in anderer Hinsicht natürlich sehr zu begrüßen ist. Aber vorerst ist das eine ganz einseitige Ehe! Wir bekommen hier einfach die Auflage oder den Befehl, soviel Kühe, soviel Fett, soviel Getreide und so weiter zu liefern. Was wir bis jetzt dafür zu sehen bekommen haben, ist mit dem Vergrößerungsglas zu suchen! Daher wehre ich mich mit Händen und Füßen dagegen, noch weitere kostbare Lebensmittel in die anderen Länder der amerikanischen Zone und in die englische Zone auszuführen! Aber Sie ahnen ja nicht, was ich dabei für Kämpfe auszufechten habe. So ist z. B. vor kurzem in Stuttgart¹⁷⁹ einfach beschlossen worden, daß Bayern soundsoviele tausend Tonnen Fett in der und der Zeit zu liefern habe! Ich habe mich natürlich gewiegert! Darauf steckten sich die Herren hinter General Muller, der mir dann den ausdrücklichen Befehl gab, das Fett auszuliefern. Ich habe ihm darauf gesagt: Sie können mich ruhig einsperren, aber ich werde auch Ihren Befehl nicht befolgen, denn dieser Befehl ist auf einer falschen Grundlage gegeben worden. – Und ich habe dann den Beweis geführt, daß die anderen Herren vom Länderrat dem Muller diesen Befehl gleichsam abgelistet hatten! Einen ähnlichen Vorfall gab es in Minden – er ist zugleich typisch für den dort herrschenden Schumacher-Geist. Herr Agartz ließ sich vom Wirtschaftsausschuß die Vollmacht geben, alles Notwendige zur Erfüllung des Bergbau-Punktesystems im Ruhrgebiet¹⁸⁰ aus den Zonen herauszuholen. Der Vertreter des bayerischen Wirtschaftsministers hat natürlich als einziger dagegen gestimmt – Bayern würde ja auch die einzig erträgliche Milchkuh für Herrn Agartz sein! – und nun ruht die Entscheidung, bis die Militärregierungen ihren Entschluß dazu kundgeben. Aber wie wird es kommen? Die Militärregierungen werden natürlich der Mehrheit zustimmen!

Herr Scheringer hat natürlich auch wieder gegen die bisher unterlassene Bodenreform¹⁸¹ gewettert und behauptet, ich hätte nichts dafür getan, vielmehr sogar die Reform sabotiert! Meine Herren! Wir haben bis zum 3. Dezember 1946 den Amerikanern nicht weniger als 15 Vorschläge zur Bodenreform unterbreitet. Nie waren sie

¹⁷⁹ Gemeint ist der am 17. Oktober 1945 erstmals tagende Länderrat der amerikanischen Zone in Stuttgart, dem die Ministerpräsidenten Bayerns, Hessens, Württemberg-Badens und – ab 1. Januar 1947 offiziell – der Senatspräsident von Bremen angehörten.

¹⁸⁰ Das „Punktesystem“ zur Steigerung der Kohleproduktion, das am 16. Januar 1947 in Kraft trat, sah vor, an alle Arbeitnehmer im Kohlenbergbau, unterteilt nach Tätigkeitsmerkmalen, Bezugskarten für Nahrungs- und Genußmittel sowie Gegenstände des täglichen Bedarfs und Kleidung auszugeben.

¹⁸¹ Zur Bodenreform in der amerikanischen Zone vgl. Ulrich Enders, Die Bodenreform in der amerikanischen Besatzungszone 1945–1949 unter besonderer Berücksichtigung Bayerns, Ostfildern 1983.

recht! Einmal sollten alle Güter über 100 ha unter die Reform fallen, dann auch solche unter 100 ha. Dann gehörten die Kirchengüter dazu, dann wieder nicht, und so weiter. Seit dem 3. Dezember warten wir nun auf die Genehmigung der Ausführungsbestimmungen, sie ist bis heute noch nicht da! Wer kann da nun sagen, wir hätten nichts getan oder wir hätten das Gesetz zur Bodenreform sabotiert? Aber freilich, diese Dinge kann ich nicht im Rundfunk oder in der Presse bringen! Im übrigen wird die Bodenreform nur eine Verschlechterung der Ernährungslage bringen. Denn die großen Güter waren die besten Ablieferer. Die vielen kleinen Wirtschaften werden einen viel größeren Eigenverbrauch haben. Doch im Interesse der Unterbringung der vielen Ausgewiesenen und vor allem so vieler ausgewiesener Bauern ist die Bodenreform unbedingt notwendig, und ich werde sie rücksichtslos durchführen. Aber Sie können beruhigt sein, daß ich sie nicht so wie in der russischen Zone durchführen werde und also auch mit anderem Ergebnis!

Im übrigen kommt jetzt alles auf die Entscheidungen der Moskauer Friedenskonferenz¹⁸² an. In Jalta sind die Angelsachsen den Russen viel zu weit entgegengekommen. Das haben sie inzwischen schon selber eingesehen. Ich sage es ihnen auch immer wieder: Wenn Ihr noch weiter den Russen gegenüber so schlappschwänzig seid wie bisher, dann werden Euch diese mitsamt uns bald in die Tasche stecken. Aber wir dürfen hoffen, daß die Amerikaner und Engländer sich genug steif halten werden. Die Amerikaner nämlich, von den Engländern ganz zu schweigen, haben gar kein Interesse daran, ein kommunistisches Deutschland entstehen zu sehen! Das hat niemand deutlicher gesagt als der frühere Präsident Hoover¹⁸³ bei seinem letzten Besuch hier in Deutschland. Das Schlußwort seiner Ansprache an uns Minister im Länderrat in Stuttgart – das natürlich nicht in die Presse kommen durfte – hat folgendermaßen gelautet: ‚Wir kämpfen für den neuen Menschen! Für die europäische Zivilisation – gegen die Asiaten!‘ Der Hoover aber ist nicht nur irgendwer, der kommt bald jeden Tag mit dem Truman zusammen. So können wir ruhig sagen, daß die Ansicht Hoovers die Meinung der maßgebenden Amerikaner ist!

Eine große Erschwerung meiner Tätigkeit ist der Wasserkopf der einzelnen Behörden. Ich habe so ungefähr sieben oder acht Vorgesetzte. Ich bin verantwortlich der Regierung in Bayern, dem Landtag, dem Länderrat, dem Zweizonenrat, der hiesigen Militärregierung, dem OMGUS, dem Kontrollrat und Gott weiß wem noch!

Eine weitere Schwierigkeit ist, daß ich es hier bei den Amerikanern fast nur mit Mili-

¹⁸² Die vierte Außenministerkonferenz, die sich vor allem deutschen Themen widmen sollte, wurde am 10. März 1947 in Moskau eröffnet und am 24. April 1947 ohne Ergebnisse beendet.

¹⁸³ Herbert Hoover, der auf Veranlassung von Präsident Truman zusammen mit Ernährungsfachleuten und Journalisten Europa bereiste, war am 11. Februar 1947 mit Beamten des Regional Government Coordinating Office (RGCO) und den Ministerpräsidenten der US-Zone sowie Vertretern der britischen Zone zusammengetroffen und hatte dabei laut einer Aufzeichnung des RGCO u. a. erklärt: „It is believed that the Western Civilisation must succeed here in Germany to be successful against the Asiatic tide of influence“. Zit. nach Akten zur Vorgeschichte der Bundesrepublik Deutschland 1945–1949, hrsg. von Bundesarchiv und Institut für Zeitgeschichte, Bd. 2: Januar–Juni 1947, bearbeitet von Wolfram Werner, München/Wien 1979, S. 279.

tärs zu tun habe. Ihr seid ja fast alle Soldaten gewesen, und darum wißt Ihr, was es heißt, wenn das Militär mit Wirtschaftssachen zu tun hat. Da gibt es die unmöglichsten Sachen! Da haben zum Beispiel die Engländer vor einiger Zeit eine ganze Reihe früherer Fischdampfer in die Luft gesprengt, weil sie anstatt der zugelassenen 50 Meter Länge eine Länge von 52 Metern hatten. Jetzt heißt es wieder, Deutschland soll wieder eine Fischerflottille haben: Aus der Luft holen auch die Engländer diese Schiffe nicht mehr herunter!

Aber beinahe die größte Schwierigkeit bedeutet der Umstand, daß – wir sind doch hoffentlich unter uns? – heute fast nur noch die dritte und vierte Garnitur Amerikaner hier in Deutschland ist. Sehr oft von fast keiner Sachkenntnis getrübt. Aber ich muß auch sagen, daß eine ganze Reihe aufrichtig Gesinnter und rühriger Amerikaner hier sind, die ihr letztes tun, um uns wieder auf die Beine zu helfen. Wir dürfen auch nicht vergessen, daß für den Amerikaner gerade so wichtig wie dieses Europa hier seine Stellung in Ostasien ist, ja daß dieses Ostasien wahrscheinlich für ihn viel wichtiger ist als Deutschland und Europa, auch in bezug auf die Auseinandersetzungen mit den Russen. Nicht umsonst ist auch Marshall, als bewährter Ostasienfachmann, Byrnes¹⁸⁴ Nachfolger geworden. Aber trotzdem werden die Amerikaner auch dieses Europa, schon den Engländern zuliebe, nicht im Stich lassen.

Noch einmal zusammengefaßt: Ich kann Euch nichts Gutes prophezeien! Wir gehen einer Katastrophe entgegen, der Hunger fängt erst an! Wohl haben die Amerikaner bereitwillig größte Hilfe zugesagt und sie kommt auch. Aber um die Katastrophe aufzuhalten oder auszugleichen, müßten die Amerikaner allein jeden Monat 350 000 t Weizen nach Deutschland transportieren. Das aber wird schon transportmäßig nie zu schaffen sein!

Im übrigen schaue ich auch bei Herrn Scheringer nur noch eine kleine Weile zu: Ich habe da in meiner Schublade einige nette Schriftstücke, über die ihm noch einmal die Augen übergehen werden. Da steht zum Beispiel drin, daß Herr Scheringer im Dritten Reich Kreisschulungswalter für die Bauern gewesen ist, und ferner habe ich einen Brief von Scheringer an seinen Ortsgruppenleiter, worin er um Aufhebung seiner uk-Stellung bittet, weil er „zum Endsieg beitragen möchte!“

Lebhafter Beifall dankte Dr. Baumgartner für seine temperamentvollen, mit saftigen Ausdrücken gewürzten Ausführungen. Die Diskussion entwickelte sich ganz lebhaft. Frage: Kann man nicht sagen, daß die Amerikaner es darauf abgesehen haben, uns langsam umkommen zu lassen?

Dr. Baumgartner: Wie meinen Sie das? Da müssen Sie schon genauer sein! Antwort: Das wird zum Teil von kirchlicher Seite behauptet, z. B. von der Caritas. Es soll nämlich vor kurzer Zeit ein Zug mit Liebesgaben vom Vatikan bereit gewesen sein, aber Amerikaner hätten diesen Zug nicht über die Grenze gelassen. Der Vatikan habe wei-

¹⁸⁴ George C. Marshall (1880–1959), diente 1924–1927 beim 15. Infanterie-Regiment im chinesischen Tientsin, 1939–1945 Generalstabschef der amerikanischen Streitkräfte, in seiner Zeit als Außenminister (1947–1949) wurde das nach ihm benannte Hilfsprogramm für Europa entwickelt. James F. Byrnes (1879–1972), 1945–1947 amerikanischer Außenminister.

ter behauptet, er könne an jeden nach Deutschland fahrenden Zug einen Waggon Lebensmittel anhängen, aber die Amerikaner ließen dies nicht zu. Dr. Baumgartner: Das sind nicht „die“ Amerikaner, sondern höchstens einige bestimmte Stellen. Aber solche Dinge brauche ich: Das lege ich der Militärregierung vor. Nur müssen Sie mir dafür ganz präzise und einwandfreie Angaben machen!

Der Frager ließ sich aber noch nicht beruhigen: Man kann doch überall feststellen, daß der weitaus größte Teil der maßgebenden Amerikaner hier Freimaurer und Juden sind! Entsprechend ist ihre Einstellung uns und besonders der Kirche gegenüber! Dr. Baumgartner: Mein lieber Freund! Sie dürfen auch da nicht ungerecht und besonders nicht unklug sein! Wir werden ohne die Juden und besonders ohne die jüdischen Kaufleute in USA und der übrigen Welt nie mehr auskommen: Wir brauchen sie für die Wiederaufnahme unserer alten Handelsbeziehungen! Was freilich die vielen Ostjuden hier in Bayern anbetrifft, so bin ich anderer Meinung: Meine Herren! Ich bin leider gezwungen gewesen, an dem Judenkongreß in Reichenhall teilzunehmen: Das einzig Erfreuliche an der Tagung war für mich die einstimmig gefaßte Resolution: „Raus aus Deutschland“!¹⁸⁵ (Gelächter!)

Weitere Fragen: Könnte man nicht noch mehr aus den bayerischen Bauern herausholen, indem man noch schärfer gegen sie vorginge bei mangelnder Ablieferung? Dr. Baumgartner: Ich habe in meiner Rundfunkansprache damals gesagt, daß die Milchablieferung noch gut um 15% gesteigert werden könnte. Ehrlich gesagt: Es können noch gut 30% mehr herausgebracht werden. Aber diese Zahl konnte ich nicht gut im Radio zum besten geben. Entweder hätten die Städter mich oder die Bauern, die auf ihrer Milch sitzenbleiben, aufgehenkt! Aber die Sache hat auch noch eine andere Seite: Ich weigere mich vorerst noch, mit der letzten Schärfe gegen meine bayerischen Bauern vorzugehen, solange ich nicht genau weiß, daß auch die Bauern in den anderen Ländern der US-Zone und der britischen Zone genauso scharf angefaßt werden! Warum sollen nur immer die Bayern so dumm sein und sich für die anderen ausmelken lassen? Wir werden indessen immerhin zu schärferen Maßnahmen gegen säumige Milchablieferer greifen: So habe ich nun in einem fränkischen Kreis als Versuch einmal für schlechte Milchablieferer die gesamte Butterrückgabe gesperrt. Erfolg: Der ganze Landkreis ist in Aufruhr geraten! Aber auch mit der schärfsten Kontrolle ist nicht alles abzustellen: Wir haben in Bayern einige Millionen Kühe. Ich kann nicht zu jeder Kuh einen Gendarmen hinstellen. Ebensowenig wie ich sicher sein kann, daß unter meinen 8 000 Milchprüfern, unter denen einige ganz Scharfe und Gewissenhafte sind – die sind ihres Lebens nicht mehr sicher –, lauter Engel sich befinden: Meist wissen die Milchprüfer bald, wo im Ort es das beste Gselchte und so weiter gibt. Ich selber habe es vor kurzem bei Gmunden erlebt. Da war ich zufällig zu einer Besichti-

¹⁸⁵ Die Süddeutsche Zeitung berichtete am 4. März 1947 unter der Überschrift „Abschied von Illusionen“ über den zweiten Kongreß der befreiten Juden in Bad Reichenhall: „Steht allerdings die Auswanderung nach Palästina auch weiterhin an erster Stelle im jüdischen Programm, so soll durch die Einschaltung in die produktive Arbeit der in Deutschland lebenden jüdischen Bevölkerung wieder ein Lebenssinn gegeben werden.“

gung in einem Stall, die Magd hatte gerade gemolken. Da kam der Milchprüfer, der mich nicht kannte und fragte die Magd ganz leutselig: „Na Nandl? Was hast heut gemolken?“ Na? Diesen Kerl habe ich natürlich sofort entlassen!

Frage: Kann man nicht sagen, daß durch den Schwarzhandel, durch Hamsterei und durch Organisieren der Amerikaner unserer Ernährung ein großer Teil entzogen wird? Dr. Baumgartner: Über diese Frage herrscht ein großer Irrtum. Selbst wenn man annimmt, daß monatlich rund 10 000 t Lebensmittel auf dem Schwarzen Markt und auf dem Hamsterweg verschwinden – diese Zahl ist dabei sehr hoch gegriffen –, so macht das bei einer Ernährungsgrundlage für 9 Millionen Menschen kaum etwas aus. Und was das „Organisieren“ der Amerikaner anbetrifft, so ist dazu zu sagen, daß hier maßlos übertrieben wird. Das Organisieren ist den amerikanischen Truppen streng verboten, tun sie's doch, so fällt das kaum ins Gewicht! Wir dürfen hier nicht aus einer Mücke einen Elefanten machen!

Frage: Was sagen Sie zu dem Liebäugeln der SPD und besonders Hoegners mit dem Bauernverband? Kann man dieses Liebeswerben ernst nehmen in Anbetracht dessen, daß die SPD doch eine ausgesprochene Arbeiterpartei, eine Partei der Städter ist? Dr. Baumgartner: Das Bemühen Dr. Hoegners um eine gute Stellung zu den Bauern halte ich für unbedingt ehrlich. Dr. Hoegner ist eben nicht ein SPD-Mann im Stile Dr. Schumachers oder der alten eingefleischten Gewerkschaftler oder der jungen Schicht der Sozialdemokraten. Dr. Hoegner ist ein guter königlich-bayerischer Sozialdemokrat mit einem Herz für das einfache Volk. Noch ist sein Einfluß einigermaßen groß, aber er ist im Schwinden und wenn er einmal einige Jahre älter sein wird, so wird ihn der Schumacher-Kurs an die Wand gedrückt haben!

Zum Schluß rief Dr. Baumgartner noch einmal zu höchster Aktivität innerhalb der Union auf. Er betonte vor allem die Notwendigkeit einer Aktion gegen die These von der Kollektivschuld des deutschen Volkes, unter deren Zeichen die ganze bisherige Besatzungspolitik der vier Mächte und vielleicht auch die Politik auf der Moskauer Konferenz stehen würde. Es gelte nun, vor der Moskauer Konferenz noch, am besten alle vier Parteien gemeinsam oder wenigstens im Einverständnis, öffentlich, in der Presse, im Rundfunk und in Reden gegen die Kollektivschuld Stellung zu nehmen. Es sei ja eigentlich zum Lachen: Jahrelang hätten wir als alte Schwarzhörer die angelsächsischen Parolen gehört, daß man diesen Krieg gegen die Nazis und Militaristen führe und dann das übrige Volk einer neuen Zukunft entgegenbringen werde. Statt dessen würde man nun insgesamt wie der letzte Dreck behandelt und würden alle Bestimmungen sich auf die These der Schuld des gesamten deutschen Volkes stützen!

Der Clubvorsitzende Rechtsanwalt Brunner referierte kurz über eine Aussprache mit dem Landtagsabgeordneten der CSU, Rechtsanwalt Dr. Lacherbauer. Lacherbauer ist mit Rechtsanwalt Dr. Scheffbeck (CSU) und einigen anderen Mitglied eines Aus-

schusses, der sich mit den außerstaatlichen Beziehungen Bayerns¹⁸⁶, z. B. gegenüber den anderen Ländern der amerikanischen Zone und gegenüber der englischen Zone, befaßt. Aufgrund ihrer Untersuchungen hatten sie nun herausgefunden, daß eine ganze Reihe schwerwiegender „Hoheitsrechte“ des bayerischen Staates an den bizonalen Ausschuß in Minden übergegangen sei, darunter Wasser- und Straßenrechte, Verteilung der Industrierohmaterialien und so weiter. Auch die Verwaltung der Stromerzeugung und so weiter liege ganz in den Händen des bizonalen Ausschusses in Minden. Die Lage würde sich dann so gestalten, daß Bayern kein Gesetz erlassen könne, ohne vorher den bizonalen Rat befragt zu haben. So sei es also der neuen Demokratie gelungen, was nicht einmal Hitler gelungen sei, nämlich Bayern das eigene Straßenrecht wegzunehmen¹⁸⁷.

Die Untersuchungen hätten auch ergeben, daß alle diese Weggaben von lebenswichtigen Rechten Bayerns an eine so zentralistische Organisation wie den bizonalen Rat in Minden noch unter der Ära Hoegner erfolgt sei, und zwar ohne daß der damalige Ministerpräsident Hoegner die Verfassunggebende Versammlung mit einem einzigen Wort orientiert hätte. Obwohl die Verfassunggebende Versammlung nicht nur die Verfassung zu beraten gehabt hätte, sondern auch der Regierung „beratend“ zur Seite hätte stehen sollen! Der Hoegner hätte also wieder einmal sämtliche Bayern hinter Licht geführt und zwar um der SPD willen. Denn daß Herr Agartz als Befehlsvollstrecker des Herrn Schumacher ein Zentralist reinsten Wassers ist, sei bekannt¹⁸⁸.

Über diese ziemlich dunkle Angelegenheit wurde in der vergangenen Woche eine Bezirksausschußsitzung der CSU München-Stadt einberufen, auf der Dr. Lacherbauer über den Fall referierte. Die Entrüstung war allgemein. Es wurden in scharfer Form Maßnahmen gegen diese Haltung Hoegners gefordert. Dr. Lacherbauer wurde als „der Hüter der Demokratie“ gefeiert!

Rechtsanwalt Brunner, der dieser Sitzung beiwohnte, meinte, die ganze Entrüstung sei Schaumschlägerei gewesen. Echt bayerisch zudem! Wie vor und um 1933: „Erreicht hab ich nichts, aber g’sagt hab ich’s ihm!“ Auch 1933 habe man geschrien vom Marsch nach Berlin und nicht einmal bis zum Siegestor seien sie gekommen!¹⁸⁹

¹⁸⁶ Der Ausschuß für Fragen des Länderrats und für Fragen bizonaler und mehrzonaler Art des Bayerischen Landtags wurde am 20. Februar 1947 eingerichtet. Ihm gehörten 21 Mitglieder an.

¹⁸⁷ Die Kompetenzen der bizonalen Ämter, v. a. der Verwaltung für Wirtschaft in Minden, waren heftig umstritten. Zu den „Geburtsfehlern“ der Ämter gehörte es, „daß in den sie begründenden Abkommen nicht deutlich geklärt worden war, ob ihnen gegenüber den Ländern . . . eine Gesetz- und Verordnungsbefugnis zustünde oder nicht“. Akten zur Vorgeschichte der Bundesrepublik, Bd. 2, S. 25. Vgl. auch ebenda, S. 199 und Dienstag-Club am 25. März 1947, Anm. 194.

¹⁸⁸ Das Mißtrauen gegenüber Minden wuchs beträchtlich, nachdem der „erste Leiter des Verwaltungsamtes und Vorsitzende des Verwaltungsrates, Mueller . . ., der von den süddeutschen Ländern im Herbst 1946 gewählt worden war, durch ein vom SPD-Parteibüro in Hannover arrangiertes politisches Manöver gestürzt worden war“. Akten zur Vorgeschichte der Bundesrepublik, Bd. 2, S. 28. Zum Nachfolger Muellers wurde im Januar 1947 Viktor Agartz gewählt.

¹⁸⁹ Brunner bezieht sich dabei vor allem auf die Propaganda der BVP im Frühjahr 1933. Der BVP-Vorsitzende Fritz Schäffer drohte beispielsweise, daß die bayerischen Wehrverbände einen von den Na-

Ebenso würden heute die wackeren CSU-Männer von München und Bayern gegen den Zentralismus von Minden wettern und gegen den Verrat Hoegners, aber dabei würde auch alles bleiben! So seien zum Beispiel große Versammlungswellen auf der Bezirksausschußsitzung gefordert worden, auf denen diese Angelegenheit unters Volk getragen werden solle. Er, Brunner, habe daraufhin gesagt, sie sollten sich doch diese Versammlungswellen sparen, dem einfachen Mann sei es doch vollkommen wurscht, ob er den Strom nun von München oder von Minden zugeteilt bekomme und ob das Gas nun in München oder schon in Minden rationiert werde! Die Hauptsache sei ihm doch, daß es überhaupt brennt! Daraufhin sei der Verleger Pflaum¹⁹⁰ aufgestanden und habe ihm gesagt: „Das erste vernünftige Wort in dieser Sitzung!“

Brunner war nach der Bezirksausschußsitzung noch einmal bei Dr. Lacherbauer privat: Lacherbauer betonte dabei vor allem, es sei doch merkwürdig, daß die Leiter der Staatskanzlei, erst Pfeiffer und dann Kraus, nie etwas von diesen geheimen Abmachungen Hoegners gemerkt haben wollen! Oder sollten sie doch im Einvernehmen mit Hoegner gewesen sein und dessen zentralistischen Kurs stillschweigend mitgemacht haben, während auf der anderen Seite die CSU das Lied vom Föderalismus auf allen Straßen erschallen ließ?

Brunner fragte Herrn Lacherbauer, ob diese Entdeckungen – Lacherbauer und Genossen haben inzwischen im Landtag eine entsprechende Anfrage¹⁹¹ an die Regierung gerichtet – einen Einfluß auf den Bestand der Koalition haben könnten. Darauf meinte Lacherbauer etwas weinerlich: Das sei es ja eben, aus Prinzip müsse man diese dunkle Machenschaft des Herrn Hoegner natürlich ans Licht bringen, aber es könne sehr wohl sein, daß das auf die Koalitionsfestigkeit schwere Folgen haben könne!

Lacherbauer meinte ferner: Einer könne jetzt auf jeden Fall sich befriedigt den Bart streichen und das sei Herr Dr. Josef Müller, Landesvorsitzender der CSU: Ihm habe man ja von SPD-Seite und aus den eigenen Reihen Zentralismus vorgeworfen, und nun zeige es sich, daß Herr Hoegner und hinter ihm wahrscheinlich auch Herr Pfeiffer als Leiter der Staatskanzlei sich so zentralistisch wie nur möglich gebärdet hätten! Wieder einmal zeige es sich, daß die Müller-Gegner in der Union besser getan hätten, sich mit dem Ochsensepp zu vertragen, als alle möglichen Dinge der SPD zu hintertragen und mit ihr zusammen Dr. Müller „fertig zu machen“! [...]

tionalsozialisten eingesetzten Reichskommissar an der bayerischen Landesgrenze verhaften würden. Vgl. Hoegner, Außenseiter, S. 79.

¹⁹⁰ Richard Pflaum (1884–1951), Verleger, evang.-luth., 1906–1914 Verlegertätigkeit in England, 1918 Mitglied im bayerischen Provisorischen Nationalrat, während der Weimarer Zeit Herausgeber der Münchener demokratischen Wochenzeitung Welt am Sonntag, nach 1945 2. Vorsitzender des Bezirksverbandes München der CSU und Mitglied des Landesvorstandes, 1946–1950 Stadtrat in München.

¹⁹¹ Verhandlungen des Bayerischen Landtags, 1. Tagung 1946/1947, Beilagen, Band 1, Beilage 108.

Auf der [...] Sitzung [...] sprach der Landtagsabgeordnete der CSU, Stadtrat Dr. Carl Lacherbauer, über aktuelle staatspolitische Fragen. Zu diesem Sprechabend waren 18 Mitglieder und eingeladene Gäste erschienen.

Dr. Lacherbauer ist ein sehr gewandter Redner, zweifelsohne auch ein überaus fähiger Kopf – er ist Jurist –, vor allem aber ist er beinahe krankhaft eitel. Bei allen seinen Ausführungen (ich konnte ihn nun schon öfters reden hören) steht seine Person im Mittelpunkt, und er spart nie mit geschickt eingeflochtenen Bemerkungen oder sogar breiten Ausführungen über seine persönlichen Kenntnisse und Verdienste. Nichtsdestoweniger erregten seine gestrigen Ausführungen im Club das allergrößte Interesse!

Dr. Lacherbauer erinnerte zuerst an seine kürzlich in der Presse¹⁹² erschienene Interpellation im Landtag, worin er bei der Regierung angefragt hatte, ob ihr bekannt sei, daß im vergangenen Herbst wichtige eigenstaatliche Rechte Bayerns an den Zweizonenrat in Minden übertragen worden seien und was sie dagegen zu tun gedenke. Auf der letzten Landtagssitzung hätte die Aussprache über diese Interpellation stattfinden müssen, die eine Sensation allergrößten Ausmaßes bedeutet hätte. Nach Rücksprache mit dem Ministerpräsidenten habe er sich jedoch bereit erklärt, die Aussprache zu vertagen, weil die außenpolitische Situation im Augenblick zu prekär sei. Mit dieser Aussprache wäre nämlich nur den Kommunisten und damit den Sowjetrussen Material in die Hand gegeben worden, das sie im heutigen Stadium der Friedensverhandlungen nie haben dürften. Er sagte: „Sie sehen, daß wir im Interesse höherer Dinge auf persönliche (in diesem Fall bayerische) Dinge zu verzichten verstehen!“ Dr. L. betonte nämlich, daß die USA zur Zeit eine ganz eindeutige Stellung nicht nur gegen die Sowjetunion (siehe Griechenland und Türkei und die amerikanische Haltung in Moskau), sondern auch gegen den Kommunismus im eigenen Land (siehe die Entfernung aller Kommunisten aus der Verwaltung und so weiter) beziehen würden. Mit der Aussprache über seine Interpellation aber würde er im jetzigen Zeitpunkt diesen amerikanischen Bemühungen nur in den Rücken fallen. Er werde aber nicht aufhören, in kleinen Kreisen immer wieder über diese Angelegenheit zu sprechen, um so langsam Klarheit über die Zustände, die er in seiner Interpellation behandeln wolle, zu verbreiten bis zu dem Zeitpunkt, wo sie öffentlich behandelt werden könnten.

Worum ging nun die Interpellation Dr. Lacherbauer, Dr. Schefbeck und Genossen von der CSU? Vom 1. September bis Ende Oktober 1946 sind fünf schwerwiegende Abkommen getroffen worden, die einen großen Teil, wenn nicht alle eigenstaatlichen Rechte Bayerns einfach veräußert hätten. Und dies, ohne die seinerzeit tagende Verfassunggebende Landesversammlung, die ausdrücklich auch eine beratende Funktion gehabt hätte, auch nur einmal zu Rate zu ziehen oder sie zu informieren. Der verantwortliche Mann aber damals war Dr. Hoegner. Zu seinen Lasten werden also auch die in Frage stehenden Abkommen gehen!

¹⁹² Vgl. SZ vom 15. März 1947.

Am 11. September 1946 kamen in Frankfurt sechs Männer zusammen, die drei Wirtschaftsminister der drei Länder der US-Zone als Vertreter ihrer Ministerpräsidenten und drei Minister aus der britischen Besatzungszone. Diese sechs Männer trafen ein Abkommen über die wirtschaftliche Vereinigung der beiden Zonen. Aus ihm ging der Wirtschaftsverwaltungsrat in Minden hervor. Schließlich wählten die sechs Männer in Dr. Agartz ihren Vorsitzenden. Daneben wurden für die verschiedensten Funktionen (Wirtschaft, Ernährung, Wasser und Kraft und so weiter) sogenannte Verwaltungsämter geschaffen. An Hand der Abteilung „Wasser und Energie“ nun erläuterte Dr. Lacherbauer die nach seiner Meinung ungeheuerlichen Folgen der aus der entscheidenden Sitzung vom 11. September in Frankfurt resultierenden Abmachungen¹⁹³.

Dr. Agartz nämlich und sein Wirtschaftsrat und die ihm angeschlossenen Verwaltungsämter maßen sich Rechte an, die normalerweise nur einem mit Souveränität begabten Staate eignen. Er erläßt zum Beispiel Verordnungen, die Gesetzeskraft haben sollen. Er kann z. B. seine Verordnungen erlassen, sie der bayerischen Regierung zuzusenden mit der Auflage, sie im Regierungsanzeiger mit Gesetzeskraft zu veröffentlichen. Und so weiter. Gesetze aber kann nur ein Staat erlassen. Wenn nun Dr. Agartz Gesetze erläßt, kann man also von dem durch ihn vertretenen bizonalen Wirtschaftsrat in Minden von einem Staat im Staate reden. Die Amerikaner freilich hätten schon wiederholt gegen diese Anmaßung des Wirtschaftsrates gesprochen und ihm das Recht abgesprochen, Verordnungen mit Gesetzeskraft zu erlassen. Wie man sehe, halte sich aber Herr Dr. Agartz wenig daran.

Wie sieht nun z. B. die Verordnung über die Verwaltung von „Wasser und Kraft“ aus. Man hätte eigentlich annehmen müssen, daß eine Verordnung über dieses so überaus wichtige Gebiet ganz gründlich ausgearbeitet und fundiert worden sei. Aber nein, diese Verordnung enthält nicht mehr und nicht weniger als vier Paragraphen! § 1: Der Wirtschaftsrat überträgt seine Gewalten seinem Vorsitzenden! (Es lebe der Führer!) § 2: Der Vorsitzende übernimmt die Funktionen, die im Dritten Reich die entsprechenden Ämter und Stellen innehatten. § 3: Ein entsprechendes Gesetz aus der Nazizeit (das Datum ist dem Berichterstatter nicht mehr geläufig), das im vergangenen Jahr außer Kraft gesetzt wurde, wird hiermit wieder in Kraft gesetzt. § 4: Diese Verordnung tritt mit dem Tag der Verkündigung in Kraft¹⁹⁴!

¹⁹³ Am 11. September 1946 wurde von deutschen Vertretern aus der britischen und amerikanischen Zone ein Abkommen zur Durchführung der Wirtschaftseinheit der britischen und amerikanischen Zone unterzeichnet. Es wurde außerdem ein gemeinsamer Wirtschaftsrat für die beiden Zonen mit Sitz in Minden gebildet. Wortlaut des Abkommens, in: Neue Zeitung vom 16. September 1946. Zum Vorsitzenden wurde nicht, wie im Dokument angedeutet, Viktor Agartz, sondern der hessische Wirtschaftsminister Rudolf Mueller (LDP) gewählt. Agartz, der eigentlich für dieses Amt vorgesehen war, war von den süddeutschen Wirtschaftsministern abgelehnt worden. Vgl. Akten zur Vorgeschichte der Bundesrepublik. Bd. 1, S. 872. Er wurde erst im Januar 1947, als sich die Zusammensetzung des gemeinsamen Wirtschaftsrates wesentlich geändert hatte, in dieses Amt gewählt.

¹⁹⁴ Lacherbauer spricht hier von dem Entwurf einer Verordnung über die Energie- und Wasserwirtschaft, der in der 9. Sitzung des Verwaltungsrates für Wirtschaft (VRW) in Minden am 19./20. Februar 1947 angenommen wurde, der vom bayerischen Vertreter im Nachhinein aber abgelehnt wurde. Mitte Juni 1947 nahm der VRW dann einen Beschluß an, der die Kompetenz der Länder stärker

Kürzer und deutlicher konnte man es wirklich nicht mehr machen. Vor allem nicht deutlicher: Hier kann man schon nicht mehr von Zentralismus reden, hier muß man von Hyperzentralismus reden! Nicht einmal dem großen Adolf war es gelungen, ein einheitliches „Reichswassergesetz“ zu schaffen. Die Verwaltung über Wasser und Kraft und so weiter blieb auch während der ganzen Nazizeit den Ländern vorbehalten. Wie aber wird es nun in Zukunft aussehen? Wenn in Bayern irgendwo ein kleines Kraftwerk stillgelegt oder gebaut werden soll, wenn irgendwo eine neue Turbine eingebaut wird, so ist dafür nicht etwa der bayerische Staat oder sein Wirtschaftsministerium zuständig, sondern laut Verordnung vom Januar 1947 der Wirtschaftsrat in Minden in der Person des Herrn Dr. Agartz. Und wenn irgendwo in einem bayerischen Winkel ein Bäuerlein von seiner Mistlachengrube ein Abwasser in einen Bach leiten will, so hat darüber in Zukunft Dr. Agartz zu entscheiden! Was diese ungeheure und durch nichts zu korrigierende und zu beaufsichtigende Macht in der Hand dieses einzelnen Mannes und des Wirtschaftsrates und der entsprechenden Verwaltungsämter bedeutet, braucht wohl nicht näher erläutert zu werden. Herr Agartz kann nun z. B. auch einmal bestimmen, daß der gesamte in Bayern erzeugte Strom in das Ruhrgebiet zu liefern sei.

Ähnlich wie auf dem Sektor „Wasser und Kraft“ steht es auch auf den übrigen Sektoren. Überall hat der Wirtschaftsrat, der seine Befugnisse jeweils auf seinen Vorsitzenden, Herrn Agartz, überträgt, die entscheidenden Befugnisbereiche der einzelnen Länder übernommen. Interessant ist es, was auf dem so wichtigen Gebiet der „Ernährung“ Herr Agartz alles zu bestimmen hat: Erfassung der Nahrungsmittel, Ablieferung, Rationierung, Verwertung, Verteilung! Ebenso bedeutsam die Gebiete der Finanzen, Zölle, Steuern und so weiter!

Dr. Lacherbauer zeigte uns vier eng beschriebene Blätter, auf denen er sich alle die Funktionen aufgezeichnet hat, die der Wirtschaftsrat in Minden zuungunsten der Länder usurpiert hat!

Schließlich faßte Dr. Lacherbauer zusammen: Es ist Ihnen wohl inzwischen allen klar geworden, welch einen ungeheuerlichen Einfluß dieser Wirtschaftsrat und dieser Herr Dr. Agartz in Zukunft ausüben werden. Wenn man alles scharf zu Ende denkt, bleibt von der Souveränität Bayerns wenig mehr als ein Stäubchen übrig. Aber es geht ja nicht nur um Bayern, es geht um das zukünftige Deutschland und darum, ob es föderalistisch oder aber zentralistisch aufgebaut sein wird! Wir haben erlebt, was uns der Zentralismus seit Bismarcks Reichsgründung gebracht hat, wir wollen es nicht ein zweites oder drittes Mal erleben! Aber was sich da in Minden angebahnt hat und keiner weiß, wie es sich weiter entwickeln wird, das ist schon jetzt mehr als Zentralismus, das ist Suprazentralismus.

berücksichtigte. Akten zur Vorgeschichte der Bundesrepublik, Bd. 2, S. 288; Entwurf der Verordnung, in: BA, Z 8/51, Bl. 22. Die weiteren Ausführungen Lacherbauers zur angeblichen Allmacht des VRW gehen an der Wirklichkeit vorbei. So hieß es z. B. im Schreiben der Bipartite Economic Control Group an den VRW vom 12. März 1947, daß es keine deutsche Regierungsstelle gäbe, „die ein für beide Zonen bindendes Gesetz erlassen“ könne. Vgl. Walter Vogel, Westdeutschland 1945–1950, Teil II, Boppard 1964, S. 378.

Und wer kann sagen, ob auf diese Weise nicht auch einmal, für jeden einzelnen bayerischen Staatsbürger verpflichtend, Dinge verlangt werden könnten, die wir einfach nicht anerkennen können oder wollen? Zum Beispiel auf dem Gebiet der Sozialisierung? Oder noch weiter gedacht: Wie stünde es einmal mit der Frage Krieg und Frieden? Soll wieder einmal vom Norden her einfach bestimmt werden können, daß wir alle einfach, ob wir wollen oder nicht, in den Krieg zu ziehen haben?

Amerika kämpft zur Zeit in Moskau für einen föderalistischen Aufbau des Reiches! Wir müssen ihre Verbündeten sein! Es geht auch hier nicht nur um Deutschland, sondern um mehr, um Europa, um den Frieden der Welt.

Aber noch etwas besonders Wichtiges: Auch in einem föderalistischen Bunde würden die bayerischen Stimmen höchstens 10% ausmachen. Wir könnten höchstens jeweils auf die Zustimmung Württemberg-Badens hoffen! Aber überstimmt werden wir immer werden. Ich überlege mir daher schon lange und gründlich, ob nicht unsere zukünftige Bundesverfassung so gestaltet werden muß, daß sie, gleichsam als Vertrag geschlossen, unter gewissen Bedingungen auch wieder als Vertrag gelöst werden kann, daß also zum Beispiel Bayern, wenn die Entwicklung des Reiches den Interessen Bayerns völlig entgegenlaufen würde, aus diesem Reiche einfach austreten könnte!

40

Dienstag-Club am 15. April 1947

Der gestern fällige Clubabend des „Dienstag-Clubs“ fiel aus. Ich traf nur den Sekretär des Kreisverbandes der CSU München-Stadt an.

Kreissekretär Adolf Miller, einer der Unterzeichner der eidesstattlichen Erklärungen im Falle Baumgartner¹⁹⁵, empfing mich gleich mit folgenden Worten: „Schön berühmt sind wir jetzt geworden. Nun stehen wir schon in der Zeitung! Aber wenigstens ist die Sache mit Baumgartner jetzt geregelt worden. Zehn eidesstattliche Erklärungen haben wir zusammengebracht! Fein, was?“ Auf meine Frage, wer die Militärregierung wohl auf die Äußerungen Baumgartners aufmerksam gemacht habe, antwortete Miller:

„Der General Muller hat den Namen, das wissen wir auf jeden Fall. Auf einer amerikanischen Dienststelle gäbe es schon ein paar Leute, die uns den Namen gern sagen würden. Aber General Muller gibt ihn nicht heraus! Wir nehmen an, daß es der war, der dort in der Ecke gesessen hat, Du weißt schon, er hat ein wenig ‚gepreußelt‘! Aber wart nur, mit der Zeit kriegen wir schon heraus, wer der Hund war, der uns verraten hat!“

Am kommenden Dienstag wird ein Clubabend nur für Mitglieder, ohne eingeladene Gäste und so weiter, stattfinden. Wahrscheinlich wird dort der Fall Baumgartner besprochen werden.

¹⁹⁵ Vgl. Einleitung S. 25 f.

Die Wahl eines neuen Sekretärs an Stelle des verstorbenen Sekretärs Riggauer¹⁹⁶ konnte nicht stattfinden, weil die dazu nötige Mitgliederzahl nicht anwesend war.

Zu der Affaire Baumgartner wurde nicht mehr besonders Stellung genommen. Der Kreissekretär für München-Stadt, Miller, berichtete, daß auf der Tagung des Jungen Parlaments am Sonntag die Sektion der Jungen Union beschlossen hätte, in der Presse eine Berichtigung zu bringen, daß der in der Affaire Baumgartner genannte „Dienstag-Club“ nichts mit der „Jungen Union“ zu tun habe. Der Club beschloß, wenn möglich diese Berichtigung in der Presse zu verhindern: Man müsse doch froh sein, daß sich die Öffentlichkeit, so weit man sehen könne, über diese Angelegenheit beruhigt habe. Ein neues Aufrühren dieser Affaire solle man doch bleiben lassen.

Auf die Frage Millers, ob Baumgartner inzwischen den Namen des „Denunzianten“ herausgebracht habe, antwortete der Clubvorsitzende Rechtsanwalt Brunner: „Nein! Noch immer nicht. Bis jetzt wissen wir nur, daß der Mann mit der ICD (Information Control Division) zusammenarbeitet!“

Auf die Frage eines anderen Clubmitglieds, wie die ganze Sache so rasch in die New York Times¹⁹⁷ gekommen sei, meinte Miller: „Da hätte ich schon einen Tip! Ich kenne in der CSU eine Persönlichkeit, die einmal gesagt hat, sie könne jeden Artikel, welchen sie nur wolle, in die New York Times bringen!“ (Den Namen dieser Persönlichkeit nannte M. nicht. Ich hütete mich auch zu fragen, da niemand anderer es tat!)

Ein Angestellter des Verlages Kösel meinte gestern Morgen zu mir: „Das ist doch allerhand! Der Baumgartner ist am nächsten Tag von einem hingehängt worden, weil er gesagt hat: Unter den Amis sind Leute *sechster und siebenter Garnitur!*“ –

Ich korrigierte ihn daraufhin: „Das ist nun wieder übertrieben! Er hat nur von zweiter und dritter Garnitur gesprochen!“ (Ich muß es ja schließlich wissen!)

Zu der [...] Sitzung [...] war der Staatssekretär im Innenministerium, Dr. Anker Müller¹⁹⁸, Landtagsabgeordneter der CSU, geladen. Er sollte über aktuelle Fragen der Innenpolitik sprechen. Zu der Sitzung waren 15 Mitglieder erschienen.

Dr. Anker Müller ließ sich zunächst ziemlich breit über seinen Eintritt in die Regierung aus. Er betonte, daß er damals gegen die Koalition gewesen wäre, aber auch heute noch müsse er diese Meinung vertreten, wenn ihm doch inzwischen manches

¹⁹⁶ Konrad Riggauer (1921–1947), Student der Theologie.

¹⁹⁷ Vgl. dazu Einleitung, S. 26.

¹⁹⁸ Willi Anker Müller (1901), Rechtsanwalt, vor 1933 Mitglied der BVP, 1945 Mitgründer der CSU und Landrat in Hofheim, 1946 Landrat in Bad Neustadt a. d. Saale, Mitglied der Verfassungegebenden Landesversammlung, MdL in Bayern 1946–1966, 1947 zunächst Staatssekretär im Innenministerium, dann Innenminister bis 1950, 1957/58 Justizminister.

klar geworden sei, was er vorher nicht beachtet hätte. Kurz und gut, er sei also gegen die Koalition gewesen und habe sich erst nach schweren Gewissenskonflikten und laufenden Appellen von seiten Dr. Ehards für die Mitarbeit in der Koalitionsregierung gewinnen lassen.

Inzwischen habe er eingesehen, daß es gar nicht so einfach für die Union gewesen wäre, allein die Verantwortung zu übernehmen und im Interesse sowohl des Staates wie ihrer Wähler zu regieren. Alle anderen Parteien seien mehr oder weniger an bestimmte wirtschaftliche Schichten gebunden, die SPD und KPD an die arbeitenden Massen, die LDP an den Mittelstand und das Unternehmertum und so weiter. Die Union aber sei nur durch die Weltanschauung geeint und sonst durch nichts. Innerhalb dieser Einheit stünden große Gruppen, deren Interessen sich notgedrungen so und so oft im Wege stünden: Bauern, Arbeiter, Mittelstand. Da wäre es wohl sehr schwer gewesen, es jedem recht zu machen. Durch die Koalition aber sei hier ein gewisser Ausgleich der Verantwortung herbeigeführt worden.

Aber etwas anderes hätte die Übernahme der Verantwortung durch die Union wahrscheinlich ganz unmöglich gemacht: die weitgehende Verantwortungslosigkeit der Unionsleute selber und eine Angst, für die Überzeugung einzustehen! So sei es z. B. schon hier im „Dienstag-Club“: Eigentlich müßten in einem solchen Club, der von der Jugend in der Union getragen werde, mindestens 150 Leute und nicht nur 15 sitzen! Er wolle uns ein paar Zahlen geben, die diese seine Überzeugung begründeten: In einem Wahlkreis im Norden Bayerns hätten 15 000 ihre Stimmen für die Union abgegeben, die Mitgliederzahl aber betrage rund 1 000; die SPD habe ca. 5 500 bekommen, ihre Mitgliederzahl betrage 5 000; die KPD habe 650 Stimmen bekommen, ihre Mitgliederzahl betrug 800 (Die Zahlen ohne feste Gewähr!).

Noch weit gefährlicher aber sei Verantwortungslosigkeit bei der Übernahme hoher Ämter: Keiner wolle arbeiten, ohne gewisse Sicherheiten zu erhalten. So habe er, Anker Müller, bisher verzweifelt und ohne Erfolg einen Amtmann für sein Staatssekretariat gesucht, ebenso erfolglos einen Adlatus, einen sogenannten „Büchsenspanner“, d. h. einen Referendar, der ihm immer zur Verfügung stände. Der eine wollte die Gewißheit der Pension, der andere erst eine Wohnung in München und so weiter. Er selber sei jetzt seit Januar 1947 Staatssekretär, er besitze aber noch keine Wohnung, sondern nur ein kleines Zimmer bei seinem Parteifreund Pfarrer Dr. Muhler, seit drei Tagen besitze er einen eigenen Schrank!

Hätte er wieder seinen alten Beruf ausgeübt – Rechtsanwalt –, so könne er wohl sagen, daß er schon längst wieder eine Wohnung (er ist total ausgebombt!), daß seine Frau wieder eine Waschmaschine und vielleicht sogar ein Klavier hätte. Aber als Staatssekretär dürfe es eben keinerlei „Geschäfte“ geben!

Zu den Ausführungen Anker Müllers über die mangelnde Verantwortungsfreudigkeit der Unionsleute führe ich noch folgendes bemerkenswerte Beispiel an: A. sagte, er habe einen Bekannten, der innerlich unbedingt der Union angehöre, der aber nicht einmal seine Unterschrift unter seine Mitgliedskarte des „Herz-Jesu-Vereins“ (irgendein religiöser Verein) gebe, nachdem er schon einmal, in der Nazizeit, mit einer Mitgliedskarte Pech gehabt habe!

Ankermüller erzählte noch folgende bemerkenswerte Episode aus seiner Landratszeit im Kreise Bad Kissingen und einem weiteren Kreis nach dem Zusammenbruch. Er sei dort überall herumgereist, habe überall gesprochen, längst bevor es politische Parteien gegeben habe und dann noch mehr, er habe vor allem auf den Pfarrerkonferenzen beider Konfessionen gesprochen und habe es so dahin gebracht, daß in dem Wahlkreis, der in der Nazizeit mehr als 50% Nazistimmen gehabt habe und einer der bräunsten in ganz Deutschland gewesen sei, die überwiegende Mehrzahl für die Union gestimmt habe! (Damit gab Ankermüller also zu, daß die früheren Nazistimmen vor allem in die Union geflossen sind und daß er dies mit Hilfe der „Pfarrerkonferenzen“ zustande gebracht hat!)

Zu der Münchener Ministerkonferenz¹⁹⁹ sagte Ankermüller, daß sie nicht nur einen bedeutenden Erfolg für Bayern, sondern auch vor allem für die Union darstelle. Die SPD, die sonst gerne vom einigen Deutschland rede, sei hier geschickt von Dr. Ehard überspielt worden, wie man überhaupt sagen könne, daß Dr. Ehard eine ziemliche Enttäuschung für die SPD darstelle: Man hatte wohl gehofft, daß Ehard, der solide, nüchterne Jurist, weiterhin nichts anderes bleiben würde als der Gehilfe des bisherigen Ministerpräsidenten Hoegner. Nun zeige es sich, daß Ehard mehr und mehr eine eigene, zielbewußte Politik betreibe.

Über die wirtschaftliche und ernährungsmäßige Zukunft konnte Dr. Ankermüller nur düstere Farben in Anwendung bringen. Er sagte eine Katastrophe in der Kohlen- und Holzversorgung voraus. Vor allem die auferlegte Holzausfuhr nach England dürfte binnen sechs Jahren, wie Dr. Baumgartner neulich ausgeführt habe, zur Versteppung Bayerns und Deutschlands führen. Ebenso dürfte die auferlegte Abgabe von weiteren 65 000 Stück Großvieh, worunter zahlreiche Milchkühe fallen würden, zu einer baldigen und lange nicht aufholbaren Katastrophe in der Fettversorgung führen.

Dr. Ankermüller fing ziemlich ruhig an zu sprechen, geriet aber bald so in Feuer, daß er durch das ziemlich kleine Zimmer schrie, mit Schaum vor dem Mund. Unangenehm berührte es außer mir auch einige andere Mitglieder, daß Ankermüller mit so viel Gefälligkeit von seiner Person sprach. Er machte den Eindruck eines sehr selbstbewußten, eitlen Politikers.

43

Dienstag-Club am 16. September 1947

Gestern Abend tagte nach langer Pause zum erstenmal wieder der „Dienstag-Club“, der seinerzeit durch den „Verrat an Dr. Baumgartner“ eine gewisse Berühmtheit erlangt hatte. Es waren etwa 50 Einladungen ergangen, 20 an die Mitglieder und 30 an Freunde und Gäste. Nach ungefähr einstündigem Warten waren 6 Personen anwe-

¹⁹⁹ Zur Münchener Ministerpräsidentenkonferenz am 6./7. Juni 1947 vgl. u. a. Elmar Krautkrämer, Der innerdeutsche Konflikt um die Ministerpräsidentenkonferenz in München 1947, in: VfZ 20 (1972), S. 154–174; ders., Ergänzende Bemerkungen zur Ministerpräsidentenkonferenz in München 1947, in: Ebenda, S. 418–421.

send, darunter der für den Abend als Referent vorgesehene Stadtrat der CSU, Wieninger²⁰⁰, der Clubvorstand Syndikus Rechtsanwalt Brunner, der Regierungsrat im Kultusministerium Richard Jaeger, der „Geschäftsführer“ des Clubs, Kreissekretär der Union München-Stadt, Adolf Miller, und der Referent dieses Berichtes.

Regierungsrat Jaeger meinte zuerst, der Club sei inzwischen fast berühmter als der Bayerische Landtag geworden, weil er nämlich noch längere Sommerferien als dieser eingelegt habe. Im übrigen sei es wohl am besten, den Club ganz einschlafen zu lassen, da das Interesse daran, wie man ja heute wieder sehe, ganz nachgelassen habe! Wieninger meinte darauf, er sei eigentlich nicht gekommen, um die Leichenrede auf den Club zu halten. Ich selber wandte ein, daß zur Auflösung des Clubs doch wohl ein ordentlicher Beschluß der Mitglieder gehöre. (Mir liegt viel daran, den Club nicht einschlafen zu lassen, weil er auch bei geringer Teilnehmerzahl sich stets als eine ergiebige Nachrichtenquelle über Interna der CSU erwiesen hat!) Brunner stimmte mir lebhaft zu und meinte, die geringe Zahl der jeweils Anwesenden habe nichts zu bedeuten, das sei in der Union eine Allgemeinerscheinung. So gebe es Bezirksvereine, zu deren Mitgliederversammlungen nie mehr als fünf oder sechs Personen anwesend seien. Kürzlich habe im „Ausschuß für zwischenstaatliche Beziehungen“, dem er angehöre, der Historiker Georg Smolka²⁰¹ über den „Wiener Kongreß“ gesprochen. Man habe dazu einen besonders großen Saal gemietet. Jeder der zahlreich Eingeladenen habe sich wohl denken können, daß dieses Thema nicht nur eine historische Reminiszenz bedeuten würde, sondern daß er vielmehr eine höchst aktuelle Beziehung zu den kommenden Friedensverhandlungen über Deutschland herstellen würde! Und dennoch seien sage und schreibe 9 Personen gekommen. Es sei eine regelrechte Blamage gewesen!

Über den Rücktritt der Münchener Spruchkammerleute²⁰² befragt, sagte Stadtrat Wieninger, selbst Spruchkammervorsitzender der Kammer VII: Alle diese Leute, die da diesen merkwürdigen Protestschritt unternommen haben, wollen nichts anderes als eine Verschärfung des Gesetzes oder zu mindestens sind sie gegen jede milde Anwendung des Gesetzes. Sie sind nichts anderes als Scharfmacher. Außer drei oder vier Unionsleuten gehören sie fast alle der SPD und KPD an. Daneben erstreben sie aber auch eine Übernahme in den Staatsdienst, wenn ihre Aufgabe bei den Spruchkammern einmal beendet sein wird, und zwar im selben Rang, in dem sie jetzt stehen, dem

²⁰⁰ Karl Wieninger (1905), Kaufmann, 1946–1952 Stadtrat der CSU in München, 1953–1969 MdB, Mittelstandsexperte und Vorsitzender des Ausschusses für Mittelstandsfragen.

²⁰¹ Georg Smolka (1901–1982), Historiker, während des Dritten Reichs freier Schriftsteller, publizierte in der katholischen Wochenzeitung Junge Front/Michael und der Frankfurter Zeitung, nach 1945 Professor für Geschichte der Neuzeit in Speyer.

²⁰² Vgl. SZ vom 13. September 1947. 41 Vorsitzende und Kläger, mehr als die Hälfte aller Münchener Kläger und Vorsitzenden, stellten ihr Amt zur Verfügung, weil sie die immer offener zu Tage tretenden Versuche ablehnten, die Mängel in der Durchführung des Gesetzes dem Gesetz selbst zur Last zu legen. Weiter hieß es in einer Resolution: „Unsachliche Kritik, bürokratische Unzulänglichkeit, die Verfolgung eigensüchtiger Partei-Interessen und der schlechte Wille gewisser Kreise haben nicht nur den Gedanken der politischen Befreiung, sondern auch die an ihr beteiligten Organe kompromittiert“.

eines Oberregierungsrates. Ein Spruchkammervorsitzender würde demnach Amtsgerechtdirektor werden, ein Ankläger Oberstaatsanwalt! Was das bedeutet, sollten sie Erfolg haben, kann man sich gar nicht ausdenken: Da würde dann ein Friseur oder ein Handelsvertreter oder ein Schuhmacher plötzlich Oberregierungsrat! Die Sauwirtschaft, die dann anheben würde, kann man sich unschwer vorstellen! Sie würde die, die wir jetzt haben, wo doch reichlich Fachleute dafür verantwortlich sind, erheblich übertreffen. Ich kann mir nicht helfen: Ich muß diese Leute mit solchen Wünschen als regelrechte „Nutznießer“ betrachten! Und dabei sitzen sie über die Nutznießer des vergangenen Systems zu Gericht!²⁰³ Brunner schnitt ein weiteres Problem der „Fachleute“ an: es betrifft ehemalige Konzentrationslagerinsassen! Brunner ist Syndikus des Verbandes bayerischer Briefmarkenhändler. Er erzählte einen besonderen Fall: Ein früherer Küchenchef, zwei Jahre im KZ verbracht, wollte einen Briefmarkenladen aufmachen. Nun braucht es, wie Brunner sagte, gerade beim Briefmarkenhandel, bei dem es oft um erhebliche Werte geht, doch eine gewisse Kenntnis. Der Verband wollte darum dem Bewerber die Eignung zur Führung eines Briefmarkenhandels absprechen. Er erhielt sie aber nach längerem Bemühen doch. Nun gebe es dauernd Scherereien mit dem Mann! Er, wie noch andere seiner Leidensgenossen, halte sich an keine Vorschrift und kein Gesetz, er tue, was er wolle! Es sei ein wahres Kreuz. Er, Brunner, verstehe vollkommen, daß diesen Leuten eine Genußtuung geschehen müsse, aber hätte man diesem Mann eine Restauration gegeben, so hätte er wahrscheinlich, da er ja in seinem Berufe hätte arbeiten können, besseres geleistet als jetzt als Briefmarkenhändler, wo er sich an keine Vorschriften halte und wahrscheinlich einige hundertmal übers Ohr gehauen wird, weil er nichts davon versteht! Dr. Jaeger fragte: Herr Stadtrat, was meinen Sie eigentlich zum „Osiris-Jüngling“²⁰⁴? Wieninger: Aber, ich bitte Sie, das ist doch kein „Jüngling“ mehr! Das ist schon mehr ein seniler Greis! Das hat er ja mit seiner Geschichte auch bewiesen! Er ist nun zwar Oberbürgermeister geblieben, das haben wir noch einmal zurechtgebogen! Aber er ist erledigt: das Lächerliche tötet! Auf keinen Fall wird er noch einmal kandidieren kön-

²⁰³ Stadtrat Wieninger spielte damit auf die seit Mitte 1947 laufenden Bemühungen des Spruchkammerpersonals an, Sicherheit über die berufliche Zukunft nach Beendigung der Entnazifizierung zu erhalten. Es dauerte bis zum 27. März 1948 bis ein „Gesetz zur Überführung der bei der politischen Befreiung tätigen Personen in andere Beschäftigungen“ verabschiedet wurde, das jedem Angehörigen einer Spruchkammer die Übernahme in den öffentlichen Dienst in Aussicht stellte bzw. einen Rechtsanspruch auf die Hilfe des bayerischen Staates bei der Suche nach einem Arbeitsplatz in der freien Wirtschaft einräumte; Bayerisches Gesetz- und Verordnungsblatt, 8/1948.

²⁰⁴ Gemeint ist Münchens Oberbürgermeister Karl Scharnagl, der, so Werner Friedmann in der SZ vom 23. August 1947, „als Gast des Freikörperkulturbundes ‚Osiris‘ in geschlossener Gesellschaft einiger Jünger und Jüngerinnen dieser Vereinigung dem Nacktbaden huldigte“. Mit leiser Ironie zeigte Friedmann Verständnis für die Vorlieben Scharnagls, brandmarkte aber „die Tatsache, daß man bei uns in völliger Verkennung demokratischer Spielregeln verantwortliche Männer dadurch aus dem Sattel zu heben sucht, daß man ihnen mit scheelem Blick in den Kochtopf bzw. in die Badewanne guckt und bestrebt ist, sie mit persönlichen Dingen kleinlichster und peinlichster Art ‚abzuschließen‘.“ Die Angriffe kamen, so Friedmann, von „Männern aus dem eigenen Lager Dr. Scharnagls.“ Zum Fall Osiris vgl. auch SZ vom 30. August 1947.

nen! Als auf der betreffenden Fraktionssitzung im Rathaus gefragt wurde, wen man denn eigentlich wieder als Kandidaten aufstellen solle, habe eisiges Schweigen geherrscht!

Die ganze Geschichte sei im Grunde zu bedauern, denn Scharnagl habe als Bürgermeister internationalen Ruf. Er habe München seinerzeit saniert, er sei ein ausgezeichnete Verwaltungsmann, und schließlich sei er der geborene Stadtvater und Volksmann gewesen!

Aber wahrscheinlich wäre eine Wiederwahl Scharnagls auch aus anderen Gründen nicht mehr aktuell: Wir müßten allmählich mit einer sozialdemokratischen Mehrheit im Stadtrat und damit mit einem SPD-Oberbürgermeister rechnen. Wimmer²⁰⁵ sei aber nie mit einem Scharnagl zu vergleichen!

Wieninger führte weiter aus: Fast noch peinlicher als die Affaire Scharnagl sei die Haltung Dr. Lacherbauers in dieser Geschichte gewesen! Lacherbauer sei seinerzeit als Vertreter der zur Union gestoßenen Demokraten (hier als frühere Partei gemeint) zum dritten, rechtskundigen Bürgermeister Münchens gemacht worden. Nach den Gemeindewahlen 1946 habe Scharnagl mit dem berechtigten Hinweis, daß man früher auch keinen dritten Bürgermeister gehabt und gebraucht habe und daß man sparen müsse, diesen Posten wieder abgeschafft. Seit dieser Zeit rühre die beinahe krankhafte Feindschaft Lacherbauers gegenüber Scharnagl her. Als L. nun von der Osiris-Geschichte Wind bekommen hatte, habe er unter geradezu erpresserischen Methoden sich z. B. vom Badepersonal der Badeanstalt „Material“ über den bekannten Fall verschafft, habe dieses Material zuerst unter der Union, dann auch unter der SPD bekannt gemacht und habe es schließlich den Redaktionen der Münchener Zeitungen zur Veröffentlichung angetragen. Dr. Lacherbauer sei von einem krankhaften Ehrgeiz besessen, er sei ein eiskalter Rechner und Opportunist! Im Laufe des vergangenen Jahres habe er geradezu eine Drehung von 180 Grad gemacht. Auf einer der letzten Bezirksversammlungen der Union München-Stadt sei er noch „Wächter der Demokratie“ genannt worden. Das sei nicht einmal mehr zum Lachen, wenn man wisse, wer Dr. Lacherbauer sei!

Jaeger fragte, ob nicht Stadtrat Hanfstaengl so viel von Lacherbauer halte. Darauf Wieninger: Er hat einmal! Aber das ist längst vorbei. Hanfstaengl hat kürzlich von Dr. Lacherbauer gesagt: Es gibt eine gewisse Art von Charakterlosigkeit, die unter Gesinnungsgenossen Taktik, unter den Gegnern aber eben Charakterlosigkeit genannt wird!

Der Austritt der SPD²⁰⁶ aus der Regierung werde nicht jene Folgen haben, die man

²⁰⁵ Thomas Wimmer (1887–1964), seit 1925 SPD-Stadtrat in München, in der NS-Zeit zeitweilig in Schutzhaft und im KZ Dachau, nach 1945 zunächst 3. Bürgermeister, dann (1946) 2. Bürgermeister, von 1948–1960 Oberbürgermeister von München, ab 1946 MdL in Bayern.

²⁰⁶ Die SPD trat am 14. September 1947 aus der Koalition mit der CSU aus, weil, so hieß es in einer Entschließung des Landesausschusses, die „Entscheidung der CDU und CSU in Frankfurt, die sozialistenfeindlichen Wendungen in der Rede des bayerischen Ministerpräsidenten Dr. Ehard in Eichstätt und die Gesamthaltung der CSU im Landtag und in vielen Stadt- und Landkreisen ... das Vertrauen der SPD in die Koalitionstreue der CSU zerstört“ hatten. Im Anschluß an ihren Austritt

sich nun gemeinhin vorstellt, sagte Stadtrat Wieninger. Er glaube kaum, daß es zu Neuwahlen kommen werde. Einmal könne sich die Union jetzt Neuwahlen nicht leisten, darum werde sie im Landtag wohl einstimmig eine entsprechende Forderung der Opposition ablehnen. Das werde, da die Union ja noch immer die absolute Mehrheit hat, Neuwahlen verhüten. Bis die Opposition die für ein Volksbegehren notwendige Stimmzahl unter den heutigen Verhältnissen beisammen habe, werde der Winter wohl vorüber sein. Dann könne man ja immer noch weiter sehen. Er glaube auch nicht, daß das Volk jetzt Neuwahlen begrüßen würde. Es hätte kein Verständnis dafür. Es gäbe auch keine bessere Propaganda für die Union, als über oder unter die Plakate der SPD, die sinnigerweise in schwarz-rot-gold gehalten seien, kleine Plakate zu kleben etwa mit dem Aufdruck: Wie kommen wir durch den Winter? Durch Neuwahlen!

Er habe auch den Eindruck, daß die SPD diesen Austritt gleichsam auf höheren Befehl aus der Richtung Schumachers vollzogen habe, und daß er weniger mit der Politik der Union als mit der von den Amerikanern abgelehnten Sozialisierung zusammenhänge. Die SPD fürchte wohl, daß ihnen nun, wenn sie weiter in den Regierungen bleibe, die Wählermassen weglaufen würden, also heiße die Parole: Raus aus der Verantwortung! Wir von der SPD haben dann nichts damit zu tun, wenn nicht sozialisiert wird!

Im übrigen sei es der bayerischen SPD selber nicht wohl bei der Sache. Denn außer dem Minister- und Staatssekretärsterben werde es ja nun in den verschiedenen Ministerien auch ein massenhaftes Referentensterben geben. So ganz leicht würden alle diese Leute wohl kaum aus ihren Posten gehen! Er habe von einem Bekannten gehört, daß die Frau des SPD-Parteivorsitzenden v. Knoeringen²⁰⁷ zu ihm gesagt habe: Mir wäre es lieber, wir wären in der Regierung geblieben!

Brunner meinte zum „Referentensterben“, es sei wohl schon eine ganze Psychose ausgebrochen: Er sei heute morgen zur Vorbringung einer Beschwerde seines Verbandes ins Innenministerium gegangen. Auf den Gängen habe ihn ein Bekannter, ein höherer Beamter des Ministeriums, getroffen und, ihn überaus freundlich begrüßend, gesagt: Nun, Herr Brunner, darf man gratulieren? Er, Brunner, habe das nicht gleich kapiert und habe nur gesagt: Ja, ich hoffe, daß ich mit meiner Beschwerde Erfolg haben werde! Darauf der andere: Was, Beschwerde, ich denke, Sie werden bei uns eintreten?

Wieninger sagt, er habe von Frau Stadtrat Zita Zehner²⁰⁸ gehört, daß Dr. Josef Mül-

forderte die SPD Neuwahlen für den Landtag, die jedoch von der CSU abgelehnt wurden. Vgl. SZ vom 16. September 1947 und Hoegner, Außenseiter, S. 293 ff.

²⁰⁷ Waldemar von Knoeringen (1906–1971), Mitglied der linksoppositionellen Gruppe Neu Beginnen, 1933 Emigration, 1946–1962 Vorsitzender der SPD-Fraktion im Bayerischen Landtag, 1949–1951 MdB, 1947–1963 Vorsitzender der bayerischen SPD, 1958–1962 stellv. Vorsitzender der SPD.

²⁰⁸ Zita Zehner (1900–1978), in der Weimarer Zeit Mitglied des Katholischen Frauenbundes, 1945–1947 Stadträtin in München, MdL in Bayern 1946–1970, Vorsitzende der Frauenarbeitsgemeinschaft der CSU.

ler als stellvertretender Ministerpräsident und Justizminister²⁰⁹ ausersehen sei. Da diese Meldung aus dem Müller-feindlichen Flügel komme, könne man ihr wohl eher glauben!

Jaeger meinte dazu: Es wäre gar nicht übel, wenn man den Müller so in die Verantwortung hineinbrächte! Als Justizminister wäre er nur einer unter mehreren und sei also leichter in Schranken zu halten. Nur müsse man ihn auf jeden Fall eindeutig auf Bayern festnageln!

Innenminister würde wahrscheinlich der jetzige Staatssekretär Anker Müller werden. Von Hundhammer habe er gehört, daß er den Wirtschaftsminister machen werde. Da sei er jedenfalls besser am Platze als im Kultusministerium.

Wie Regierungsrat Jaeger mitteilte, habe Lallinger²¹⁰ lange nicht mehr den Einfluß in der Bayernpartei wie zu Beginn. Der führende Mann sei Donhauser²¹¹, Direktor des Bayerischen Roten Kreuzes, seinerzeit aktiver Teilnehmer an der Freiheitsaktion Bayern. Daneben seien noch zu erwähnen der übel beleumdete Dr. Fischbacher²¹² und von der Union der junge von Aretin und Gaßner²¹³. Gaßner ist bisher einer der rühmlichsten Leute der Jungen Union Münchens gewesen, ein begabter Redner, der im Wahlkampf sich sehr eingesetzt hatte. Er ist ein glühender Müller-Hasser und sturbayerisch. Jetzt ist er also in der Bayernpartei einer der rühmlichsten, ohne bisher aus der Union ausgetreten zu sein. Aretin und Gaßner reisen zur Zeit sämtliche Schlösser Bayerns ab, um für die Bayernpartei zu werben. Vielleicht hoffen sie, die Anhänger der ehemaligen Königspartei für sich zu gewinnen!

Der Kreissekretär der Union München-Stadt, Adolf Miller, erzählte uns, daß er die größten Geldsorgen habe. Es reiche nur mehr für einen Monat. Der Etat des Kreisverbandes München-Stadt betrage monatlich rund 3 000 RM. Die Union München-Stadt habe etwa 2 700 Mitglieder, dafür komme im Monat ein Beitrag von 2 700 RM ein, wovon die Hälfte an den Landesverband abgeführt werden müsse. Er wisse nicht, was er machen solle. Nun habe man sogenannte Bausteine der Union drucken lassen, also Spendenscheine. Er habe in Eichstätt damit von den Münchener Abgeordneten

²⁰⁹ Nach dem Ausscheiden der SPD aus der Koalition wurde Josef Müller, der ein gutes halbes Jahr vorher bei der Wahl zum Ministerpräsidenten wegen mangelnder Unterstützung aus den eigenen Reihen gescheitert war, zum stellv. Ministerpräsidenten und Justizminister berufen.

²¹⁰ Ludwig Max Lallinger (1908), Polizeibeamter und Mitgründer der Bayernpartei, wurde im Herbst 1945 von der Militärregierung als Leibwächter von Hoegner eingesetzt, verschiedene Ämter in der Landesleitung der Bayernpartei, MdL in Bayern 1950–1966.

²¹¹ Anton Donhauser (1913), 1945 Mitglied der CSU, 1947 Übertritt zur Bayernpartei, 1948 stellv. Vorsitzender der Bayernpartei, 1950 Austritt aus der Bayernpartei, 1952 Beitritt zur CSU, MdB 1949–1955.

²¹² Jakob Fischbacher (1886–1972), 1934 Direktor des Christlichen Bauernvereins Oberbayern, 1945–1947 Kreisdirektor des Bayerischen Bauernverbandes, 1948–1961 Kreisvorsitzender der Bayernpartei in Oberbayern, MdL in Bayern 1950–1962, 1952/53 Landesvorsitzender der Bayernpartei.

²¹³ Alfons Gaßner (1923), 1946 Mitglied des Parteiausschusses der Bayerischen Heimat- und Königspartei, 1946/47 CSU-Mitglied, 1947 Übertritt zur Bayernpartei, 1953–1966 deren Vorsitzender in Niederbayern, 1950–1966 MdL der Bayernpartei, 1969–1974 MdL der CSU.

sage und schreibe RM 120 eingebracht, wovon wieder die Hälfte an den Landesverband abgeführt werden müsse. Wieninger warnte vor „Spenden“ in „normalen Zeiten“. „Normale Zeiten“ seien jetzt! Spenden solle man höchstens während der Wahlkämpfe in Anspruch nehmen, wo durch Werbung auch größere Ausgaben entstünden.

Wieviel brauchst Du denn im Augenblick? fragte er Miller. So ein paar Tausend, antwortete dieser! Gut, ich lasse sie Dir überweisen, sagte W., Du mußt mir nur eine kleine Quittung geben, ich brauche sie für das Finanzamt. Auch Dr. Brunner versprach ihm 2000 RM zu besorgen. „Ich habe in meinem Verband einen Briefmarkenhändler, dem ich das schon abknöpfen kann!“

Heute Abend traf sich nach monatelanger Pause zum erstenmal wieder der „Dienstag-Club“ [...]

Richard Jaeger gab einen kurzen Bericht über die Landesversammlung der CSU in Marktredwitz²¹⁴, an der er selber teilgenommen hatte. Er lobte zuerst die vorzügliche Organisation der Tagung mit leichtem Spott. Es seien zum Beispiel im ganzen Ort mehrfarbige Schilder mit den verschiedensten Wegweisern angebracht gewesen, so daß es ein leichtes gewesen sei, sich überall durchzufinden. Es habe einer gesagt, aus dieser vollendeten Organisation könne man schließen, daß so viele „Generalstäbler“ in der Landesleitung der Union säßen. Nun, so meinte Jaeger, wenn auch keine „Generalstäbler“ mehr in der Landesleitung säßen, so wirke doch offensichtlich ihr Geist noch weiter.

Am Samstagvormittag habe zuerst der Landesausschuß getagt, was eigentlich gar nicht nötig gewesen sei. Dort habe Dr. Josef Müller überraschend vorgeschlagen, man solle ein Staatssekretariat für Jugend und Sport und so weiter schaffen und dieses dem Kultusministerium unterstellen. Dr. Hundhammer habe davon überhaupt keine Ahnung gehabt, und so habe sich Dr. Müller wohl ein wenig gewundert, daß bei der Abstimmung darüber Dr. Hundhammer sich der Stimme enthalten habe.

Anschließend habe man sich zur Landesversammlung begeben, die in der Turnhalle von Marktredwitz tagte. Auf einem errichteten Podium thronte Dr. Josef Müller mit dem derzeitigen Landessekretär Dr. Schedl²¹⁵. Im Saal seien die einzelnen Kreisverbände untergebracht gewesen. Dabei habe es sich wie in Eichstätt²¹⁶ wieder so erge-

²¹⁴ In der Landesversammlung der CSU in Marktredwitz am 24./25. Januar 1948 wurde Josef Müller mit 348 von 447 Stimmen als Landesvorsitzender für 18 Monate bestätigt. Ein ausführlicher Bericht über die Landesversammlung in: SZ vom 27. Januar 1948.

²¹⁵ Otto Schedl (1912), 1945 am Aufbau der CSU beteiligt, übte 1947/48 das Amt des Generalsekretärs der CSU aus, 1948–1957 Landrat in Neumarkt/Oberpfalz, 1950–1972 MdL in Bayern, von 1957 bis 1972 in mehreren Funktionen in der bayerischen Regierung.

²¹⁶ In der Landesversammlung der CSU in Eichstätt am 30./31. August 1947 war Josef Müller mit 308 gegen 192 Stimmen bei zehn Enthaltungen das Vertrauen als Landesvorsitzender ausgesprochen worden. Ein Bericht über die Landesversammlung in: NA, RG 260, 13/150–3/1.

ben, wohl nach weisem Entschluß der Landesleitung, daß die „Opposition“, nämlich München und Oberbayern, weit voneinander getrennt waren. München saß ganz vorne, Oberbayern ganz hinten. Auf diese Weise hätten die „Kundgebungen“ der Opposition nicht immer miteinander übereingestimmt.

Dr. Josef Müller habe dann gleich die ganze Versammlung damit frappiert, daß er vorschlug, den zu wählenden Schriftführer aus dem Kreisverband München (also aus der Opposition) zu nehmen. Die Franken, Müllers starker und getreuer Anhang, haben schwer gestaunt und sich über die „Loyalität“ des Parteivorsitzenden gewundert, ein so großes Entgegenkommen gegenüber der Opposition waren sie denn doch nicht gewohnt. Wenn sie etwas weniger ahnungslos gewesen wären, so hätten sie gewußt, daß der Mann, den Müller vorschlug und der dann auch bestimmt wurde, ein gewisser Blum²¹⁷, einer der ganz seltenen, dafür aber um so fanatischeren Anhänger Dr. Müllers in München war.

Die Landesversammlung stimmte dann über die Erlanger Beschlüsse²¹⁸ bezüglich der Parteiführung ab. Gegen die Stimmen der Opposition war man für einen einzigen verantwortlichen Landesvorsitzenden. Es sollen ihm zwei stellvertretende Vorsitzende zur Seite gegeben werden, die der Landesausschuß zu wählen hat. Wie Jaeger sagte, sei es ganz klar, daß der Landesausschuß bei seiner derzeitigen überwiegend Müller-freundlichen Zusammensetzung nur zwei Männer wählen würde, die Anhänger Dr. Josef Müllers seien. Aus diesem Grunde konnte Müller sich gut mit zwei Stellvertretern einverstanden erklären.

Man sei dann zu dem heikelsten Punkt der ganzen Tagung gekommen, zu der Frage der Satzungsänderung. Bisher stellte jeder Kreisverband, gleichviel ob er 50 Mitglieder hatte oder 2000, zwei Vertreter in der Landesversammlung. Dadurch allein waren die fränkischen Verbände, der Rückhalt Dr. Müllers, gegenüber München und Oberbayern vor allem, deren Verbände verhältnismäßig hohe Mitgliederzahlen haben, ins Vordertreffen gekommen. Die „Opposition“, also München und Oberbayern, hatten nun beantragt, daß zu den beiden Vertretern aller Kreisverbände für je 200 Mitglieder ein weiterer Vertreter zugestanden werde. Der Antrag wurde von Staatsminister Dr. Pfeiffer gestellt. Man hoffte dadurch die Opposition so weit zu stärken, daß sie einmal ein entscheidendes Gegengewicht gegen den Müller-Flügel bilden könnte. Im Grunde stand hier, wie Jaeger bemerkte, das demokratische Prinzip (München-Oberbayern) dem „ständischen Prinzip“ (Müller-Flügel) gegenüber. Gegen den Vorschlag erhoben natürlich die fränkischen Vertreter leidenschaftlichen Protest, denn sie wußten, was eine Änderung der Satzungen im oberbayerischen Sinne bedeutete. Man führte an, daß Franken unbedingt die Majorität benötige, denn

²¹⁷ Gemeint ist vermutlich Ludwig Blum, der von 1946 bis 1950 dem Vorstand des berufsständischen Rates der CSU angehörte.

²¹⁸ In Erlangen tagte am 3./4. Januar 1948 der Landesausschuß der CSU. Dort wurde mit deutlicher Mehrheit ein Vorschlag Horlachers angenommen, der die Wahl eines Parteivorsitzenden durch die Landesversammlung und zwei vom Landesausschuß zu wählende Stellvertreter vorsah. Vgl. SZ vom 6. Januar 1948. Ein Bericht über die Tagung des Landesausschusses in: NA, RG 260, 10/73-1/1.

Franken sei für die Union Frontgebiet, weil sie in schwerem Kampf gegen die Sozialdemokratie dort liege. Auf der Gegenseite führte Oberbayern an, daß man in München und Oberbayern einen nicht weniger heißen Kampf werde führen müssen, in München gegen die Sozialdemokratie und vor allem gegen die Bayernpartei.

Schließlich stieg Ministerpräsident Dr. Ehard aufs Podium und führte eindringlich aus, daß diese Frage der neuralgische Punkt sei. Er machte schließlich einen Kompromißvorschlag in der Richtung, daß über die beiden bisherigen Vertreter in der Landesversammlung für jede angefangenen weiteren 300 Mitglieder ein Vertreter zugelassen werde. Dieser Vorschlag wurde von Dr. Haußleiter, der vorher in der Debatte betont hatte, vom „ständischen Prinzip“ nicht abgehen zu können, mit einem Gegenvorschlag beantwortet, der besagte, daß außer den bisherigen zwei Vertretern für je weitere 500 volle Mitglieder ein Vertreter gewählt werden solle. Dieser Vorschlag bedeutete natürlich für München und Oberbayern im Grunde nichts, da dabei nur etwa 7–8 weitere Vertreter für die Opposition herauschauen würden, was gegenüber der Masse der Müller-Männer nicht ins Gewicht fallen würde. Die Franken allerdings, die Anhänger Dr. Müllers, waren, weil sie nicht imstande waren, kurz zu überschlagen, daß damit im Grunde alles beim Alten bleiben würde, überzeugt, daß sie der Opposition damit sehr weit entgegenkommen würden, so weit als man überhaupt gehen könne. Jaeger meinte, er sei überzeugt, daß Haußleiter seinen Vorschlag überhaupt nur aus Taktik gemacht habe und nicht aus ehrlichem Willen, den Oberbayern entgegenzukommen. Er, Jaeger, habe ihm denn später auch gesagt, daß er nur aus Taktik so gehandelt habe, worauf ihm Haußleiter geantwortet habe: „Die anderen haben auch ihre Taktiker!“

Dr. Josef Müller schlug dann den Vorschlag Haußleiters zur öffentlichen Abstimmung vor. Er sei sich wohl der Ungehörigkeit bewußt gewesen, die darin lag, daß er Dr. Ehard's Vorschlag einfach überging. Das alles sei ihm, Jaeger, denn doch zu dumm geworden und er habe sich, nach mehreren vergeblichen Versuchen endlich zu Worte gekommen, für eine schriftliche Abstimmung in dieser Frage eingesetzt. Dr. Josef Müller versuchte diesen Antrag mit dem Bemerkten abzutun, daß man damit nur Zeit verliere. Jaeger habe aber darauf bestanden. Darauf sei ein Flüchtlingsvertreter aufgestanden, dem die ganze gespannte Lage zwischen dem Müller- und dem oberbayerischen Flügel wahrscheinlich noch gar nicht aufgegangen sei, und habe im vorgeworfen, er könne nicht verstehen, wie man in der heutigen Notzeit sich über Satzungen streite, er sei der Meinung, daß der Antrag Jaegers von dem ausgesprochen bösen Willen Oberbayerns zeuge. Darauf habe sich ein nicht unbedeutender Tumult erhoben. Schließlich sei Dr. Pfeiffer aufgestanden und habe ihn, Jaeger, gebeten, von seinem Antrag abzusehen. Jaeger sei darüber sehr erstaunt gewesen, noch mehr sei er heute erstaunt gewesen, daß er dieser Bitte Folge geleistet habe. Er habe damals gedacht, ein Mann, der so lange schon Politik triebe wie er, Jaeger, alt sei, müsse es besser wissen, wie man sich hier verhalte. Er werde es aber nie und nimmer mehr machen. Die Entwicklung habe ihm überdies recht gegeben.

Die öffentliche Abstimmung vollzog sich unter derartigen Formen, daß das Ergebnis von Dr. Müller schließlich selber wieder annulliert werden mußte. Es habe sich dabei

nur eine Mehrheit von ungefähr 25 Stimmen für den Haußleiter-Antrag ergeben. Bei einer geheimen Abstimmung hätte es sehr wohl sein können, daß der Antrag abgelehnt worden wäre. Ein Journalist, der „hinten herum“ gegangen sei, habe nachher behauptet, die Zähler (Müller-Leute von der Landesleitung) hätten sich um rund 100 Stimmen verzählt! Bei der zweiten Abstimmung hätte sich dann eine Mehrheit ergeben von der üblichen Form, das heißt, nur die „Opposition“ habe noch dagegen gestimmt. Die Oberbayern seien des Streites auch sichtlich müde geworden, es war schon spät und alles wollte seine Ruhe haben²¹⁹.

Am folgenden Sonntag habe dann Dr. Josef Müller seine Rede gehalten, eine typische Rede nach Müllerscher Art, gut, wohl abgewogen, mit einigen neuen Gesichtspunkten. Darauf sei die Wahl des neuen Landesvorsitzenden vorgenommen worden. Dr. Michael Horlacher, der neue Busenfreund Müllers, habe den Dr. Müller vorgeschlagen. Leider habe die „Opposition“ keinen Gegenkandidaten aufgestellt, wohl in der Überzeugung, daß er keine Aussicht haben werde. Es habe sicher auch mitgespielt, daß sich keines der Kabinettsmitglieder, die sich innerhalb der Partei in der Opposition befänden (z. B. Hundhammer oder Pfeiffer), habe aufstellen lassen wollen, weil sie sich keiner Blamage des Durchfallens haben aussetzen wollen. Als ob es etwas ausgemacht hätte, meinte Jaeger, wenn z. B. ein Mann wie Pfeiffer, der doch immerhin einen Namen als Politiker habe und als alter Generalsekretär der Bayerischen Volkspartei bekannt sei, bei der Wahl zum Landesvorsitzenden der Union durchgefallen wäre! Aber es fehle hier wie überall am Mut!

Im Anschluß an die Wahl sei die Rede des Ministerpräsidenten Dr. Ehard gestanden. Dr. Horlacher habe es sich nicht verkneifen können, wieder einmal eines seiner Glanzstückchen zum besten zu geben. Dr. Ehard war nämlich nicht da. Dr. Horlacher verkündete also der gesamten Versammlung samt Gästen und Presse, daß Dr. Ehard sich dort befinde, wo jeder Mensch einmal hin müsse. Nachdem der Ministerpräsident dann von dort gekommen war, wo jeder Mensch einmal hin muß, hielt er seine Rede. Die Rede sei gut gewesen, wie alle Reden Ehards.

Besonders bemerkenswert sei seine Forderung gewesen, daß die CSU eine bayerische Partei bleiben müsse und keinesfalls in einer Reichsunion aufgehen dürfe. Diese Forderung habe er zum sichtlichen Mißvergnügen Dr. Josef Müllers gestellt. Während der Rede des Ministerpräsidenten habe sich dann Dr. Horlacher das zweite Kabinettsstückchen geleistet, das eigentlich unerhört gewesen sei: Er habe die Rede unterbrochen und gesagt, er müsse jetzt das Ergebnis der Wahl des Landesvorsitzenden bekannt geben, da man die Presse nicht länger warten lassen könne. Darauf habe sich ein wahrer Entrüstungssturm erhoben, so daß Dr. Horlacher seine Absicht wieder aufgegeben habe. Der Beifall, den Dr. Ehard am Schluß geerntet habe, sei gewaltig gewesen. (Nachher hätten ihm, Jaeger, einige Vertreter aus Franken gesagt: „Na ja, Euer Ehard!“ Jaeger: „Aber bitte, Ehard ist doch auch Oberfranke!“ – „Das schon, aber er liegt halt doch auf Eurer Münchener und oberbayerischen Linie!“)

²¹⁹ Zu den Auseinandersetzungen um die Satzung der CSU vgl. den Bericht in der SZ vom 27. Januar 1948.

Gegen Schluß der Tagung habe es dann Dr. Müller noch fertig gebracht, sich nicht nur für ein Jahr, sondern für 18 Monate wählen zu lassen. Jaeger meinte, er hätte sich ruhig gleich auf Lebenszeit wählen lassen können, denn bei diesem Vertretersystem werde jede Landesversammlung immer wieder Dr. Josef Müller wählen. Müller wurde übrigens auf dieser Landesversammlung wie üblich gegen die Stimmen der „Opposition“ (etwa 50–60 Stimmen) zum Landesvorsitzenden der CSU Bayern gewählt. Abschließend erklärte Jaeger (Jaeger ist, trotz seiner „Jugend“ – er zählt 34 Jahre –, ein ausgesprochen politisch begabter Kopf, ein glänzender und gewandter Redner und spielt eine bedeutende Rolle im Landesverband Oberbayern und in der Jungen Union. Er ist, als Regierungsrat im Kultusministerium, gleichsam der Sekretär Dr. Hundhammers und ein begeisterter Verehrer Dr. Fritz Schäffers):

„Diese Tagung ist meine größte Enttäuschung in der Union. *Ich bin überzeugt, daß innerhalb der nächsten Monate, wenn nicht schon im nächsten Monat, die Union auseinanderfallen wird!*“

45 Dienstag-Club am 27. Januar 1948 (Zusatzbericht)

In der heutigen Sitzung [...] erzählte der Sekretär des Clubs, Kreisgeschäftsführer der CSU München, Adolf Miller, kurz von der Semler-Rede auf der Landesversammlung in Markredwitz am Sonntagnachmittag.

Semler habe erklärt, daß er zugebe, unklug gesprochen zu haben, er habe auch nicht gewußt, daß Pressevertreter anwesend gewesen seien, für einen größeren Kreis habe er nicht sprechen wollen²²⁰. Er habe also unklug gesprochen. Er habe sich auch bei General Clay²²¹ entschuldigt. Im übrigen habe er nichts zurückzunehmen. Wenn er das eine erreicht habe, daß er das Weltgewissen aufgerüttelt habe und das Augenmerk der Welt auf die deutsche Notlage aufmerksam gemacht habe, so sei er damit völlig zufrieden.

Miller erklärte, daß Semler wieder starken Beifall geerntet habe!

Als Miller dann sagte, daß heute Nachmittag im Rundfunk die Entlassung Semlers verkündet worden sei, erhob sich im Club große Entrüstung. Man meinte, die Amerikaner machten es nicht anders als die Russen. Wer etwas gegen sie sage, müsse gehen. So sei es in Berlin mit Kaiser²²² gewesen, so sei es jetzt in Frankfurt mit Semler. Einer

²²⁰ Gemeint ist die sogenannte Hühnerfutter-Rede von Semler, in der dieser die alliierte Wirtschaftspolitik heftig kritisiert hatte. U. a. hatte er gesagt: „Man hat den Mais geschickt und das Hühnerfutter und wir zahlen es teuer . . . Es wird Zeit, daß deutsche Politiker darauf verzichten, sich für diese Ernährungszuschüsse zu bedanken“. Zit. nach SZ vom 6. Januar 1948. Semler, Direktor der Verwaltung für Wirtschaft, wurde daraufhin seines Amtes enthoben.

²²¹ Lucius D. Clay (1897–1978), 1945–1947 stellv. Militärgouverneur, 1947–1949 Militärgouverneur, 1961–1963 persönlicher Beauftragter des amerikanischen Präsidenten für Berlin-Fragen.

²²² Jakob Kaiser war im Dezember 1947 aus dem Vorsitz der Ost-CDU gedrängt worden, weil er sich geweigert hatte, an dem von der SED für den 6./7. Dezember 1947 einberufenen „Volkskongreß“ teilzunehmen. Dieser Kongreß, der die Forderung des deutschen Volkes nach nationaler Einheit

meinte, das wäre nun eigentlich ein Anlaß zum Generalstreik! Aber statt dessen würden die Gewerkschaften den Amerikanern in den Hintern kriechen. Sie versuchten jetzt, obwohl sich, wohin man höre, alles mit Semler einverstanden erkläre, sich bei den Amerikanern Liebling zu machen. Das sei doch eine zu billige Art der Anbiederung. Geradezu lächerlich sei es, wenn zudem im Rathaus Bürgermeister Wimmer von der „Hohen Militärregierung“ gesprochen habe! Bisher habe sich die Militärregierung selber mit diesem Titel noch nicht belegt!

Und geradezu beschämend sei es, wenn auf einem gestern angeschlagenen Plakat der SPD ungefähr zu lesen sei: Die bayerische Regierung ist unfähig und so weiter, sie ist nicht imstande, in der jetzigen Notzeit einen Ernährungsminister zu stellen²²³. Und dann wörtlich: „Wir rufen die Militärregierung um Hilfe an!“ Es sei eine Schande, wenn Deutsche die Militärregierung gegen Deutsche anrufen, solange es sich nicht um Nazis oder Verbrecher handle!

Miller erklärte übrigens noch, Semler sei in Marktredwitz sehr verschnupft gewesen, weil seit Erlangen sowohl Dr. Müller wie Dr. Ehard von ihm abgerückt seien. Müller habe sich übrigens mit Semler ins eigene Fleisch geschnitten. Semler sei ein eindeutiger Müller-Mann gewesen und Müller habe seinerzeit Dr. Baumgartner gegenüber Schlange-Schöningen²²⁴ geopfert, um Semler im Wirtschaftsrat durchzudrücken!

46 Dienstag-Club am 27. Januar 1948 (Zusatzbericht)

Regierungsrat Richard Jaeger (Kultusministerium) sagte, daß die Bayernpartei die größte Gefahr für die Union darstelle, besonders in München und Oberbayern²²⁵. An und für sich sei es ja gleich, ob ein überzeugter Christ in der Union oder in der Bayernpartei sei. Aber für die Geschlossenheit der Vertretung christlicher Interessen sei es zu bedauern. Es sei schon schlimm, wenn ein Mann wie Baumgartner, der in Bayern beachtliches Ansehen genieße, zur Bayernpartei hinüberwechsle, vor allem, weil er auf den Bauernverband einen erheblichen Einfluß ausübe. Freilich, Dr. Hundhammer

dokumentieren sollte, war – mit Ausnahme der westdeutschen KPD – nur von den Parteien der SBZ beschickt worden.

²²³ Landwirtschaftsminister Josef Baumgartner war am 15. Januar 1948 von seinem Amt zurückgetreten, weil Bayern gegenüber dem Wirtschaftsrat der Bizone angeblich eine zu nachgiebige Haltung gezeigt hatte. Hinzu kam wohl die Enttäuschung, daß er nicht zum Direktor der Verwaltung für Landwirtschaft der Bizone gewählt worden war. Zu seinem Nachfolger wurde am 26. Februar Alois Schlögl bestellt.

²²⁴ Hans Schlange-Schöningen (1886–1960), CDU, 1924–1932 MdR der DNVP, 1945 Mitgründer der CDU, 1947–1949 Direktor der Verwaltung für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten im Vereinigten Wirtschaftsgebiet, 1949/50 MdB. Zur Wahl von Semler und Schlange-Schöningen und zur Ausbootung Baumgartners vgl. Gerold Ambrosius, Die Durchsetzung der Sozialen Marktwirtschaft in Westdeutschland 1945–1949, Stuttgart 1977, S. 90–92.

²²⁵ Die Bayernpartei wurde erst am 29. März 1948 auf Landesebene zugelassen. Sie erreichte bei den Kommunalwahlen vom April 1948 insgesamt 8,7% der Stimmen. Ihre Hochburgen lagen in Ober- und Niederbayern, wo die CSU z. T. beträchtliche Stimmverluste hinnehmen mußte.

habe in Oberbayern ein noch größeres Gewicht als Baumgartner und vermöge einen zu starken Rutsch noch aufzuhalten. Es sei aber nicht auszudenken, wenn ein Mann wie Staatsrat Dr. Schäffer sich offen für die Bayernpartei erkläre!²²⁶ Dann sei die Entwicklung für die Union gar nicht zu übersehen. Eines sei ihm aber klar, wenn die Union nicht schon in allernächster Zeit, was er befürchte, infolge ihrer inneren Spannungen, die in Marktredwitz dadurch wieder offenbar geworden seien, daß ohne Ausnahme jeder Vorschlag und jeder Antrag Münchens oder Oberbayerns oder beider in Grund und Boden gestimmt worden sei, ohne daß man auch nur den leisesten Anschein eines Verständnisses für die südbayerischen Sorgen gezeigt habe – wenn aus inneren Spannungen also die Union in kürzester Zeit nicht zerplatzen werde, so werde dies in nicht allzu ferner Zeit die Bayernpartei zustande bringen. Der lächerliche Kompromißvorschlag des Abgeordneten Haußleiter in der Satzungsfrage sei auch in dieser Hinsicht raffinierte Taktik gewesen: Haußleiter habe wohl gewußt, daß die Union Münchens und Oberbayerns bald starke, ja vielleicht sogar entscheidende Verluste von Seiten der Bayernpartei erleiden werde, so daß sein Zugeständnis, für je volle 500 Mitglieder einen Vertreter in die Landesversammlung entsenden zu lassen, unter Umständen gar nicht aktualisiert zu werden brauche, weil die oberbayerischen Kreisverbände sehr wohl diese überzähligen Mitglieder nicht mehr aufbringen könnten!

Auf die Frage, warum wohl der „Symptomatiker“ (Gemeint ist Dr. Baumgartner, der nach dem Besuch der Kundgebung der Bayernpartei im Cirkus Krone²²⁷ erklärt hatte, seine Gegenwart sei „symptomatisch“!) zu der Bayernpartei hinübergewechselt sei, meinte Dr. Jaeger: Baumgartner ist eben überzeugt, daß man bayerische Politik in der Union, so wie sie jetzt aussieht und gebaut ist, nicht treiben kann! So ganz unrecht hat er gar nicht!

Kreisgeschäftsführer der CSU München, Adolf Miller, erzählte, er habe nach der Kundgebung der Bayernpartei bei Dr. Baumgartner angerufen, ob er denn die Union nun verlassen wolle? Baumgartner habe ihm geantwortet, er denke nicht daran! Die Kundgebung habe ihn halt interessiert. Miller fragte ihn dann weiter: Ob er zur Landesversammlung nach Marktredwitz fahre. Baumgartner antwortete: Ich fahre nicht hin, wir erreichen dort doch nichts mehr!

²²⁶ Zum Liebäugeln Schäffers mit der Bayernpartei vgl. Unger, Bayernpartei, S. 150 ff.

²²⁷ Zur Kundgebung der Bayernpartei im Cirkus Krone vgl. SZ vom 20. Januar 1948.

Anhang

Auf dem Weg zur Demokratie

Gedanken zur bayerischen Selbstbesinnung

von

Richard Jaeger

Im Herbst 1945

Gedankenfolge

- I. Die Erneuerung
- II. Bayern, Deutschland und Europa
- III. Das bayerische Land und Volk
- IV. Die soziale Neuordnung
- V. Recht und Staat
- VI. Geist und Verfassung der Demokratie
- VII. Die Verwirklichung der Demokratie

Die Verkündigung freier politischer und sozialer Betätigung am 6. August 1945, dem Beginn der zweiten Phase der alliierten Besetzung Deutschlands, stellt das bayerische Volk vor die Frage, wo es seine politischen Ziele sehen und welchen Weg es in die Zukunft gehen will. Es ist die Frage nach Notwendigkeit, Sinn und Aufgabe politischer Mitarbeit beim Wiederaufbau der bayerischen Heimat.

Die folgenden Ausführungen erheben keinen Anspruch auf Vollständigkeit oder programmatische Endgültigkeit. Sie wollen nur den heutigen historisch-politischen Standort umreißen, die wesentlichen Grundlinien bayerischer Politik herausarbeiten, und Ziel und Geist der Erneuerung klarstellen. Sie wollen nur als Diskussionsgrundlage dienen. Da diese Gedanken prinzipieller Natur sind, befassen sie sich mehr mit den Zielen – auch wenn es heute noch Fernziele sind –, als mit den nächsten Fragen der Tagespolitik. Dabei gehen sie von der Erklärung General Eisenhowers aus, daß die Dauer der alliierten Besetzung von der Entwicklung des demokratischen Wiederaufbaues abhängt. Erste Voraussetzung der politischen Reife eines Volkes zur Selbstregierung ist aber, daß es sich über die Grundlagen seiner Staats- und Gesellschaftsordnung klar wird. So wollen diese Darlegungen ein Schritt sein auf dem Wege zur bayerischen Demokratie.

I. Die Erneuerung

Die deutsche Niederlage ist total, nicht nur auf militärischem Gebiet. Überall muß von Grund auf neu gebaut werden, und zwar in einem Umfang, wie es seit Jahrhunderten nicht mehr nötig war, nicht nur in der Wirtschaft, deren Produktionsstätten vernichtet oder beschädigt sind, oder im Verkehrswesen, dessen Anlagen und Mittel zerstört oder aufgebraucht wurden, sondern ebenso im politischen Bereich. Alle staatlichen Organisationsformen, sowohl die jüngst geschaffenen wie die altüberlieferten, sind zerschlagen, und quer durch das Gebiet der historischen deutschen Länder laufen die Grenzen der Besatzungsmächte. Diese Länder selbst, noch vor 12 Jahren Träger staatlicher Hoheitsrechte, sind im Altreich zwar der Auflösung in Parteigau größtenteils entgangen, aber in ihren Rechten auf das Niveau kommunaler Gebietskörperschaften gedrückt worden. Ebenso sind, geistig und sittlich alle erbten, für die Kulturvölker verbindlichen Normen erschüttert, ja niedergerissen; allein das allenthalben mangelnde Rechtsbewußtsein beweist es zur Genüge.

In einer solchen Situation *sich der Verantwortung für den staatlichen und gesellschaftlichen Neuaufbau zu entziehen, heißt die Zukunft der Heimat dem Chaos preisgeben.* Selbst eine nur vorläufige Zurückhaltung derer, die das Beste bayerischer Tradition verkörpern, und am ehesten Mittel und Wege der Erneuerung wissen, würde freie

Bahn für alle Gruppen bedeuten, die, obwohl heute vielleicht noch zahlenmäßig gering, die bekannte Anziehungskraft extremer Radikalismen oder dicker Aktienpakete auszunutzen verstehen. Was dies bedeutet, haben wir schon einmal vor zwölf Jahren erlebt. Die Kreise, die sich damals zu gut dünkten, in die politische Arena zu steigen (um von denen zu schweigen, die gar nicht zur Wahlurne gingen!), tragen eine größere Schuld am Zusammenbruch der Republik und am Versagen ihrer Parteien, als die so oft und geistvoll kritisierten Politiker, die, weil sie wie alle Menschen nicht aus ihrer Haut herauskonnten, den Sturm einer neuen Zeit mit den Mitteln ihrer verstaubten Routine nicht zu meistern verstanden.

Was damals galt, gilt erst recht heute! Nach der Mißachtung aller Grundbegriffe des privaten und öffentlichen Lebens – wie Wahrheit, Freiheit und Gerechtigkeit – durch eine zwölfjährige Gewaltherrschaft ohnegleichen, ist nicht nur die Tätigkeit am öffentlichen Leben besonders interessierter Männer und Frauen wünschenswert, sondern der stärkstmögliche politische Einsatz aller heimattreuen Bayern und lebenden Christen das Gebot der Stunde. Vox temporis vox Dei!

Es geht nicht mehr allein um politische und soziale Werte zweiter und dritter Ordnung, seien es Einzelfragen der Verfassung, der Wirtschaft oder der Finanzen, von so großer praktischer Bedeutung sie auch in Zukunft sein mögen, es geht jetzt um die Grundlagen unserer persönlichen und staatlichen Existenz. Die Geister scheiden sich deshalb an den Grundfragen nach Sinn und Form des Menschenlebens und der Gesellschaftsordnung. Auf die jahrzehntelang vorbereitete, in den letzten zwölf Jahren planmäßig durchgeführte Erschütterung aller geistig-sittlichen Werte und Ordnungen – eine Erschütterung, deren Folgen noch auf lange Zeit spürbar sein werden! – muß eine umfassende und von den Wurzeln der Seinsordnung ausgehende Erneuerung unseres gesamten privaten und öffentlichen Lebens erfolgen. Mit Stückwerk ist nichts getan.

Daraus ergibt sich eine Reihe von Folgerungen:

1) Ausgangspunkt aller Erneuerung ist eine im christlichen Glauben gegründete *Weltanschauung*. Nur aus der klaren und universalen Erkenntnis des metaphysischen Weltgefüges und dem Wissen um die wahre Wertordnung ist ein an den Fundamenten beginnender Neuaufbau möglich. Weil es jedoch um die Grundfragen unserer Existenz geht, und eine möglichst große Anzahl in den letzten Prinzipien gleichgerichteter Menschen am Wiederaufbau beteiligt sein soll, muß der Rahmen der Weltanschauung groß und weit gehalten, darf sie insbesondere *nicht konfessionell begrenzt werden*. Die Zeit für katholische, lutherische oder reformierte Sonderpolitik ist vorbei, seitdem der Ansturm des Neuheidentums den Christusglauben selbst in Frage gestellt hat. Das Unterscheidende muß bei dem politischen und gesellschaftlichen Neuaufbau der kommenden Jahre völlig zurücktreten. Im Gegenteil: Soll auf die Entchristlichung des deutschen Lebens eine Rückführung unseres Volkes zu den unversiegbaren Quellen geistiger und sittlicher Kraft erfolgen, so muß das Gemeinchristliche sichtbar in den Vordergrund gestellt werden. Auf die satanische Generaloffensive des Nihilismus kann nur die in zwölfjähriger Verfolgung wiedergeborene Einheitsfront aller christlichen Bekenntnisse antworten.

Es braucht nicht erwähnt zu werden, daß damit nicht in zwischenkirchliche Beziehungen eingegriffen oder dogmatischer Aufweichung das Wort gesprochen werden soll. Die Wiedervereinigung der Kirchen wird nie ein Werk politischer Konstruktion, sondern nur ein Gnadengeschenk Gottes sein. Kein in Allgemeinbegriffen verschwimmendes, sondern nur ein im Bekenntnis ernst genommenes Christentum vermag dem Willen seines Stifters wie den Anforderungen der Zeit zu entsprechen. Aber gerade ein solches Christentum vermag auch die Vorurteile zu überwinden, die das unheilvollste Erbe der Reformationszeit sind. Wo immer gemeinchristliche Anliegen, etwa in Schule und Jugendführung, praktischer Verwirklichung harren, müssen sie in der Form des jeweiligen Bekenntnisses realisiert werden. Sie werden es aber umso eher und vollkommener, als alle Bekenntnisse engstens zusammenarbeiten. Vollkommene rechtliche und tatsächliche Parität und restlose Beseitigung aller beiderseits etwa noch vorhandenen inneren Vorbehalte ist hierzu selbstverständliche Voraussetzung.

2) Notwendig ist ferner die *Überwindung jener* unfruchtbaren *defensiven Geisteshaltung*, die sich jahrzehntelang auf allen Lebensgebieten zeigte, von der Überbetonung der Apologetik in der Lehrverkündigung bis zu einer Politik, die sich alles Heil von der Sicherung kirchlicher Rechte in Verfassung und Konkordat erwartete und nur dann zur Aktion schritt, wenn die Gegenseite schon gestartet hatte. Diese Geisteshaltung gipfelte in dem bekannten traurigen Minderwertigkeitskomplex, der sich damit begnügte, zu erweisen, daß man „auch“ sozial oder „auch“ national sei, „auch“ mit dem Geist der Zeit marschiere, und schließlich und endlich „auch“ ein Lebensrecht unter Gottes Sonne habe.

Dabei ist es der Christ, der nach einem Wort Theodor Haeckers „den Schlüssel zur Erkenntnis des Seins“ in Händen hat „kraft der Offenbarung und des Glaubens“ – den Schlüssel auch zur Behebung der menschlichen und sozialen Not unserer Tage. „Und er soll sich einfach schämen, wenn er ihn nicht gebraucht“!

Es ist darum niemals Hauptaufgabe des Christen in der Welt, die Rechte der Kirche zu verteidigen, sondern das gesamte private und öffentliche Leben aus dem Geist des Evangeliums zu erneuern. Die Verteidigung der Rechte der Kirche, wo immer sie gefährdet sind, ist nur notwendiger Teil dieser Gesamtaufgabe. Es ist somit auch in den kommenden Jahren das Ziel der hier gezeichneten politischen Arbeit nicht die Bewahrung eines noch vorhandenen oder überlieferten kirchlichen Besitzstandes an Sachen und Rechten (bei aller Bejahung der hierzu dienenden Mittel, etwa des Konkordates), sondern der Neuaufbau des Gesamtlebens unseres Volkes von Grund auf – in dem Wissen, daß seit zweitausend Jahren niemand einen anderen Grund legen kann „als den, der gelegt ist, Jesus Christus“ (1 Kor. 3,11).

3) Damit ist der geistig-weltanschauliche Rahmen der politischen Neuordnung gezogen; wer das christliche Sittengesetz zur Grundlage des öffentlichen Lebens macht, für den ist grundsätzlich Platz beim Werk der Erneuerung. Nach Überwindung eines Systems, das in der Bespitzelung seiner Bürger vom Eintopfgericht bis zur Teilnahme an geistlichen Exerzitien eine unübertreffliche Meisterschaft entfaltete, ist *Gewissensfreiheit* die erste Forderung, auch und gerade in den eigenen Reihen. Für die Kontrol-

le des Kirchenbesuchs oder der Teilnahme an Prozessionen, wie sie übereifrige Landesfürsten im 16. und 17. Jahrhundert übten, ist die Zeit, Gott sei Dank, vorbei. Es ist damit auch niemand die Mitarbeit verwehrt, dem es aus inneren Gründen zeitweise unmöglich ist, die üblichen Pflichten seines Bekenntnisses zu erfüllen. Das ist allein Sache des Einzelgewissens. Die Allgemeinheit hat nur das Recht, von jedem, der ihr dient, einen sauberen, anständigen Charakter, selbstlose Hingabe an die gemeinsame Sache und Anerkennung der objektiven Normen des christlichen Sittengesetzes zu verlangen. Christ ist, wer getauft ist. Wer sich nicht durch offenen Abfall von der Kirche aus der Gemeinschaft der Gläubigen ausschließt, der darf sich mit Recht jede Einmischung in den ureigensten Bereich seines persönlichen Lebens, den religiösen, verbitten.

4) Mit der Anerkennung des Christentums als der unerschütterlichen Grundlage der Gesellschaftsordnung einerseits, der persönlichen Gewissensfreiheit andererseits, sind die Grundlagen für die Beziehungen von *Kirche und Staat* gegeben. Der liberale Satz, daß Religion Privatsache sei, hat in der ersten versteckten, dann offenen Demokratisierung des politischen und sozialen Lebens seine unheilvollen Früchte getragen, und in der vom Nationalsozialismus unter dem Schlagwort der „Entkonfessionalisierung des öffentlichen Lebens“ durchgeführten Entchristlichung von Staat und Volk seine Vollendung gefunden. Die Beschränkung des Religiösen auf den Raum des Kämmerleins, dessen Tür man hinter sich verschließt, ist der Natur des Menschen und dem Evangelium zuwider, aus dessen Zusammenhang das oft zitierte Wort willkürlich herausgerissen wurde, und wird immer wieder zur geistigen und sittlichen Verwilderung der Völker führen. Es geht ja dem, der das Wort vom Kämmerlein politisch mißbraucht, gar nicht darum, sich selbst zum Beten darin vor der Welt zu verschließen (man schaue sich diese Apostel eines nie verstandenen Christentums nur an!), sondern den andern, den Christen nämlich, darin ein- und somit von der Welt auszuschließen. Welcher Schlagworte und Methoden man sich dabei bedient, ist Nebensache, das Ziel ist immer das gleiche: den Christen ins Ghetto zu zwingen und der Sendung zu berauben, „das Salz der Erde“ (Math. 5,13) zu sein.

Die volle Freiheit der Kirche, ihres Glaubens und Kultus, vor allem der Verkündigung des Wortes Gottes, muß demgegenüber zur Selbstverständlichkeit im Bewußtsein des Volkes werden. Auch Kreise, die früher der Kirche skeptisch gegenüberstanden, versagen dieser Forderung heute ihre Zustimmung nicht, da sich die Kirche in den vergangenen zwölf Jahren als letzter Hort von Recht und Sitte, Wahrheit und Freiheit erwiesen hat und in Zukunft immer wieder erweisen kann. Die Kirche ihrerseits bedarf zur Erfüllung ihrer Mission nur der Freiheit. Jede Form von Staatskirchentum ist deshalb nicht nur im Interesse des Staates und der Gewissensfreiheit, sondern auch im wohlverstandenen Interesse der Kirche selbst abzulehnen.

Andererseits ist eine *grundsätzliche* Trennung von Kirche und Staat mit dem Wesen des Menschen unvereinbar, der zugleich Bürger des Staates und Glied der Kirche ist. Kirche und Staat sind zwar zwei selbständige, vollkommene Gesellschaften, stellen aber doch zwei Kreise dar, die sich schneiden. Gewiß ist eine weitgehende, reinliche Scheidung von kirchlichem und weltlichem Bereich, eine klare Arbeitsteilung zwi-

schen kirchlichen und staatlichen Funktionen wünschenswert; aber die Angelegenheiten, die von Natur gemischter Art sind, wie Ehe, Schule und Erziehung, können befriedigend nur in vertrauens- und verständnisvoller Zusammenarbeit von Staat und Kirche geregelt werden. Hierzu bietet das bayerische Konkordat die geeignete Grundlage. Der Staat darf sich nicht als unbeteiligt an den Anliegen der Kirche betrachten und diese ignorieren. Was dem Volk heilig ist, kann dem Staat, schon gar einem demokratischen Staat, nicht gleichgültig sein.

II. Bayern, Deutschland und Europa

Das heute zur Fiktion gewordene Reich ist die Schöpfung Bismarcks, der durch den Beitritt der süddeutschen Staaten erweiterte Norddeutsche Bund vom 1. Juli 1867. Dieses sog. *kleindeutsche Reich* wurde schon bei seiner Begründung von der Mehrheit der Nation als Notlösung empfunden, die nach dem unglücklichen Ausgang des Krieges von 1866 allerdings auch in Bayern großenteils als zwangsläufig angesehen wurde. Das „Zweite Reich“ war innenpolitisch ein unausgereifter Kompromiß zwischen dem preußischen Obrigkeitsstaat und der national-liberalen bürgerlichen Gesellschaft. Vor allem aber stellte es durch eine *scheinbar* föderalistische Verfassung, in die die Hegemonie eines einzigen Bundesstaates, Preußens, gekleidet war, einen staatsrechtlichen Widerspruch in sich selbst dar. Der bundesstaatliche Anstrich des Bismarckreichs beruhte im wesentlichen auf zwei Momenten: einmal darauf, daß die Souveränität im Reich nicht dem Kaiser, wie in den Bundesstaaten den Fürsten, oder dem deutschen Volk, wie später in der Republik, sondern den im Bundesrat vertretenen Regierungen zustand, sowie zweitens auf den Sonderrechten, die in verschiedenem Umfang einigen süddeutschen Staaten zuerkannt waren. Der erste Umstand war formaler Natur und konnte die preußische Vorherrschaft nur notdürftig verdecken. Denn nach der Verfassung mußte jede Änderung dieser selbst sowie auf dem Gebiet des Heerwesens, der Kriegsmarine, des Zollwesens und der indirekten Besteuerung, aber auch jeder Antrag auf Reichstagsauflösung an einem Veto der preußischen Bundesratsstimmen scheitern, womit in allen entscheidenden Fragen der Gesetzgebung und Politik Preußen die ausschlaggebende Rolle spielen konnte, verstärkt durch die verfassungsrechtlich festgelegte Verbindung zwischen Kaiserwürde und preußischer Krone und die de facto meist bestehende Personalunion zwischen dem Amt des Reichskanzlers und dem des preußischen Ministerpräsidenten. Diese Verfassungslage wurde durch die geographischen und wirtschaftlichen Verhältnisse verstärkt. Preußen umfaßte rund zwei Drittel des Gebiets und der Bevölkerung des Reichs, darunter die Reichsteile, die sich industriell am besten entwickelten. So mußte sich mit dem industriellen Aufschwung und der immer enger werdenden wirtschaftlichen Verflechtung innerhalb des Reichs das preußische Übergewicht von selbst verstärken, was in den Zeiten der Kriegswirtschaft am deutlichsten sichtbar wurde. Dem entgegen standen nur die süddeutschen Reservatrechte, und es ist vielleicht besonders dem Verschwinden der beliebten bayerischen Briefmarken unter der offen halbunitarischen Weima-

rer Verfassung zuzuschreiben, daß das Reich Bismarcks nachträglich in den Ruf vorbildlicher föderativer Struktur kam. In Wirklichkeit war es ein unechter Föderalismus: Die Reservatrechte vermochten zwar die mit ihnen ausgestatteten Staaten auf einzelnen Gebieten gegen die Berliner Zentralgewalt zu schützen, nicht aber den überragenden Einfluß Preußens auf die Führung des Reichs einzudämmen. Ja, das Schwergewicht der nicht bevorrechteten Staaten mußte auf die Dauer in die preußische Waagschale fallen. So waren die Sonderrechte nur ein kümmerlicher Ersatz eines echten Bundesstaats, wie ihn die Schweiz oder die USA verkörpern. Es war deshalb nur ein politischer Taschenspielertrick, als 1932 der damalige Reichskanzler von Papen seinen Arm in den des bayerischen Ministerpräsidenten schob und sich als „föderalistischster Reichskanzler seit Bismarck“ vorstellte. Der Bismarcksche Scheinföderalismus erwies sich aber ein zweites Mal nicht als der geeignete Speck, die süddeutschen Mäuse zu fangen. Denn ein Zurück zu Bismarck bedeutet ein Zurück zur preußischen Hegemonie in Deutschland.

Die *Weimarer Verfassung* vom 11. August 1919 hob die süddeutschen Reservatrechte auf, beseitigte aber auch die enge rechtliche Verbindung zwischen den Regierungen des Reichs und Preußens. Jedoch verstärkte sie die Zentralgewalt erheblich, theoretisch durch die Begründung der Souveränität des deutschen Volkes als Gesamtheit (Art. 1, Satz 2), praktisch durch die Erweiterung der zentralen Zuständigkeiten, vor allem die neu errichtete Finanzhoheit des Reichs (Art. 8); sie degradierte die „Bundesstaaten“ zu „Ländern“ und zwang ihnen die republikanische Staatsform auf (Art. 17, Abs. I). Zumal im Zeitalter der Notverordnungen erwies sie sich als Zwischenstufe zur Verreichlichung, das heißt Verpreußung. Wirkte sie so unitarisch, so verbaute andererseits die gegen den ursprünglichen Vorschlag ihres Schöpfers, Hugo Preuss, behaltene preußische Staatseinheit den Weg zum sog. dezentralisierten Einheitsstaat. Dadurch erwies sich das Verhältnis von Reich und Ländern als der problematischste Punkt der republikanischen Verfassung. Neben manchem anderen, wie dem Fehlen einer echten Zweiten Kammer und dem Verhältniswahlrecht, trägt er die Hauptschuld am Versagen der Demokratie. Denn deren erste Voraussetzung in einem geistig, stammesmäßig und wirtschaftlich so differenzierten Lebensraum wie Deutschland ist ein echter Föderalismus. Schon aus diesem Grund ist die Weimarer Verfassung, wenigstens in ihrem ersten Teil, kein Wegweiser in die deutsche Zukunft.

Diese erfordert vielmehr, soll endlich ein gesundes demokratisches Leben in Deutschland erwachsen, die Auflösung des 1866 mit der Einverleibung Frankfurts, Kurhessens und Hannovers vollendeten preußischen Staatsgebildes und die Brechung der preußischen Hegemonie innerhalb der deutschen Grenzen. Sie fordert ferner die Beseitigung einer Geisteshaltung, die in *Verfälschung des alten großdeutschen Gedankens* glaubte, die Vereinigung aller deutschsprachigen Gebiete Europas mit einem von Berlin zentralistisch regierten Reich bedeute die Erfüllung der Einheits- und Friedenssehnsucht des deutschen Volkes. Diese nicht groß-, sondern alldeutsche Gesinnung, zu Zeiten Schoenerers in Österreich entstanden und schon im Ersten Weltkriege von den militärischen Kreisen um den preußischen Kronprinzen übernommen, war die

mächtigste Wegbereiterin Hitlers in Europa. Sie proklamierte den Geist von Potsdam zum gemeindeutschen Geist (welche Mißachtung der deutschen Kultur vom „Wessobrunner Gebet“ bis zu Rainer Maria Rilke!) und hielt die deutsche Einheit schlechthin und um jeden Preis für den höchsten politischen, wenn nicht gar menschlichen Wert. Sie hatte oder wollte vergessen, daß „Einigkeit und Recht und Freiheit“ nur in *einem* Atemzug besungen und verwirklicht werden könne, ja daß eine auf Kosten von Recht und Freiheit erzwungene Einheit die größte Sünde wider den Geist der deutschen Geschichte ist.

Dieser politische Mißbrauch des tausendjährigen Rufs zur Einheit beginnt schon lange vor Adolf Hitler. Bei Friedrich II., den eine undeutsche Geschichtsschreibung den Großen nannte, war es noch offene Rebellion gegen Kaiser und Reich, als er in den schlesischen Raubkriegen die Grundlagen der preußischen Macht legte. Aber schon die Nationalversammlung von 1848 bot dem Preußenkönig die Kaiserkrone an. Als der deutsche Dualismus zur Entscheidung drängte, verstand es Bismarck meisterhaft, das preußische Staatsschiff unter deutscher Flagge segeln zu lassen. Er nannte sein Großpreußen „Deutsches Reich“ und proklamierte seinen König, dessen ehrliches Herz sich nicht wenig sträubte, zum deutschen Kaiser. Was dann den Alldeutschen im Ersten Weltkrieg mißlang, schien Hitler, dem Nachfahren der österreichischen Antisemiten und der preußischen Könige, im Zweiten zu gelingen. Der Nationalsozialismus, nach Goebbels Worten „völkisch angewandtes Preußentum“, der seinen Staat in Potsdam begründete, bediente sich hierzu einer dreifachen Lüge; er nannte sein Ziel nach außen Europa, meinte aber Deutschland; aber nicht jenes Großdeutschland, das er im Inneren verkündete, sondern ein imperialistisches Großpreußen; doch zuletzt nicht einmal dies, sondern die Diktatur einer Partei, deren Führerschaft den geistigen und charakterlichen Abschaum der Nation in sich vereinte. Wahrhaft satanisch muß man eine Staatskunst nennen, die die tiefsten Gefühle und höchsten Tugenden eines Volkes für die schlechteste und verbrecherischste aller politischen Ideen auszunützen verstand.

Dürfen es sich die „alten Preußen“ auch verbitten, persönlich ihren braunen Epigonen gleichgestellt zu werden (mit Adolf Hitler verglichen, blieb der Feldherr Friedrich wirklich „der Einzige“), so bleibt doch bestehen, daß das Dritte Reich die Vollendung des zweiten brachte, im Inneren durch die Verwirklichung des Einheitsstaats, nach außen durch die verschiedenen Anschlüsse seit 1938. Aber auch das alte, noch von allen völkischen Ideologien unberührte *Preußentum* stellt eine Welt- und Lebensanschauung dar, die den stärksten Gegensatz zu den wahren Werten deutscher Kultur bildet. Seine eigentliche Inkarnation findet der preußische Geist im Militärischen. Doch bildet nicht die nirgends sonst gekannte Vollendung, ja Übersteigerung des Soldatentums die eigentlich preußische Häresie, sondern die Übertragung der militärischen Normen und Formen auf das ganze zivile Leben. So erscheint dem typischen Preußen je nach seiner gesellschaftlichen Herkunft das Weltgeschehen stets unter dem Blickpunkt des Gardeleutnants oder des Sergeanten. Die dadurch entstehende Verwirrung der Begriffe (man denke nur an den Ehrenkodex!) liegt auf der Hand. Preußentum ist damit wesentlich eine antihumane, im tiefsten antichristliche Weltan-

schauung, die den ganzen Bereich der menschlichen Kultur nur mit dem Maß des Kürassierstiefels mißt. Der Satz „Wer auf die preußische Fahne schwört, hat nichts mehr, was ihm selbst gehört“ ist die pathetische Formulierung des nüchternen Sachverhalts, daß der Deutsche unter preußischer Führung nicht nur materiell einer der Ärmsten, sondern auch geistig einer der Armseligsten aller Menschen geworden ist: er opfert alles und weiß am Ende nicht wofür.

Dem preußischen Geist, das heißt Ungeist, entspricht das geschichtliche Bild der preußischen Politik. Wie kleinlich erscheint der späte, engstirnige Machthunger der Hohenzollern gegen die weltweite politische Konzeption des alten Kaiserhauses Habsburg schon an der Schwelle der Neuzeit! Wie kalt und volksfremd die finstere Gestalt des vom Ehrgeiz besessenen Preußenkönigs gegen die kluge, lebenssprühende und weltoffene, ihr Recht und eine unsterbliche Idee verteidigende Kaiserin! Und noch von der im Dienst einer gewaltigen Kulturaufgabe ermüdeten, aus Deutschland ausgestoßenen und dadurch von den Wurzeln ihrer Kraft abgeschnittenen Donaumonarchie sticht der parvenühafte Talmiglanz des wilhelminischen Gegenkaisertums, das sich im neuen Berliner Dom das würdige Denkmal monströser Hohlheit gesetzt hat, aufdringlich ab.

Als die Ratifizierung der Novemberverträge von 1870 im bayerischen Landtag zur Debatte stand, warf ein Würzburger Abgeordneter eine von den Preußen 1866 auf die Festung Marienberg abgeschossene Kugel auf den Tisch des Hauses und rief: „Das ist die Bruderhand, die sich uns aus dem Norden entgegenstreckt!“ Was würde er erst heute sagen, wenn er die rauchgeschwärzten Ruinen der schönen Stadt am Main sehen könnte! Tod und Verderben sind die wiederholte, einzige Frucht des Bundes mit Preußen und der schier nibelungenhaften Treue, die das bayerische Volk dem sog. Reich von seiner Gründung am 18. Januar 1871 bis zu seinem Untergang am 8. Mai 1945 bewiesen hat. Der Eintritt Bayerns in das Bismarcksche „Reich“, die Tat eines geisteskranken Königs und einer geistesverwirrten Landtagsmehrheit, erscheint deshalb heute mehr denn je als eine der folgenschwersten Fehlentscheidungen der bayerischen Geschichte.

Die Erkenntnis, daß *Preußen Deutschlands Unglück* ist, kann dem bayerischen Volk nicht nachdrücklich genug zu Bewußtsein gebracht werden. Denn eine jahrzehntelange, mit Droysen und Treitschke beginnende Verfälschung des deutschen Geschichtsbildes hat schon lange vor dem Erscheinen der wöchentlichen politischen Kindermärchen im „Reich“ weitreichende Verwirrung auch in den Köpfen des Südens angerichtet. Die zweimalige Katastrophe des preußisch-alldeutschen Größenwahns hat aber unserm Volk die einzigartige Chance gegeben, sein Leben von Grund auf neu zu gestalten und von dem seit 1866 beschrittenen Irrweg zu den ein Jahrtausend gültigen Gesetzen seiner Geschichte zurückzukehren.

Bayern muß deshalb im Verein mit den übrigen von Preußen nach und nach unterdrückten deutschen Ländern des Südens und des Nordens (denn auch das Rheinland, Niedersachsen, Schlesien und die Hansestädte haben eine große und wahrhaft deutsche Tradition!) alle Kraft daran setzen, daß ein Reich Bismarckscher Prägung, ein Reich mit preußischer Hegemonie, ein Reich mit zentralistischer Struktur, kurz ge-

sagt, ein Reich mit Berlin als Hauptstadt, vor allem aber ein neues Kaisertum des Hauses Hohenzollern nie wiederkehren kann! Die bitterste Erfahrung hat uns gelehrt, daß selbst der unbefriedigende Partikularismus vergangener Zeiten eine glücklichere Lösung der deutschen Frage darstellt als ein unitarisches Quasi-Reich. Die Welt hätte umsonst ihren Sieg über Hitler erfochten, das deutsche Volk umsonst zum zweiten Mal Millionen seiner Söhne geopfert, wenn neben dem Nationalsozialismus nicht auch das Preußentum mit Stumpf und Stül ausgerottet und vernichtet, der preußische Staat restlos zerschlagen würde. Denn nach dem Gesetz, nach dem er angetreten, wird er immer wieder Macht um ihrer selbst willen sammeln und bewundern, und, berauscht von seiner traurigen Ehre, blind für die Wirklichkeit der Welt, von Krieg zu Krieg Europa in immer größere Katastrophen treiben. Darum ist nicht die Internationalisierung des deutschen Rheinlands, sondern die Zerschlagung Preußens der beste Bürge für den Frieden und die Sicherheit der Welt.

Ein dauerhafter europäischer Friede setzt aber als erstes die Überwindung jener seit mehr als hundert Jahren verbreiteten Anschauung voraus, daß jedes Volk seinen eigenen Staat haben und als ganzes in ihm geeint sein müsse. Dieser *Nationalstaatsgedanke* ist eine der Hauptursachen der politischen Erschütterungen der neueren Zeit. Die Völker Europas müssen sich zu der Erkenntnis durchringen, daß Staat und Nation ebenso zwei verschiedenartige Begriffe sind wie Staat und Konfession, daß diese Begriffe sich weder praktisch überall decken können noch prinzipiell zu decken brauchen, daß vielmehr, wie die Schweiz für alle Zeiten beispielhaft bewiesen hat, Angehörige verschiedener Nationen und Konfessionen in bester Harmonie und zu allgemeinem Nutzen in einem Staat vereint sein können.

Wenn je einem Volk die aus Westeuropa stammende und dort auch verwirklichte Idee des Nationalstaats zum Fluche wurde, dann dem deutschen. Im Herzen Europas gelegen, ohne klare Volkstumsgrenzen im Osten, mit vielerlei bedeutsamen Exklaven im fremden Siedlungsgebiet, blieb ihm im Zeichen dieser die geographischen und geschichtlichen Gegebenheiten Mitteleuropas ignorierenden Ideologie nichts übrig als Unrecht zu leiden oder zu tun. Das Nationalstaatsprinzip zerschlug den historischen Erben des Ersten Reichs, die Donaumonarchie, und damit die letzte Möglichkeit des friedlichen Zusammenlebens der Völker des südosteuropäischen Raumes. Mit den Pariser Vorortverträgen begann jener verbissene Volkstumskampf, den die Ausrottungspolitik des faschistischen Italien gegen das südtiroler Deutschtum am grellsten beleuchtet. Seinen Höhepunkt fand dieser Wahnsinn in der Himmlerschen Politik „zur Festigung des deutschen Volkstums“, in dem Vernichtungsversuch am polnischen Volk und der gewaltsamen Umsiedlung auslandsdeutscher Volksgruppen, wodurch die elementarsten Rechte der fremden Völker ebenso mit Füßen getreten wurden wie die der eigenen Volksgenossen. Der Unsumme von Leiden, die dieser Nationalitätenkampf seit dem Ende des Ersten Weltkriegs über die mitteleuropäischen Völker gebracht hat, muß endlich Einhalt geboten, der Fluch der bösen Tat, die fortzeugend Böses gebiert, muß gebrochen werden. Dem in der Rechtsordnung aller zivilisierten Völker anerkannten Prinzip der Glaubensfreiheit muß das der Volkstumsfreiheit, das schon Art. 113 der Weimarer Verfassung zum Ausdruck brachte,

hinzugefügt werden, wenn der europäische Friede auf Gerechtigkeit gegründet und damit dauerhaft sein soll.

Wird den verschiedenen Nationen, auch den kleinen und kleinsten, in allen europäischen Staaten volle kulturelle Freiheit gegeben, dann verliert die Frage der Grenzziehung viel von ihrer bedrückenden Schwere. Mit der Nationalstaatsideologie verschwindet aber auch der falsche, imperialistische Aspekt, unter dem die Welt seit Jahrzehnten das deutsche Volk, dieses zum Teil aber auch sich selbst gesehen hat. Das Deutschtum erscheint dann wieder als das durch vielerlei Staaten gewirkte Band der kulturellen Einheit, zu der sich freudig und stolz und ohne in den, in den letzten Jahren nur zu berechtigten, Verdacht landesfeindlicher Haltung zu kommen, alle bekennen können, die die deutsche Sprache sprechen, auch wenn sie sich endgültig vom politischen Schicksal Deutschlands getrennt haben. Politisch aber gilt, daß die nationalstaatliche Einigung des deutschen Gesamtvolkes eine Utopie ist, ein Traum weniger Jahrzehnte, und nicht einmal ein schöner Traum. Die deutsche Frage kann vielmehr nur zugleich mit der mitteleuropäischen gelöst werden. Der tausendjährige, noch vor weniger als hundert Jahren lebendige Einigungsgedanke war nicht national, sondern *universal*, nicht allein deutsch, sondern *abendländisch*. Er hat seit dem Zerfall des karolingischen Reichs und seiner Erneuerung in engeren Grenzen durch Otto den Großen mancherlei Wandlungen durchgemacht, war aber noch für Schwarzenberg eine konstruktive politische Idee, der, als sie am preußischen Machtanspruch scheiterte, die preußisch-alldeutsche Geschichtsschreibung schnell die Etikette eines verstaubten historischen Ladenhüters anheftete. Trotzdem ist der Einigungsgedanke, angepaßt an die modernen Erfordernisse, ein unsterbliches europäisches Ordnungsprinzip, denn er erfüllt die Sehnsucht aller Völker nach Gerechtigkeit und Frieden. Er fordert in unserer Zeit der politischen und kulturellen Emanzipation der ost- und südosteuropäischen Völker zuerst die vorbehaltlose Gleichberechtigung aller beteiligten Völker und die Beseitigung aller etwa noch vorhandenen unklaren Vorstellungen von deutscher Hegemonie in Europa. Die Völker Europas sind heute reif geworden, ihr Schicksal selbst in die Hand zu nehmen, aber auch, sich im Interesse der gemeinsamen geistigen und materiellen Güter zusammenschließen. Nur geistige Leistung kann ein Volk zur Führung berechtigen. Eine Union kann deshalb nicht mehr in mittelalterlichen Formen verwirklicht werden. Der freie, gleichberechtigte Zusammenschluß aller zwischen West und Ost gelegenen Länder, gleich welcher Nationalität, also ein zumindest *mitteleuropäischer Bundesstaat*, ist die moderne Prägung der unsterblichen Einigungsidee. Denn Mitteleuropa bildet geschichtlich und wirtschaftlich eine Einheit, seit deren staatlichem Zerbrechen 1806, 1866 und 1918 diese Völker nicht mehr zur Ruhe kommen. Allein ein echter bundesstaatlicher Zusammenschluß kann Zentral-europa einen dauerhaften Frieden und einen neuen wirtschaftlichen Aufstieg geben. Um der Vielfalt der Länder und Nationen zu entsprechen, ist der Föderalismus in dieser Union erstes Lebensgesetz. Nur bei größtmöglicher Freiheit aller in ihr vereinten Staaten ist diese überhaupt denkbar. Andererseits ist das 20. Jahrhundert für eine Überspitzung des Souveränitätsgedankens kleiner Länder noch weniger geeignet als das 19. Föderalismus heißt volle Anerkennung der Einzelstaaten als Glieder und

Grundlage des Bundesstaates, er heißt aber auch volle Bejahung der Einheit, die erst Recht und Frieden verbürgt. (In der nordamerikanischen Innenpolitik nennt man die Vertreter einer starken Zentralgewalt Föderalisten!) Echter Föderalismus hebt sich daher scharf von jedem einer früheren geschichtlichen Situation verhafteten oder in Kirchtumspolitik befangenen Partikularismus ab; er will das Eigenleben der vereinten Staaten als ihr gutes, unveräußerliches Recht und stärkste Kraftquelle des gemeinsamen Bundes, verneint aber den „Kantönligeist“ als Entartung eines gesunden Selbstbewußtseins.

Eine klare und ins Einzelne gehende Regelung der Zuständigkeiten ist die Hauptaufgabe jeder bundesstaatlichen Verfassung. Da die Einzelstaaten das Primäre sind, haben sie alle Rechte, die nicht ausdrücklich dem Bund zugewiesen sind. Der Grundsatz der Weimarer Verfassung, daß Reichsrecht Landesrecht bricht (Art. 13, Abs. I), ist mit föderativem Geist unvereinbar. Wegweisend ist vielmehr der Schweizer Verfassungsrechtsgrundsatz „Unifier, ne pas centraliser!“, also Rechtseinheit und Selbstverwaltung. Zur Wahrung des Rechts und besonders des bundesstaatlichen Charakters gegen Verfälschungen nach beiden Seiten bietet eine Verfassungsgerichtsbarkeit nach dem Vorbild der nordamerikanischen die beste Garantie.

Ein solcher Bund beruht selbstredend auf freiwilligem, dann aber auch unwiderruflichem Beitritt. Das Friedensbedürfnis und die Erleichterung des Wirtschaftsaustausches werden auf die Dauer die Anziehungskraft eines solchen Bundesstaates unwiderstehlich machen. Ja, es ist zu hoffen, daß *ein mitteleuropäischer Bund* zur Grundlage einer *gesamteuropäischen Einigung* wird. Denn im Zeitalter von Technik und Verkehr, von V-Geschossen und Atombomben, da die Welt schon lange angefangen hat, in Kontinenten zu denken, wird die europäische Einheit zur Lebensnotwendigkeit aller kontinentaleuropäischen Staaten. Sie erst ist die Vollendung der von Karl dem Großen erstmals verwirklichten Einigungsidee.

Vorerst freilich bleibt die *Übernahme der vollen Souveränität durch den bayerischen Staat* und die übrigen deutschen Länder, sowohl die süddeutschen wie die durch die Auflösung Preußens noch zu bildenden norddeutschen, das erste politische Ziel. Bayern darf hoffen, dieses Ziel bald, eher als manches andere deutsche Land zu erreichen. Denn es bringt die besten Voraussetzungen für ein freies, demokratisches Eigenleben mit sich. Die staatliche Tradition Bayerns, sein Volkstum und seine Kultur stehen von jeher in schärfstem Gegensatz nicht nur zum Nationalsozialismus, sondern auch zu jeder Form von Preußentum und Militarismus. In Bayern hat die Demokratie nicht versagt; der Landtag hatte noch bei den letzten Wahlen 1932 eine aus Bayerischer Volkspartei und Sozialdemokraten bestehende und damit arbeitsfähige Mehrheit. Bayern hat den Nationalsozialismus 1923 aus eigener Kraft niedergeschlagen; seither hat er in Bayern keine ernsthafte innere Gefahr mehr dargestellt. Nur als Teil des Reichs ist Bayern 1933 durch Einsetzung eines Reichskommissars ein Opfer des Hitlersystems geworden, ist es, wie fünf Jahre später Österreich, der äußeren Gewalt erlegen. Stärker als jedes andere deutsche Land hat Bayern dem Nationalsozialismus Widerstand geleistet; der Hitlergruß hat sich nie durchzusetzen vermocht. Zur Verschleierung dieser Tatsachen wurde die entthronte Landeshauptstadt München

von der nationalsozialistischen Propaganda „Hauptstadt der Bewegung“ genannt, um vom Volksmund alsbald „Hauptstadt der Gegenbewegung“ getauft zu werden. Als solche hat sie sich auch erwiesen. Als einzige deutsche Stadt machte München vor dem Einmarsch der Amerikaner den Versuch, sich selbst zu befreien, nachdem Professoren und Studenten der Münchener Universität schon zwei Jahre vorher unter blutigen Opfern den Willen zu Freiheit und Frieden bekundet hatten – damals ein Fanal für Deutschland und die Welt.

Ist es für Österreich recht, ein selbständiger und unabhängiger Staat zu werden, so ist es für Bayern billig. Der Umstand, daß es infolge des im Bunde mit Österreich 1866 verlorenen Krieges schon 1871 seine Souveränität verlor, darf sich nicht auch noch als Fluch für kommende Geschlechter erweisen, darf Bayern nicht für alle Zukunft dazu verdammen, als preußische Provinz behandelt zu werden.

III. Das bayerische Land und Volk

Bayern in alter Kraft und Freiheit wieder aufzurichten, ist die große Hoffnung dieser schweren Stunde. Nach sechzigjähriger „national“ getarnter Verpreußungspolitik und dem zwölfjährigen gewaltsamen Versuch, das bayerische Eigenleben auszulöschen, blieb vom bayerischen Staat der Vergangenheit kaum noch ein organisatorisches Gerippe über. Der Staat muß deshalb von Grund auf neu gebaut werden. Er kann nur errichtet werden auf den Fundamenten, die den jüngsten Sturm ebenso überdauert haben wie so manchen anderen seit dem Untergang des ersten bayerischen Staates unter Tassilo 788, auf dem bayerischen Land und dem bayerischen Volk, und auf den Säulen, die von alters her den bayerischen Staat getragen haben, dem christlichen Glauben, einer sozialen Demokratie, und guter, alter Tradition in Recht und Sitte.

Das *bayerische Land* ist die erste Quelle bayerischer Kraft. Es muß dem bayerischen Volk in vollem Umfang erhalten bleiben. Bayern hat, seitdem es im Wiener Kongreß seine endgültige Gestalt gewonnen hat, kein fremdes Gebiet annektiert. (Die verwaltungsmäßige Angliederung einiger tschechoslowakischer Kreise 1938 erfolgte nach Aufhebung der bayerischen Eigenstaatlichkeit und somit ohne den Willen des bayerischen Volkes.) Aber es wehrt sich mit Recht dagegen, daß Teile seines Staatsgebietes an andere Staaten abgetreten oder vom Staatsganzen abgetrennt werden. Ganz Bayern rechts und links des Rheins ist im Lauf der Geschichte zu einer festen, harmonischen Einheit verwachsen, die in innerer Freiheit und Gleichberechtigung aller Landesteile, Stämme, Stände und Bekenntnisse sich selbst glücklich ergänzt und gewillt ist, mit allen Nachbarstaaten in Freundschaft, Frieden und regem wirtschaftlichem und kulturellem Austausch zu leben. Die Grundlagen der bayerischen Zukunft bilden daher die Grenzen, die das Jahrhundert vor dem 1. Weltkrieg (sieht man von der 1866 erzwungenen Abtretung von Orb und Gersfeld an Preußen ab) unverändert Gültigkeit hatten. Dazu kommt das Gebiet von Coburg, das am 1. Juli 1920 auf Grund freien Volksentscheids mit Bayern vereinigt wurde.

Das *bayerische Volk* ist seit dem Verschwinden der weiß-blauen Fahnen schärfster Unterdrückung seiner Freiheit und Lebensauffassung ausgesetzt gewesen. Was in der Republik auf einzelne Ressorts beschränkt war, wurde im Hitlerstaat System: die Versetzung der eingesessenen bayerischen Beamten über das ganze Reich und die Einsetzung „nordischer“ Fronvögte in Bayern. In München sammelte sich in der Reichsleitung und der Parteibureaucratie des Braunen Hauses eine dem bayerischen Wesen grundsätzlich feindliche Gesellschaft aus allen Richtungen der Windrose. Am Ende der Entwicklung stand ein land- und volksfremder Gauleiter und Reichsverteidigungskommissar in Oberbayern, zugleich der einzige Minister des Landes, und die Überflutung durch den Riesenstrom der Evakuierten, die sich oft genug als Herren des Landes aufspielten. Von der restlosen Unterdrückung allen eigenstaatlichen Lebens und von der Allgewalt der Berliner Zentrale wurde schon gesprochen. Dies alles hat umso sichtbarere Spuren im bayerischen Volk hinterlassen, als zwölf Jahre lang die Erziehung und Propaganda darauf ausgerichtet war, das Bayernvolk seelisch zu entwurzeln, ihm den alten Stolz auf seine freie Heimat zu nehmen und im Zentralstaat Adolf Hitlers das politische Ideal sehen zu lassen. Auch die Folgen der seit Gründung der Reichswehr begonnenen Verpreußung des bayerischen Soldatentums und der seit siebzig Jahren bestehenden geistigen Infiltration des Preußentums auf den verschiedensten Gebieten, besonders im Schulunterricht, zumal der höheren Lehranstalten, werden noch einige Zeit spürbar sein. Die Überfremdung des Bayerntums ging, schon gar als der Kampf gegen die Religion einsetzte, auf allen Gebieten bis an die Wurzeln des Volkstums.

Nach all dem tut eine zielbewußte und folgerichtige, notfalls auch rücksichtslose Politik der Reinigung, Erneuerung und Erstarkung des bayerischen Volkes not. Sie muß das Volk wieder fest in seinem angestammten Boden und seiner tausendjährigen Überlieferung verwurzeln, es auf allen Gebieten zu den Quellen wahren Bayerntums zurückführen. Zuerst muß eine *Säuberung des Staatsapparates und Volkskörpers* von allen Einflüssen des Nationalsozialismus und seiner Helfershelfer und Wegbereiter, dem Preußentum und Militarismus, erfolgen. Das Vordringlichste ist die Überprüfung der Beamtenschaft und die Beseitigung aller *aktiven* Nationalsozialisten (alte Kämpfer, Hoheitsträger, Propagandisten, Spitzel und Denunzianten) sowie die Annullierung aller in den letzten zwölf Jahren ausgesprochenen Ernennungen und Beförderungen, die aus politischen Gründen erfolgt sind und sich sachlich nicht rechtfertigen lassen. Hierbei muß Gerechtigkeit der oberste Grundsatz sein. Denn der neue Staat will ja mit der weitgehenden Unsachlichkeit und Ungerechtigkeit der nationalsozialistischen Beamtenpolitik brechen, außerdem bedarf er der Mitarbeit jedes politisch und moralisch einwandfreien, befähigten und erfahrenen Beamten. Die hier geforderte Gerechtigkeit kann einzig durch individuelle, genaueste Prüfung des Einzelfalles gewährleistet werden. Das Schema war noch immer der Tod der Gerechtigkeit. Daß es auf die rein formelle Zugehörigkeit zu nationalsozialistischen Verbänden nicht ankommt, kam schon in der Potsdamer Dreimächteerklärung zum Ausdruck und entspricht der Überzeugung des bayerischen Volkes. Denn mancher tüchtige und weltanschaulich einwandfreie Beamte bekam in späteren Jahren das braune Partei-

buch ohne seinen Willen, manchmal ohne sein vorheriges Wissen von seiner vorgeetzten Dienststelle geradezu in die Hand gedrückt. Andererseits würde aber gerade eine der stärksten Stützen des „Dritten Reichs“, die Berufssoldaten, durch die Maschinen des Gesetzes wischen. Denn eine erst kurz vor Kriegsende aufgehobene Bestimmung des Wehrgesetzes (§ 26) verbot allen Soldaten die politische Betätigung. Es ist aber offenkundig, daß ein großer Teil der Berufssoldaten, wenigstens der jüngeren und der aus dem Unteroffiziersstand hervorgegangenen Berufsoffiziere, die fanatischsten Vertreter des Nationalsozialismus und die hartnäckigsten Verfechter der Theorie des Endsieges waren, und dadurch ein besonders hohes Maß der Verantwortung an der Ausblutung des deutschen Volkes tragen. Solche, weil sie kein Parteibuch besaßen, ungeprüft in den Staatsdienst zu übernehmen, würde für diesen eine große Gefahr bedeuten. Insbesondere würde eine Rekrutierung des neu aufzubauenden Offizierskorps der bayerischen Polizei aus früheren Berufsoffizieren die sicherste Gewähr dafür bieten, daß diese Polizei im kritischen Augenblick versagen wird.

Ziel der Säuberung ist die Liquidation des Nationalsozialismus, nicht aber die der Nationalsozialisten. Soweit diese persönliche, strafbare Schuld auf dem Gewissen tragen, sind sie den Gerichten zu übergeben; es ist dafür Sorge zu tragen, daß kein im Schutz des Hitlersystems begangenes Verbrechen ungesühnt bleibt. Darüber hinaus gebietet der Selbstschutz des Staates, auch alle anderen, die aktiv für den Nationalsozialismus tätig oder von seiner Ideologie besonders durchdrungen waren, aus der Verwaltung zu entfernen. Am Ende aber müssen alle Nationalsozialisten, an deren Händen keine Blutschuld klebt, für die Demokratie gewonnen werden. Diejenigen, die in späteren Jahren aus Sorge um ihre wirtschaftliche Existenz nur dem Namen nach der Partei beitraten, dürfen nicht durch Beraubung ihrer Arbeits- und Lebensmöglichkeit in eine antidemokratische Opposition gedrängt und hierdurch vielleicht nachträglich noch innerlich zu Nationalsozialisten gemacht werden.

Neben der Säuberung der Beamtenschaft muß eine solche des Volksganzen von allen landfremden Elementen erfolgen. Man muß endlich wissen, wer von denen, die heute in Bayern wohnen, überhaupt Bayer ist. Hunderttausende sind erst in den Kriegsjahren bei der Räumung der Großstädte und der einstigen Frontgebiete ins bayerische Land geströmt und wurden, da der Passierscheinzwang oder andere Gründe sie an der Rückkehr in die Heimat hinderten, an dem Ort „registriert“, an dem sie sich beim Einmarsch der Alliierten zufällig befanden. Nur der Bayer hat aber ein Recht, *dauernd* in Bayern zu leben, in Gemeinde und Staat das Wahlrecht auszuüben und dem Land als Beamter zu dienen. Dieser durch Art. 110, Abs. II der Weimarer Verfassung beseitigte, selbstverständliche föderative Grundsatz muß wiederhergestellt werden. Hierzu bedarf es eines neuen bayerischen *Staatsbürgergesetzes*. Dieses muß die bayerische Staatsbürgerschaft wieder begründen und ausgehend von der vor der Machtergreifung geltenden Rechtslage (Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetz vom 22. Juli 1913) den Personenkreis feststellen, der diese Staatsangehörigkeit besitzt: alle, die sie am 9. März 1933 besessen haben, sowie alle diejenigen, die sie bei uneingeschränkter Fortdauer des genannten Gesetzes gemäß §§ 4–6 durch Geburt, Legitimation und Eheschließung erworben hätten. Des weiteren sind die Bedingungen der Einbürge-

rung dahingehend festzulegen, daß außer unbeschränkter Geschäftsfähigkeit, unbescholtenem Lebenswandel und der Fähigkeit, sich und seine Angehörigen zu ernähren, ein mindestens zehnjähriger Wohnsitz in Bayern und nachweisbar nichtnationalsozialistische und nichtpreußische Gesinnung erforderlich sind. Ein beschleunigtes Einbürgerungsverfahren ist für diejenigen bisherigen deutschen Reichsangehörigen zu ermöglichen, die bereits seit Jahrzehnten in Bayern leben, aber im Hinblick auf die praktische Bedeutungslosigkeit des Besitzes der bayerischen Staatsangehörigkeit in der Republik um eine solche sich nicht beworben hatten. Für die übrigen, deren vorläufiges oder endgültiges Verbleiben in Bayern aus politischen, wirtschaftlichen oder kulturellen Gründen wünschenswert ist, muß ein im bisherigen Recht unbekanntes Niederlassungsrecht als Vorstufe späterer Einbürgerung nach Schweizer Vorbild geschaffen werden. Wer nicht eingebürgert wird und kein Niederlassungsrecht erhält, kann grundsätzlich jederzeit zum Verlassen des Landes angehalten werden. Von dieser gesetzlichen Möglichkeit braucht der Staat jedoch durchaus nicht immer Gebrauch zu machen. Alle nichtbayerischen aktiven Nationalsozialisten und Parteiangestellten sind des Landes zu verweisen. Die übrigen, darunter die Evakuierten, sind nach Möglichkeit und unter Berücksichtigung besonderer Verhältnisse in ihre Heimat zurückzuführen. Wo dies vorerst nicht möglich oder zumutbar ist, wird eine Aufenthaltsgenehmigung erteilt, die bei Verstoß gegen das in Bayern gewährte Gastrecht oder beim Wegfall der für das Verbleiben in Bayern maßgebenden Gründe widerrufen werden kann. Es ist selbstverständliche Menschenpflicht, den Heimatlosen, deren Zahl sich durch Ausweisungen aus dem deutschen Osten möglicherweise beträchtlich vermehren wird, jede nur erdenkliche Hilfe zu gewähren und alle bürgerlichen Rechte einzuräumen. Politische Rechte sind jedoch einzig Angelegenheit der bayerischen Staatsbürger und können Nicht-Bayern nur von Fall zu Fall oder auf Grund besonderen Gesetzes zuerkannt werden.

Bodenständigkeit war von jeher ein besonderes Kennzeichen des Bayern, des Bauern wie des Städters. Sie wurde schon durch den Einbruch der Technik und der Fremdenindustrie bedroht, durch Verpreußung und Hitlersystem planmäßig beseitigt. Sie wieder zu festigen, ist eine der wichtigsten Aufgaben bei der Erneuerung und Erstarkung des bayerischen Volkes. Hierzu dient ein *Bodenrecht*, das Erwerb und Besitz von Grund und Boden in Stadt und Land durch Nicht-Bayern vorerst einmal unter Staatskontrolle stellt, bis statistische Erhebungen über die Entfremdung bayerischen Grundbesitzes durchgeführt sind. Je nach deren Ergebnis und dem Bedarf der Landeseinwohner ist ein Rückkaufsrecht des Staates für landfremden Grundbesitz zu begründen. Ferner bedarf es eines Anerbenrechts, das den besonderen Gewohnheiten und Bedürfnissen des bayerischen Bauerntums gerecht wird. Notwendig ist sodann die gesetzliche Möglichkeit der Aufteilung des noch vorhandenen, an sich geringen Großgrundbesitzes, soweit Bedarf zur Ansiedlung von Bauernsöhnen besteht, und der Nutzung und Verteilung des städtischen Bodens, um nach Möglichkeit jeder Familie ein gesundes Heim zu schaffen. Die Überwachung der Bodenpreise ist dabei eine besonders wichtige soziale Aufgabe.

Bayern war immer zuerst ein Bauernland. Auch heute ist das *Bauerntum* die Grundla-

ge von Volk und Wirtschaft. Ihm hat der Staat seine erste Sorge zuzuwenden. Die Bekämpfung der wohl über kurz oder lang wieder einsetzenden *Landflucht* setzt mehr als Zwangsmaßnahmen, setzt eine geistige und materielle Hebung des Landvolks, seine Teilnahme an den zivilisatorischen Errungenschaften der Neuzeit wie die Wiederbelebung alten Brauchtums voraus, vor allem aber eine stärkere Rechtsstellung der durch das Reichserbhofgesetz benachteiligten, nicht anerbenerberechtigten Bauernsöhne und -töchter, sowie den sozialen Schutz der ländlichen Dienstboten. Der Ausbau des landwirtschaftlichen Genossenschaftswesen ist ein Hauptpunkt künftiger Nährstandspolitik. Sie muß an erster Stelle im Wirtschafts- und Kulturprogramm des Staates stehen und darf nicht, wie in der Republik, von den Interessen des ostelbischen Großgrundbesitzes beeinflußt werden, sondern hat das bodenverwurzelte, selbständige Bauerntum mittlerer Größe zur Norm zu nehmen und das Kleinbauerntum in seinem schweren Lebenskampf nach Kräften zu fördern.

Neben den Dörfern und Märkten muß der Staat sein Augenmerk auf die *Klein- und Mittelstädte* richten, die nach der Zerstörung aller bayerischen Großstädte mehr als je Mittelpunkte des Wirtschafts- und Kulturlebens werden müssen, nicht nur als Nothelf im Augenblick, sondern in weitsichtiger Vorbeugung gegen eine neue Vergroßstädterung des Volkes. Je mehr Großstädter in kleineren Städten wohnhaft bleiben, je mehr Betriebe in sie verlagert werden, je kräftiger das kulturelle Leben in ihnen erblüht, um so besser ist es für das umliegende Land und den organischen Aufbau des Volkes.

Um so leichter ist auch die gewaltigste Aufgabe unserer Generation, der Wiederaufbau der verwüsteten *Großstädte*. So dringend im Augenblick eine behelfsmäßige Wohnraumbeschaffung ist, so wenig ist auf die Dauer mit Flickwerk geholfen. Der Neubau unserer Städte muß auf weite Sicht nach großzügiger, vorausschauender Planung und mit der gesammelten Kraft des ganzen Landes erfolgen. Soweit möglich, soll das historische Bild gewahrt bleiben. Wo aber anstelle zerstörter alter Bauten nur eine Nachahmung ihres Stils treten könnte, soll man den Mut zu Formen neuzeitlicher Baukunst haben. Insbesondere sollen die gänzlich zerstörten Stadtviertel weiträumig und entsprechend den hygienischen, verkehrstechnischen und sozialen Anforderungen des 20. Jahrhunderts gebaut werden. Hierzu muß von Gesetzes wegen die Enteignung aller in den betreffenden Stadtteilen liegenden Grundstücke möglich sein.

Trotz aller modernen Erfordernisse sollen aber die bayerischen Großstädte, an der Spitze die Landeshauptstadt, auch in Zukunft jene ihnen früher eigentümlichen humanen, gemüthhaften und volkstümlichen Züge tragen und harmonisch mit dem Land verbunden bleiben. Hier beginnt die Seßhaftwerdung des Städters. Er soll nach Möglichkeit eigenen Boden, wenigstens vor den Toren der Stadt, besitzen und bebauen und, wo immer es geht, in kleinen Häusern statt in Mietskasernen wohnen. Die Auflockerung der Großstädte und die Schaffung von Grünanlagen kleineren und größeren Umfangs, sowie die Einrichtung der für die größeren Entfernungen notwendigen Verkehrsmittel gehören zum Neubauprogramm.

Dem Selbstbewußtsein des Bauern, des Herrn auf eigener Scholle, soll der Bürger-

stolz des ansässigen Handwerkers und Kaufmanns, des Angestellten und des Arbeiters auf seine Leistung und sein Heim entsprechen. Es ist eine Lebensfrage für Volk und Staat, daß der besitz- und heimatlose Proletarier von heute – und wer ist als Opfer des Luftkrieges nicht alles Proletarier geworden! – wieder ein seßhafter Bürger wird. Bürger – gebt den Worten ihren Sinn zurück! – nicht im Sinne kapitalistischen Besitzes und fetten Spießertums, sondern im Verstande mittragender Verantwortung am Schicksal von Stadt und Staat, nicht also „bourgeois“, sondern „citoyen“.

IV. Die soziale Neuordnung

Diese Entproletarisierung des Proletariats ist die zentrale Aufgabe in der Neuordnung des Gesellschaftslebens, zumal für eine Demokratie. Denn sie bietet allein die Gewähr eines Staatslebens auf festem Grund und muß deshalb von Anfang an, trotz aller Hindernisse, Stück für Stück in Angriff genommen werden. Sozialpolitik im herkömmlichen Sinn, wie sie durch die kaiserliche Botschaft vom 17. November 1881 eingeleitet wurde, genügt, so notwendig sie war und bleibt, allein nicht mehr; eine radikale, das heißt an den Wurzeln beginnende *Sozialreform* tut not.

Dabei ist davon auszugehen, daß das persönliche Eigentum mit der Natur des Menschen gegeben ist. Außerdem haben die Erfahrungen mit der Bureaucratie der nationalsozialistischen Staatswirtschaft wohl jedermann vor dem Trugbild einer durchgängigen Vergesellschaftung, das heißt praktisch Verstaatlichung der Wirtschaft und damit auch des wirtschaftenden Menschen gewarnt. Eine totale Staatswirtschaft bedeutet keine geringere, oft eine größere Beschränkung der Freiheit und des Wohlstandes des Arbeiters, wie die ungehemmte Herrschaft des Privatkapitals im Stil des Manchestertums. Zwischen diesen beiden unfruchtbaren Extremen wird der einzig gangbare Weg durch folgende Erkenntnisse gewiesen:

1) Werden *Privateigentum* und Privatinitiative anerkannt, so können sie sich doch nur im Rahmen des Volksganzen und hingeordnet auf Zweck und Ziel der Gesamtwirtschaft entfalten. Die eigentlich selbstverständliche Parole „Gemeinnutz vor Eigennutz“ ist keine nationalsozialistische Erfindung. In anderer Formulierung fordert die Weimarer Verfassung das Gleiche: „Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich Dienst sein für das gemeine Beste“ (Art. 153, Abs. III). Diese entspricht altdeutscher Rechtsauffassung im Gegensatz zum römischen Eigentumsbegriff der schrankenlosen Herrschaft über eine Sache, von dem auch der Eigentumsbegriff des BGB stark beeinflusst ist (siehe § 903 und auch das ausgesprochen individualistisch formulierte Schikaneverbot in § 226). Eindeutig besagt die christliche Gesellschaftslehre, daß nicht private Gewinnerzielung den Sinn der Volkswirtschaft ausmacht, sondern die „Wohlfahrt des sozialen Ganzen“ (Thomas von Aquin). Denn das *bonum commune*, das Gemeinwohl, ist das Ziel aller menschlichen Gesellschaftsordnung, vorab des Staates. Privateigentum und Privatwirtschaft erfahren also ihre im einzelnen nach den konkreten Forderungen des Gemeinwohls wechselnden Schranken durch Gesetz und Staatsaufsicht.

Wo das Gemeinwohl eine *Enteignung* fordert, darf diese nur nach den Grundsätzen des Rechtsstaats erfolgen. Sie kann nur durch Gesetz begründet werden und darf nur allgemein nützlichen Zwecken dienen. Wenn auch die durch den verlorenen Krieg bedingte Notgemeinschaft des ganzen Volkes von jedem Besitzenden einschneidende Opfer verlangt – Opfer, die mit der Größe des Besitzes wachsen –, so darf eine Enteignung grundsätzlich doch nicht ohne Entschädigung erfolgen. Für ihre Höhe sind der Wert des aufgegebenen Rechtes und die allgemeine Not maßgebend; der Rechtsweg ist offenzuhalten. Dies gilt auch für die Bodenreform. Ihr ist eine Grenze dadurch gezogen, daß der Enteignete zumindest nicht schlechter gestellt werden darf als die Nutznießer der Enteignung.

2) Auf dem Boden der Privateigentumsordnung ist jedoch *Gemeineigentum* im Einzelfall prinzipiell möglich. Eine Sozialisierung bestimmter Güter und Betriebe ist immer dann erforderlich, wenn die mit ihnen verknüpfte Macht ohne Gefährdung des öffentlichen Wohls dem Privatkapital nicht anvertraut werden kann. Dies gilt allgemein beim Bergbau, bei der Gewinnung von Erdöl, bei Bahn und Post, bei Strom, Gas- und Wasserwerken, sowie überhaupt bei den Monopolen. Einer der bedeutsamsten Rechtfertigungsgründe der Privatwirtschaft ist der freie Wettbewerb. Wo dieser aus der Natur der Sache heraus oder durch freiwilligen Zusammenschluß von Unternehmungen nicht möglich ist, hat allein die öffentliche Hand die Möglichkeit, die Güter im Sinn sozialer Gerechtigkeit zu verteilen, und das Recht, den aus der Monopolbildung entstandenen Gewinn abzuschöpfen. Wenn jede private Monopolbildung in das Gemeineigentum überführt wird, so wird das auch eine heilsame Wirkung gegen die übermäßige Bildung von Kartellen ausüben.

3) *Die Befreiung des Proletariats*, seine Entproletarisierung und sein Einbau als wesentliches und tragendes Glied in die Volksordnung setzen Veränderungen sowohl in der gesellschaftlichen Einschätzung der Lohnarbeit, zumal der körperlichen, wie im Selbstbewußtsein des Lohnarbeiters voraus; Lohnarbeiter oder Proletarier ist dabei nicht nur der Arbeiter im Rechtssinn, also derjenige, der eine nur körperliche oder geistig-mechanische Arbeit ausübt, sondern jeder, der in abhängigem Arbeitsverhältnis steht, also auch der Angestellte (das „Stehkragenproletariat“). Entscheidend aber ist die Beseitigung jener Wirtschaftsverhältnisse, die den Klassengegensatz zwischen den vielen Nichtbesitzenden und den wenigen Reichen notwendig begründen. Das Gemeinwohl als letzter Gesellschaftszweck fordert die gerechte Verteilung des sozialen Gesamtertrags auf alle Volksglieder. Es fordert weiter, die menschliche Arbeitskraft nicht als „Ware“ zu betrachten, deren Preis, der Lohn, nach dem Verhältnis von Angebot und Nachfrage bestimmt wird, und den Arbeiter gegen die Möglichkeit der Arbeitslosigkeit, die seine Existenz ständig in Frage stellt, zu sichern. Denn Ungewißheit der Arbeit führt zur Unterdrückung des Arbeiters.

Dies erfordert vor allem *Lohngerechtigkeit*, das heißt heute eine Lohnpolitik, die zur fortschreitenden Hebung des Arbeiters führt. Der wichtigste Gesichtspunkt für die Lohnbemessung ist der Lebensbedarf des Arbeiters und seiner Familie, und zwar muß der Lohn außer dem unmittelbaren Lebensunterhalt eine gewisse Vermögensbildung

ermöglichen. Denn sie ist heutzutage der einzig wirksame Weg zur Überwindung der Eigentumslosigkeit und Daseinsunsicherheit.

Natürlich muß die Lohnpolitik auf die Lebensfähigkeit des Unternehmens abgestimmt sein. Es ist Sache der Staatsaufsicht, zu verhindern, daß dieser Gesichtspunkt als Vorwand zur Hintertreibung der berechtigten Forderungen der Arbeiterschaft verwendet wird. Wo aber die Unternehmer tatsächlich nicht in der Lage sind, gerechte Löhne zu zahlen, darf die Sache nicht auf sich beruhen bleiben. „Dann ist es ein Gebot der sozialen Gerechtigkeit, alsbald diejenige Änderung in den Verhältnissen eintreten zu lassen, die einen Lohn in der gedachten Höhe für jeden erwachsenen Arbeiter sicherstellen.“ (Pius XI. in Quadragesimo anno) Dabei soll nicht verkannt werden, daß durch die Folgen des Krieges derzeit und durch den der Macht des einzelnen Staates entzogenen Weltwirtschaftsmarkt auch in fernerer Zukunft teilweise schier unüberwindliche Hemmnisse für die geforderte Änderung der Verhältnisse entstehen. Hier heißt es einmal, wenigstens das Menschenmögliche auf den Wegen staatlicher Wirtschafts- und Außenhandelspolitik zu tun, die Ausschüttung von Dividenden solange zu beschränken als nicht gerechte Löhne gezahlt werden können, und den Arbeiter selbst durch Mitverwaltung und Gewinnbeteiligung einerseits an der Rentabilität des Unternehmens zu interessieren, andererseits bei einer Besserung des Geschäftsganges an dessen Früchten zu beteiligen. Gerade dies vermag zur Herbeiführung einer echten Betriebsgemeinschaft, der Überwindung des Klassenkampfes und der Führung der Arbeiterschaft zu verantwortungsbewußter Mitarbeit und gesinnungsmäßiger Überwindung der Proletarität erheblich beizutragen, mehr jedenfalls als Nordlandreisen weniger Erwählter auf KdF-Schiffen und sonstige Propagandamätzchen, die die Arbeitsfront des Dr. Ley zur Täuschung des Arbeiters über seine fortschreitende Rechtlosigkeit in der totalen Staatswirtschaft erfunden hat. Im übrigen wird mit der wirtschaftlichen Besserstellung der Arbeiterschaft auch ihre soziale Minderung verschwinden. Entscheidend ist, daß Arbeit nicht mit Armut gelohnt wird, sondern die Arbeit, wenn auch langsam, so doch sicher in Freiheit und Wohlstand führt.

Auf Lohngerechtigkeit hat auch ein jeder Anspruch, der freien Berufen angehört. Dem gerechten Lohn muß der *gerechte Preis* entsprechen, der nicht nach selbstherrlicher Willkür der mächtigsten Marktpartei, sondern nach den Gesichtspunkten der Tauschgleichheit zu bestimmen ist. Der Tausch genügt nach Thomas von Aquin nur dann der Gerechtigkeit, wenn Arbeit und Kosten voll wiederersetzt werden. Auch der freie Beruf muß ein standesgemäßes Leben ermöglichen, sonst besteht die Gefahr der Bildung eines neuen Proletariats. Um jedoch ein ungerechtfertigtes Steigen der Preise zu verhindern, sind die *Handelsspannen* zwischen Erzeuger-, Groß- und Einzelhandelspreisen von Staats wegen zu überwachen; denn auf diesem Weg verteuert sich die Ware nach alter Erfahrung gern unverhältnismäßig.

Was dem Handarbeiter recht ist, ist dem *Geistesarbeiter* billig. Auch er hat einen Anspruch darauf, vom Ertrag seines Schaffens ein seinen besonderen Bedürfnissen entsprechendes Leben zu führen, schon gar in einer Demokratie, in der geistige Arbeit nicht das Privileg von Haus aus vermögender Schichten sein darf. Ganz besonders gilt

dies von der schöpferischen Tätigkeit in Kunst und Wissenschaft. Aber gerade sie wird allenthalben am schlechtesten gelohnt. Ist doch in der modernen Gesellschaft nicht die geistige Leistung, sondern der „Name“ des „Stars“ der Gradmesser des Verdienstes, und am Preis eines Geistesprodukts der, der es geschaffen hat, oft nur allzu geringfügig beteiligt. Es ist und bleibt aber ein soziales Unrecht, wenn der Vermittler schöpferischer Leistung ein reicher Mann wird, der produktive Künstler oder Wissenschaftler aber ein kärgliches Dasein fristet. Der Hauptleistung gebührt auch das Hauptverdienst: dem Schriftsteller also, und nicht dem Verlag; dem bildenden Künstler, und nicht dem Kunsthandel! Leider ist gerade auf diesem Gebiet die Preisbildung weitgehend dem Interesse der Öffentlichkeit und damit ihrer Kontrolle entzogen. Um so genauer sollte der Staat sein Augenmerk darauf richten.

4) Der Ausgleich der Klassen durch Hebung der Arbeiterschaft steht in schroffem Gegensatz zur Politik des Nationalsozialismus, der den Klassenausgleich durch Proletarisierung des ganzen Volkes suchte und – fand. Die hier geforderte Befreiung der Arbeiterschaft findet ihre Sicherung in der *berufsständischen Ordnung*. „Unter Berufsstand ist die zum einheitlichen Sozialgebilde organisierte Leistungsgruppe zu verstehen“ (Joseph Pieper). Eine nach Berufsständen aufgebaute Gesellschaft ist also nicht Klassengesellschaft, gliedert nicht nach der Zugehörigkeit zur einen oder anderen Arbeitsmarktpartei, sondern nach der gesellschaftlichen Funktion. Sie faßt jeweils die an einer bestimmten Leistung Schaffenden zusammen, gleichgültig, ob Unternehmer, leitender Angestellter, Fach- oder Hilfsarbeiter. Sie ersetzt die horizontale Spaltung des Volkes in Klassen durch die natürliche vertikale Gliederung in Leistungsgruppen.

Der Berufsstand muß *Selbstverwaltung* besitzen. Seine eigentliche Aufgabe ist eine selbständige Wirtschafts- und Berufspolitik im eigenen Bereich, natürlich im Rahmen und unter Aufsicht der staatlichen Wirtschaftsführung. Dadurch wird der Staat von vielen Verpflichtungen entlastet, die nicht zu seinen eigentlichen Aufgaben gehören; es wird der unheilvollen Verquickung von Politik und Wirtschaft gesteuert und der Primat des Politischen vor dem Wirtschaftlichen gesichert. Das gibt die beste Grundlage für eine unabhängige Staatsautorität und bewahrt den Staat davor, nach dem bekannten Wort „ein Haufen von Interessenten“ zu sein.

Voraussetzung der berufsständischen Ordnung ist die Beseitigung der Klassengegensätze durch die Befreiung des Proletariats. Es ist eine sozialreaktionäre Verkehrung der berufsständischen Idee, die als erster der italienische Faschismus machte, ein Korporationssystem, ohne Bereinigung des Klassenkampfes durch Entproletarisierung, auf der Zerschlagung der Gewerkschaften und unter Anwendung der Staatsgewalt zu errichten. Eine solche Entstellung des berufsständischen Gedankens kann „politischen Sonderbestrebungen mehr dienstbar sein als der Herbeiführung und Einleitung einer besseren gesellschaftlichen Ordnung“ (Quadragesimo anno). In diesem Fall dient eine sog. berufsständische Ordnung nur der Verschleierung des totalen Staates. Der Klassengegensatz wird dadurch nicht beseitigt, daß seine Erscheinungsformen für einige Jahre verschwinden. Andererseits findet aber die begonnene Befreiung der Lohnarbeiterschaft in der echten berufsständischen Gesellschaft ihre endgültige Si-

cherung und Vollendung. Daß diese keine Rückkehr zur Starre und Engherzigkeit der mittelalterlichen Zunftorganisation bedeutet, versteht sich am Rande.

Die den besonderen bayerischen Gegebenheiten entsprechenden Methoden zur Erneuerung des Gesellschaftslebens zu finden, wird eine vordringliche Aufgabe der nächsten Zeit sein. Nur ein gerechtes, klares und nüchternes Wirtschaftsprogramm vermag angesichts der heutigen Notlage darzutun, daß eine Volksordnung auf dem Boden des Jahrtausende alten Privateigentums besser und menschenwürdiger aufgebaut werden kann, als auf dem eines prinzipiellen, schrankenlosen Sozialismus.

Der Aufbau eines wahrhaft sozialen Staates beschränkt sich nicht auf die Neuordnung der Wirtschaft, sondern betrifft das Gesamtverhältnis des Volkes zum Staat, des Volkes als Objekt wie als Inhaber der Staatsgewalt. Der Gleichheit aller vor dem Gesetz muß die gleiche Chance aller zu Leistung und Führung entsprechen. Um dem Tüchtigen ohne Rücksicht auf seine Herkunft jede *Bildungsmöglichkeit* zu geben, ist Schulgeldfreiheit bis zum Abitur erforderlich. Es ist ein demokratisches Postulat, daß die Schulen nur aus allgemeinen Steuern finanziert werden. Um aber alle Nichtbefähigten ohne Rücksicht auf ihre finanziellen Möglichkeiten auszuschneiden und ihnen rechtzeitig den Weg zu praktischen Berufen zu öffnen, sind die Anforderungen in allen Schulen ganz erheblich zu steigern. Die Jugend muß zur Achtung vor jeglicher Arbeit erzogen werden, um der sozialen Minderbewertung der Handarbeit zu steuern; es ist eine falsche und für das Volksganze verhängnisvolle Anschauung, wenn der Beruf des kleinen Angestellten dem des freischaffenden Handwerkers vorgezogen wird. Oberster Grundsatz für den Nachwuchs auf allen Gebieten ist, daß jeder, der das Zeug zu einem Beruf hat, diesen auch erreichen kann, daß überall die Besten zur Führung kommen. Der Rembrandtdeutsche spricht von einer „Sozialaristokratie“, in der nur die Fähigsten und Tüchtigsten, ohne Rücksicht auf ihre soziale Herkunft, zur Führung berufen sind.

V. Recht und Staat

Die Freiheit und Wohlfahrt des Volkes, seine geistige und soziale Erneuerung finden ihre äußere Vollendung und Sicherung im Staat. Soll der bayerische Staat wiedergeboren werden, so muß er aus den politischen Traditionen des Landes und den Notwendigkeiten der Gegenwart erwachsen. Vor allem aber muß er im Gegensatz zu den jüngst vergangenen Zerrbildern staatlicher Hoheit nach den ewig gültigen Baugesetzen des gesellschaftlichen Lebens errichtet werden.

Der Staat gründet in der sozialen Natur des Menschen. Aber er ist weder die erste menschliche Gemeinschaft noch die Quelle allen Rechts. Vor dem seinen besteht das Recht der Persönlichkeit und der Familie. Zudem ist er ein Organismus unter anderen in der menschlichen Gesellschaft und nach innen wie nach außen jenen objektiven Normen unterworfen, die mit dem Kosmos gegeben sind und schon von den Griechen aus der Natur der Dinge herausgelesen wurden, dem „*Naturrecht*“.

Der echte Staat kennt seine Grenzen und füllt sie aus. Durch das erstere unterscheidet

er sich vom *totalen* Staat, der, absolutistisch im Innern und imperialistisch nach außen, keine anderen Rechtssubjekte neben sich anerkennt, sich von jeder Bindung an ein objektives Sittengesetz löst und das ganze private und öffentliche Leben nach Willkür reguliert – Persönlichkeit und Familie, Recht und Sitte, Freiheit und Menschenwürde mißachtend und zertretend. Er verletzt das Grundprinzip des Politischen, die Gerechtigkeit, von der der Staat als Höchstform gesellschaftlicher Organisation (*societas perfecta*) seine Würde und seine Aufgabe erhält.

Der echte Staat unterscheidet sich ebenso vom *liberalen* Staat, der auf Grund seiner individualistischen Weltanschauung nie zum Bewußtsein seiner vollen Aufgabe kommt, sondern sich auf das beschränkt, was zum Schutz der Sicherheit und Ordnung seiner Bürger, ihrer Freiheit und ihres Eigentums unbedingt erforderlich ist, innerhalb der Grenzpfähle des Gesetzes alles dem freien Spiel der Kräfte überlassend (*laissez faire, laissez aller!*). In solch einem „Nachtwächterstaat“ (Lassalle) wird der wirtschaftlich Schwächere trotz aller formalen Rechtsgleichheit die Beute des Stärkeren, aus politischem Recht wird soziales Unrecht. Damit verstößt der liberale Staat gegen das Gemeinwohl, das er durch Rechts- und Wohlfahrtspflege verwirklichen muß.

Gerechtigkeit ist das Grundprinzip des Politischen, Rechtsverwirklichung eine Hauptaufgabe des Staates. Der Staat ist an ein objektives Recht gebunden, aus dem seine Hoheit fließt, und kann seine politischen Ziele nur im Rahmen und in der Weise des Rechts durchsetzen. Der echte Staat ist damit immer ein *Rechtsstaat*, das heißt ein Staat, in dem das Recht Schranke und Form der Staatsgewalt ist. Doch ist er nicht nur zur Sicherung von Rechten berufen, nicht nur auf Rechtspflege beschränkt. Auch Wohlfahrts- und Kulturaufgaben gehören, wie schon gesagt, zum Staatsbereich. Denn durch sie wird die Verwirklichung des Rechts als der dem Staat innewohnenden Idee vielfach erst möglich.

Das vom Staat gesetzte *Recht* ist das Abbild und die Konkretisierung des „Rechts an sich“, des Naturrechts. Das Recht *beschränkt* den Einzelnen im Interesse des Gemeinwohls, aber es *schützt* ihn auch vor anderen und vor der Exekutive. Es dient der Verwirklichung der Gerechtigkeit, aber auch der Rechtssicherheit. Deshalb muß das *Gesetz* im einzelnen klar und bestimmt sein und kann formale Elemente nicht entbehren. Diese dürfen allerdings nicht überbetont werden, und die Forderung nach Rechtssicherheit darf nicht zu offener Ungerechtigkeit im Einzelfall führen. Aber der so oft gelästerte Rechtsformalismus hat im besonderen die Aufgabe, den Einzelnen vor der Allgewalt des Staates zu schützen. „Er ist den Herrschenden oft noch lästiger als den Untergebenen“ (Karl Neindörfer). Der Nationalsozialismus wußte, warum er gegen das „Paragraphenrecht“ zu Felde zog: er wollte sich lästiger Fesseln entledigen. Die Flucht in die Generalklausel, das Bestreben, das Gesetz auf allgemeine Richtlinien zu beschränken und dem Ermessen des Richters möglichst weiten Spielraum zu gewähren, kann höchst gefährliche Folgen haben. Denn man findet, wie Thomas von Aquin feststellt, leichter wenige Männer, die gute Gesetze geben können, als viele, die die Einzelfälle nach freiem Ermessen richtig zu beurteilen vermögen. Wenn nun gar das Urteil nicht nach Erkenntnis, sondern nach Empfinden ergehen soll, ist der feste

Boden der Gerechtigkeit verlassen und der schwankende Grund persönlicher Willkür betreten; erst recht, wenn das „gesunde“ Volksempfinden in Richtlinien des Ministeriums sozusagen auf Flaschen gezogen und gebrauchsfertig geliefert wird.

Das erste Kennzeichen eines Rechtsstaats ist die Sicherung „eines für den Staat unantastbaren Mindestmaßes individueller Freiheit“ (Anschütz). Diese Forderung des Naturrechts ist zugleich ein deutschrechtlicher Gedanke, der in der Verbriefung von Freiheitsrechten im deutschen Mittelalter ebenso wie in der englischen Magna Charta Libertatum seinen Ausdruck findet. Seit der Bill of Rights (1689) sind die *Grundrechte* ein Bestandteil des modernen Verfassungsrechts geworden, die wie in der Entwurf gebliebenen Frankfurter Verfassung von 1848 auch im zweiten Hauptteil der Weimarer und im dritten Abschnitt der Bamberger Verfassung verankert wurden. Die Gleichheit aller vor dem Gesetz, die Gleichberechtigung von Männern und Frauen, von ehelichen und unehelichen Kindern, die Freiheit der Person und der Verehelichung, des Glaubens, Gewissens und Kultus, der Kunst und Wissenschaft, die Unverletzlichkeit des Hausrechts, der Schutz der Familie, der Elternrechte, der Ehre, des Eigentums, des Erbrechts, der Arbeitskraft, der geistigen Arbeit und des Volkstums, der Anspruch auf den ordentlichen Richter, das Brief-, Telegraphen- und Fernsprecheheimnis, die Freizügigkeit, Koalitions- und Versammlungsfreiheit, die Freiheit der Meinungsäußerung in Wort, Schrift, Druck und Bild, die Selbstverwaltung der Gemeinden und Berufsstände sowie die Sonntagsruhe sind solche grundsätzlich unveräußerlichen, subjektiven öffentlichen Rechte, die nur im Interesse des Gemeinwohls als letzten Gesellschaftsziels eine gewisse, gesetzlich scharf umrissene und für alle gleichmäßige Einschränkung oder vorübergehende, teilweise Suspendierung erfahren dürfen.

Die Struktur des Rechtsstaats wird wesentlich von dem erstmals von Aristoteles entdeckten, von Montesquieu zu einer politischen Parole entwickelten Prinzip der *Trennung der Gewalten* in eine gesetzgebende, vollziehende und richterliche Gewalt bestimmt. Mag die Staatsgewalt als solche auch theoretisch unteilbar sein, die Verteilung ihrer Kompetenzen auf drei Organe verhindert die Vereinigung aller Macht in einer Hand und schützt die Macht durch gegenseitige Kontrolle vor Mißbrauch. Das war nicht nur gegenüber dem Polizeistaat des ancien régime von Wichtigkeit, sondern ist es auch gegenüber der Omnipotenz eines modernen Parlamentarismus.

Aus der Gewaltenteilung ergeben sich zwei Fundamentalsätze des Rechtsstaats. Der eine ist die *Gesetzmäßigkeit der Verwaltung*. Sie beschränkt die Verwaltung nicht auf den Gesetzesvollzug, fordert aber eine gesetzliche Grundlage für alle in die Freiheitsphäre des Bürgers eingreifenden Verwaltungsakte und die Nachprüfbarkeit dieser durch unabhängige Gerichte (Verwaltungsgerichte).

Der zweite ist die sachliche und persönliche *Unabhängigkeit des Richters*. Sie ist die letzte Garantie der Freiheit des Einzelnen und der Unverletzbarkeit der Rechtsordnung. Der Richter ist nur dem Gesetz und seinem Gewissen unterworfen und genießt Weisungsfreiheit, Unabsetzbarkeit und Unversetzbarkeit. Hierzu ist Ernennung auf Lebenszeit und eine nur von unabhängigen Richtern ausgeübte Disziplinargewalt

Voraussetzung. Kein Richter darf für den Einzelfall bestimmt, und niemand seinem ordentlichen Richter entzogen werden. Da nur planmäßig angestellte Richter die Garantie der Nichtentfernbarkeit besitzen, muß man die Besetzung des Richteramts durch Hilfsrichter, die nach preußischem Vorbild im Zuge der Verreichlichung der Justiz allgemein üblich wurde, gesetzlich verbieten oder auf das Äußerste einschränken und zur vollen Anerkennung der richterlichen Unabhängigkeit nach alten bayerischen Grundsätzen zurückkehren. Diese Unabhängigkeit des Richters, und nicht die Bildung eines nach militärischer Subordination riechenden „Richterkorps“ tut not, um der Rechtssprechung wieder das Vertrauen des Volkes zu erwerben – ein Vertrauen, ohne das ein Staat auf die Dauer nicht zu leben vermag.

Diese Gedanken, die sich aus der Anwendung unveränderlicher Grundsätze auf das Leben der neuzeitlichen Gesellschaft ergeben, waren Gemeingut aller zivilisierten Nationen geworden. Stück um Stück hat sie der Nationalsozialismus beseitigt. Während er einerseits die Legalität seiner Machtergreifung behauptete und die Gleichberechtigung des deutschen Volkes forderte, hat er unveräußerliche Menschenrechte mit Füßen getreten und den Privilegienstaat einer Parteikaste begründet. Einige übereifrige Staatsrechtsprofessoren, Carl Schmitt an der Spitze, bestätigten mit entwaffnender Naivität, daß das „Dritte Reich“ kein Rechtsstaat zu sein brauche, da dieser ein „liberaler“ Begriff sei. Sie übersahen oder wollten übersehen, daß es zwar einen liberalen Rechtsstaat gibt, der ein verkümmertes Staat ist (aber noch lange kein so kümmerlicher und erbärmlicher wie der aufgeblähte totale Staat, der das Recht verleugnet!), daß aber der Gedanke des Rechtsstaats, eines auf Recht gegründeten Staates (mag auch das Wort „Rechtsstaat“ erst zu Beginn des 19. Jahrhunderts erfunden worden sein), ein unsterblicher Gedanke ist, so alt wie das Menschengeschlecht.

VI. Geist und Verfassung der Demokratie

Sind mit dem Begriff Rechtsstaat die Grundlagen für das Verhältnis von Bürgern und Staatsgewalt gegeben, so ist noch nichts über die Organisation der Regierung, über Art und Form des Staates gesagt. Der neue bayerische Staat soll eine Demokratie sein. Das ist der Wille der Siegermächte. Das entspricht aber auch den politischen Traditionen Bayerns.

1) Demokratie ist wortwörtlich genommen die Herrschaft des Volkes. Aber eine unmittelbare Volksherrschaft hat es nur selten gegeben (man denkt zuerst an die antike Polis, aber dies war zwar zu gutem Teil eine unmittelbare, aber keine unbeschränkte und damit keine echte Demokratie, da ein großer Teil des Volkes als Unfreie von den Staatsbürgerrechten ausgeschlossen war); sie kann unter modernen Verhältnissen nur noch ausnahmsweise verwirklicht werden, ist etwa noch in der Appenzeller Landesgemeinde oder im Volksentscheid der Weimarer Verfassung erhalten. Im allgemeinen kann ein Staat größeren Umfangs, schon gar ein Massenstaat unserer Tage, nur eine mittelbare, durch Volksvertreter regierte, also repräsentative Demokratie sein. Jedoch nimmt auch in dieser die Staatsgewalt weitgehend ihren

Ausgangspunkt im Volk, ja vielfach wird der Staat auf der *Volkssouveränität* begründet.

Sieht eine solche absolute Demokratie im Volk die letzte Quelle allen Rechts, so verstößt sie gegen die Grundgesetze der Gesellschaftsordnung. Wie der Einzelne auch im öffentlichen Leben, so ist auch das Volk als Souverän den Normen des Naturrechts unterworfen. Werden diese verletzt, wird etwa den elementaren Freiheitsrechten des Bürgers, der Freiheit der Person, des Glaubens, des Gewissens usw., im Namen des Mehrheitsprinzips die Anerkennung verweigert, so wächst sich eine radikale Demokratie zur gleichen Despotie des Unrechts aus wie ein monarchischer Absolutismus. „Demokratie und individuelle Freiheit sind Gegensätze“ (Fritz Fleiner in „Schweizer Bundesstaatsrecht“), wenigstens begrifflich. In Wirklichkeit bedürfen beide einander: die persönliche Freiheit der Unterwerfung unter den Staatswillen, um nicht zur Anarchie zu entarten; die Demokratie der Anerkennung der individuellen Freiheit; damit nicht die Herrschaft der Mehrheit in Willkür ausarte und die Rechte der Minderheit vergewaltige, wodurch mit den Mitteln der Demokratie die Diktatur errichtet würde – der übliche Weg des Volkstribunen zur Alleinherrschaft. Die Demokratie ist deshalb an die Normen des Rechtsstaates gebunden, ja eine rechtsstaatliche Demokratie ist erst die wahre, im Bewußtsein der zivilisierten Menschheit die einzige Idee der Demokratie. Jede andere sog. Demokratie ist nur ein Zerrbild dieser Idee und gründet auf dem pseudodemokratischen Satz, Recht sei, was dem Volk nütze.

Erkennt so der Volksstaat ein vor- und außerstaatliches Recht als Grundlage seiner Existenz an, so hält sich sein erster Grundsatz, daß die Staatsgewalt vom Volke ausgeht (Art. 1, Abs. II der Weimarer Verfassung), durchaus im Rahmen der sittlichen Weltordnung.

Jedoch ist die Volkssouveränität nicht einmal ein Wesenszug der Demokratie. Eine Demokratie kann auch auf andere Weise ihre Staatsgewalt legitimieren, wenn nur dem Volke weitgehende Teilnahme an der Gestaltung seines Schicksals beschieden ist. So hält England – neben Amerika und der Schweiz –, das Vorbild aller Demokratien und in den letzten Jahren die Zitadelle des demokratischen Gedankens in der Welt, an der grundsätzlich unumstrittenen Herrschaft seines Königs fest. Trotzdem und obwohl in Großbritannien keine Form unmittelbarer, plebiszitärer Demokratie vorhanden ist, ist es zweifellos eine weitaus bessere und gesündere Demokratie als die deutsche Republik von 1919, die formal die „freieste Verfassung der Welt“ (Fehrenbach) besaß. Demokratie ist damit keine Frage der Staatsform. Eine Monarchie kann demokratisch, eine Republik antidemokratisch sein (etwa die Adelsrepubliken der italienischen Stadtstaaten des Mittelalters und der Renaissance). Demokratie ist somit unabhängig von der Form des Staates und der prinzipiellen Begründung der Staatsgewalt. Ein Staat ist vielmehr immer dann Demokratie, wenn das Volk maßgeblichen Anteil an der Regierung nimmt.

2) Die *christliche Gesellschaftslehre* überläßt den einzelnen Staaten die Art und Form, in der sie sich, ihrem Charakter und den jeweiligen Bedürfnissen entsprechend, organisieren und regieren wollen, wenn nur die Prinzipien des christlichen Sittengesetzes,

vor allem die Rechte der Person und der Familie, geachtet werden. Es ist unstrittig, daß die Demokratie eines der nach christlicher Soziallehre grundsätzlich möglichen Systeme ist. Darüber hinaus erscheint die Demokratie in der heutigen Situation als die praktisch beste und wünschenswerte Form politischer Ordnung für Europa. Dies gilt auch vom Standpunkt der Kirche. Daß die politischen Neuschöpfungen der Großmächte des 20. Jahrhunderts sich mit dem Christentum nicht vereinbaren lassen, hat sich nicht nur in Deutschland gezeigt, wo die Rassentheorie des Nationalsozialismus von vornherein einen offenen Bruch mit der christlichen Überlieferung brachte. Die Staatsvergötzung allein stempelte den italienischen Faschismus zu einer widerchristlichen Ideologie. Andererseits braucht die Kirche nicht die Wiederaufrichtung autoritärer Staatsformen der Vergangenheit, um ihre Sendung zu erfüllen. Im Gegenteil: Die Verbindung staatlicher Zwangsmittel mit der geistlichen Autorität der Kirche hat sich schon in früheren Zeiten als recht zweischneidig erwiesen, muß sich aber in der heutigen geistigen Entwicklungsstufe Europas, angesichts der konfessionellen Mischung und religiösen Indifferenz fast aller Völker, als doppelt gefährlich zeigen. Die Kirche braucht zur Verkündung des Wortes Gottes nichts als Freiheit. Diese gibt ihr eine rechtsstaatliche Demokratie.

Die Demokratie ist kein Selbstzweck, sondern ein Mittel der zweckmäßigen Ordnung des politischen Lebens, ein Weg zur Erfüllung des Staatszieles. Sie ist nach dem Wort eines deutschen Demokraten (Erkelenz) nur ein Werkzeug, und teilt mit allen Werkzeugen die Eigenschaft, daß sie an sich weder gut noch schlecht sind. Kopf und Hand, die das Werkzeug führen, entscheiden über seinen Wert. Es kommt also auf den Geist an, der die Demokratie beseelt. Sie ist an sich weder christlich noch anti-christlich, kann aber beides werden, je nach den Männern, die sie führen. Die Demokratie ruft also nach dem Einsatz der christlichen Kräfte des Volkes. Sie ruht auf der christlichen Erkenntnis, daß alle Menschen gleich sind (gleichwertig allerdings, nicht gleichartig!), und stellt an Charakter und Fähigkeiten ihrer Bürger höhere Anforderungen als jeder andere Staat. Alle demokratischen Rechte sind zuerst Pflichten. Die Demokratie findet daher ihre beste sittliche Begründung und Rechtfertigung in einem von christlichem Geist durchdrungenen Volk.

Das Ziel christlicher Gegenwartspolitik in Deutschland kann nur die Herstellung einer christlichen Gesellschaftsordnung mit Hilfe des demokratisch organisierten Staates sein. Eine demokratische Politik widerlegt von selbst die schon vor Jahren in Kreisen der heute in England regierenden Arbeiterpartei ausgesprochene Befürchtung, Deutschland werde nach Hitler einem „klerikalen Faschismus“ zusteuern. Stellt dieses Schlagwort auch eine *contradictio in adjectis*, einen Widerspruch in sich selbst, dar – denn Evangelium und Staatsomnipotenz vertragen sich wie Feuer und Wasser –, so bleibt es doch zu beachten. Denn der Kirche wird seit Jahrhunderten von ihren Gegnern Machthunger und Vergewaltigung der Gewissen vorgeworfen. Es müssen deshalb von Anfang an die politischen Ziele klar aufgezeigt werden. Nicht klerikaler Faschismus, sondern *christliche Demokratie* ist das Gebot der Stunde!

3) Das bayerische Volk war seit germanischen Zeiten stark demokratisch gesinnt. Nur in der Epoche des Absolutismus, die alle europäischen Staaten durchgemacht ha-

ben, und in den letzten zwölf unseligen Jahren preußisch-nationalsozialistischer Knechtschaft wurde es offen autokratisch regiert. Der bayerische Bauer war schon seit frühen Zeiten frei, Großgrundbesitz gab es nur vereinzelt, so daß sich eine Herenkaste gleich dem preußischen Junkertum nicht bilden konnte. Da sich die Industrialisierung in mäßigen Grenzen hielt, trat auch der Typ des „Schlotbarons“ nicht in den Vordergrund. Die Mannhaftigkeit und der Unabhängigkeitssinn, das Selbstbewußtsein und die Freiheitsliebe des Bayern bestimmten die demokratische Struktur des Landes. Vor allem aber bewies in Altbayern der gemeinsame katholische Glaube eine demokratische Kraft. „Das heilige Abendmahl wird der Ausgangspunkt für das freiheitliche Gefühl des bairwarischen Volkes, für das Gefühl des Gleichseins vor Gottes Wundern und Gnade“ (Laurentius Freyberger). Seit dem Beginn des letzten Jahrhunderts stand der Landtag im Mittelpunkt des politischen Lebens. Das in der Heimatliebe begründete Zusammengehörigkeitsgefühl ließ die parteipolitischen Gegensätze, sieht man vom Nationalsozialismus ab, der Bayern verraten hat, nicht zu jener unheilvollen Schärfe anwachsen, die nördlich des Mains, aber auch in Österreich festzustellen war. Schließlich hatte, wie schon erwähnt, noch der 1932 gewählte Landtag eine arbeitsfähige Mehrheit, in einem Zeitpunkt also, als die demokratischen Parteien in Preußen und im Reich bereits eine hoffnungslose Minderheit bildeten.

An diese demokratische Tradition muß wieder angeknüpft, aus ihr muß, in Übereinstimmung mit den gegenwärtigen politischen Bedürfnissen, die dem bayerischen Volk gemäße Art der Demokratie entwickelt werden. Sonst schwebt die neue Demokratie wie die Weimarer Republik im luftleeren Raum – und was ein nochmaliges Versagen der Demokratie in Deutschland nach außen und innen bedeuten würde, braucht nicht weiter ausgeführt zu werden.

4) Eine radikale Demokratie entspricht nicht dem bayerischen und deutschen Wesen und erwies sich auch stets und allerorten als Gefahr. Was Mommsen, selbst ein Demokrat, von Rom feststellte, „die Demokratie hat sich immer dadurch vernichtet, daß sie die äußersten Konsequenzen ihres Prinzips zog“, des Prinzips der Freiheit sowohl wie der Herrschaft der Mehrheit, wiederholte sich vor unser aller Augen im Staat von Weimar. Die Demokratie braucht, um sich zu schützen, zweierlei: eine Autorität, die imstande ist, Bewegungen, die die Grundlage des gemeinsamen Staats unterwühlen, zu verbieten (wer den demokratischen Rechtsstaat nicht anerkennt, hat auch kein Recht darauf, von diesem anerkannt zu werden!), und Sicherungen, die verhindern, daß die demokratische Dynamik den Staat (Staat kommt von status und hängt mit Statik zusammen!) sprengt und die Freiheitsrechte des Einzelnen aufhebt. Das erstere hätte vor 1933 ein Verbot der NSDAP gerechtfertigt (so wie die Schweiz die Nationale Front verbot und England Mosley inhaftierte) und rechtfertigt es für alle Zukunft. Das andere verlangt Institutionen zur Verhinderung einer Überspitzung des demokratischen Gedankens und der Gefährdung der Grundrechte und der kontinuierlichen Staatsentwicklung durch eine vorübergehende Zufallsmehrheit.

Dieser Erkenntnis haben die modernen Demokratien – außer durch gesetzliche Anerkennung der oben dargelegten Prinzipien des Rechtsstaats – bei der Bildung des Volkswillens und der Regierung Rechnung getragen. Zwei der ältesten Demokratien

halten die Regierung von wechselnden Vertrauen des Parlaments unabhängig, wobei die Schweizer Regierung (Bundesrat) einen kollegialen, die nordamerikanische einen präsidential-autoritären Charakter trägt. Außerdem schützen sich beide gegen Augenblicksstimmungen der Wählerschaft durch das auch in der parlamentarisch regierten Dritten Republik und den kleineren europäischen Demokratien eingeführte Zweikammersystem. Beachtenswert ist noch, daß die drei genannten Republiken ihr Staatsoberhaupt indirekt wählen, Frankreich und die Schweiz durch beide Häuser des Parlaments (soweit das schweizer Staatsoberhaupt ein Kollegium ist, das aus sich den jährlich wechselnden Präsidenten bestimmt), die USA durch Wahlmänner, die nach föderalistischen Gesichtspunkten gewählt werden. Man vergleiche die Verfassung von Weimar, die einem zum größten Teil, nämlich in Preußen, undemokratisch regierten Volk plötzlich aufgepfropft wurde: eine parlamentarische Regierung mit einer verkümmerten Zweiten Kammer; unmittelbare, unitarische Präsidentenwahl und, im Gegensatz zu den drei großen Demokratien, ein proportional und unitarisch aufgebautes Listensystem; daß eine solche ungefestigte Demokratie, außenpolitisch und wirtschaftlich bedrängt, den Ambitionen eines gewissenlosen Demagogen nicht widerstehen konnte, ist kein Wunder und noch kein Beweis gegen die Lebenskraft der Demokratie in Deutschland.

5) Durch solche Erfahrungen gewarnt, muß die deutsche Demokratie der Zukunft organisch aus den einzelnen Ländern wachsen und staatsrechtlich (nicht sozial!) konservativ gebaut werden. Bayern bleibt bei seinem für heutige Verhältnisse kleinen Umfang zweckmäßig wie England ein einheitliches Staatsgebilde, ersetzt aber im Interesse gesunder demokratischer Entwicklung die zentralistische Struktur seines von Montgelas nach französischem Vorbild geschaffenen Verwaltungsapparates durch eine weitgehende Selbstverwaltung seiner Gemeinden und Gemeindeverbände. Quadragesimo anno nennt es den „obersten sozialphilosophischen Grundsatz“, daß es gegen die Gerechtigkeit verstoße, „das, was die kleinen und untergeordneten Gemeinwesen leisten und zu gutem Ende führen können, für die weitere und übergeordnete Gesellschaft in Anspruch zu nehmen“. Durch eine kraftvolle Selbstverwaltung wird das politische Interesse der Bürger geweckt und auf sachliche Aufgaben gelenkt.

Von allen deutschen Ländern bringt Bayern die besten Voraussetzungen für ein gutes Funktionieren des Parlaments mit sich, sowohl durch seine geschilderten demokratischen Traditionen, als auch durch die bayerische Parteiengruppierung. Schon in der Republik war für Splitterparteien in Bayern kein guter Boden. In Zukunft dürfte es in der Hauptsache nur drei Parteien geben, Kommunisten, Sozialdemokraten und Christlich-Soziale. Eine bürgerliche Linkspartei, wie die laut Zeitungsberichten in Berlin gegründeten Liberal-Demokraten, wird auf die Dauer höchstens in den Großstädten eine gewisse Bedeutung erlangen, und eine den ehemaligen Deutschnationalen entsprechende, nach Preußen tendierende nationalistische Partei wird in Bayern, auch wenn sie sich betätigen darf, weniger als je Anklang finden, da die von diesen Kreisen vor 1933 ausgegebene föderalistisch-monarchistische Parole heute keinen Glauben mehr finden wird, nachdem gerade die Deutschnationalen die Steigbügelhalter Hitlers und damit auch die Wegbereiter des Einheitsstaats gewesen sind.

Im übrigen liegt es im Interesse der Demokratie, durch das *Wahlgesetz* die Betätigung kleiner Parteien zu erschweren. Denn diese haben sich in Deutschland und in Frankreich als ein Hemmschuh großzügiger parlamentarischer Regierungspolitik erwiesen. Der Landtag darf aber, um eine wirkliche Volksvertretung und nicht nur eine Vertretung der Parteibureaukratien zu werden, zahlenmäßig nicht zu klein sein. Es müssen an Bevölkerungszahl einigermaßen gleichstarke, an geographische oder historische Besonderheiten nach Möglichkeit anknüpfende Wahlkreise geschaffen werden, in denen jeweils nur *ein* Abgeordneter unmittelbar gewählt wird. Der kleine Mann soll „seinen“ Abgeordneten kennen und ihm persönlich, nicht einer Parteiorganisation, sein Vertrauen schenken. In der Wahl entscheidet die Mehrheit. Fraglich bleibt, ob dies die absolute sein muß oder ob die relative genügt. Das erstere war bisher vom französischen Wahlrecht gefordert und auch bei den Reichstagswahlen des Bismarckreiches üblich. Erlangt im ersten Wahlgang kein Kandidat die absolute Majorität, so findet zwischen den beiden Kandidaten, die die meisten Stimmen erhalten haben, eine Stichwahl statt. Die Wähler der anderen Kandidaten müssen sich dabei fürs „kleinere Übel“ entscheiden. Nach englischem System, das auch für den zweiten Wahlgang der deutschen Reichspräsidentenwahl vorgeschrieben war, gilt der Kandidat als gewählt, der die meisten Stimmen erhält, auch wenn sie nicht die absolute Mehrheit bilden. Diese Methode fördert die Bildung weniger großer Parteien und unterbindet allzu zufällige und unnatürliche Wahlbündnisse zwischen Parteien, die sich im ersten Wahlgang noch heftigst bekämpft haben. Im Interesse der Sauberkeit des politischen Lebens dürfte deshalb die englische Methode der französischen vorzuziehen sein.

Für die Großstädte könnte man trotzdem ein anderes Wahlsystem bevorzugen. Da in der Großstadt eine persönliche Bindung überhaupt geringer ist als auf dem Land, und die städtischen Wahlkreise, die zum Zweck der Einerwahl gebildet werden müssen, keine organische Einheit bilden, die Großstadt sich vielmehr insgesamt als Einheit empfindet, mag man dort, wenigstens in München und Nürnberg, das Verhältniswahlrecht beibehalten. Man wird dadurch den großstädtischen Verhältnissen am besten gerecht.

Das Wahlrecht ist gleich, frei und geheim und kann nur durch persönliche Stimmabgabe getätigt werden. Das *Frauenwahlrecht* ist eine selbstverständliche Folgerung aus der grundsätzlichen Gleichberechtigung von Männern und Frauen. Es würde eine soziale Entrechtung der deutschen Frau bedeuten, wenn man ihr das einmal erhaltene Wahlrecht nehmen wollte. Ob sie Mutter oder berufstätig ist, in beiden Fällen hat sie ein Anrecht darauf, über das Schicksal des Landes mitzubestimmen. Die Behauptung der Gegner des Frauenwahlrechts, Hitler habe diesem seine Machtergreifung zu verdanken, ist bequem, aber unerweislich.

Eher hat sich das *Jugendwahlrecht* in diesem Sinne ausgewirkt. Es war auch ein merkwürdiger Gedanke der Weimarer Verfassung, einem Menschen von 20 Jahren, der die bürgerliche Volljährigkeit noch nicht erlangt hat, Entscheidungsrecht über das Schicksal des Volkes anzuvertrauen. Naturgemäß ist die Jugend den Verlockungen eines Demagogen besonders zugänglich. Da außerdem die heutige Jugend zum größ-

ten Teil im Geiste des Nationalsozialismus erzogen ist und keine Ahnung von den Lebensgesetzen einer Demokratie haben kann, muß sie erst einmal Zeit haben, ein freies politisches Leben kennenzulernen. Aus diesem Grunde wird es sich empfehlen, das aktive Wahlalter, wie schon bisher das passive, auf das vollendete 25. Lebensjahr festzusetzen.

Es ist hier nicht der Platz, die zweckmäßige Ausgestaltung verfassungsmäßiger Zuständigkeit oder die Zusammensetzung einer *Zweiten Kammer* zu erörtern, deren Aufgabe es ist, ein Haus der Erfahrung, ein „Senat“ zu sein, die deshalb auch aus nicht allzuvielen Köpfen zu bestehen braucht. Selbstverständlich kann sie nicht an den vor 1918 bestehenden Reichsrat der Krone Bayern anknüpfen, der ein Adelsparlament war; vielmehr ist an eine Vertretung der Berufsstände zu denken.

Da es nun einmal ein politischer Urtrieb des Menschen zu sein scheint, selbst in recht glücklichen Zeiten Unmut über die Regierung zu äußern, muß darauf Bedacht genommen werden, daß hierdurch nur die Regierung, nicht aber der Staat selbst getroffen wird. Das wird dadurch erreicht, daß das *Staatsoberhaupt*, das den Staat als solchen, nicht aber den mit jeder Wahlperiode wechselnden Mehrheitswillen repräsentiert, der Wahl und Kritik des Volkes entzogen ist. Deshalb empfiehlt sich für eine Republik die indirekte und nicht zu häufige Wahl des Staatspräsidenten. Einfacher liegen die Dinge in einer Monarchie, da der Monarch von selbst über dem Streit der Parteien steht. Aus diesem Grund sind weite Kreise des bayerischen Volkes der Ansicht, daß die bayerische Demokratie, alter Überlieferung gemäß, wie England und die skandinavischen Demokratien, des Königtums bedürfe. Selbstverständlich hat im 20. Jahrhundert nur ein Volkskönigtum Lebensrecht; für Standesvorrechte des Adels ist die Zeit vorbei. Die Zuständigkeit der Krone ist verfassungsrechtlich festzulegen, der König auf die Verfassung zu vereidigen. Dann ist vom demokratischen Standpunkt nicht das Mindeste gegen eine Monarchie einzuwenden. Auch andere Staaten, die zu demokratischem Leben zurückkehren wollen, wie Italien und die Balkanländer, erwägen die Beibehaltung des Königtums. Dem Geist einer demokratischen Monarchie geben die Einleitungsworte der italienischen Gesetze seit 1861 Ausdruck: „N.N., per grazia di dio e per volontà della nazione re d'Italia“, „N.N., durch Gottes Gnade und des Volkes Wille König von Italien“. Das uneingeschränkte Gottesgnadentum gehört in Europa der Geschichte an, läßt sich auch aus den letzten Prinzipien der Gesellschaftsordnung nicht begründen. Zwar beruht jeder Staat, auch jede Monarchie, wie alles Sein letztlich auf dem Willen Gottes. Aber die Existenz der Krone läßt sich nicht unmittelbar aus diesem ableiten. Vielmehr muß die Monarchie im Volksbewußtsein, das den Staat trägt, verankert sein, schon gar im demokratischen Zeitalter. Ludwig Uhland sprach vor hundert Jahren das damals fast prophetische Wort, es werde hinfort kein gekröntes Haupt über Deutschland leuchten, das nicht mit einem Tropfen demokratischen Öles gesalbt sei.

Doch ist die monarchische Frage vorerst nicht aktuell und bleibt am besten späterer Entscheidung des Volkes vorbehalten. Vorher muß der bayerische Staat in Kraft und Freiheit wieder aufgerichtet werden. Fest steht aber, daß keine Reichsverfassung Bay-

ern mehr das Recht nehmen darf, diejenige Verfassung zu wählen, die es selbst für die beste hält.

6) Die Verwaltung eines modernen europäischen Staates ist ohne *Berufsbeamtentum* nicht denkbar. So wichtig ehrenamtliche Tätigkeit in einer Demokratie, vor allem in kleinen Selbstverwaltungskörpern, ist, dem in den letzten Jahrzehnten gewaltig gewachsenen Aufgabengebiet größerer Staaten vermag sie allein nicht mehr zu genügen; denn es macht eine qualifizierte und zum großen Teil spezialisierte Tätigkeit der Staatsdiener erforderlich, die eine längere, auf den Staatsdienst zugeschnittene Ausbildung, damit aber auch lebenslängliche Anstellung bedingt. Darum hat sogar die kleine Schweiz, so stark auch die ehrenamtliche Verwaltung der Kantone ist, für den Bund ein Berufsbeamtentum geschaffen. Nur dieses verbürgt, kraft des besonderen Treueverhältnisses des Beamten zum Staat, das unbedingte Funktionieren des Staatsapparates und die volle Hingabe des Staatsdieners an sein Amt. Das Berufsbeamtentum verlangt von seinen Angehörigen ein eigenes Berufsethos. Durch Pflichttreue, Gewissenhaftigkeit, Arbeits- und Verantwortungsfreude, Sauberkeit und Ehrenhaftigkeit war das deutsche Beamtentum vor 1933 vorbildlich in der Welt, das bayerische beispielgebend in Deutschland. Allerdings bedarf das überlieferte Beamtenethos in der Demokratie dahingehend einer Ergänzung, daß die Beamenschaft sich nicht vom Volk absondern und zur Kaste erstarren darf, sondern inmitten des Volkes leben muß. Dies wird am besten dadurch garantiert, daß jedermann, gleich welcher sozialen Herkunft, freien Zutritt zu allen Bildungsmöglichkeiten, und bei Vorliegen der nur gesetzlich zu bestimmenden Voraussetzungen, gleiche Aussicht zur Anstellung im Staatsdienst hat. Die Sicherung der Gesinnungs- und Vereinigungsfreiheit und des Rechts politischer Betätigung gibt dem Beamten, trotz seiner besonderen Bindung an den Staat, die gleichen Rechte wie den andern Staatsbürgern.

Den aus der Natur des Beamtenverhältnisses entspringenden besonderen Pflichten gegen Staat und Volk, zu denen selbstverständlich auch der Verzicht auf das Streikrecht gehört, entsprechen besondere Beamtenrechte. Nur wenn der Beamte frei von Existenzsorgen ist, auch bei Eintritt der Arbeitsunfähigkeit, kann von ihm die vollkommene, selbstlose Hingabe an die Sache, der er verpflichtet ist, erwartet werden. Ist somit die gesetzliche Zusicherung der Pension ein Wesenszug des Beamtentums, so ist sie doch nicht der entscheidende Gesichtspunkt bei der Bemessung der Besoldung. Das Beamtengehalt darf kein Hungertuch mit Pensionsberechtigung darstellen. Das Gehalt muß dem Beamten mehr bieten als die Fristung der nackten Existenz, nämlich die Führung eines seiner Verantwortung und seiner Bildung entsprechenden Lebens. Die Besoldungsordnung muß berücksichtigen, daß der Beamte nicht die Möglichkeit des Arbeiters und Angestellten hat, sein Einkommen durch Stellungswechsel oder Streik zu verbessern, und daß das Gehalt das Ausbildungskapital wieder einbringen muß. Der künstlich genährte Kampf gegen die angeblich so hohen Beamtengehälter ist einer der üblichen verlogenen Propagandaschlager aus der Kampfzeit des beamtenfeindlichen Nationalsozialismus, und außerdem gut geeignet, die erheblich höheren Angestelltengehälter der Privatwirtschaft den Augen der Öffentlichkeit zu entziehen. In Wirklichkeit läßt sich nicht leugnen, daß die Entwicklung der Besol-

dung seit 1914 und 1933 mit dem Sinken der Kaufkraft des Geldes und der Einkommenssteigerung der Gruppen, die sonst denen der Beamten entsprechen, nicht Schritt gehalten hat. Es war bezeichnend, daß noch in den letzten Jahren des nationalsozialistischen Systems, als die Einkommensverhältnisse allgemein ein gutes Stück höher lagen als vor der Machtergreifung, für die Beamtenschaft immer noch ein Teil der zu Anfang der dreißiger Jahre durch Notverordnungen erfolgten Kürzungen beibehalten wurde. Dabei ist eine Senkung der Beamtengehälter stets mit einem nicht geringen Risiko verbunden. Denn der Staat muß es selbst büßen, wenn der Nachwuchs sich zuerst den Freien Berufen und der Wirtschaft zuwendet. Außerdem ist neben der sittlichen Haltung der Beamten eine ausreichende Besoldung der beste Schutz gegen Korruption. Die traurigen Verhältnisse, die infolge der schwindenden Kaufkraft des Geldes in der nationalsozialistischen Kriegswirtschaft eingerissen sind, sollten für alle Zeit als Warnung dienen. Dem Gebot sparsamer Haushaltsführung entspricht der Staat viel zweckdienlicher durch strenge Auslese der Beamten nach Eignung und Vorbildung; diese braucht jedoch nicht zur Hochzüchtung des von Ludwig Thoma satirisch beschriebenen Typs des „Bruch-Einsers“ zu führen. Vor allem aber darf die Zugehörigkeit zu politischen Parteien oder gesellschaftlichen Organisationen für die Auswahl und Laufbahn der Beamten keine Rolle spielen. Auf dieser Grundlage ist eine sparsame Personalpolitik am ehesten durchführbar.

7) Die Demokratie steht und fällt mit den Menschen, die sie tragen. Die Erneuerung des bayerischen Staates und die Bewährung der Demokratie sind auf die Dauer Fragen der Erziehung. Der christliche Glaube, die bayerische Tradition, die demokratische Haltung und die soziale Gesinnung stellen nach einem Jahrhundert der Verweltlichung, Jahrzehnten der Verpreußung und zwölf Jahren planmäßiger seelischer Jugend- und Volksvergiftung gänzlich neue Anforderungen an Schule und Volksbildung. Die einzelnen Probleme aufzuzeigen, würde weit über Ziel und Zweck dieser Überlegungen hinausgreifen. Zwei der wichtigsten sind die Lehre eines wirklichkeitsgemäßen, wahrhaft deutschen und abendländischen Geschichtsbildes und eine demokratische Staatsbürgerkunde. Hier liegen die Hauptaufgaben für Presse, Film und Rundfunk, deren Lösung nur unter staatlicher Führung geschehen kann. Noch größer aber ist die Verantwortung derer, die mit der Erziehung der Jugend zu tun haben, sei es die Umerziehung der bereits vom Nationalsozialismus erfaßten Jahrgänge (eine Sache, die viel psychologische Klugheit und Geduld erfordert, denn ein junger Mensch ist nicht ohne weiteres bereit, heute zu verbrennen, was er gestern noch angebetet hat!), sei es die erstmalige Erziehung der heutigen Kinder. Oft genug ist verkündet worden, daß dem, der die Jugend hat, auch die Zukunft gehört. Hinzuzufügen ist aber, daß der, der der Jugend wahrhaft große Ideale vorzustellen und vorzuleben weiß, diese Jugend auch gewinnen wird. Nur einer Generation, die den Zweifel an sich selbst in der Brust trägt, entgleitet die Jugend, die nicht zweifeln, sondern glauben und opfern will. Das ist der Grund für den Bankrott des weltanschaulichen Liberalismus des 19. und beginnenden 20. Jahrhunderts. Wer den Glauben hat, dem gehört die Jugend und damit die Zukunft des Volkes – eine Mahnung gegen alle Skepsis und Verzäptheit in unseren Tagen!

VII. Die Verwirklichung der Demokratie

Die Ausgestaltung der Demokratie ist nur auf dem Wege der *Parteibildung* möglich. Im deutschen Volk ist aber eine weitgehende politische Müdigkeit und ein Mißtrauen gegen jede Parteipolitik festzustellen. Dieses Mißtrauen ist in der Hauptsache eine Folge der antiparlamentarischen Propaganda des Nationalsozialismus. Nun war der republikanische Reichstag tatsächlich zur „Schwatzbude“ entartet, aber erst, als ihn die antidemokratischen Parteien durch ihre Obstruktion lahmlegten (man erinnere sich der eigens zu diesem Zweck gebildeten „Harzburger Front“!) und, statt positive, verantwortliche Arbeit zu leisten, Wahlreden zum Fenster hinaus hielten. Die politische Ermüdung im allgemeinen ist zwar durch die jüngste Überspannung des Begriffs des Politischen, die Überfütterung mit politischen Parolen und die jahrelange Einschränkung des persönlichen Lebensraumes im Namen der Politik verständlich; sie erinnert an die Flucht ins Privatleben zur Biedermeierzeit, kann aber sehr gefährliche Folgen haben, wenn sie die aufbaufähigen Kräfte von der Mitwirkung am öffentlichen Leben fernhalten sollte. Soziale Ideen können in einer parlamentarischen Demokratie nur durch eine Partei verwirklicht, politische Ziele nur mit ihrer Hilfe durchgesetzt werden. „Wer das Ziel will, muß die Mittel wollen“ (Ludwig Wolker); wer die Demokratie will, also die Parteien. Eine Demokratie ohne Parteien ist wie ein Auto ohne Benzin; wo der Treibstoff fehlt, bleibt der Karren stecken.

Eine Partei, welche die bisher dargelegten Gedanken zur Grundlage ihrer Politik macht, kann nur eine *Weltanschauungspartei* sein. Denn wer im christlichen Glauben den Ausgangspunkt aller Erneuerung sieht, kann hiervon bei der politischen Praxis, bei der Parteibildung, nicht absehen. Es ist Aufgabe einer solchen Partei, das politische und soziale Gewissen des Volkes bewußt christlich zu formen. Sie muß eine christliche, *darf aber keine konfessionelle Partei* sein, steht darum den Christen aller Bekenntnisse zu einträchtigem, gleichberechtigtem Wirken aus der Kraft des gemeinsamen Glaubens offen. Was heute not tut, ist der geschlossene Einsatz aller wahrhaft christlichen Kräfte unseres Volkes. Die Partei hat mit der Unbedingtheit der christlichen Sozialprinzipien die persönliche Gewissensfreiheit im Sinn der anfangs gemachten Ausführungen zu vereinen. Dann hat sie die Basis und die Durchschlagskraft einer wahren Volkspartei.

Es wird einleuchten, daß für die Durchsetzung der oben entworfenen Ziele eine Wiederbelebung des *Zentrums* und der *Bayerischen Volkspartei* nicht genügt. Zwar waren beide Parteien offiziell nicht konfessionell gebunden, sondern bekannten sich zum Christentum schlechthin. Aber die Praxis hat dem unter dem weiterwirkenden Zwang der in den siebziger Jahren bestehenden innenpolitischen Verhältnissen nicht entsprochen, und das Bewußtsein, etwas anderes als eine „katholische Partei“ zu sein, war schließlich sogar bei den Anhängern geschwunden.

Dann waren beide Parteien zum Teil persönlich an kapitalistische Interessen gebunden und im allgemeinen mehr oder weniger von der liberalkapitalistischen Wirtschaftsauffassung angesteckt; sie beschränkten sich, unter Verzicht auf eine grundsätzliche Sozialreform – eine Idee, die noch zu Kettlers Zeiten im deutschen

Katholizismus lebendig war und im österreichischen erhalten blieb – darauf, dem privatkapitalistischen System durch an sich begrüßenswerte und notwendige Maßnahmen die giftigsten Zähne zu ziehen.

Außerdem waren beide Parteien so sehr von dem im ersten Kapitel skizzierten Geist der Defensive durchdrungen, daß es unmöglich erscheint unter dem Namen des Zentrums oder der Bayerischen Volkspartei eine schwungvolle politische Aktion mit dem Ziel einer gänzlichen Staats- und Gesellschaftsreform zu starten. Zumal in der in den letzten zwei Jahrzehnten herangewachsenen jungen Generation gelten beide Parteien schlechthin als unzeitgemäß. Das ganze Volk, Freund und Feind, sehen aber in Zentrum und Bayerischer Volkspartei – wie in allen alten Parteien – Firmenschilder prominenter Teilhaber am Staatsbankrott der Republik. Die unverzeihlichen Fehler der Parteien in den Jahren der Weimarer Republik und ihr unbegreifliches Versagen vor dem Nationalsozialismus erhärten die Auffassung von der Notwendigkeit neuer politischer Organisationsformen vollends.

Neue Formen bedingen auch einen neuen Namen. Der *Name* der Partei kann ihre weltanschauliche Haltung oder ihre staatspolitische Einstellung zum Ausdruck bringen oder an irgendwelche äußeren, möglichst sinnbildlichen Umstände anknüpfen. Das erstere taten die Christlich-Sozialen Österreichs, das zweite die Bayerische Volkspartei, das dritte das Zentrum. Es ist dies keine Frage prinzipieller Bedeutung, sondern taktisch-propagandistischer Zweckmäßigkeit. Da aber der Name ein Zeichen der Unterscheidung sein soll, empfiehlt es sich derzeit nicht, das vielberufene Wort „demokratisch“ ins Wappen der Partei zu übernehmen. Denn Demokrat will heute ein jeder sein, und wir werden in den nächsten Jahren eine solche Inflation an mit „Demokratie“ zusammengesetzten Parolen erleben, daß man diese selbstverständliche Voraussetzung künftiger politischer Tätigkeit nicht besonders namhaft zu machen braucht, sollen ja antidemokratische Parteien überhaupt nicht mehr zugelassen werden. Die echte Demokratie zeigt sich sowieso nicht im Namen, sondern in Gesinnung und Tat.

Sehr glücklich ist dagegen der Gedanke, das allgemein unbeliebte Wort „Partei“ durch „Union“ zu ersetzen; wird dadurch doch klar zum Ausdruck gebracht, daß es sich bei der hier geforderten Partei um etwas grundlegend Neues handelt, dessen besonderes Kennzeichen der politische Einigungsgedanke ist, insonderheit die Einigung zwischen den Christen aller Konfessionen. Da dieser Begriff fast überall Anklang zu finden scheint, sei er auch hier als Name der neuen Partei verwendet.

Wichtiger als der neue Name sind aber ein neuer Geist, neue Methoden und frisches Blut! Es genügt jedoch nicht, daß eine solche Forderung programmatisch erhoben wird. Von der Union muß eine werbende Kraft auf die Kreise ausgehen, die vor 1933 politischer Betätigung oder doch dem Zentrum und der Bayerischen Volkspartei aus den verschiedensten Gründen fernstanden. Es kommt darauf an, daß diese Kreise, die in ihrer Kritik an der Parteipolitik im allgemeinen, an der der beiden genannten Parteien im besondern, nicht zurückhaltend waren, nunmehr durch persönliche Mitarbeit das ihre tun, damit sich die alten Fehler nicht wiederholen, und neue Gedanken und neue Männer für den demokratischen Wiederaufbau zur Verfügung stehen.

Dies gilt zuerst für die bayerische *Jugend*. Von welcher weittragender Bedeutung die Gewinnung breiter Schichten der jungen Generation für eine Politik christlich-sozialer Erneuerung ist, braucht nicht weiter ausgeführt zu werden. Nicht die Zukunft einer Partei, sondern die des Landes steht auf dem Spiel. Die Jugend will aber nicht weiterhin zum Trommeln und Marschieren mißbraucht werden, sondern will verantwortlich mitarbeiten. Hierzu muß ihr in weitem Umfang Gelegenheit gegeben werden. Denn nur wenn in Stadt und Land jüngere Kräfte an sichtbarer Stelle stehen, wird es ihnen gelingen, in ihrer eigenen Generation Gefolgschaft zu finden. Andererseits darf die berechnete Forderung auf stärkere Einschaltung der Jugend in Arbeit und Führung nicht zu einer Verfemung der „Alten“ oder auch nur all derer verleiten, die schon vor 1933 an der politischen Verantwortung beteiligt waren. Zwar sagt schon das Sprichwort, daß Alter nicht vor Torheit schützt (die Geschichte der Weimarer Republik hat diese Wahrheit auch in der Politik bestätigt!), aber „Jugend“ allein ist auch kein Beweis politischer Begabung oder gar staatsmännischer Fähigkeiten. Die Frage nach der politischen Eignung oder „Tragbarkeit“ entscheidet sich nicht nach der Zugehörigkeit zu einer Altersklasse, sondern nach dem Charakter der einzelnen Persönlichkeit. Jugend und Alter, frische Stoßkraft und praktische Erfahrung, neue Ideen und genaue Sachkenntnis gehören, wie auf allen Lebensgebieten, so auch in der Politik zusammen.

Die besondere Bedeutung grundsätzlicher und praktischer politischer Schulung der Jugend liegt auf der Hand. Ihr hat die Union alle Aufmerksamkeit zu widmen. Einer eigenen *Parteijugend* bedarf es jedoch nicht. Sie würde nur zu einer Verbildung des jungen Menschen führen, da Politik nur eine – wenn auch zweifellos wichtige – Aufgabe neben anderen, nicht aber die Lebensmitte des Menschen, und damit auch nicht das entscheidende Bildungsprinzip ist. Die Erziehung der Jugend außerhalb von Elternhaus und Schule ist Sache der frei organisierten unpolitischen Jugendbewegung. Nachwuchs aus allen Jugendverbänden, die nicht nationalsozialistisch und nicht weltanschaulich-sozialistisch ausgerichtet sind, ist der Union sicher, wenn sie der Jugend nur Lebensraum und Betätigungsfeld in ihren Reihen gibt und die persönliche Verbindung zu den Jugendorganisationen nicht abreißen läßt.

Der Ruf zur Sammlung ergeht ferner vor allem an zwei Gruppen, die früher nur sehr ungenügend an christlich-sozialer Politik beteiligt waren, an Protestantismus und Arbeiterschaft. Es sind zwei Schicksalsfragen für die künftige Entwicklung Bayerns, ob es gelingt, für den Gedanken einer christlich-sozialen Staats- und Gesellschaftsreform Echo und Anteilnahme in allen christlichen und allen sozialen Kreisen zu wecken. Wenn den bayerischen *Protestanten* an einer Mitgestaltung des öffentlichen Lebens und an der Wahrung der eigenen kirchlichen Belange gelegen ist, so ist hier der gegebene Ansatzpunkt für gleichberechtigte Mitwirkung in der Politik. Die Bereitschaft zur Zusammenarbeit muß auf katholischer und protestantischer Seite in gleicher Weise vorhanden, ehrlich und entschlossen sein.

Für die bayerische *Arbeiterschaft*, deren Heimmattreue und nüchterner Sinn schon früher vorbildlich waren, müssen die konkreten sozialen Zielsetzungen der Union Leitsterne der Hoffnung und der Zuversicht werden und eine Garantie dafür, daß ihre

berechtigten Interessen hier ebenso energisch, wenn möglich noch wirkungsvoller vertreten werden, als von Parteien anderer Weltanschauung. Damit ist schon gesagt, daß die Union keine „bürgerliche“ Partei sein darf, weder in ihrem Programm noch in ihrer Zusammensetzung. Im Gegenteil, das Tor nach links muß weit aufgemacht und der Schwerpunkt der Aktionskraft darauf verlegt werden, den bayerischen Arbeiter für den christlich-sozialen Wiederaufbau seiner Heimat zu gewinnen.

Besondere Sorgfalt und Mühe muß der Erfassung der bayerischen *Intelligenz* gewidmet werden. Gerade klassische Bildung hält gern „politisch Lied“ für „ein garstig Lied“ und vergißt dabei, daß nicht die Politik den Charakter verdirbt (oder doch nur einen schwachen Charakter), sondern daß noch immer schlechte Charaktere die Politik verdorben haben. Daß aber Politik unser aller Schicksal ist, dem sich niemand entziehen kann, hat die jüngste Vergangenheit mit aller Eindeutigkeit gezeigt. Wer die letzte „Stunde des Bürgertums“ versäumt (möge die Stimme Carl Muths aus dem Grabe noch gehört werden, da der Lebende kein Gehör fand!), wer glaubt, noch einmal in die reine Gedankenwelt des abstrakt Wahren, Guten und Schönen entfliehen und sich in ihr vor den Nöten der Stunde verschließen zu können, wird ein zweites Mal vielleicht keine Zeit mehr finden, sich über eine Welt zu beklagen, aus der das Wahre, Gute und Schöne entflohen ist.

Demgegenüber erweist gerade die echte Tradition der Antike, der griechischen Philosophie wie des römischen Rechts, die Verantwortung des geistig Selbständigen und Reifen für das öffentliche Wohl. In einer Zeit derart gewaltiger geistiger Umwertungen und Entscheidungen wie der unsern ist diese Verantwortung ins Unermeßliche gesteigert. Jeder, dem deutsche und abendländische Kultur nicht Angelegenheit snobistischen Interesses, sondern Herzenssache ist, muß deshalb heute den Weg ins Volk, den Weg zu politischem und sozialem Wirken finden.

Aus dieser Erkenntnis heraus muß einer den andern für die gemeinsame Arbeit zu gewinnen suchen; gerade in akademischen Kreisen kann eine Werbung nicht durch Presse und Versammlungen, sondern nur durch persönliche Bemühung erfolgen. Diese darf man nicht scheuen. Handelt es sich auch nicht um den „Anschluß“ vieler Wählerstimmen, so doch um die Mitarbeit von Fachleuten und selbständigen Köpfen, deren es beim Wiederaufbau nicht genug sein können. Der umfassende Charakter der Union schließt keine Gruppe oder Richtung aus, die heute eine bayerische, christliche und soziale Politik bejaht, ganz gleich, ob sie durch Tradition linksdemokratisch oder konservativ orientiert ist. Das gemeinsame Bekenntnis zu den zwölf Jahre gelästerten Werten von Geist und Kultur wird viele Gegensätze, die einst unüberbrückbar schienen, zu vereinen vermögen.

Daß die bayerische *Bauernschaft* eine Hauptstütze der Union bildet, versteht sich nahezu von selbst. Denn sie hat zum überwiegenden Teil schon seit Bestehen des modernen Parlamentarismus ihre Politik auf christlicher Weltanschauung aufgebaut. Infolge des stark ländlichen Charakters Bayerns wird und soll die Union in Programm, Mitgliedern und Wählern stark bäuerlich geprägt sein. Sie muß danach streben, die ausschließliche politische Vertretung des bayerischen Landvolks zu werden.

Es ist ein elementares Gebot sozialer Gerechtigkeit, daß sich die Union der dringen-

den Nöte aller *Opfer der Hitlerverfolgung und des Krieges* annimmt. Erfreulicherweise ist es langsam zum Gemeingut des Volkes geworden, daß die KZ'ler und alle anderen Opfer des braunen Terrors für ihre jahrelangen Leiden, soweit nur möglich, entschädigt werden. Unter keinen Umständen darf die Hilfsbereitschaft erlahmen. Restlose Aufklärung des Volkes über die Methoden der Gestapo und SS – die von manchen immer noch als „sicher nur halb so schlimm“ bezeichnet werden – und Erhaltung eines lebendigen Gedenkens an alle, die Hitler und seine Schergen ermorden ließen, ist Teil jener *sittlichen Verpflichtung gegenüber den Freiheitskämpfern* und -duldern unseres Volkes, die auch die Union abzutragen helfen muß.

Daneben darf das *Vermächtnis der Frontsoldaten* nicht vergessen werden. Es besteht nicht, wie uns interessierte Leute nach dem Ersten Weltkrieg glauben machen wollten, in militaristischen und nationalistischen Tendenzen; wer draußen war, weiß, wie wenig an der Front die Phrase und der „schneidige“ Kasernenhofton zählte. Uns ziemt stillschweigende Ehrfurcht vor dem Opfer, mit dem eine noch unbekannte Millionenzahl ihr Leben gab „wie das Gesetz es befahl“ – einem Opfer, das menschlich dadurch an Bedeutung nichts verliert, daß es politisch sinnlos, und der Krieg selbst verbrecherisch war. Das Vermächtnis unserer Gefallenen besteht vor allem darin, den Geist echter Kameradschaft im ganzen Volk zu erwecken, jener Kameradschaft, die den Soldaten bis an den Rand des irdischen Daseins begleitete, und die uns allen helfen muß, die grenzenlose Not der Gegenwart gemeinsam zu überwinden. Das bedeutet aber zuerst, daß wir die Angehörigen der Gefallenen, Vermißten und Gefangenen nicht im Stich lassen. Ist der Staat auch nicht verpflichtet, kinderlosen jungen Frauen, die sich vor der Ehe selbst ernährten und zum Teil hauptsächlich wegen Bezugs von Familienunterhalt oder Kriegsbesoldung heirateten, ein mühe- und sorgenloses Dasein zu verschaffen, so ist es doch eine kaum glaubhafte soziale Ungerechtigkeit, wenn die oft kinderreichen Familien der Gefangenen, Vermißten und Gefallenen nur bei nachgewiesener Bedürftigkeit Fürsorge-Unterstützung einfacher Art erhalten oder gezwungen sind, ihre letzten Ersparnisse aufzubrauchen, zur seelischen Not also auch noch die wirtschaftliche zu spüren bekommen. Sich ihrer und aller Kriegsversehrten, Ausgebombten und Heimatlosen anzunehmen, ist vornehmste Pflicht einer christlich-sozialen Partei.

Das Bestreben, von Anfang an eine möglichst breite Basis der Union zu schaffen, hat allen Sonderwünschen voranzustehen. Naturgemäß wird eine große Sammlungspartei nicht immer die gleiche Einheitlichkeit aufweisen wie eine Partei alten Stils, deren Anhänger von vornherein auf bestimmte Parolen eingeschworen sind. Die sich hieraus programmatisch und praktisch ergebenden Schwierigkeiten müssen um der Einigung aller christlich-sozialen Kräfte willen in Kauf genommen und bewältigt werden. Man braucht diese Schwierigkeiten aber nicht zu überschätzen. Das großzügige politische Denken, das in England und Amerika beheimatet ist, erscheint uns Deutschen eben noch etwas fremd. In Wirklichkeit ist es ein großer Fortschritt auf dem Weg zu einer gesunden Demokratie, wenn eine Partei nicht von vornherein auf eine bestimmte Doktrin festgelegt ist und ihr praktisches Programm an den jeweils im Vordergrund des Interesses stehenden Problemen entwickelt. Entscheidend ist nur, daß der

gemeinsame Grundgedanke aufrechterhalten bleibt, das heißt, daß die *Sammlung* nicht allein um ihrer selbst willen soweit durchgeführt wird, daß die geistige Einheit verloren geht. Denn es genügt nicht, sich nur durch die Negation anderer politischer Ideen (etwa des Faschismus und der Sozialreaktion rechts, des orthodoxen Sozialismus links) zusammenzufinden. Vielmehr darf, gerade wenn in konkreten Fragen die Meinungen von vornherein noch nicht restlos geklärt sind, die allen gemeinsame Idee wegen eines Augenblickserfolges nicht verwässert werden. Sonst haben wir statt einer christlich-sozialen Sammlung ein „bürgerliches“ Sammelsurium, geistig eine Totgeburt, die kommenden Belastungen nicht gewachsen ist. Die Bejahung des Christentums als geistig-sittlicher Grundlage der Gesellschaftsordnung, der bayerischen Eigenstaatlichkeit im Rahmen einer mitteleuropäischen Föderation und einer radikalen Sozialreform sind die unumstößlichen Voraussetzungen einer Zusammenarbeit im Rahmen der Union.

Durch diese Grundsätze sind der Partei in der praktischen Politik gewisse *Grenzen* gezogen. *Nach links* verläuft die Grenze, wie ausdrücklich noch einmal gesagt sei, nicht vor dem Lager der Arbeiterschaft, sondern mitten durch dieses hindurch; nur der prinzipielle *Marxismus* ist ausgeschlossen. Angesichts der auf weite Sicht problematischen Lage der Sozialdemokratie – ein großer Teil ihrer Anhänger versteht den wieder so laut verkündeten „Sozialismus“ nicht mehr im Sinn der orthodoxen Tradition, während der Gedanke einer radikalen Sozialreform unter weitgehender Sozialisierung bestimmter Industrien nicht mehr Alleineigentum der sozialistischen Parteien ist – wird auf die Dauer die Gewinnung weiterer Teile der bayerischen Arbeiterschaft bei entsprechender Sozialpolitik der Union durchaus möglich sein.

Nach rechts ist die Front klar: Ganz gleich, ob es in näherer oder fernerer Zukunft eine Rechtspartei geben wird oder nicht, wird die christlich-soziale Politik immer in schärfstem Gegensatz zu allen Formen und Abarten des Faschismus, Nationalismus, Militarismus und des Preußentums stehen. Hingegen bedingt die Frage der *Staatsform* keine parteipolitischen Gegensätze. Auf dem Boden der Union treffen sich Republikaner und Monarchisten, ohne die Partei als solche auf ein bestimmtes Staatsideal festzulegen. Allen gemeinsam ist das Bekenntnis zur Demokratie. Wer statt dieser den Absolutismus auf sein Banner schreiben sollte, für den wäre allerdings kein Platz in einer demokratischen Partei.

Die Diskussion über die Staatsform ist, wie schon gesagt, zur Zeit nicht aktuell. Sie bleibt aber am besten auch in Zukunft jenseits aller Parteipolitik eine Sache des unmittelbaren Volksentscheids. Jedenfalls würden *die* Monarchisten dem Königtum den schlechtesten Dienst erweisen, die in der heutigen Situation das Risiko einer eigenen Königspartei eingingen; denn ein mangelnder Wahlerfolg dieser Partei würde zu einer Niederlage des monarchischen Gedankens werden. Die Krone verliert überdies den ererbten Glanz, wenn sie zur Sache einer unter mehreren Parteien wird.

Das Parteiprogramm muß in kurzen, prägnanten Formulierungen die Ziele und Grundsätze der Union umreißen. Richtlinie bildet: Die Union ist christlich, aber nicht konfessionell begrenzt; bayerisch, aber nicht partikularistisch; deutsch, aber antipreußisch; radikal-sozial, aber nicht sozialistisch; demokratisch, aber nicht liberal.

Im einzelnen müssen das auf längere Zeit festgelegte Parteiprogramm und die des näheren aus den jeweiligen Verhältnissen sich ergebenden konkreten Forderungen gut vorbereitet, durchdacht und an Hand neuer internationaler und heimischer, geistiger und sozialer, politischer und kultureller Entwicklungen überprüft werden. Man kann nicht politisch von der Hand in den Mund leben und wichtige Entschlüsse, wie das in alten Zeiten hie und da vorgekommen sein soll, beim Kartenspiel fassen. Es geht um zu hohen Einsatz, als daß man die Politik künftig einer Stammtischstrategie überlassen könnte. Es empfiehlt sich vielmehr, nach dem Vorbild Roosevelts, der politischen Führung einen „Gehirntrust“ zur Verfügung zu stellen, einen *Ausschuß von Fachleuten* der Wissenschaft und Praxis, Soziologen und Juristen, Nationalökonomien und Historikern, Journalisten und Propagandisten, Wirtschafts- und Arbeiterführern, die in regelmäßigem Gedanken- und Erfahrungsaustausch den historisch-politischen Standort bestimmen, die laufende Entwicklung auf allen Lebensgebieten beobachten und durch klare Erkenntnis der Probleme der Gegenwart eine weitschauende und vorausplanende politische Willensbildung vorbereiten. Denn nur wer weiß, was er grundsätzlich und im einzelnen will, vermag sich durchzusetzen, und nur wer das Rechte und Zweckmäßige weiß und will, wird die Zukunft gewinnen. Insbesondere werden Gesetzgebungs-, Wirtschafts- und Sozialpolitik der Union einer eingehenden Vorbereitung bedürfen.

Diese Tätigkeit ist mit einer intensiven *Schulung und Propaganda* zu verbinden. Beide sind entscheidend wichtige Waffen einer christlich-sozialen Demokratie, schon gar nach zwölf Jahren der Unterdrückung aller christlichen und demokratischen Gedanken. Denn Schulung und Propaganda ist, wie sich in den letzten Jahrzehnten in verschiedenen Ländern bei Bewegungen unterschiedlicher Weltanschauungen gezeigt hat, der Weg zum Erfolg in der Politik. Die einzelnen geistigen, psychologischen und organisatorischen Fragen gehören nicht mehr in diesen Zusammenhang. Jedenfalls ist die Schaffung einer festen Zentrale weltanschaulich-politisch-sozialer Arbeit auf die Dauer eine unbedingte Notwendigkeit.

Zuerst muß die Führung der Union *die kommenden Wahlen* vorbereiten. Beschleunigter Auf- und Ausbau der Organisation bis in die letzte Landgemeinde ist hierzu erste Voraussetzung. In jedem bayerischen Dorf finden sich Männer, die den Gedanken einer heimattreuen christlich-sozialen Politik bejahen. Sie müssen zu aktiver Vertretung ihrer Anschauungen herangezogen werden. Die Union muß das bayerische Volk aufrufen, sein eigenes Haus selbst wiederaufzubauen und zu bestellen. Gerade im Augenblick, da eine Landesorganisation noch nicht gestattet ist, kommt alles auf die örtliche Initiative an.

Im Interesse fortschreitender demokratischer Entwicklung ist eine *baldige* Abhaltung der Gemeinde- und Landtagswahlen zu wünschen. Denn ein Volk kann nur durch Freiheit zur Freiheit erzogen werden. Wahlen sind der *Anfang* der Selbstregierung eines Volkes. Mit vollem Recht werden deshalb in Österreich noch in diesem Jahr allgemeine Wahlen stattfinden. Für Bayern, das zur Demokratie nicht weniger reif ist als Österreich, sind sie für den Anfang des neuen Jahres zu erhoffen.

Die hier geforderte christlich-soziale Sammlungspartei wird, das kann ohne Übertrei-

bung vorhergesagt werden, eine der stärksten bayerischen Parteien sein. Als solche hat sie auf die Dauer nur die Möglichkeit, an der *Regierung* beteiligt oder *Oppositionspartei* zu sein. Es scheint, als ob die Unausweichlichkeit dieser Alternative für eine gesunde Demokratie noch nicht überall verstanden würde. Dabei ist der Wechsel von Regierung und Opposition die Grundlage parlamentarischer Politik. Jede Partei erhebt den Anspruch auf die Staatsführung. Vermag sie jedoch ihren Willen in den jeweils entscheidenden Punkten nicht durchzusetzen, dann geht sie in Opposition und gibt der Gegenseite durch abwartende Haltung und aufbauende, sachliche Kritik die Chance, zu regieren, das heißt, es anders und besser zu machen. Gibt es dabei Meinungsverschiedenheiten, so mag das Volk bei den nächsten Wahlen entscheiden. Das berühmte „Give him a chance!“ bedeutet also nicht die Leugnung sachlicher Gegnerschaft und die Ablehnung oppositioneller Haltung, sondern nur die Bereitschaft, trotz Distanzierung von der Macht die Arbeit der Regierung unvoreingenommen zu würdigen. Wir Deutsche haben während der Republik in der Hauptsache die Opposition antiparlamentarischer Parteien kennengelernt, die prinzipielle Negation und Obstruktion bedeutet. Sinn und Möglichkeit echter, aufbauender Opposition müssen wir erst erlernen, theoretisch und praktisch. Die Auffassung, man könne nur von vornherein verneinen oder müsse einen Ministerposten innehaben, ist grundfalsch. Der Wunsch, „immer dabei“ zu sein und überall die Finger drin zu haben, ist eine ähnliche Gefährdung wahrer Demokratie wie die antiparlamentarische Obstruktion: Wer innerhalb der Demokratie nicht durch saubere Scheidung eine zwiefache politische Willensbildung und damit eine demokratische Opposition ermöglicht, treibt alle, die Kritik an der Regierung üben, in die Opposition gegen die Demokratie selbst. Deshalb darf eine Partei, der es mit der Demokratie ernst ist, vor der Opposition ebensowenig zurückscheuen wie vor der Verantwortung. Zudem war Opposition noch immer der Weg zur Staatsführung.

Für Kriego- und Notzeiten kennt auch die englische Parlamentsgeschichte eine nationale Koalitionsregierung, an der alle Parteien offiziell und annähernd ihrer Stärke entsprechend beteiligt sind – aber nur als Ausnahmeerscheinung zur Überwindung eines zeitlich begrenzten Notstandes. Angesichts der gegenwärtigen außergewöhnlichen Umstände, vor allem für die Dauer des Bestehens der Militärregierung und des Fehlens eines Landtags, braucht die Berechtigung einer solchen echten Koalitionsregierung nicht besonders dargetan zu werden. Sie hat einen Burgfrieden in allen strittigen Fragen, besonders den weltanschaulichen, auf dem Rechtszustand von 1932 zur Voraussetzung.

Jede andere Lösung ist ein Zeichen dafür, daß „etwas faul ist im Staate“, daß die Demokratie noch nicht oder nicht mehr richtig funktioniert. Dies gilt insbesondere von einer „überparteilichen“ Fach- oder Beamtenregierung und dem bei den überschlauen Parteitaktikern der Weimarer Republik so beliebten, vom Volk nie verstandenen Spiel des „Sowohl – Als Auch“; hierbei beteiligte sich eine Partei „offiziell“ nicht an der Verantwortung, entsandte aber, während sie ihre Hände in Unschuld wusch, „Beobachter“ in das Kabinett, wobei sich die Partei durch ihre Minister als „nicht gebunden“ betrachtete, und diese „nur für ihre Person“ in die Regierung eintraten. Einmal

erlebte es das staunende Volk, daß Minister für diese ihre Person in der Regierung einem Beschluß, dem Bau des bekannten Panzerkreuzers A, zustimmten, als Abgeordnete ihrer Partei im Plenum des Reichstags jedoch „Nein“ sagten und – im Amte blieben!

In ihrer Stellung zur Staatsführung wie in allen anderen Fragen ist es eine vordringliche Aufgabe der Union, die Grundsätze und Spielregeln einer echten Demokratie zu beachten und ihre Anerkennung im politischen Leben von allem Anfang an zu überwachen. Dann kann sie voll Zuversicht den kommenden innerpolitischen Entscheidungen entgegensehen. Ihre Sache ist die aller Männer und Frauen, denen das Schicksal des bayerischen Landes und Volkes am Herzen liegt. Denn ihr Ziel ist die Verwirklichung einer christlich-sozialen Demokratie und die Sicherung einer freien Zukunft unserer Heimat BAYERN.

Abkürzungsverzeichnis

AG	Adjutant General
BA	Bundesarchiv Koblenz
BLVW	Bayerisches Landesamt für Vermögensverwaltung und Wiedergutmachung
BVP	Bayerische Volkspartei
CDU	Christlich-Demokratische Union
CIC	Counter Intelligence Corps
CSU	Christlich-Soziale Union
DANA	Deutsche Allgemeine Nachrichten-Agentur
DGB	Deutscher Gewerkschaftsbund
FDP	Freie Demokratische Partei
ICD	Information Control Division
IfZ	Institut für Zeitgeschichte München
KJM	Katholische Junge Mannschaft
KPD	Kommunistische Partei Deutschlands
LDP	Liberal-Demokratische Partei
MdB	Mitglied des Bundestages
MdL	Mitglied des Landtages
MdR	Mitglied des Reichstages
MP	Military Police
NA	National Archives Washington
NSDAP	Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei
VRW	Verwaltungsrat für Wirtschaft
NZ	Die Neue Zeitung
OMGUS	Office of Military Government, United States
OMGB	Office of Military Government for Bavaria
OSS	Office of Strategic Services
Polad	Political Advisor
RG	Record Group
RGCO	Regional Government Coordinating Office
SA	Sturmabteilung
SBZ	Sowjetische Besatzungszone
SED	Sozialistische Einheitspartei Deutschlands
SMAD	Sowjetische Militäradministration in Deutschland
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
SZ	Süddeutsche Zeitung
VfZ	Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte
VWG	Vereinigtes Wirtschaftsgebiet
WAV	Wirtschaftliche Aufbau-Vereinigung

Personenregister

- Adenauer, Konrad 42, 116
Agartz, Viktor 19, 119, 124, 127 f.
Albert, Martin 76
Ankermüller, Willi 18, 130–132, 137
Anschütz, Gerhard 168
Anzenhofer, Karl 35, 67 f., 71
Apelt, Willibald 53, 65
Aretin, Anton von 105, 137
Aretin, Erwein von 51, 105
Aristoteles 168
- Basler, Elmar 27
Baumgartner, Josef 12, 20 f., 26 f., 118–123,
129 f., 132, 143 f.
Beneš, Eduard 83
Bentz, Annemarie 27 f., 31 f., 35
Bentz, Hans Georg 28–32
Berr, Anton 95
Bergengruen, Werner 72
Betz, Otto 75
Bezold, Otto 32
Bismarck, Otto von 19, 48, 128, 150–152
Blum, Ludwig 139
Böck, Toni 23–25, 35, 37 f., 42, 45, 98
Brand, Ludwig 60
Brüning, Heinrich 50
Brunner, Josef 15, 25, 47 f., 67, 95, 98–101,
104 f., 107–110, 114–117, 123–125, 130,
133 f., 136, 138
Buchberger, Michael 86
Busch 96
Byrnes, James F. 121
- Canaris, Wilhelm 8, 12
Churchill, Winston 29
Clark, Delbert 26
Clay, Lucius D. 26, 60, 142
- Dehler, Thomas 32, 100, 104, 111, 117
Deku, Maria 100
Deku, Rudolf 100
Delp, Alfred 72
Domm, Robert 87
Donhauser, Anton 137
Dorotič 115
- Dostojewskij, Fedor Michailowitsch 72
Drexl, Herbert 99
Dürr, Kaspar 58, 60
Dunz, Paul 107 f., 115
- Ehard, Annelore 31
Ehard, Hans 18 f., 26, 114, 131 f., 135, 140 f., 143
Eichhorn, Wilhelm 59
Eisenhower, Dwight D. 146
Erkelenz, Anton 171
- Fackler, Franz Xaver 101 f.
Faulhaber, Michael von 86, 108
Fehrenbach, Constantin 170
Fingerle, Anton 32
Fischbacher, Jakob 137
Fleiner, Fritz 170
Freyberger, Laurentius 172
Friedmann, Werner 134
Friedrich, Carl J. 7
Friedrich II., König von Preußen 152
Frings, Joseph 73
Fromm, Bella 28
Funke, Linus 61 f., 84 f., 88 f.
- Gaßner, Alfons 35, 137
Gerathewohl, Fritz 62 f., 66, 68–70, 75, 82 f., 88,
90, 93, 96, 103
Gerngroß, Rupprecht 108
Gerstner 74
Gessner, Herbert 107 f.
Gleissner, Franz 25, 42, 44, 97 f.
Goebbels, Joseph 152
Goldschagg, Edmund 108
Gottwald 88–90
Graessli, Max 29
Gronwald, Karl 63 f., 96, 102 f.
Gruber, Toni 46
- Haecker, Theodor 148
Hagen, Georg 64
Hallig, Christian 27 f., 30 f., 35
Hanfstaengl, Edgar 87–90, 92 f., 135
Haselbeck, Sebastian 64
Hatzinger, Max 88
Haußleiter, August 13 f., 30, 96, 116, 140 f., 144

- Heizmann, Antonia 27
 Heizmann, Kurt Heinrich 27 f., 30 f., 33
 Held, Heinrich 8, 10
 Hertrich 65
 Heubl, Franz 13–16, 25, 34 f., 37 f., 41, 43, 45, 47, 66–68, 98, 100, 105
 Hindenburg, Paul von 50
 Hilpert, Werner 104
 Himmler, Heinrich 154
 Hitler, Adolf 18, 28, 50, 86, 88, 108, 124, 128, 152, 154, 158, 171, 173 f., 182
 Hoegner, Wilhelm 44, 48, 55, 60–62, 66, 69, 71, 75 f., 79 f., 82, 84, 91, 97, 104, 109, 117, 123–126, 132, 137
 Hoffmann, Johannes 74
 Holy, Max 63
 Holzer, Ernst 35, 37 f., 41, 43, 45, 49, 67 f.
 Hoover, Herbert 120
 Horlacher, Michael 12, 16 f., 21, 38 f., 41, 47, 49, 59, 61, 77, 84 f., 89, 95 f., 98–101, 109, 112, 117, 139, 141
 Huber, Kurt 72
 Huber 117
 Hundhammer, Alois 10–14, 16–20, 22, 25, 34, 38, 40, 45–48, 52 f., 65 f., 81, 84, 93, 96, 102, 107 f., 112, 137 f., 141–143
 Hunt, Irwin L. 7
 Huth, Jochen 28

 Jaeger, Richard 5, 14–16, 22–25, 34 f., 37 f., 41, 45, 49, 52–54, 56, 59, 61, 64–68, 72 f., 91, 96, 103 f., 110, 117 f., 133–135, 137–145
 Jaenicke, Wolfgang 81 f.
 Jahn, Walter 75, 81

 Kaiser, Jakob 43, 77 f., 95, 116, 142
 Karl der Große 156
 Kastelmaier 92
 Keegan, Charles E. 57
 Keim, Walter 65
 Ketteler, Wilhelm von 178
 Keynes, John Maynard 50
 Knoeringen, Juliane von 136
 Knoeringen, Waldemar von 117, 136
 Köhler, Karl 22, 35
 Koenig, Joseph 35, 41, 49, 51, 67, 70, 75, 81–83
 Kokorin, Wassilij 77
 Kolb, Joseph Otto 86
 Kopf, Hinrich Wilhelm 104
 Kraus, Hans 84, 125
 Krehle, Heinrich 55, 65

 Kroll, Gerhard 37, 41, 65, 71
 Kroth, Alfred 89
 Kumpfmüller, Josef 86

 Lacherbauer, Carl 19, 52, 65, 105, 110, 123–129, 135
 Lallinger, Ludwig Max 137
 Lang-Brumann, Thusnelda 71
 Lassalle, Ferdinand 167
 Lechner 68
 Leeb, von 106
 Leeb, Wilhelm von 106
 Lenz, Otto 94 f.
 Ley, Robert 164
 Liedig, Franz 78 f., 81, 89, 96, 103
 Linnert, Fritz 111
 Loritz, Alfred 69 f., 88 f., 101, 106 f., 118
 Lustig, Jan 28
 Lustig, Lotte 28

 Maaßen, Johannes 28
 Marshall, George C. 121
 Marx, Wilhelm 50
 Meinzolt, Hans 65
 Meiser, Hans 14, 105
 Merz 68
 Meyer, Johann Conrad 28 f.
 Miesgang, Georg 107
 Miller, Adolf 27, 35, 101–104, 106–108, 112, 129 f., 133, 137 f., 142–144
 Mintzel, Alf 17
 Molitor, Georg 68
 Mommsen, Theodor 172
 Montesquieu, Charles de 168
 Montgelas, Maximilian von 173
 Mosley, Oswald 172
 Müller, Hans 104–106
 Müller, Josef 8–14, 16–25, 27, 37–45, 47–49, 52 f., 56, 58 f., 61–63, 65–69, 71 f., 75–81, 83–87, 89–92, 94, 96 f., 100, 102–104, 106–112, 115 f., 125, 136–143
 Mueller, Rudolf 124, 127
 Müller-Meiningen jr., Ernst 32
 Münchner 59
 Muhler, Emil 10, 17, 21, 86 f., 131
 Muller, Walter J. 26, 119, 129
 Murphy, Robert D. 78
 Muth, Carl 181

 Nawiasky, Hans 97
 Neindörfer, Karl 167

- Ohrenstein, Aaron 92
 Otto der Große 155
- Panter 68, 81
 Papen, Franz von 50, 115, 151
 Patton jr., George S. 26
 Pauer 107, 111
 Peters, Hans 115
 Pfeiffer, Anton 16, 55, 61, 76, 84, 90, 97, 107, 125, 139–141
 Pfeiffer-Belli, Erich 32
 Pflaum, Richard 125
 Pflüger, Heinrich 68, 101 f.
 Pieper, Joseph 165
 Pius XI. 164
 Pix, Georg 39, 41, 44 f., 78, 103
 Prittwitz und Gaffron, Friedrich Wilhelm von 22, 52, 59, 71, 85, 116
 Preuss, Hugo 151
 Prudent, René 28
- Rackl, Michael 86
 Redwitz, Franz von 95
 Renner, Karl 111
 Riggauer, Konrad 130
 Rilke, Rainer Maria 152
 Roosevelt, Franklin D. 184
 Rothenner, Josef 109
 Roßhaupter, Albert 48, 55
 Rupprecht, Kronprinz von Bayern 47, 95
- Schacht, Hjalmar 107
 Schäffer, Fritz 10–14, 16–18, 20, 22, 25, 37–41, 44 f., 49, 52 f., 65 f., 89, 96, 102 f., 109, 112, 124, 142, 144
 Scharnagl, Karl 21, 52, 54–59, 134 f.
 Schedl, Otto 138
 Schefbeck, Otto 98, 123, 126
 Scheringer, Richard 118 f., 121
 Schieder, Julius 14
 Schiefer, Gustav 47 f., 80
 Schinagl, Hanns 24 f., 35
 Schlange-Schöningen, Hans 143
 Schlögl, Alois 12, 21, 47, 49, 78, 84, 95, 103, 112, 117, 143
 Schmid, Karl 104
 Schmidt, August Wilhelm 39, 58, 66–68, 81
 Schmitt, Carl 115, 169
 Schmitt, Heinrich 44, 61, 63, 75 f., 89 f.
- Schnurr, Max 46, 49–51, 55, 58, 99 f.
 Schoenerer, Georg von 151
 Schultz, Sigrid 28
 Schumacher, Kurt 48, 114, 117–119, 123 f., 136
 Schwägerl, Hans 96
 Schwarzenberg, Felix, Fürst zu 155
 Schwingenstein, August 41
 Seifried, Josef 44, 81 f.
 Semler, Johannes 21, 27, 52, 112–115, 142 f.
 Seydlitz, Kurt von 73
 Simon, Mathäus 20
 Siodmak, Robert 28
 Skrabal, Gerhard 23–25, 27, 34 f., 67, 111
 Smolka, Georg 133
 Stalin, Jakob 77
 Steber, Franz 23 f., 34, 59, 71–73, 76, 78, 81, 88 f.
 Stegerwald, Adam 10, 50
 Steidle, Luitpold 72 f.
 Steidle, Robert 72
 Steltzer, Theodor 115
 Stern, Herman 26
 Strauß, Franz Josef 15, 22, 111
 Stürmann, Josef 102 f., 105
- Tassilo III., Herzog von Bayern 157
 Thieme, Karl 28
 Thierfelder, Franz 59
 Thoma, Ludwig 177
 Thomas von Aquin 162, 164, 167
 Tiso, Jozef 86
 Tolstoi, Leo 72
 Truman, Harry S. 26, 120
- Uhland, Ludwig 175
- Vacca, Peter 38
- Wein, Hermann 31
 Weiß, Hans 18, 24 f., 35, 43, 53, 65–67, 73, 95 f., 102
 Wieninger, Karl 133–136, 138
 Willke, Jochen 59, 79
 Wimmer, Thomas 135, 143
 Wolker, Ludwig 178
- Zehner, Zita 136
 Zorn, Rudolf 114, 117
 Zwosta, Valentin 27

Ortsregister

- Aichach 60
Altomünster 62
Ansbach 79
Athen 78
Augsburg 86, 113
- Bad Kissingen 18, 132
Bad Neustadt a. d. Saale 130
Bad Orb 157
Bad Reichenhall 122
Bamberg 37–45, 65, 71, 86, 103, 116
Berlin 15, 20, 28 f., 31, 43, 59, 66–68, 71–73, 76,
78, 80, 92, 94, 110, 115 f., 124, 142, 151,
153 f., 158, 173
Bern 29
Braunschweig 113
Bremen 119
Breslau 41, 115
Buchenwald 37, 73, 77, 104
Burghausen 107
- Coburg 53, 74, 157
- Dachau 10, 12, 37, 86, 135
Dublin 41
Düsseldorf 23, 100
- Eichstätt 14, 75, 86, 135, 137 f.
Erding 97
Erlangen 139, 143
- Flensburg 73
Flossenbürg 77
Frankfurt 20, 63, 127, 135, 142, 151
Freiburg 27 f.
Freising 42, 97 f., 108
Fürstenfeldbruck 70
Fürth 20
- Gauting 22
Gersfeld 157
Glatz 83
Gmunden 122
Göttingen 31
- Hamburg 57, 73, 90, 112 f.
Hannover 104, 113, 124, 151
Hofheim 130
Homburg 53
Hultschin 83
Husum 73
- Jalta 120
- Karlsruhe 104
Karlstadt 44
Koblenz 26
Köln 73, 115
Königstein 112 f., 115 f.
Kulmbach 64
- Landshut 39, 103
Leipzig 65
Leutstetten 47
London 29, 32
- Markredwitz 96, 138, 142–144
Miesbach 42
Minden 19, 63, 114, 119, 124–128
Mittenwald 29–31
Moskau 110, 120, 123, 126, 129
Münchberg 74
München 7, 10, 15, 19, 21–25, 27 f., 31–34, 37,
39, 44, 46 f., 49, 51–55, 57, 59, 62, 64–68, 71,
74 f., 80, 86–92, 95, 98, 101–108, 112–114,
116, 118, 124 f., 129–137, 139–144, 156–158,
174
- Neumarkt/Oberpfalz 138
New York 57
Nikosia 41
Nürnberg 14, 20, 76, 106 f., 111, 174
- Oberstdorf 75
Ochsenfurt 96
Oppau 114
- Pearl Harbor 7
Peenemünde 29

Regensburg 86, 109
Rendsburg 115
Rom 86, 117

Saarlouis 74
Sachsenhausen 73
Schongau 22, 111
Sonthofen 75, 81
Sophia 78
Speyer 108, 133
Staffelstein 37
Stalingrad 73
Starnberg 22
St. Gallen 97
St. Ingbert 53
Stuttgart 42 f., 59 f., 82, 119 f.
Sulzbach-Rosenberg 100

Tientsin 121
Tokio 29
Trier 74
Trostberg 46

Viechtach 68–70

Washington 22, 29, 33, 96
Weimar 72
Weilheim 14
West Point 26
Wiesbaden 116
Würzburg 58–60, 68–70, 153
Wunsiedel 96

Zürich 28